

**Stenografisches Protokoll**  
- Endgültige Fassung -

der 51. Sitzung  
des 2. Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag, dem 31. Januar 2013, 10 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 175
- Kriminalhauptkommissar Sven Wunderlich	1
- LKA-Präsident a. D. Egon Luthardt	83
- LfV-Präsident a. D. Thomas Sippel	132
- Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann	-

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

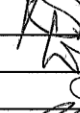
**Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses**  
Donnerstag, 31. Januar 2012, 10:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Binniger, Clemens	.....	Hahn, Florian	.....
Schipanski, Tankred	.....	Heinrich, Frank	.....
Schuster (Weil am Rhein), Armin	.....	Schön (St. Wendel), Nadine	.....
Stracke, Stephan	.....	Winkelmeier-Becker, Elisabeth	.....
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Edathy, Sebastian	.....	Gleicke, Iris	.....
Högl, Eva, Dr.	.....	Kolbe (Leipzig), Daniela	.....
Rix, Sönke	.....	Özoguz, Aydan	.....
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Tören, Serkan	.....	Kurth (Kyffhäuser), Patrick	.....
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	.....	Schulz, Jimmy	.....
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Pau, Petra	.....	Petermann, Jens	.....
<b>BÜ90/GR</b>		<b>BÜ90/GR</b>	
Wieland, Wolfgang	.....	Ströbele, Hans-Christian	.....

Donnerstag, 31. Januar 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BfV	MEYER	SB	
BfV	HUFMANN	SB	
BfV	STEINBERG	PO 15m	
BfV	WITZ	RD'w	
BfV	TAMBERS	Ref	
BfV	Christelcit	StAb. BfV	
BfV	Schmalbach	UK	
BfV	Bergner	UK	
BfV	Genew	UKR	
BfV	Greifmann	Beaufg	
BfV	Schick	UKR	
BfV	Münch	UKR	
BfV	Liebl	OAR	
BfV	Kersch u	TBie	
BfV	EIFFER	RL	
BfV	Rensmann	Ref	
BfV	Adam-Stank	UKR	
BfV	Hauer	RR	
BfV	Beys	RR	
Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Falk		RR	Sachsen
Herr		StS Ref	Berlin
Seffers		NR	BB
Müllerbach		RD'w	TH
SCHMINT		RR	TH
HORSCH		MDgt	TH
Dr. Rother		ORR	Bg
Dr. Fahrner		Beaufg	BW
Sehr		PO 15m	SL
NITZSCHE		RR'm	RP



off

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 31. Januar 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU .....

SPD .....

FDP .....

DIE LINKE. ....

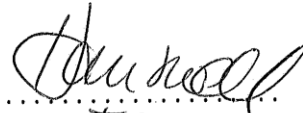

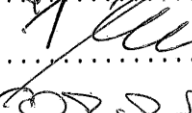
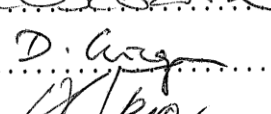
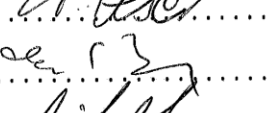
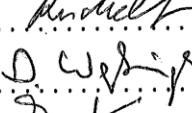
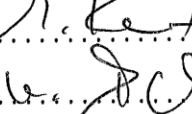
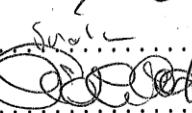
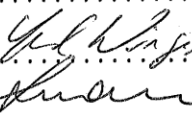



BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN .....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

HAWXWELL	SPD	
Bor Gast	SPD	
HEYER	SPD	
Molbayer	CDU/CSU	
von Gossel	u	
Kwags	SPD	
Dr. Heren	CDU/CSU	
Dr. Lause	FDP	
REICHELO	SPD	
Wepfzig	SPO	
Kant	Grüne	
von DIECK	FDP	
Schalau	FDP	
Viehbeck	SPD	
Klyp	Linke	
Columbus	Linke	

off

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 31. Januar 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Schuparis  
Lippner  
Lithke  
v. Wampfer-Klein

SPD  
Linke  
B90/Gruen  
SAD

M. Sch...  
D. ...  
J. ...  
K. ...

(Beginn: 10.35 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 51. Sitzung des laufenden Untersuchungsausschusses, die heute in Form einer öffentlichen Beweisaufnahme stattfindet durch Anhörung von insgesamt vier Zeugen.

Vorab darf ich die Gäste auf der Tribüne begrüßen, unter anderem die Landtagskollegen Hausold und König aus dem Bundesland Thüringen, Mitglieder des dortigen Untersuchungsausschusses.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Abgeordnete Adams ist auch da!)

- Der Kollege Adams ist auch da. Das wurde mir leider nicht mitgeteilt. Herzlich willkommen!

Ich rufe den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- Kriminalhauptkommissar  
Sven Wunderlich
- LKA-Präsident a. D.  
Egon Luthardt
- LfV-Präsident a. D.  
Thomas Sippel
- Oberstaatsanwalt  
Ralf Mohrmann

Die vier heute zu hörenden Zeugen sind Kriminalhauptkommissar Wunderlich, der sich bereits im Saal befindet, Herr LKA-Präsident a. D. Egon Luthardt, der ehemalige Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen Thomas Sippel und Oberstaatsanwalt Ralf Mohrmann.

Ich will Sie darauf aufmerksam machen, dass Herr Wunderlich uns vorab ausdrücklich darum gebeten hat, dafür Sorge zu tragen, dass von seiner Person keine Fotos bzw. Filmaufnahmen gemacht werden. Herr Wunderlich ist nach wie vor aktiv im Bereich der Zielfahndung, auch im Bereich von Zeugenschutzmaßnahmen. Sollte sein Bild publik werden, könnte das seine Arbeit zumindest deutlich erschweren. Die offiziellen Medienvertreter sind darüber bereits unterrichtet gewesen. Deswegen hat es heute hier auch keine Auftaktbilder vor der ersten Zeugenbefragung gegeben.

Ich darf die Gäste auf der Tribüne darauf hinweisen, dass es ohnehin nicht gestattet ist, Bild-, Ton- und Filmaufnahmen anzufertigen. Das ist unzulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Weil die Gefahr einer Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung auch außerhalb des Saales besteht, kann die Benutzung von Funktelefonen während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ich darf die Gäste daher bitten, ihre Funktelefone, falls noch nicht geschehen, auszuschalten.

Für alle hier im Saal darf ich noch kurz mitteilen, dass vorhin besprochen worden ist, dass wir heute zwei Unterbrechungen haben werden. Es gibt ausnahmsweise keine namentlichen Abstimmungen. Aber es ist geplant, um 13 Uhr die Sitzung für eine halbe Stunde pausieren zu lassen für Statements der Obleute gegenüber den Medien. Es ist vereinbart worden, statt einer Mittagspause eine Nachmittagspause von 15 bis 16 Uhr stattfinden zu lassen. - Das für Ihre Planung.

#### **Vernehmung des Zeugen Sven Wunderlich**

Herr Wunderlich, ich möchte Sie einleitend darauf hinweisen, dass von Ihrer heutigen Vernehmung als Zeuge eine Tonbandaufnahme gefertigt wird. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll in der Entwurfsfassung wird Ihnen zur Verfügung gestellt. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb einer Frist von zwei Wochen Korrektur- oder Ergänzungswünsche geltend zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 27. Dezember 2012 erhalten. Ich stelle zugleich fest, dass für Ihr heutiges Erscheinen als Zeuge eine Aussagegenehmigung des Landeskriminalamtes Thüringen vorliegt, die vom 19. Dezember 2012 datiert.

Herr Wunderlich, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen

nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. - Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgetragenen Fragen, Herr Wunderlich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. - Ich hoffe, ich bin zu verstehen, ja?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Achten Sie aber darauf, dass Sie das Mikrofon möglichst nah zu sich heranziehen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Altersangabe, Berufsbezeichnung vorzustellen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich kurz vorstellen: Mein Name ist Sven Wunderlich, 48 Jahre, Kriminalhauptkommissar im Thüringer Landeskriminalamt. - Vielleicht kurz etwas zu meinem dienstlichen Werdegang.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dazu können wir gleich noch kommen. Das reicht erst mal, Herr Wunderlich.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut, okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir machen das schrittweise. Können Sie mir kurz mitteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist? Davon gehe ich aus.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist der Fall. - Sie haben, wenn Sie es wünschen, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich einleitend zu äußern. Ich habe Sie vorhin darauf angesprochen. Sie hatten mir mitgeteilt, Sie würden es bevorzugen, wenn wir erst mal Fragen stellen. Aber ich halte es auch für sinnvoll, wozu Sie gerade anheben wollten, dass Sie uns vielleicht kurz Ihre beruflichen Stationen, Ihren beruflichen Werdegang darstellen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dann ganz kurz etwas dazu. Ich bin jetzt im 30. Dienstjahr im Polizeidienst, habe meine polizeiliche Laufbahn in der Bereitschaftspolizei begonnen, war in weiteren Bereichen der Schutz- und Kriminalpolizei, war dann viele Jahre im speziellen Einsatzkommando Thüringen tätig und seit 1994 im Bereich Zielfahndung, ab 2002 auch im Bereich Zeugenschutz tätig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Herr Wunderlich, der Ausschuss hat Sie als Zeugen heute eingeladen, damit wir nachvollziehen können, wie sich insbesondere im Zusammenhang mit dem Untertauchen des Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe die Arbeit der Sicherheitsbehörden vollzogen hat, sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang. Können Sie vielleicht einmal ganz grob skizzieren, bevor ich einige konkrete Fragen an Sie richten möchte, inwiefern Sie mit diesem Vorgang zu diesen drei Personen und der Suche nach diesen drei Personen befasst gewesen sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe im Zuge meiner Tätigkeit als Zielfahnder am 29.01.98 den Auftrag erhalten, die drei Personen Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe zu suchen, das heißt also, zu lokalisieren, zu identifizieren, gegebenenfalls festzunehmen. Diese Auftragslage bestand bis zum 22. August 01. In der Folge ist dann eine



Übergabe unserer bestehenden Akten und Unterlagen an den zuständigen Sachbereich im Thüringer Landeskriminalamt erfolgt. Der gesamte Fahndungszeitraum hat sich als sehr schwierig und auch sehr umfangreich gestaltet.

Ich würde vielleicht in der weiteren Folge noch ganz kurz erklären, wieso es ein Zielfahndungsfall war, der eigentlich kein echter Zielfahndungsfall war. Das würde ich im Detail noch mal darstellen.

Vorab vielleicht noch der Hinweis: Die Zschäpe, Beate ist durch uns bzw. mich in persona bereits im August 1997 lokalisiert und festgenommen worden. Hintergrund war hier ein Unterstützungsantrag der eigenen Dienststelle in Bezug auf das Versenden von vermeintlichen Briefbomben oder Briefbombenattrappen. Somit hatte ich mit dieser Dame also bereits 97 persönlichen Kontakt. Unabhängig von der Auftragslage 1998 sind wir im Zuge des Auffindens der beiden Personen Böhnhardt und Mundlos in Eisenach dann beauftragt worden, wiederum unterstützend, die Frau Zschäpe, Beate zu suchen, die sich ja dann letztendlich am 08.11. in Thüringen gestellt hat. Somit war ich eigentlich dreimal in Fahndungsmaßnahmen nach dieser Person, Zschäpe jetzt, eingebunden und nach Böhnhardt und Mundlos in dem zweiten Auftrag von 1998.

Zielfahndung war es durch Auftragslage meines Abteilungsleiters in Form der Festlegung meines damaligen Behördenleiters. Jedoch muss ich hinzufügen, dass durch die Staatsanwaltschaft, die zuständige Staatsanwaltschaft Gera, zum damaligen Zeitpunkt kein originärer Zielfahndungsantrag gestellt wurde. Der Grund hierfür lag auch laut Begründung der Staatsanwaltschaft in der dünnen Beweislage und im wahrscheinlich geringen Strafmaß.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das sind einige Aspekte, die wir sicherlich im Rahmen der heutigen Befragung noch näher behandeln müssen.

Vom Ablauf her, Herr Wunderlich, ist es so: Ich habe als Vorsitzender die Möglichkeit, einleitend einige Fragen an Sie zu richten. Dann haben die Fraktionen das Fragerecht. Ich hätte natürlich 15, 20 Punkte, die ich ansprechen könnte. Das will ich aber an dieser Stelle gar nicht machen, sondern ich will ein paar Punkte herausuchen, die bei mir im Zuge des Aktenstudiums Fragen ausgelöst haben.

Da ist der Punkt - Sie haben es angesprochen; wir werden es später sicherlich vertiefen -: Sie sagten, es war eigentlich gar keine eigentliche Zielfahndung, sondern irgendetwas unterhalb dessen, was man normalerweise standardmäßig als Zielfahndung beschreiben würde. Wie hat Sie denn der Auftrag, nach diesen drei Personen zu suchen, konkret erreicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Auftrag hat mich mündlich erreicht durch meinen damals amtierenden Abteilungsleiter, der also in ganz kurzen Sätzen mitteilte, dass im Zuge einer Durchsuchungsmaßnahme der eigenen Dienststelle einer anderen Abteilung drei Personen momentan ohne Aufenthalt sind, also gesucht werden, die für das weitere Verfahren wichtig sind, und man uns im Prinzip bittet, sehr zeitnah diese Personen zu lokalisieren und gegebenenfalls festzunehmen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist nicht schriftlich fixiert worden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Ich habe aber im Zuge meines Aktenstudiums am Montag und am Dienstag bei der Durchsicht vorhandener Fahndungsakten festgestellt, dass es einen Schriftverkehr gab zwischen Abteilungsleitern bzw. auch Behördenleiter und meinem Abteilungsleiter. Wir haben direkt dazu kein Papier gehabt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie uns mitteilen, von wann das, was Sie da gelesen haben, datiert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist einerseits aus dem Jahr 98 und aus dem Jahr 2001. - Entschuldigung, aus dem Jahr 2000.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist das das übliche Verfahren, dass, wenn Sie beauftragt werden mit einer Zielfahndung, eine mündliche Weisung erfolgt und nicht ein Vermerk geschrieben wird?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Abteilungsleiter 3 in unserem Thüringer Landeskriminalamt ist befugt, Zielfahndung einzuleiten. Er ist dazu also berechtigt; der Präsident sowieso. Ansonsten ist man angehalten, gemäß der Richtlinie, die es zu uns gibt, über einen Antrag der zuständigen Staatsanwalt-

schaft diese Fahndung auszulösen. Ich muss jedoch hinzufügen, dass es diese Richtlinie erst seit dem 01.06.2008 gibt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie muss ich mir das vorstellen, Herr Wunderlich, wenn Sie einen Auftrag entgegennehmen? Ich habe den Akten entnommen, dass Sie da eine sehr erfolgreiche Bilanz vorzuweisen haben. Vielleicht können Sie uns mal sagen, für wie viele Zielfahndungsmaßnahmen Sie in Ihrer beruflichen Karriere zuständig waren.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut, das ist jetzt statistisch kein Geheimnis. Wir haben seit Bestehen unseres kleinen Kommandos - Gründungsdatum 1994 - über 170 schwere Zielfahndungsfälle beenden können, auch in verschiedenen Ländern. Unabhängig davon haben wir unterstützend für andere Dienststellen im eigenen Land oder auch anderer Bundesländer oder auch für Dienststellen im Ausland über 500 Personen lokalisiert und festnehmen lassen. Da müssen wir nicht selber direkt vor Ort sein. Die Frage ist, die Sache zu koordinieren, dass es zu einem positiven Ergebnis kommt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber Sie haben gerade gesagt, dass Sie in dem Fall des Trios doch federführend zuständig waren.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das habe ich jetzt nicht verstanden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Im Falle von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe waren Sie doch federführend bei der Zielfahndung, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich war dort nicht der Leiter der Zielfahndung. Der Leiter der Zielfahndung - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, aber Ihre Einheit war federführend und nicht Hilfsorgan für andere Ermittler.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig. Für die ganzen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt haben Sie gesagt: Wo Sie federführend zuständig waren, haben Sie in 170 Fällen Erfolg gehabt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Korrekt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Von wie vielen Fällen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Von ungefähr 180.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, von 180 Fällen haben Sie 170 positiv abarbeiten können.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Einer von den zehn Fällen, für die das nicht der Fall war, war das Trio.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Trio haben wir als Zielfahndungsfall nicht erfasst. - Ich möchte noch mal bitten, das zu unterscheiden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich würde gerne wissen: Wie viele De-facto-Zielfahndungen, die nicht offiziell als Zielfahndungen definiert worden sind, haben Sie zu absolvieren gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben seit Bestehen etwa 180, 181 Fälle übernommen. Davon sind 170 beendet. Das heißt also, wir haben noch 11 offene Verfahren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben doch gerade gesagt, in dieser Zahl wäre zum Beispiel die Suche nach den dreien gar nicht drin gewesen. War das ein Sonderfall?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Wir haben unterteilt in „Zielfahndung“ und „unterstützende Fahndungsfälle“. Die Suche nach den drei Rechten war für uns ein unterstützender Fahndungsfall, weil wir keinen Auftrag von einer Staatsanwaltschaft hatten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wen haben Sie denn unterstützt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben unsere eigene Dienststelle unterstützt, die Abteilung, die mit der Durchsuchung beauftragt war, als auch dann die Ermittlungsgruppe TEX, die im Prinzip unser Know-how dafür benutzt hat, diese Personen zu lokalisieren und festzunehmen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Aber sozusagen die Verantwortlichen für die eigentliche Suche waren doch Sie? Oder hat noch jemand anderes gesucht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt, das ist völlig korrekt. Wir waren verantwortlich für die Fahndungsmaßnahmen. Wir haben die Fahndungsmaßnahmen auch genauso betrieben wie in einem Zielfahndungsfall. Da gibt es eigentlich keine Abstriche. Der Unterschied ist nur, dass wir beim Bundeskriminalamt eine Zielfahndung entsprechend anmelden und steuern. Das ist in dem Falle nicht geschehen, auch mit Rücksprache des Bundeskriminalamts.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das würde ich gerne vertieft behandelt wissen.

(Abg. Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Jetzt zu der Frage BKA, Herr Schuster? - Herr Schuster hat eine Zwischenfrage.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Wunderlich, weil ich es nicht weiß - Sie sagten: Wir haben von der Staatsanwaltschaft keinen Auftrag für die Zielfahndung gehabt -: Gab es das juristische Erfordernis für Sie, von der Staatsanwaltschaft einen Auftrag zu einer Zielfahndung zu bekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Zum damaligen Zeitpunkt nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Die Einschätzung haben Sie einfach selbst getroffen: „Wenn die Nein sagen, dann machen wir es auch nicht“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann man so nicht im Raum stehen lassen. Wir sind natürlich auch angehalten, zu prüfen, ob die Fahndung nach einer Person überhaupt zielfahndungswürdig ist. Laut Polizeidienstvorschrift sind wir eigentlich das letzte Mittel im Zuge von Fahndungsmaßnahmen. Das heißt, wenn alle anderen Fahndungsmaßnahmen ausgeschöpft sind, beginnen wir im Prinzip, zielgerichtet zu suchen. Wenn ich einen Vergleich bringen darf: Wenn ein besonders gefährlicher Straftäter aus einer Haftanstalt entweicht, gibt es ja erst herkömmliche polizeiliche Fahndungsmaßnah-

men, die, wenn diese ausgeschöpft sind und nicht zum Erfolg führen, dann zur Beauftragung von unserem Bereich führen.

In dem Falle war ja der Sachverhalt der Durchsuchung zwei Tage her; soweit ich mich sogar erinnere, war an dem Tag der Beauftragung noch nicht einmal klar, ob es überhaupt einen Haftbefehl gibt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, ich will kurz da nachhaken, was Sie vorhin ausgeführt haben. Sie hatten gesagt, das war auch deshalb keine formale Zielfahndung, weil das BKA das abgelehnt hätte. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Das BKA hat nicht abgelehnt. Wir haben im BKA nachgefragt, ob es sinnvoll wäre, nach diesen Personen aufgrund des Modus Operandi bzw. der ihnen zur Last gelegten Straftat eine Zielfahndung einzuleiten. Der Hinweis war der, den wir damals auch so verstanden haben: Es ist ja lediglich eine USBV aufgefunden worden, die auch nicht ganz klar einer Person zugeordnet werden konnte, und es hat keine Schäden im Vorfeld gegeben. Das heißt, es gab keinen Einsatz von sprengähnlichen Gegenständen, es ist also kein wirtschaftlicher und auch kein Personenschaden entstanden. Somit hatte man uns empfohlen - ich war damals übrigens nicht der Verantwortliche im Bereich Zielfahndung - - Mein damaliger Leiter hat in Rücksprache mit dem BKA entschieden, diese Fahndungsmaßnahmen unterstützend zu führen. Das heißt, dass wir genauso arbeiten, wie wenn es ein Zielfahndungsfall wäre. Der einzige Unterschied besteht darin, dass bei originären schweren Zielfahndungsfällen dieser Sachverhalt dann vielleicht in die zweite Reihe rückt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was ich nicht ganz verstehe, ist: Sie sagen, qualitativ habe das überhaupt keinen Unterschied gemacht für die Arbeit, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - sondern nur vom „Wording“ her, also von der formalen Einstufung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann ein gutes Beispiel bringen, nämlich den Satans-

mörder Möbus; in Thüringen war das eine sehr bekannte Geschichte. Wir haben auch hier den Auftrag bekommen, den Herrn Möbus zielgerichtet und schnellstmöglich zu bekommen. In diesem Zusammenhang hat das die Fahndungsmaßnahmen nach den drei Rechten, kann man sagen, für mindestens zehn Monate eingeschränkt, wenn nicht sogar gestört.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Freundlicherweise hat mir der Kollege Stracke gerade ein Papier gereicht, das mich veranlasst, noch mal nachzufragen. Das ist ein Vermerk des LKA Thüringen vom 25.09.2002; MAT A TH-1/16. Ich will daraus zitieren:

Der eigentliche Sachverhalt lag der Zielfahndung des BKA vor, es besteht dort eine Akte. Eine Fahndungsübernahme wurde seinerzeit durch das BKA abgelehnt.

Dass das BKA eine Fahndungsübernahme ablehnt, ist ja noch nicht gleichzusetzen damit, dass das BKA Ihnen geraten hat, keine offizielle Zielfahndung zu veranlassen, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Datum war der 25.09.02?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da ist meines Erachtens die Sachbearbeitung nach meiner Rücksprache mit uns auf die Zielfahndungsleitstelle im BKA - ZD 33 - zugegangen mit der Bitte, dass die dortigen Zielfahndungskommandos diesen Sachverhalt übernehmen. Hintergrund war, dass wir ergebnislos gefahndet haben - das muss man ganz klar sagen - und man sich einfach versprach, dass die Zielfahndung des BKA vielleicht diesen Sachverhalt positiv zu Ende bringt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, in dem Vermerk ist der Text aber in der Vergangenheitsform geschrieben: „Der eigentliche Sachverhalt ... lag vor, ... Fahndungsübernahme wurde seinerzeit durch das BKA abgelehnt.“ Das legt jetzt für mich nicht unbedingt nahe, dass das September 2002 gewesen ist, sondern wahrscheinlich ein

deutlich vorgezogener Zeitpunkt. Aber gut, das will ich an der Stelle gar nicht vertiefen.

Frau Kollegin Högl hat eine Frage dazu.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Guten Morgen, Herr Wunderlich! Ich habe eine Frage. Sie haben eben die Unterscheidung gebracht: förmliche Zielfahndung, beauftragt durch die Staatsanwaltschaft, und nicht förmlich beauftragt. Sie haben gesagt, das sei qualitativ eigentlich das Gleiche, eigentlich, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - aber ausgeführt, dass das in die zweite Reihe rutscht, wenn es nicht förmlich beauftragt ist. Können Sie bitte noch mal sagen: War das bei dieser Zielfahndungsmaßnahme der Fall? Ist das in die zweite Reihe gerutscht? Oder wie war das tatsächlich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das muss ich so darstellen. Wir haben in dem Fahndungszeitraum nach den drei Personen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe insgesamt weitere 47 Zielfahndungsanträge bekommen, wovon wir 45 auch mit Lokalisierung und Festnahme lösen konnten. Hier handelte es sich um Tötungsdelikte, Erpressungsdelikte, räuberische Delikte, also um richtig schwere Straftaten mit angedrohten Freiheitsstrafen von fünf Jahren und mehr, um bereits vorangegangene Delikte, Personen mit mehreren Haftbefehlen und, wie ich schon sagte, eine Vielzahl von Tötungsdelikten. Deshalb habe ich diesen Sachverhalt Möbus gerne zum Anlass genommen, den wir im Dezember 99 bekommen haben und im August 2000 lösen konnten. Und in diesem Zeitraum - das sind ja nun fast zehn Monate - blieb im Prinzip fast alles andere liegen - man muss das so sagen -, weil natürlich eine gewisse Priorität da war.

Gestatten Sie mir kurz den Hinweis: Wir sind ein kleines Kommando von, wenn alle da sind, fünf Beamten. In dem Zeitraum waren wir, wenn wir Glück hatten, zu dritt da. Das ist eine immense Belastung gewesen. Wir können auch über die Jahresberichte nachweisen, dass jeder Beamte knapp 500 Überstunden in dem Jahr geleistet hat. Das kann man sich natürlich ausrechnen. Also, wir haben in dem einen Jahr oder in den ganzen Jahren jeder drei Monate mehr gearbeitet. Also, die Belastung war kaum zu halten. Ich muss das mal so sagen.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-1/16, Blatt 130 bzw. 137 bzw. 295.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie ist denn das, Herr Wunderlich, wenn Sie eine Zielfahndung auf den Weg bringen? Bekommen Sie dann von den Kollegen aus der Polizei, die zum Beispiel da am Fundort dieser Rohrbomben im konkreten Fall anwesend gewesen sind, alle Informationen, was man dort vorgefunden hat, damit Sie da auch ein umfangreiches Bild sich selber machen können?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut, wir müssen natürlich unterscheiden zwischen Ad-hoc-Zielfahndungsfällen und Zielfahndungsfällen, wo eben Personen 10 oder 15 Jahre flüchtig sind und wir dann beginnen, zu suchen. In Ad-hoc-Fällen ist natürlich klar, dass der gewisse Ereignis- oder Tatort von uns gegebenenfalls mit besichtigt wird, bestehende Effekten mit durchgesehen werden und Fahndungsansätze natürlich auch versucht werden über die sachbearbeitende Dienststelle zu finden oder zu analysieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich frage konkret, Herr Wunderlich, deshalb - vielleicht können Sie sich das auch denken -, weil wir inzwischen wissen, dass in der Garage, in der die Rohrbomben gefunden worden sind, sich auch eine Telefonliste angefunden hat mit einer Reihe von Kontaktadressen und auch Telefonnummern, von denen wir heute wissen: Die sind Leuten zuzuordnen, die dem engeren Umfeld der Gruppe angehört haben.

Waren Sie über die Existenz und den Inhalt dieser Liste damals, als Sie die Zielfahndung auf den Weg gebracht haben, informiert gewesen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Diese Liste war uns nicht bekannt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie erklären Sie sich das?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es ist sehr schwer zu erklären. Es ist auch, ja, ein sehr bedauerlicher Umstand. Natürlich geht man davon aus, wenn man der eigenen Dienststelle unterstützend hilft oder für die eigene Dienststelle fahndungsmäßig tätig ist, dass die entsprechenden Objekte, die also schon Beachtung gefunden haben in der polizeilichen Auswertung, dass diese Dinge uns

bekannt wären. Ich kann es mir nicht erklären. Ich kann es auch nicht nachvollziehen.

Interessant ist allerdings der Umstand - da möchte ich drauf verweisen -, dass ich diese Telefonliste erstmalig am Dienstag bei der Durchsicht unserer Fahndungsakten gesehen habe, wobei ich zu den Fahndungsakten dann vielleicht in geeigneter Weise noch etwas sagen würde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nämlich? Bitte?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte, fahren Sie fort.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, diese Telefonliste habe ich dort erstmalig festgestellt, auch etwas mit Erschrecken in dem Zusammenhang der Folgetaten und der Orte, die dort verzeichnet sind. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie die Liste in einem dieser Bände auftaucht. Hinzu kommt, dass ich bei der Durchsicht der Fahndungsbände festgestellt habe, dass das also nicht die Bände sind in der Form, wie wir sie übergeben haben. Das ist für mich ein sehr wichtiger Aspekt, bis hin, dass ich festgestellt habe, dass ein Band gar nicht von uns war. Ein Fahndungsband mit unserer Beschriftung hatte keinen Inhalt zu unseren Unterlagen. Also, um das vielleicht etwas plastisch zu schildern: Ich hatte den Eindruck, als ob diese Unterlagen irgendwann mal zusammengestellt, -geheftet wurden. Sie entsprachen allerdings nicht der Qualität der Übergabe durch uns am 22.08.01.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, das ist jetzt ein markanter Punkt, scheint mir. Vielleicht schildern Sie ihn mal kurz. Sie haben sich am Dienstag dieser Woche vorbereitet auf Ihre heutige Vernehmung als Zeuge.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Am Montag und Dienstag.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Am Montag und Dienstag.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das haben Sie wo getan?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Im Thüringer Landeskriminalamt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Also, Sie waren in Erfurt -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - beim Landeskriminalamt, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - hatten sich im Vorfeld an das Innenministerium oder an das LKA gewandt und darum gebeten, noch mal Akten einsehen zu können?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt. Es gibt bei uns eine AG „Kommission“, die für den logistischen Ablauf dieser Dinge verantwortlich ist, und dort habe ich im Prinzip den Akteneinsichtsantrag gestellt und habe auch selber gebeten, diese Akteneinsicht so zeitnah wie möglich, also so kurzfristig wie möglich, vor meiner Befragung machen zu können, um bestimmte Dinge nicht in Verlust geraten zu lassen, und habe den Montag und Dienstag vorgeschlagen. Dort ist das geschehen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das heißt aber, Sie haben sich an die Kommission gewandt, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - weil Sie von deren Existenz wussten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, Existenz - die Existenz dieser Bände ist mir ja bekannt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, der Kommission.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dass es diese Kommission gibt in Thüringen im Bereich des Innenministeriums, war Ihnen das bekannt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Kommission ist bei uns in der Dienststelle, im Thüringer Landeskriminalamt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, woher wussten Sie denn davon?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, mit der Kommission habe ich ja im Zuge auch meiner Befragung durch Sie im Vorfeld mehrere Kontakte gehabt. Ich habe ja von dieser Kommission die Unterlagen bekommen, die also vom Bundestag gesendet wurden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Ladung haben Sie bekommen über diese - ich sage mal - Kommission oder Arbeitsgruppe innerhalb des Innenministeriums von Thüringen, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und dann hat man Ihnen angeboten, Sie können in die Akten schauen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Man hat mir einerseits gesagt, dass die Möglichkeit besteht. Andererseits habe ich selber darum gebeten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Hat man Sie ansonsten auch gebeten, über den Sachverhalt Ihrer Befragung sich miteinander auszutauschen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, das ist nicht erfolgt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, dann waren Sie am Montag und am Dienstag beim LKA in Erfurt -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und haben sich Fahndungsakten angeschaut und haben festgestellt, in diesen Fahndungsakten sind Stücke enthalten, die nach Ihrer Erinnerung eigentlich da früher nicht drin waren. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt. Es sind auch Dinge vielfach in diesen Akten gewesen, drei- oder viermal. Sie sind teilweise falsch rum abgeheftet gewesen. Also,

der visuelle Eindruck ist eigentlich schon problematisch, unabhängig von der Abheftungsform und auch von den Unterlagen insgesamt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann hatten Sie denn die Originalfahndungsakten das letzte Mal vor Augen gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Einerseits am 22.08.2001 bei der Übergabe, bei der ich persönlich anwesend war. Da kann ich mich auch sehr gut daran erinnern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also vor gut eineinviertel Jahr?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte? Nein, Nein, am 22. August -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 2001, Entschuldigung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** - 2001 habe ich in persona an die Frau Erste Kriminalhauptkommissarin Lipprandt die Unterlagen übergeben. Das ist bei uns im Büro geschehen. Dort waren also, wie gesagt, vier Beamte anwesend, zwei Kollegen der Zielfahndung und zwei übernehmende Kollegen. Ich habe diese Akten ein weiteres Mal gesehen im November 2011 nach den Ereignissen in Thüringen, habe aber diese Akten dort nicht gesichtet oder durchgesehen. Ich habe festgestellt, dass die Akten Bestand haben, habe bei der groben Schau, also beim Öffnen einer Akte, festgestellt, dass es sich um unsere Unterlagen handelt, aber habe diese Akten nicht lesen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, entgegen meiner ursprünglichen Planung will ich jetzt doch noch mal bei dem Punkt bleiben. Also, als Zielfahnder sind Sie ja sicherlich auch die aktenführende Einheit gewesen, was die Fahndungsakten betrifft.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, im Jahre 2001 ist die Maßnahme beendet worden, erfolglos.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Daraufhin haben Sie Ihre Fahndungsakten zu dem Trio Böhnhardt/Mundlos/Zschäpe dem LKA übergeben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Akten wurden durch mich und einen Mitarbeiter noch mal überprüft. Wir haben uns fast eine Woche mit diesen sieben Bänden beschäftigt, um zu verhindern, dass Dopplungen in diese Akten drin sind, dass Dinge falsch eingeordnet sind, haben noch mal entsprechende Heftungen so vorgenommen, dass der übernommene Bereich auch mit diesen Akten arbeiten kann, und es hat dann eine Übergabe gegeben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das heißt also sozusagen, die Maßnahme war erfolglos. Sie haben sich noch mal alle Unterlagen angeschaut, die in einen ordentlichen Zustand gebracht, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und dann haben Sie die übergeben, und weil Sie da sozusagen noch mal Arbeitszeit auch reingesteckt hatten 2001 in sozusagen die Herstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes, was die Fahndungsakten betrifft, können Sie sich auch so gut an den Zustand dieser Fahndungsakten erinnern, dass Sie jetzt wissen: Das, was ich Montag/Dienstag gesehen habe, sind nicht die Fahndungsakten gewesen, wie ich sie damals dem LKA übergeben habe. Ist das richtig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig. Das sind zum großen Teil unsere Unterlagen, allerdings vermischt mit Dokumenten, die nicht von uns stammen, und teilweise auch mit Bänden, die eigentlich vom Inhalt nicht zu uns gehören.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, ein Band, haben Sie gesagt, sei dabei gewesen, den haben Sie noch nie gesehen vorher; -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und diese Telefonliste sei auch nicht Bestandteil der ursprünglichen Fahndungsakten gewesen, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist auch korrekt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - die aber jetzt Bestandteil der Fahndungsakten war.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, ich frage jetzt mal - und bitte Sie, sich zu erinnern an Ihre Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen auszusagen -: Habe ich Sie so zu verstehen, dass nach Ihrem Eindruck die von Ihnen geführten Fahndungsakten nachträglich frisiert bzw. manipuliert worden sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, wie soll ich Ihre Aussage anders verstehen? Sie sagen, Sie können sich gut erinnern an Fahndungsakten, die Sie 2001 im LKA übergeben haben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie bekommen zu diesem konkreten Fall die Fahndungsakten in Vorbereitung Ihrer Zeugenvernehmung an diesem Montag, an diesem Dienstag vorgelegt. Sie sagen, da sind Bestandteile drin, die nach Ihrer festen Erinnerung früher nicht Bestandteil waren. Wie können die plötzlich Bestandteil der Fahndungsakten werden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann mir das nicht erklären, weil ich nach dem 22.08.01 keinen Überblick über den Verbleib dieser Akten habe, und ich weiß nur, dass sie auch im November durch Zufall aufgefunden wurden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es Zwischenfragen zu dieser Stelle? -

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Ja!)

Herr Wolff zunächst.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Wunderlich, mich würde schon interessieren: Wo gehen denn normalerweise dann diese Akten hin? Haben Sie da auch in der Akten-

sichtung jetzt am Montag/Dienstag gesehen, ob es da noch weitere Hinweise darüber gibt, wer da möglicherweise noch gezeichnet hat, wer diese Akten sich angeschaut hat, wer hier ganz konkret diese in der Hand hatte? - Erste Frage.

Zweite Frage: Ist es denn denkbar, dass dann aufgrund weiterer Ermittlungen - und üblich in Thüringen - Akten noch mal ergänzt werden im Rahmen weiterer Ermittlungen und dass dann noch zusätzliche Blätter dazukommen?

Also, erste Frage: Wissen Sie und konnten Sie jetzt sehen am Montag/Dienstag, wer die Akten noch in der Hand hatte? Gab es da Abzeichnungen? Und zweite Frage: Ist es sonst eher üblich im Rahmen weiterer Ermittlungen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, ich muss hinzufügen, dass diese Akten mir nur in Kopie vorgelegen haben. Es ist natürlich schon äußerst kompliziert, ein Originaldokument als Kopie dann noch zuzuordnen, ob nachträglich Schriftzeichnungen, Veränderungen daran stattgefunden haben. Das ist einfach nicht mehr nachvollziehbar. Ich kann Ihnen nur sagen, dass der Zustand der Akten vom August 01 nicht mit dem Zustand der Einsicht von dieser Woche übereingestimmt hat. Ich kann Ihnen das nicht im Detail darlegen. Es handelt sich ja schließlich um sieben Bände mit einer Unmenge an Unterlagen; aber es ist mir aufgefallen, dass zum Beispiel S-Records, also Verbindungsdatenerhebungen telefonischer Natur, hin und wieder mal eine Seite gefehlt hat, was eigentlich gar nicht passieren kann. Es sind Unterlagen falsch rum abgeheftet gewesen. Es ist teilweise auf dem Kopf abgeheftet gewesen. Also, es ist selbst für einen Laien nachvollziehbar, dass es sich eigentlich hier nicht um eine vernünftige Akte handeln kann.

Die Akten sind meines Wissens im Jahre 01 durch das Dezernat 72 nach der Übernahme in deren Bereich übergegangen, dort wohl auch von einem Kollegen noch einmal durchgegangen worden. Da muss ich schon zu dem ersten Punkt kommen, wo ich mir sage, der Kollege hätte ja eigentlich damals merken müssen, dass die Unterlagen in einem schlechten Zustand sind. Er hat ja einen Abschlussbericht geschrieben. Das ist dort nicht erfolgt.



**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gab es so Kürzel oder so ein Laufblatt, ein Verlauffblatt, wo die Akte hingewandert ist?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): War nicht enthalten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Es sind komplette Kopien, -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ein Kürzel auch nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** - und auch die Aktenbände sind nicht die Originalbände. Ich muss das hinzufügen. Also, ich habe nur Sicht auf Kopien in einer Reihung der Abheftung, die ich nicht nachvollziehen kann, und auch der Aktenordner an sich wie die Zuordnung des Aufklebers entspricht nicht dem Übergabezeitpunkt durch uns.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es gibt noch mehrere Zwischenfragen, Herr Wunderlich.

Ich darf aber eine auch noch vorher stellen. Wie ist es denn nach Ihrem Dafürhalten erklärbar, dass eine Liste mit Telefonadressen, die 98 in der Garage mit den Rohrbomben gefunden wurde, mehr als drei Jahre später, nachdem Sie 2001 die Fahndungsakten ohne diese Liste, die Ihnen auch nicht bekannt gewesen ist, dem LKA gegeben haben, dann später Eingang in die Fahndungsakten finden konnte?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich mir nicht erklären.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das muss ja dann jemand nachträglich hineingeheftet haben. Oder nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Man muss natürlich unterscheiden einmal zwischen dem Heftvorgang und zwischen dem Vorgang, der zur Heftung geführt hat. Wir haben ja Kopien drin.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, Herr Wunderlich, ich meine, Sie waren die zielfahndungsführende Stelle.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie sagen, es war Ihnen gar nicht bekannt, dass am Tag der Garagendurchsuchung diese Telefonliste gefunden worden ist. Sie haben doch gesagt, Sie haben sie das erste Mal gesehen bei der Vorbereitung diese Woche auf Ihr heutiges Erscheinen als Zeuge.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das ist so richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Falls es eine solche Liste gegeben hätte, würden Sie sich doch wahrscheinlich daran erinnern, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Daran hätte ich mich erinnern müssen. Das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Allerdings. Und eine solche Liste war Ihnen damals nicht bekannt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Oh Wunder, jetzt finden Sie sie am Montag, am Dienstag in den Thüringer Fahndungsakten. Richtig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Als Kopie.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Als Kopie.

**Zeuge Sven Wunderlich:** An einer Stelle, wo sie auch, selbst wenn sie fachtechnisch richtig abgeheftet worden wäre, nicht hingehört.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland hat eine Frage.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte danach auch fragen, Herr Wunderlich. Wir müssen ja unterscheiden. Man kann Akten in Unordnung bringen, man kann falsch rum abheften. Das läuft bei mir mehr unter Unordnung, Chaos, Schlampererei, oder was auch immer. Da ging ein Wirbelwind mal durch die Akten, und dann hat die Putzfrau sie wieder zusammengestellt.

Der Vorsitzende fragte nach „frisieren“. In „frisieren“ liegt ein subjektives Moment. Nach

der Frisur soll man schöner sein als vor der Frisur. Deswegen tut man es.

(Heiterkeit)

- Ja, sorry, das ist die Lebenserfahrung. Sonst kann man es ja auch lassen.

(Sönke Rix (SPD): Das gelingt nicht immer!)

- Es gelingt nicht immer, völlig richtig, Herr Kollege Rix. Manche verzichten auch deswegen von vornherein darauf; aber gemeinhin ist man nach der Frisur anders als vorher, will man einen besseren Eindruck machen. - Und das, was Sie uns hier geschildert haben, dass Seiten fehlen, lässt den Verdacht aufkommen, da sollte etwas hier nicht gefunden werden, und insbesondere, dass etwas hinzugefügt wurde. Denn ich muss Ihnen das mal deutlich vorhalten: Eine Zielfahndung, die eine Liste bekommt mit sieben Chemnitzer Telefonnummern und die nicht abarbeitet, hat den Namen nicht verdient: Zielfahndung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und wenn Ihnen das jetzt so vorgehalten wird, kann man dann sagen, dass nachträglich Sie als Blödmann erscheinen sollten, dass Sie einen solchen Vermerk in den Akten haben und ihn nicht sehen und ihn nicht abarbeiten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das möge ich nicht bestätigen wollen.

(Heiterkeit)

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ja. - Wir haben hier das letzte Mal eine Aussage des Herrn Melzer gehabt. Da darf ich mal zitieren aus der vorläufigen Zeugenvernehmung des Herrn Melzer vom letzten Sitzungstag. Da sagt er nämlich:

Ja, der Kollege Wunderlich hat mir eine Situation geschildert, die sehr bemerkenswert ist, und zwar hat er gesagt: Du glaubst nicht, wo ich bin. Ich bin hier im LKA, und ich sortiere Akten. Die haben hier Akten gefunden aus der Zeit Soko REX/EG TEX. Und es sind der Kollege Dressler dabei und die Kollegin Dittrich und der Kollege Einmecker (?). -

- Phonetisch. -

Ich sage: Das kann doch nicht wahr sein! Warum sind die denn jetzt da dabei, und was machen die denn da? - Der Kollege Wunderlich hat mir halt geschildert, dass im Prinzip diese Akten mehr oder weniger dann sondiert werden und auseinandergenommen werden, kopiert werden und in irgendeiner Art und Weise wieder zusammengesetzt werden.

Das klingt ja so, wie der Kollege das geschildert hat, dass Sie mit dabei waren bei diesem Aktensortieren, Umsortieren usw. usf. Können Sie uns dazu was sagen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und zwar nach dem Auffliegen der Gruppe, also nach dem 04.11.2011.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nach Eisenach.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Diesen Sachverhalt, der sich zu großen Teilen so zuge tragen hat, würde ich gern wie folgt beschreiben: Wie ich eingangs schon sagte, habe ich ja diese Akten im November 2011 gesehen, also nach der Übergabe durch mich 01 circa elf Jahre später, oder zehn Jahre später. Die Situation war wie folgt: Der ehemalige Leiter EG TEX, der Herr Dressler, mit dem ich also über die Jahre der Fahndung sehr eng zusammengearbeitet habe, hatte mich telefonisch kontaktiert und gesagt, meine Fahndungsakten wären aufgefunden worden.

Man muss vielleicht vorab die Situation so schildern, dass wir beim dritten Mal nach der Fahndung zur Person Zschäpe, Beate in Eisenach in der Soko „Capron“ eingebunden waren, auch fahndungsunterstützend zur Lokalisierung der Frau Zschäpe. In dem Zusammenhang habe ich darauf verwiesen, dass es durch uns umfangreiche Fahndungsbände geben muss. Eine Nachfrage durch die Soko „Capron“ hat dazu geführt, dass diese Akten nicht mehr da sind. Sie wären vernichtet, also nicht mehr existent. Und wenige Tage später habe ich dann den Anruf des Herrn Dressler bekommen mit dem Hinweis: Die Akten sind jetzt aufgefunden worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das, Herr Wunderlich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das war an dem - - Die Stellung der Frau Zschäpe war am 08.11. Da habe ich sie übrigens auch identifiziert. Das war entweder das folgende oder das darauffolgende Wochenende. Ich habe versucht, das über meinen Dienstzeitnachweis nachzuvollziehen, war allerdings beide Wochenenden im Dienst. Deshalb kann ich jetzt nicht mehr ausschließen, welches Wochenende das war. Es müsste sich also um das Wochenende nach dem 08.11. oder das zweite Wochenende nach dem 08.11. handeln.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wochenende heißt Samstag/Sonntag, oder wie?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das war am Wochenende, korrekt. Ja, daran kann ich mich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also nicht Freitag, sondern tatsächlich so ein Wochenendtag Samstag oder Sonntag?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, es ist an einem Samstag oder einem Sonntag gewesen. Leider Gottes habe ich an allen vier Tagen gearbeitet, die infrage kommen. Insofern konnte ich es nicht mehr ausschließen. Ich bin, wie gesagt, telefonisch kontaktiert worden, habe mich natürlich sehr für meine eigenen Akten interessiert - das ist ganz klar - und bin auch gebeten worden, hinzukommen, um zu prüfen, ob es sich um meine Akten handelt. Also, ich habe einen regelrechten Auftrag dazu gehabt und habe nach Rücksprache mit meinem Abteilungsleiter auch die Genehmigung bekommen, das zu tun, wobei natürlich der Auftrag wirklich nur darin bestand, zu schauen: Sind das die Akten, die du mal 01 übergeben hast?

Die Situation, die ich festgestellt habe, war die, dass in einem großen Schulungsraum eine Vielzahl von Akten - ich würde sagen, ca. 30 Akten - aufgestellt waren und mehrere Mitarbeiter in diesen Akten nachgesehen - - Nicht sortiert; das ist das falsche Wort. Man hat nachgesehen und bestimmte Dokumente auch entnommen und kopiert. Hintergrund hierfür ist wohl die politische Anfrage in Thüringen gewesen nach bestimmten Details, was die Fahndung nach den drei Personen betraf. Dort mussten wohl Antworten gegeben werden, und man er-

hoffte sich, die Antworten auch aus diesen Akten entnehmen zu können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch eine Reihe von weiteren Zwischenfragen. Ich glaube, das ist wegen der Brisanz, der möglichen, jetzt auch vertretbar, das so zu machen, obwohl wir uns ja ursprünglich mal verständigt haben, dass die Ausnahme ist. - Deswegen hat jetzt der Kollege Binninger die Möglichkeit für eine Zwischenfrage.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Wunderlich, der Vorsitzende hat gerade das Wort „Brisanz“ ausgesprochen. Wir müssen jetzt, glaube ich, sehr darauf achten, dass wir nicht aufgrund einer vielleicht etwas unbeabsichtigten unpräzisen Darstellung uns in etwas verheddern, was vielleicht gar nicht so dramatisch war.

Stichwort „Adressliste“, die Sie nicht bekommen haben. Das hat ja aber eine gewisse Logik. Die gesamten Beweismittel sind doch nicht bei Ihnen nach einer Garagendurchsuchung. Die sind doch beim Sachbearbeiter des Falls. Oder liege ich da falsch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist in dem Falle korrekt. Wir hätten maximal - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nicht nur in dem Fall. Das ist in jedem Fall korrekt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt. Wir hätten aber eine Kopie von den Unterlagen erhalten können.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Genau. Also, dass man sie Ihnen hätte geben sollen für die Fahndung, da sind wir einer Meinung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber dem Eindruck vorzubeugen, dass quasi die Zielfahndung, die ja ein Teilsegment eines Falles zu bearbeiten hat, die sichergestellten Beweismittel bekommt, das ist ja nicht zutreffend. Die liegen beim Sachbearbeiter, und der hätte entscheiden müssen: Was von dem ganzen Zeugs, vom Sprengstoff bis zu der Adressliste, ist denn für die Fahndung relevant?

Wir wissen auch, dass die Adressliste in dieser frühen Phase vom BKA ausgewertet wurde. Dazu werden wir die Kollegen noch hören. Aber Sie haben sie nie bekommen. Das ist richtig, ja?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich hätte sie im Original schon wegen der Gefahr als Spurenräger gar nicht bekommen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Binninger, ausgewertet ist es ja leider nicht! - Gegenruf der Abg.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, in Anführungsstrichen!

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das werden wir noch klären. Ich will nur auf den Fakt hinweisen, weil das so im Raum stand, als ob er als Zielfahnder quasi den ersten und logischen Zugriff hat auf sichergestellte Beweismittel. Den wird er in keinem Fall haben, nirgendwo in diesem Land.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, schon richtig. Aber warum dann anschließend diese Liste in seinen Fahndungsakten, die er ja ohne die Liste übergeben hat, auftaucht, ist schon eine relevante Frage.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, das wäre meine zweite Frage gewesen. - Ist Ihnen bekannt, dass, nachdem Sie ja den Ordner übergeben hatten im Jahre 2001, im Januar 2002 - ich zitiere kurz die Fundstelle: MAT A TH-1/24 - es einen Auftrag gab, an Herrn Kleimann, Kriminalhauptkommissar vom LKA? Kennen Sie den?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kenne den Herrn nicht, aber ich kenne den Sachverhalt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, der hat dann, nachdem Sie den Ordner übergeben hatten - hier steht auch dabei „unterzeichnet“; das war Herr Kleimann -:

erhielt am 28.01.2002 den Auftrag, die vom Dezernat 12/Zielfahndung

- das sind Sie, ja? -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):**

erstellten und an das Dezernat 22

- das war wohl dann im Jahr 2001 -

übergebenen Fahndungsordner zu sichten und auszuwerten.

Auch noch mal mit dem Ziel, quasi die Fahndung zum erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Wussten Sie davon, dass quasi ja mit Ihren Unterlagen weitergearbeitet wurde, deshalb Veränderungen per se noch nichts Brisantes oder Skandalöses haben müssen? Wussten Sie davon?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich wusste, dass das beabsichtigt war. Ich wusste nicht, wer es macht, und ich wusste auch nicht, wann damit begonnen wird.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Man hat es Ihnen jetzt auch nicht gesagt, dass so was - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein. Aber es ist nicht ungewöhnlich doch, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, es ist ja die richtige Arbeit, andere Bereiche daran versuchen zu lassen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Dann habe ich eine letzte Zwischenfrage. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie haben mal irgendwo geäußert - da ging es auch um den Zustand der Akten und wie sie geordnet sind, und chronologisch -: Na ja, das sind ja Zielfahndungsakten. Die werden anders aufgebaut und anders geordnet als klassische Ermittlungsakten, wo man eben die Vermerke, die Vernehmungen, die Beweismittel usw. nach einer klaren Struktur abheftet. - Gibt es überhaupt eine feste, vorgeschriebene, verbindliche Anordnung, wie Zielfahndungsakten zu führen und aufzubauen sind, oder bleibt es letztendlich auch ein Stück weit dem überlassen, der den Fall betreut in dem Moment, wo er die Zielfahndung macht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, das ist eine interessante Frage, weil im Nachhinein das auch bundesweit mal versucht wurde zu erfassen. Ich habe festgestellt, dass es also kein klares Regelwerk dafür gibt. Ich muss Ihnen aber sagen - und das ist ja auch Thema einer Zielfahndungstagung -, dass die Zielfahndungsakten also bundesweit fast in dem gleichen Zustand sind. Da gibt es ein

klares Prozedere, ein gewisses Personogramm, einen Aufbau der Akte, der eigentlich sehr gut funktioniert.

Ich bitte aber auch noch mal, den Hinweis zu beachten: Es handelt sich ja um einen Sonderband. Es ist ja keine reine Ermittlungsakte. Es ist ähnlich vielleicht wie in einem Sonderband Zeugenschutz. Auch der Sonderband Zeugenschutz kann natürlich nicht Teil einer Ermittlungsakte sein, weil ja dann für die ermittelnden Beamten klar wäre, wo die zu schützende Person sich aufhält.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber es ist nichts Ungewöhnliches, dass jemand, der mit Ihrer Akte weiterarbeitet, sie zunächst sichtet, dann weiterarbeitet mit dem Ziel, das Trio zu finden, natürlich möglicherweise individuell einen etwas anderen Aktenaufbau gepflegt hat als Sie, oder ist das - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das würde einer Logik entsprechen, wobei ich natürlich dann sage - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das reicht. Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber, Herr Wunderlich, dann muss ich noch mal fragen: Sie haben bis zur Abgabe 2001 Ihrer Fahndungsakten weder etwas von einer Telefonliste gewusst, noch gar hätte sich eine solche Telefonliste in Ihren Fahndungsakten befunden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kannte im Prinzip nicht den Umstand des Auffindens der Gegenstände in der Garage. Das war mir nicht bekannt, zumal ich mich auch dafür gar nicht groß interessiert habe. Ich bin davon ausgegangen, dass die Mitarbeiter der EG TEX uns fahndungsrelevante Dinge zuarbeiten oder übergeben. Wir sind eine Dienststelle, und da verlässt man sich natürlich auch auf die entsprechenden Bereiche.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, ich mache Ihnen da an der Stelle gar keinen Vorwurf. Der Vorwurf richtet sich dann eher an diejenigen, die Ihnen diese Liste vorenthalten haben. Aber die Frage, die sich natürlich stellt, ist: Wie kommt denn über drei Jahre später eine solche Liste dann nachträglich in die Fahndungsakten?

Und jetzt habe ich noch mal, bevor ich noch weitere Zwischenfragen zulasse, eine Frage noch mal zu dem, was Ihnen Herr Wieland vorgehalten hat, nämlich die Aussage des Zeugen Melzer gemäß dem vorläufigen Protokoll. Da will ich noch mal die zentrale Passage zitieren von Herrn Melzer:

Der Kollege Wunderlich hat mir halt geschildert, dass im Prinzip diese Akten mehr oder weniger dann sondiert werden und auseinandergenommen werden, kopiert werden und in irgendeiner Art und Weise wieder zusammengesetzt werden.

Das war also, wie Sie sagen, an einem der Wochenenden, nachdem sich Frau Zschäpe gestellt hat, also nach dem Auffliegen des Trios.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was war denn der Grund, warum Sie da sozusagen vom LKA oder von wem einbestellt worden sind? Sie haben doch gesagt, Sie wären sozusagen in die Behörde gerufen worden beim LKA. Da wären 30 Akten, und dann - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich bin von dem Herrn Dressler persönlich telefonisch kontaktiert worden mit dem Hinweis, dass meine oder die Fahndungsbände -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau.

**Zeuge Sven Wunderlich:** - im Fahndungsfall nach den drei Rechten jetzt auf einmal aufgefunden worden wären, mit der Bitte, zu schauen, ob es sich um meine Unterlagen handelt, die ich damals übergeben habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Dann sind Sie ins LKA gefahren?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Und dann sagt Melzer in seiner Aussage - Zitat -:

Also, der Kollege Wunderlich hatte auch gesagt, dass es ein sehr wüstes Treiben gewesen war.

Was ist denn mit „wüstem Treiben“ gemeint?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das ist von mir so gesagt worden. Das hat der Herr Melzer eigentlich auch richtig wiedergegeben. Ich würde Ihnen, wie gesagt, gerne diesen Zustand erläutern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dann muss man sich ja ein Bild selber davon machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ein Schulungsraum mit, wie gesagt - ich sage jetzt mal; ich habe die Bände nicht gezählt -, circa 30 Akten

(Dr. Eva Högl (SPD): Leitz-Ordner?)

- bitte?

(Dr. Eva Högl (SPD): Leitz-Ordner?)

- ja, so ähnlich, wie ich hier auf dem Tisch habe, etwas breiter, also wesentlicher dicker -, die dort für denjenigen, der sie aufgestellt hat, sicherlich systematisch nachvollziehbar waren. Für mich als Dazukommenden konnte ich mit diesen 30 - sage ich jetzt mal - plus/minus fünf Bänden nichts anfangen. Ich habe aber festgestellt, dass meine Originalordner mit meinen originalen Beschriftungen dort standen. Das waren sieben Bände oder vielleicht auch acht. Es können sogar acht gewesen sein. Das hat mich nämlich noch gewundert, dass, glaube ich, ein Band mehr auf einmal da war. Die waren auch mit „Zielfahndung“ beschriftet. Ich glaube, ZF 1 bis 8, in der Art. Und dort habe ich mal einen Blick reingeworfen und habe festgestellt: Das sind wirklich die Akten, die wir damals übergeben haben. - Ich habe diese Akten nicht auf Vollständigkeit überprüft, und ich habe diese Akten auch nicht auf die Richtigkeit der Abheftung überprüft.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann muss ich noch mal kurz nachfragen, Herr Wunderlich. Also, nachdem sich Frau Zschäpe gestellt hat, entweder am Wochenende darauf oder am folgenden Wochenende, entweder an einem Samstag oder an einem Sonntag, kriegen Sie einen Anruf von Herrn Dressler. Herr Dressler sagt: Lieber Kollege Wunderlich, wir haben Ihre Fahndungsakten gefunden.

**Zeuge Sven Wunderlich:** „Deine“. Also, wir haben ein sehr privat gutes Verhältnis.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, er hat Sie geduzt und hat gesagt: „Komm rüber!“

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Also, da waren ganz viele Leute in dem Raum mit ganz vielen Akten, und dann haben Sie halt geguckt, sozusagen eine Sichtung vorgenommen, und haben festgestellt: „Im Wesentlichen ist das das, was ich dem LKA damals 2001 übergeben habe“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist so korrekt, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und das, was Sie diesen Montag und Dienstag gesehen haben zur Vorbereitung Ihrer heutigen Vernehmung als Zeuge, hat das dem entsprochen, was Sie Mitte November 2011 gesehen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist ja jetzt der Knackpunkt. Ich habe ja diese Akten nicht auf Vollständigkeit überprüft, und ich habe auch nicht geguckt, ob sie richtig geheftet sind. Ich habe lediglich mal einen Band aufgeschlagen, habe festgestellt: Jawohl, das ist ein TKÜ-Band. Okay, das ist von uns, habe Schriftstücke von mir darin entdeckt - im Original, muss ich sagen -, auch noch auf sehr signifikantem Papier, also nicht so weiß wie heute, teilweise mit Schreibmaschine geschrieben. Also, man hat auch im Original festgestellt, dass das - - ja, es sind einfach Originale gewesen, und habe somit auch die Heftung nicht überprüfen können. Ich habe mich circa vielleicht eine halbe Stunde dort aufgehhalten, habe gesagt: „Okay, das sind unsere Bände, viel Erfolg“, und bin wieder gefahren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das heißt also, Sie können jetzt - ich frage noch mal nach, weil mir das nicht unwichtig zu sein scheint - heute keine Aussage darüber treffen, ob der Zustand der Akten im November 2011 ein anderer war als der Zustand an diesem Montag oder Dienstag?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, schon daher nicht, weil ich nur Kopien vorliegen hatte, also schon das Papier eine ganz andere visuelle Qualität hatte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie denn, als Sie am Montag und Dienstag sich vorbereitet haben beim LKA in Thüringen, darum gebeten, auch mal in die Originale schauen zu dürfen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Die Möglichkeit gibt es wohl auch nicht, weil die Originale sich entweder bei Ihnen oder im BKA befinden. Die sind also in Thüringen wohl nicht vorhanden.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind die jetzt? - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entweder hier oder im BKA!)

- Im BKA oder bei Ihnen.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):  
Oder bei uns?)

- Oder bei Ihnen, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann habe ich noch eine abschließende Frage. Herr Wunderlich, was war denn jetzt sozusagen der Sinn dieser Versammlung beim LKA, bei der Sie dann eine halbe Stunde dabei waren?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Hintergrund war ganz einfach, dass mit dem Ereignis am 04.11. in Thüringen fieberhaft nach den damaligen Fahndungsbänden gesucht wurde. Also, die Soko „Capron“, der Herr Kriminaldirektor Menzel, hat also wirklich alles unternommen, um herauszufinden, ob diese Bände noch existieren und wo sie sein könnten. Hintergrund ist natürlich: Ich habe selber diese Idee angeschoben, indem ich gesagt habe: „Wenn wir die Frau Zschäpe jetzt suchen, dann wäre es natürlich nicht schlecht, wenn wir auf damaliges Material zurückgreifen können“, gerade zumal ich ja mich daran erinnern konnte, dass wir eigentlich Sachsen so als Ende des Fadens im Augen hatten und in Sachsen ja auch dann diese Explosion des Hauses war. Also, somit habe ich mir ganz einfach gesagt, diese Bände könnten wichtig sein, und der Herr Menzel hat als Soko-Leiter versucht, den Ort

oder den Aufenthalt dieser Bände zu ermitteln. Die - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber: Kollege Wunderlich hat mir geschildert, Akten seien sondiert worden, auseinandergenommen, kopiert und in irgendeiner Art und Weise wieder zusammengesetzt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, ich habe also festgestellt, dass - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist ein bisschen mehr, als nach Akten suchen, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das klingt nach ein bisschen mehr, als nach Akten suchen und finden.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nun gut, ich will das nicht hineininterpretieren. Meine Feststellung war nur, dass mindestens vier Beamte außer mir und dem Herrn Dressler also diese Akten öffneten, teilweise Papier entnahmen, kopierten und es wieder zurückhefteten. Wobei ich natürlich nicht überprüft habe, ob der Kollege das richtig macht, und ich kannte auch den Hintergrund nicht. Aber die Feststellung habe ich getroffen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. Ich meine, das klingt ja schon ein bisschen anders. Also, neu zusammensetzen - Zitat Melzer - ist ja etwas anderes als kopieren und wieder einheften.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht bestätigen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Und „wüstes Treiben“? Ich meine, ist das so die übliche Arbeitsatmosphäre beim LKA?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, es - - Soweit ich mich erinnere, war wohl unter Zeitdruck vieles zu beantworten, und man hat jetzt fieberhaft in diesen Akten Unterlagen gesucht. Also, da war schon eine gewisse Hektik erkennbar, wobei ich, wie gesagt, nicht den Auftrag und den Hintergrund kannte. Für mich war eigentlich nur klar: Du guckst jetzt, ob deine Akten mit dabei sind,

und habe den Kollegen, wie vorhin schon erwähnt, viel Erfolg gewünscht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Waren das ausschließlich Kollegen aus dem Bereich der Polizei?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Alle Kollegen, die ich dort gesehen habe, waren Kollegen des Landeskriminalamtes, die ich kannte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Alle Kollegen, die Sie kannten, oder alle Kollegen, die da waren?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe niemanden gesehen, den ich nicht kannte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und die waren alle durchweg LKA-Beamte?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Jawohl.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Frau Dr. Högl.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ich mache das in der Fragerunde dann!)

- Okay. - Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Wunderlich, noch mal ganz kurz: Schulungsraum. Dort hatten Sie die Originalakten, am 05., 06., 07., 08.11.? Das waren Originalakten damals?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da bitte ich um Verständnis. Ich habe diese Originaleinbände von mir eindeutig identifiziert mit meiner auch eigenen Beschriftung. Der Inhalt war original, gar keine Frage, aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob da bereits Veränderungen vorgenommen sind oder waren. Also, ich habe die Bände teilweise nur mal geöffnet und reingeschaut und festgestellt: Jawohl, das sind unsere Unterlagen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gehen denn diese Akten Ihrer Kenntnis nach in ein Archiv, oder wie wird das - - Wo waren die zwischendurch, die Akten? Wie wird das gemacht im LKA?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Vielleicht kann ich Ihnen da noch einen Satz vorher sagen. Ich habe selber mal versucht, nachvollzie-

hen, wo die Akten eigentlich ihren Weg genommen haben. Hintergrund war auch die Kritik der Kommission in Thüringen über unseren Aktenaufbau und -zustand. Ich konnte mir das eigentlich nicht erklären. Ich habe mit der Kollegin, mit der Frau Lipprandt, gesprochen in der weiteren Folge und habe sie gefragt, ob sie die Unterlagen bzw. die Akten, die sie von uns bekommen hat, sich eigentlich mal angesehen hat. Das hat sie verneint. Daher weiß ich dann auch, dass wohl der Herr Kleimann im darauffolgenden Jahr - die Übergabe war im August, also im Januar wohl beginnend, vier oder fünf Monate später - beauftragt wurde, diese Akten noch mal nach einem eigenen System zu durchschauen, um Fahndungsansätze zu finden oder auch zu sehen, ob bestimmte Maßnahmen nicht durchgeführt wurden. Dazu gibt es dann auch einen Abschlussbericht. Und was mich auch verwundert, ist, dass in diesem Abschlussbericht eben keine Kritik zu unserer Aktenführung steht. Das hat mich jetzt ganz einfach verwundert, weil das, was ich am Montag und Dienstag gesehen habe, das war also ein sehr schlimmer Zustand. Das hätte zumindest in dem Abschlussbericht einen Eintrag finden müssen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und Sie haben jetzt die Kopien gesehen bei der Vorbereitung?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wo sind denn die Originalakten? Wissen Sie das?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Horsch, wissen Sie das? Also, wenn Sie Auskunft geben wollen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er darf. Herr Horsch.

**Ltd MR Andreas Horsch** (Thüringen): Nach meinem Kenntnisstand befinden sich die Originalakten beim Bundeskriminalamt bzw. beim Generalbundesanwalt.



**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Ich würde vorschlagen, wir finden mal so mittelfristig wieder zum regulären Verfahren zurück.

Ich habe jetzt noch zwei Fragen, und dann würde ich noch ein, zwei Fragen stellen. Dann machen wir die erste Berliner Runde, okay? Ich habe Herrn Petermann noch auf der Liste, Herrn Wieland und Frau Pau auch noch, oder?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, von mir auch noch mal eine Nachfrage zu dieser doch recht merkwürdigen Aktenbehandlung. Wir haben ja hier im letzten Jahr einiges erleben müssen. Deswegen finde ich schon, dass da eine gewisse Skepsis angebracht ist, ob das alles sauber über die Bühne gegangen ist.

Herr Wunderlich, Sie sind es ja gewohnt, investigativ zu arbeiten. Das haben Sie dem Vernehmen nach auch sehr erfolgreich getan in den letzten Jahren. Haben Sie eine Erklärung dafür, wo es ein Motiv geben könnte oder wo ein Motiv liegen könnte für die Herstellung - kann man schon sagen - einer solchen designten Akte, so wie Sie sie vorgefunden haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, im Nachgang zu den Fragen des Kollegen Binninger zunächst eine ganz einfache Frage. Paginieren Sie Ihre Akten, also nummerieren Sie die durch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist nicht der Fall, nein.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auch von Ihnen nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn Sie jetzt sagen, da fehlen Seiten, dann sagen Sie das aus dem Gedächtnis heraus?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, einerseits habe ich festgestellt, dass Daten durcheinander geheftet waren - also, die Jahre

waren überhaupt nicht chronologisch hintereinander -, und in den S-Records haben teilweise Seiten gefehlt. Also, ich habe ein oder zwei Seiten festgestellt. Ich habe die ganzen S-Records im Einzelnen nicht durchgegangen, aber da war wohl das eine oder andere Blatt, was fehlte.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn sozusagen die Akten übergeben werden oder ein Bearbeiterwechsel eintritt, ist es dann üblich, dass der neue Sachbearbeiter die alten Akten umgruppiert und umordnet, oder führt er nicht einfach diese Akten weiter?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, diese Fahndungsakten müssten im weiteren Verlauf eigentlich in den Kriminalaktennachweis kommen, und zwar in dem Zustand, wie sie übergeben wurden. Der Mitarbeiter, der sich weiterhin mit diesen Akten beschäftigt, müsste sich Kopien ziehen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt, darin kann kein Grund dafür liegen, dass Seiten verschwinden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, das wäre auch nicht der richtige Weg gewesen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Allerletzte Frage: Muss man seinen Kollegen sagen, dass man als Fahnder praktisch alle Daten haben will und alle Daten braucht, die irgendwie verfügbar sind, oder ist das Allgemeinwissen der Kriminalpolizei?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Natürlich tun wir bei der Übernahme von Fahndungsmaßnahmen der Justiz als auch der sachbearbeitenden Dienststelle sagen, dass wir bitte die Einsicht in alle Dinge hätten, weil wir natürlich auch vieles aus Sicht eines Fahnders beachten oder betrachten. Es kann also durchaus sein, dass ein Ermittlungsbeamter - - Darf ich vielleicht ein Beispiel sagen? Im Zuge der Entweichung eines Strafgefangenen ist eine Durchsuchung der Wohnung und der Kellerräume veranlasst worden. Bei der Durchsuchung des Kellerraums ist zum Beispiel eine leere Postkarte aufgefunden worden, die der ermittlungsführende Bereich nicht als wichtig erachtete, und hätte sie auch in dem Keller liegen lassen. Für uns

war diese Postkarte wichtig, weil genau auf dem Motiv der Postkarte wir den Täter letztendlich haben festnehmen können. Also, es gibt verschiedene Sichtweise zu bestimmten verschiedenen Effekten.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das wussten - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Andererseits kann es natürlich sein, dass wir fahndungsmäßig etwas betrachten, was die Ermittlung nicht interessiert.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müsste ein Kriminalbeamter des BKA doch wissen im Regelfall.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das setze ich voraus.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hatten Sie denn aus der Zeitung schon Kenntnis von der Telefonliste, bevor Sie die am Montag oder am Dienstag gesehen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Jetzt habe ich die Frage gerade nicht - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hatten Sie schon vorher Kenntnis, zum Beispiel aus der öffentlichen Berichterstattung, über die Existenz dieser Telefonliste, bevor Sie sie selber gesehen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, ich habe im Zuge einer Pressemitteilung sogar diese Liste in einer Zeitung gesehen, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das könnte - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und das war das erste Mal?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das war das erste Mal. Ich verfolge das ein bisschen. Das war dann schon interessant, ja.

(Iris Gleicke (SPD): Das finden wir auch, ja!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Noch mal ganz kurz zu dem, was Herr Wieland Sie gefragt hat. Habe ich das so zu verstehen, es ist durchaus üblich, dass man Fahndungsakten weiterschreibt, aber es müsste dann auch entsprechend dokumentiert werden? Also, wenn man sozusagen in einem Zustand wie Sie 2001 Akten übergibt, dann müsste, wenn ein Dritter da etwas hinzufügt oder Sachen möglicherweise auch entnimmt, woanders hintut, das dann irgendwo verzeichnet werden? Ist das richtig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, aber ich halte es eigentlich für sinnvoll, eine neue Akte anzulegen in der Sache und da nicht hinten an zu heften. Zum Zeitpunkt, wo die EG TEX unsere Unterlagen übernommen hat, kann ich mir vorstellen, dass dort weiter Heftungen durchgeführt wurden. Ich kann aber die Arbeitsweise nicht beschreiben, weil ich sie nicht kenne.

Gewundert hat mich natürlich, dass nach der Übergabe der Unterlagen - das ist für mich also nicht nachvollziehbar - der Herr Kleimann uns nicht ganz einfach mal zu bestimmten fahndungsrelevanten Dingen gefragt hat. Also, den Abschlussbericht habe ich erstmalig gesehen, da war der Herr Kleimann in Pension.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, Sie haben 2001 die Fahndungsmaßnahme eingestellt, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Jawohl.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und dann gab aber offenkundig doch noch so viel Interesse, obwohl die Fahndung eingestellt war, dass man die Akten noch weiter geführt hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht sagen. Ich habe - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, jedenfalls sind die Akten, die Sie am Montag und am Dienstag gesehen haben, nicht die

Akten gewesen, wie Sie sie 2001 übergeben haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nicht in der Sortierung, wie wir sie übergeben haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch folgenden Bereich, den ich ansprechen möchte. Wir hatten einen sehr interessanten Vortrag von Herrn Nocken in der letzten Sitzungswoche. Herr Nocken war nicht nur der Überzeugung, dass, hätte man den Verfassungsschutz Thüringen länger gewähren lassen, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe schon längst inhaftiert hätten werden können, sondern er hat uns hier auch vorgetragen, dass der Verfassungsschutz in einer schon fast unverantwortlichen Art und Weise, was den Umfang betrifft, sein nachrichtendienstliches Wissen mit der Polizei geteilt habe, also alles, was man an Informationen durch nachrichtendienstliche Quellen bekommen habe, habe man der Polizei zur Verfügung gestellt, um insbesondere, Herr Wunderlich, Ihnen und Ihren Kollegen zu helfen bei der Fahndung nach dem Trio. Da will ich mal kurz Herrn Nocken zitieren aus der vorläufigen Vernehmung. Da heißt es Folgendes - - Er bezieht sich da auf die Schäfer-Kommission. Ich zitiere:

Sie stützen sich auf die unbestrittene Tatsache, dass die Quellenmeldungen mit den Inhalten „Waffen für weitere Überfälle“ vom 14. September 1998, „Die drei jobben“ vom 24. November 1999 und „Die drei machen Sachen/Aktionen“ vom 10. April 2001 nicht dokumentiert an die Polizei weitergegeben wurden. Dieser Rückschluss, den die Schäfer-Kommission zieht, ist nach den Informationen, die ihr gegeben wurden, unberechtigt und falsch.

Die Information der Polizei konnte aus operativen und Quellenschutzgründen nicht dokumentiert erfolgen. Ich bin aber sehr sicher, dass die Mitarbeiter der Zielfahndung des Thüringer Landeskriminalamtes in persönlichen Gesprächen sehr wohl unterrichtet wurden.

Also, Herr Nocken sagt, weil das ja so sensibel ist, habe man Ihnen sozusagen nicht schriftlich mitgeteilt, dass man 1998 einen Hinweis hatte, dass die drei mit Überfällen angefangen hätten, dass man 1999

einen Hinweis hätte, sie würden einer Tätigkeit nachgehen - wo man sich ja die Frage hätte stellen müssen: Wie geht das in der Illegalität, und was für Tätigkeiten könnten das sein? -, und dass man 2001 - „Die drei machen Sachen/Aktionen“ -, dass man solche Hinweise gehabt hätte, hätte man Ihnen nicht schriftlich mitgeteilt, aber in geeigneter anderer Form.

Sind Ihnen diese drei Informationen, insbesondere die sehr frühe Information aus dem September 1998, die bräuchten „Waffen für weitere Überfälle“, zugänglich gemacht worden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, weil dann wären wir auch - - Logischer Schluss: Wir wären gar nicht mehr alleine los und hätten Ermittlungen durchgeführt. Wir hätten ein Spezialeinsatzkommando dabeigeht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie war denn Ihrer Erinnerung nach die Kooperation seitens des Verfassungsschutzes Ihnen gegenüber?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, die Herren waren sehr nett und freundlich, und man hat es auch als ein sehr kollegiales Verhältnis verstanden.

Ich muss allerdings noch einen Satz hinzufügen: In dem gesamten Fahndungszeitraum nach den dreien war ich nicht der Leiter der Zielfahndung. Das war der Herr Kriminalhauptkommissar Ihling, leider 2006 verstorben. Ich habe lediglich, im Jahr 2000 beginnend, aufgrund seiner schweren Krankheit kommissarisch die Amtsgeschäfte übernommen - so muss man das bezeichnen - und dadurch auch mehr Kontakt mit dem LfV gehabt als vorher, weil in erster Linie das der Herr Ihling gemacht hat.

Nichtsdestotrotz haben wir uns in den Dingen ausgetauscht, in dem ganzen Kommando von drei bis fünf Leuten. Der Sachstand war also allen bekannt, und die Informationen waren, ja, gering, dünn spärlich, zumindest nichts, was uns fahndungsansatzmäßig weitergeholfen hätte. Ich kann mich lediglich erinnern an die Hinweise Flucht über Belgien in die USA, und es gab dann noch mal diesen Fahndungsansatz Richtung Südafrika. Das sind Dinge, die wir auch versucht haben abzudecken. Dass sich die drei im Nahbereich aufhalten - ich bezeichne das jetzt mal; Sachsen ist ja ein angrenzendes Bundesland -, war zwar für uns

vorstellbar, aber dafür gab es keine klaren Erkenntnisse, und das ist uns auch durch das LfV Thüringen oder Sachsen nicht mitgeteilt worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich zitiere noch mal Herrn Nocken aus der vorläufigen Vernehmung: Wir haben

ständig mit den Kollegen der Ziel-  
fahndung zusammengesessen ...  
und die Informationen ausgetauscht  
... wir haben nichts vorenthalten.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nun gibt es ja diesen Kommissionsbericht, den ich als Basis wirklich sehr gut finde. Dort sind ja die ganzen einzelnen Informationen aufgelistet, und für mich war das schon erschreckend, was an Informationen da war, was im Zuge der Zusammenführung natürlich für uns ganz klare Fahndungsansätze gebracht hätte. Alleine die Recherche von Überfällen in Sachsen hätte uns ja zumindest schon mal zu einem Bild gebracht eines der Täter, weil es gab ja eine Videoaufzeichnung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, die Aussage von Herrn Nocken, man habe Ihnen nichts vorenthalten, was an wesentlichem Wissen beim Verfassungsschutz in Thüringen vorlag, ist falsch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die ist falsch und wäre für den einen oder anderen Beamten von uns vielleicht sogar tödlich ausgegangen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?  
Tödlich?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie ist das zu verstehen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, den Hintergrund, dass einer der drei vielleicht bewaffnet ist, das wäre ein sehr wichtiger Hinweis gewesen aus Gründen der Eigensicherung. Also, wir sind davon ausgegangen, dass wir drei Jungerwachsene suchen, die in der Garage ein bisschen Blödsinn machen. Dass also hier eine Gefahr für Leib und Leben für Polizeibeamte oder für andere Personen besteht, da gab es gar keinen Hinweis zu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, das Verhalten der zuständigen Personen im Bereich des Thüringer Verfassungsschutzes war nicht nur unverantwortlich, weil man Ihnen wichtige Informationen zum Beispiel auf die Banküberfälle vorenthalten hat, die neue Fahndungsansätze hätten mit sich bringen können, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - sondern das Verhalten war auch unverantwortlich, weil man Ihre Kollegen einer Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt hat, weil Ihre Kollegen und Sie gar nicht wussten, dass diese Leute möglicherweise bewaffnet sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir hatten keine Kenntnis von dem Sachstand unseres polizeilichen Gegenübers. Das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, ich habe noch eine Frage, eine vorletzte.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das sind schon zwei!)

Sie haben ja mit der Schäfer-Kommission gesprochen, und wir haben verabredet, dass wir hier nicht aus diesen Protokollen zitieren, aber durchaus sinngemäß darauf Bezug nehmen können. Sie haben - das ist MAT A TH-6/3, Blatt 119 - gegenüber der Schäfer-Kommission erklärt, dass Herr Luthardt - den hören wir ja auch noch; das war damals der LKA-Präsident - Ihnen zu einem bestimmten Zeitpunkt geäußert habe, Sie würden die drei nie finden. Ist das richtig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie ist denn diese Aussage von Herrn Luthardt Ihnen gegenüber zustande gekommen, und wann ist sie gefallen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Vielleicht zu meinem Charakter: Ich bin in vielen Dingen - gerade wenn es Fahndung betrifft - etwas nervig und bissig und habe natürlich nicht nur meinen Präsidenten, sondern auch Kollegen des Verfassungsschutzes sehr oft und bei jeder möglichen Gelegenheit nach dem Aufenthalt der drei befragt. Das ist also auch weit über den Fahndungszeitraum hinausgegangen, wo wir zuständig waren, als auch

über den Zeitraum, wo bereits schon die Verjährung eingetreten war, weil es für uns ganz einfach ein ungelöstes Problem war, und es hat uns interessiert, wie es mal ausgeht.

Im Zuge eines nicht formellen Gesprächs, also am Rande, wenn ich mich recht erinnere, eines LKA-Festes gab es da wohl ein längeres Gespräch, wo der Herr Luthardt sagte, er ist der Auffassung und er hat das Gefühl und er ist sich eigentlich fast sicher, dass wir sie wahrscheinlich gekriegt hätten, wenn alle an einem Strang gezogen hätten. Das war die eine Seite der Aussage, und die andere war, er geht davon aus, dass es vielleicht gar nicht gewollt war, sie zu bekommen.

Jetzt möchte ich noch mal Wert darauf legen, dass es ein nicht formelles Gespräch war, sondern ein Gespräch unter Kollegen, wobei ich jetzt auch nicht die Funktion oder den Dienststrang des Präsidenten bei dem Herrn Luthardt in den Fokus stellen möchte bei diesem Gespräch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, das war ein leitender Kriminalbeamter als LKA-Präsident.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig, aber wir haben uns - und das möchte ich ganz klar feststellen - dort im Prinzip unter Kollegen unterhalten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das ist richtig, aber Sie unterhalten sich ja fachkundig unter Kollegen und nicht, indem Sie sich wechselseitig in Fantasiegemälden hochschaukeln.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig, aber es ist ja nun mittlerweile auch kein Geheimnis, dass der Eindruck bei vielen Beamten entstanden war und auch viele darüber gesprochen haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann haben Sie denn dieses Gespräch geführt mit Herrn Luthardt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist meines Erachtens zwischen 2004 und 2008 gewesen, ähnlich dem Gespräch, was ich mit dem Herrn Wießner führte, der ja auch eine bemerkenswerte Antwort gegeben hat, die ich

heute aus einer ganz anderen Sicht betrachte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist denn damals das, was Ihnen Herr Luthardt gesagt hat - - Also, ich habe das so verstanden jetzt: Herr Luthardt hat Ihnen mehr oder minder signalisiert: Na ja, vielleicht wollte man gar nicht, dass Sie erfolgreich sind, Kollege Wunderlich.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben Hypothesen, Versionen besprochen, weil es war ganz einfach für uns nicht nachvollziehbar, wieso selbst nach der Verjährung der Straftaten keiner dieser drei Personen wieder zu Hause auftaucht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vor dem Hintergrund der Fragen, die ich Ihnen gestellt habe - Kooperation mit dem Verfassungsschutz -, die sich ja ganz offenkundig Ihrer Erinnerung nach völlig anders dargestellt hat und haben muss als nach der Darstellung von Herrn Nocken, würden Sie sagen, Sie sind bei Ihrer polizeilichen Arbeit, bei Ihrer Zielfahndungsarbeit durch die Nichtweitergabe von Informationen seitens des Verfassungsschutzes regelrecht behindert worden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht einschätzen. Das kann dieser Untersuchungsausschuss feststellen. Ich kenne gar nicht die rechtlichen Voraussetzungen und auch nicht die Rahmenbedingungen des Verfassungsschutzes, was er uns sagen darf und was nicht, zu welchem Zeitpunkt. Ich habe dazu keine Kenntnis. Ich möchte da also auch keine Wertung zu abgeben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na, Herr Wunderlich, wenn Sie regelmäßig nachgefragt haben wollen beim Verfassungsschutz, dann müssen Sie ja schon wissen, auf welcher Rechtsgrundlage Sie das getan haben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, es war für uns der erste und einzige Fall bisher, wo wir mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben, und interessant ist schon der Umstand der Erstbesprechung, dass alles, was wir da besprechen, nirgendwo dokumentiert werden darf. Wir haben uns an diese Absprache gehalten, weil wir uns ganz

einfach versprochen haben, dass wir dadurch Informationen bekommen, die zum Aufenthalt der drei führen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Übrigens war Herr Luthardt nur bis Mai 2000, bis zum Jahr 2000 LKA-Präsident. Insofern würde mich jetzt wundern, wenn das Gespräch 2004 oder 2008 gewesen sei.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das hat, ja, in dem Zeitraum wesentlich später stattgefunden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also als er nicht mehr im Amt war?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe es ja auch damit begründet, dass wir uns Gedanken gemacht haben über das Nichtauftauchen nach der Verjährung. Das war ja für gar keinen mehr nachvollziehbar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Von einer Befragung von Herrn Helbig durch den MAD ist Ihnen auch nichts bekannt geworden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Helbig, MAD?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Doch. Ich war selber mit dem Kollegen Dressler in Mellrichstadt in der Kaserne des Herrn Helbig, und während unserer Befragung - auch ein sehr signifikantes Ereignis - ist also ein Kollege des MAD dazugekommen. Deshalb kann ich mich daran erinnern. Wir haben den - - Das kann ich mir nicht erklären. Wir haben also - - Wir sind unangemeldet von Thüringen nach Bayern nach Mellrichstadt gefahren, um in der Kaserne den Herrn Helbig mal ungeplant abzugreifen und zu befragen. Das hat auch gut funktioniert. Eingebunden war allerdings der Kompaniechef zum damaligen Zeitpunkt, und während der Befragung, die so ein, anderthalb oder vielleicht auch zwei Stunden ging, ging die Tür auf, und es stand auf einmal ein Kollege da, der sich als Mitarbeiter des MAD vorstellte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wunderlich, was war denn der Anlass für Sie, Herrn Helbig zu vernehmen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Anlass war der Umstand, dass wir zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der Auswertung von laufenden TKÜ-Maßnahmen Hinweise hatten, dass Helbig seine Telefone, Mobiltelefone oder auch Festnetz - das kann ich jetzt nicht mehr genau bestimmen - genutzt wurden zur Übermittlung von Informationen oder zur Übermittlung von Hinweisen oder Kuriertätigkeit. Ich will es mal so bezeichnen. Es sind also Informationen auf einer Mailbox oder auf einem Anrufbeantworter hinterlassen worden, die letztendlich weitergetragen werden sollten. Das kann ich jetzt im Detail nicht mehr genau sagen. Und wir haben uns dann - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gab es eine TKÜ-Maßnahme gegenüber Herrn Helbig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Von wessen Seiten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Durch uns, durch das Landeskriminalamt. Ich denke sogar, zwei Maßnahmen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und wie sind Sie auf Herrn Helbig aufmerksam geworden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Auf Herrn Helbig sind wir aufmerksam geworden im Zuge von Observationsmaßnahmen, die meines Erachtens das LfV Thüringen durchgeführt hat. Der Herr Helbig hatte meines Erachtens einen Sportwagen, der auch also mit prinzipiell überhöhter Geschwindigkeit seine Wege getätigt hat, und somit waren also Observationsmaßnahmen kaum möglich, und wir haben uns dann dazu entschieden, über TKÜ-Maßnahmen dort Maßnahmen festzustellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War das diese Vernehmung vom 06.12.99?

**Zeuge Sven Wunderlich:** In Mellrichstadt?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe den Ort jetzt hier nicht vorliegen, aber das ist also eine Befragung des MAD gewe-

sen, wo Herr Helbig gesagt hat, die drei Bombenbastler hätten sich schon auf der Stufe als Rechtsterroristen bewegt. Das war Mellrichstadt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen das bekannt gewesen damals?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, uns hat nur gewundert, dass, wie gesagt, ein Kollege vom MAD dazukam. Der hieß wohl auch, glaube ich, noch Müller, also ein sehr einfacher Name.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, dem müssen wir noch mal nachgehen. - Frau Dr. Högl hat eine Zwischenfrage.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich wollte genau diese Frage stellen, ob Sie das gehört haben, dass Herr Helbig gesagt hat, dass die drei sich auf dem Weg zum Rechtsterrorismus bewegen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das haben Sie damals nicht gehört?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Herr Helbig hat uns gegenüber nur geäußert, und das auch nach langem Hin und Her, dass er für diese drei für den Wohlleben Kuriertätigkeiten durchgeführt hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, die Information, die er dann vorher oder später dem MAD in einem separaten Gespräch wohl gegeben hat, sie wären auf der Stufe von Rechtsterroristen gewesen, die drei Gesuchten, hat Sie nie erreicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ganz im Gegenteil: Es gab noch einen regelrechten Disput zwischen mir und dem MAD-Kollegen, weil ich den einfach gebeten habe, draußen zu bleiben, also nicht einfach sich dazusetzen und da unserer Befragung zu folgen. Er hat ja auch letztendlich uns im Prinzip die Sache insofern kaputtgemacht, dass wir ja dem Herrn Helbig anbieten wollten, mit uns doch einen Faden zu spinnen, ohne dass

unbedingt die Bundeswehr davon erfährt. Das war natürlich mit dem Auftauchen dann des Herrn Müller erledigt.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Ja, was Wunder!)

Den haben wir dann auch gebeten, doch bitte wieder - - Das war eine komische Situation, weil es war ja seine Dienststelle. Wir waren ja eigentlich nur dort Gast, aber ich habe ihn eigentlich gebeten, doch wieder rauszugehen. Also daher kann ich mich gut an diesen Umstand erinnern. Ich habe ihn dann auch, weil ich ja leider Gottes zu dem Zeitpunkt nur Hauptmann war, gefragt, was er für einen Dienstgrad hatte - das war ein mittlerer Dienst -, und habe ihn ganz einfach gebeten, doch draußen zu warten, bis wir fertig sind.

In der weiteren Folge gab es dann dazu noch ein Gespräch, was wir mit ihm geführt haben. Wir haben dann die Situation wieder bereinigt, dass wir ihm ganz einfach gesagt haben, aus kriminaltaktischen Maßnahmen bitten wir um Verständnis, dass wir so mit ihm umgegangen sind - das hat er auch verstanden -, und haben ihn gebeten, doch aus seiner Sicht, also aus Sicht der Bundeswehr, mit dem Herrn Helbig doch mal ins Gespräch zu kommen, weil die Bundeswehr andere Möglichkeiten hat wie wir als Polizei. Da steht vielleicht mal ein Einsatz oder eine Beförderung an, ihm einfach zu sagen: „Mensch, arbeite doch mit der Polizei zusammen, dass wir das Ende des Fadens finden.“ Uns war klar, dass Helbig mehr wusste, wie er uns gesagt hat. Das ist im Gespräch ganz einfach entstanden. Wir haben auch gebeten, dass uns dieser Herr Müller noch mal kontaktiert. Das ist nie geschehen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Das heißt, Sie hatten ausdrücklich gebeten: Lieber MAD, wenn ihr noch mehr erfährt von Helbig, sagt uns bitte Bescheid. Wir suchen drei Kriminelle.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben den MAD regelrecht gebeten, für uns mal ihn zu befragen, aus Sicht der Bundeswehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und da ist nie was - - aber nie wieder eine Rückmeldung gegeben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da gab es keine Rückmeldung mehr dazu, nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Wunderlich, Sie können sich ja sehr genau daran erinnern, wie das war. Das ist ja wirklich auch ein kritischer Punkt, dass Sie hinterher oder vorher nichts erreicht hat, was der MAD über Herrn Helbig wusste. Können Sie noch mal versuchen, sich zu erinnern, wann ungefähr, in welchem Zeitraum das Gespräch war?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dazu gibt es ein Befragungsprotokoll; dürfte ich sogar haben. Und zwar im Jahr 99 war das, glaube ich. Ich schaue mal nach.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, klar. Nur dass wir mal gucken, ob es vorher oder nachher war.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen, glaube ich, genau sagen. Moment.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

2002, 2003.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Habt ihr das in den Akten?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kann ich mal kurz fragen in die Reihen der Ausschussmitglieder, ob Ihnen bekannt ist -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das Befragungsprotokoll.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - ein Befragungsprotokoll Wunderlich/Helbig.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Helbig. Ich habe das nicht gefunden. Haben Sie das?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Haben Sie eines gemacht darüber,  
ein Protokoll?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie das - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie es da haben, können Sie es uns ja mal zeigen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie das vorliegen, Herr Wunderlich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Moment, ich schaue gerade. Ich müsste es eigentlich haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie es da haben, lassen wir es mal kopieren, dass wir es alle haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, die Frage ist ja, warum wir es dann nicht haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, die stellt sich sowieso.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wenn Sie mir jetzt kurz Gelegenheit geben, würde ich mal schauen, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die stellt sich aber öfter.

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen)

Okay. Sonst, wenn Sie es nicht jetzt direkt überprüfen können, dann stellen wir das vielleicht kurz zurück, und Sie nutzen die Unterbrechung um 13 Uhr. - Aha. Haben Sie das Protokoll auch vorliegen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Befragung war am 27.05.99.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Und die Befragung, die wir haben vom MAD, war vom 06.12.99, also gut ein halbes Jahr später, wo er sich geäußert hat, Stufe als Rechtsterroristen hätten sich die drei schon bewegt.

Ist das ein Vermerk, was Sie haben, oder was haben Sie da vorliegen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist, richtig, ein Vermerk, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ein offizieller, oder jetzt ein handschriftlicher von Ihnen, oder wie?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist eine Kopie.



**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die haben Sie woher jetzt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Im Zuge der Aktenauffindung der Fahndungsakten, unserer Fahndungsakten habe ich mir da eine Kopie gemacht von.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben sich im November 2011, als Sie beim LKA waren, für Ihre eigenen Unterlagen Kopien aus Ihren Fahndungsakten gemacht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, zwei, drei für mich wichtige Vermerke.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Und vergessen, wieder zurück-  
zuheften, oder was?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum das?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Als Souvenir, oder wie?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das ist jetzt eine - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich mal?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Wunderlich, dürften wir mal wissen, warum gerade diesen Vermerk? Warum gerade Helbig, warum gerade 1999, warum gerade MAD? Warum gerade dieser Vermerk?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Weil - - Gut, ich will es so bezeichnen: Wir waren uns eigentlich sicher, wie wir zum - - wer der Schlüssel zum Glück gewesen wäre, und diese Person habe ich als sehr wichtig erachtet und habe mir ganz einfach dann das Dokument noch mal, um es einfach in Ruhe noch mal betrachten zu können, kopiert.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Haben Sie es dann  
zurückgeheftet?)

- Das ist - - Ich habe nur die Kopie. Das Original ist in der Akte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben gesagt, Sie haben -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - drei Kopien von unterschiedlichen Vorgängen gemacht. Was haben Sie denn noch kopiert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das sind zwei oder drei Dokumente, mehr nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, sagen Sie doch mal kurz.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist einmal der Vermerk meiner Hypothese, meiner Version, die ich damals hatte, vom 14.02.01.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Den haben wir.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Den haben Sie vorliegen, ja?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hm, hm.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Und den habe ich - - Also, wie gesagt, ich habe das ja nach Jahren abgeordnet. Ich habe für das gesamte Jahr 99 ein Blatt Papier.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Sie haben den Vermerk vom 14.02.01, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Den habe ich auch, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - wo Sie sagen - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, der Hauptmann hieß sogar Wojtczyk. Ich habe sogar den Namen erfasst von dem Kompaniechef, der damals dabei war.

(Dr. Eva Högl (SPD): Wie hieß  
der?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir ziehen das gleich bei. - Und das dritte Dokument ist welches?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das dritte Dokument ist - - Moment. - Ach so, das ist das

Übergabeprotokoll für die Akten vom 22.08.01.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Dann würde ich einfach bitten, dass Sie jetzt direkt dem Ausschusssekretariat alle, die beiden, das Übergabeprotokoll - - und alle drei Dokumente zur Verfügung stellen, dass wir das hier als Tischvorlage gleich verteilen können und auch zu den Akten nehmen. - Eine Unterbrechung brauchen wir für die Lektüre, glaube ich, nicht, oder? Wir fahren erst mal fort. - Sie kriegen das dann zurück. Ich weiß jetzt nicht, in welchem rechtlichen Status Sie jetzt überhaupt über die Sachen verfügen, aber egal. Sie haben es ja hier mitgebracht, und dann wollen wir das auch nicht klauen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich möchte vielleicht noch auf einen Umstand verweisen, dass hier kein falscher Denkansatz reinkommt: Diese Dokumente habe ich auch bei der Befragung durch die Kommission in Thüringen vorliegen gehabt und habe das auch der Kommission gesagt. Also, ich hatte die gleiche Mappe dabei.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Welcher Kommission? Schäfer-  
Kommission?)

- Ja. Am 15.02.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist wohl auch, Herr Vorsitzender, in unseren Akten drin, der Vermerk.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, wir haben das auch: Schäfer-Kommissionsbericht, Randziffer 180. Ist aber nur auszugsweise zitiert, und es ist natürlich schon interessant, wenn wir das Original haben könnten der Befragung.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Soll auch in Thüringen-Akten sein, sagt mir die Mitarbeiterin.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, dann sind die Grünen findiger als andere. Aber es schadet ja nichts, wenn wir uns das jetzt noch mit heranziehen.

So. Dann beginnen wir mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion. Herr Kollege Binnerger.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Herr Wunderlich, ich will mal von diesem ganzen Thema Aktensichtung wegkommen, will aber deutlich machen, dass wir hier darauf angewiesen sind, dass Sie uns da - wie bei anderen Fragen auch - so präzise wie möglich informieren, weil natürlich Missverständnisse zu vermeiden sind von uns. Und wenn Sie jetzt einerseits beklagt haben, bei dieser Aktensichtung im LKA, wo man wohl auf die Schnelle den gesamten Aktenbestand durchsuchen musste nach Fundstellen Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, sei es wild zugegangen, jetzt im zweiten Satz hier aber einräumen müssen, dass Sie selber ja auch mal Originalstücke aus den Akten entnehmen und für sich eine Kopie machen, dann wirft das kein ganz so professionelles Licht auf den gesamten Vorgang. Deshalb müssen wir hier sehr präzise bleiben.

Ich will mit Ihnen zu dem zurückkommen, was ja Ihre Aufgabe war, der Fahndung. Sie haben gesagt, Sie haben 97 Beate Zschäpe festgenommen. Können Sie ganz kurz schildern, wie Sie damals zu diesem Auftrag kamen - war es ein Zielfahndungsauftrag? - und ob Sie sonst irgendwie mit diesem Fall betraut waren und wie lange Sie mit ihr da zu tun hatten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Hintergrund war, dass - -

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Ohne Hintergrund. Einfach nur die Fragen so, wie ich es hatte.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut. - Entweder der Kollege Mario Melzer oder Roland Meier - das kann ich jetzt nicht mehr genau verifizieren - hatte unseren Bereich gebeten, die Frau Zschäpe zu lokalisieren und festzunehmen oder vorläufig festzunehmen - das kann ich auch nicht mehr genau sagen -, weil sie im Verdacht stand, Spurenläger zu sein für eine Briefbombe, die versandt wurde, eine nicht funktionierende.

**Clemens Binnerger (CDU/CSU):** Die Attrappe, ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da ich kurze Zeit zuvor aus dem Spezialeinsatzkommando gekommen bin und auch einen Sprengschein habe, hatte man ganz einfach die Idee, dass wir das vielleicht machen

könnten, weil ganz einfach auch die Gefahr, dass dabei vielleicht etwas passiert, etwas geringer ist. Wir haben die Kollegen unterstützt in der eigenen Dienststelle und haben auch in kurzer Zeit - vier oder fünf Tagen - die Frau Zschäpe lokalisieren, ansprechen können.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und wie haben Sie das geschafft, sie so schnell zu lokalisieren? Was hatten Sie da für Informationen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, im herkömmlichen Sinne, Ermittlungen im Wahrnehmbarkeitsbereich. Die Dame war - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Was sind „Ermittlungen im Wahrnehmbarkeitsbereich“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Alle polizeilichen, herkömmlichen Ermittlungen, die Sie machen können. Sie können die entsprechend - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nein, ich will es konkret jetzt noch mal wissen. Sie haben den Auftrag gekriegt, Frau Zschäpe zu lokalisieren und festzunehmen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben durch die - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sind Sie an die Wohnadresse gefahren? Hatten Sie die Arbeitsadresse?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Genau. Also, alle Daten, die zu der Person aus dem polizeilichen oder behördlichen System bekannt waren, haben wir ausgewertet und sind dann systematisch vorgegangen, zu schauen, wo die Dame sein könnte. Ob sich da im Zuge der Befragung im Wohnhaus oder an der Arbeitsstelle da neue Fahndungsansätze ergeben haben, kann ich heute nicht mehr sagen. Letztendlich haben wir sie aber gefunden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wo?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Und zwar hatte sie in irgendeinem - - Ob das ein Theater oder eine Kirche war - ich kann das alles

nicht mehr sagen. Sie hat auf jeden Fall dort Malerarbeiten durchgeführt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Für ein Unternehmen oder alleine, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich auch nicht mehr sagen. Das ist alles zu lange her. Sie hat auf jeden Fall auf einer Leiter gestanden und hat gemalert oder hat Renovierungstätigkeiten durchgeführt und ist dann, angesprochen - - Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Hatten Sie einen Haftbefehl?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das weiß ich nicht mehr. Das kann ich auch nicht mehr nachvollziehen, weil natürlich derartige Daten auch irgendwann gelöscht werden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, ich frage nur deshalb, weil Sie sich ja - das konnte ich den Akten entnehmen - sehr detailliert an den Ablauf der Festnahme und auch an die Art und Weise der Persönlichkeit von Zschäpe erinnern.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig. Einerseits kann ich mich daran erinnern, weil wir sehr selten Frauen festnehmen. Das ist nun mal ein Umstand, das ist was Seltenes. Und ich kann mich deshalb noch daran erinnern, weil natürlich die Erinnerung wiederum an diese Festnahme im Januar 98 ja aufgefrischt wurde mit dem zweiten Fahndungsauftrag zu der Frau Zschäpe. Sonst wäre das vielleicht längst in Vergessenheit geraten. Nur konnte ich mich 98 erinnern, wo das war, und wir haben natürlich auch diese letzte damalige - - diesen Feststellungsort neu aufgesucht, um zu schauen, ob wir sie da vielleicht wieder bekommen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie war die Festnahme? Schildern Sie es ganz kurz. Und wie lange hatten sie mir ihr dann überhaupt Kontakt? Haben Sie mit ihr gesprochen? Wie lange dauerte es? Transport zur Dienststelle? Was war da, in Zeit?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, die Dame ist natürlich aus Gründen der Eigen-sicherung sehr zeitnah und zügig von dieser Leiter nach unten verbracht worden und durchsucht und vorläufig festgenommen

worden, weil man natürlich auch verhindern wollte, dass sie vielleicht - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hat sie sich gewehrt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, sie hat sich nicht gewehrt, aber sie war - und daran erinnere ich mich sehr gut - sehr cool und sehr locker drauf und hat diesem Umstand eigentlich wenig Beachtung geschenkt, dass wir jetzt als Polizei und auch noch als LKA da sind, also, ihr war das eigentlich egal.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Transport mit Handschließen? Ohne?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht mehr sagen. Ich weiß auch nicht, ob wir sie transportiert haben oder ob sie verbracht wurde. Dazu kann ich nichts mehr sagen. Aber sie ist mir von ihrem Lebensalter zum damaligen Zeitpunkt als sehr cool und sehr abgeklärt in Erscheinung getreten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Obwohl Sie sie nur ganz kurz ja demnach überhaupt gesehen oder Kontakt hatten.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, wir hätten da schon mit mehr Überraschungen, mit mehr Problemen gerechnet. Das ist richtig.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja. - Haben Sie danach von diesem Fall noch mal was gehört, wo Sie die Festnahme gemacht haben, also von diesem 97er-Fall, wie der ausging? Ich meine, der Herr Melzer war Soko REX, gell? Der hat Sie gebeten.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, wir sind also von den Kollegen beauftragt worden. Die haben sich auch dafür bedankt. In der weiteren Folge kann ich Ihnen nicht sagen, was aus der Dame geworden ist. Das weiß ich nicht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und dann kommt ja der Fall, den wir alle kennen, Garagendurchsuchung, Sprengstofffund. Bei dem waren Sie nicht einbezogen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** War ja auch nicht Ihr Aufgabengebiet als Zielfahndung. Und dann haben Sie den Auftrag bekommen vom LKA-Präsidenten oder Abteilungsleiter?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Vom Abteilungsleiter 1. Wir waren damals Abteilung 1/12, sind heute 3/34.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und dann haben Sie was zuerst gemacht? Das war jetzt Anfang Februar 98. Sie hatten den Auftrag: Sucht - - Ja, warum überhaupt die drei gleich? Weil gegen alle drei schon Ermittlungen liefen? Abgehauen ist ja Bönhardt bei der Durchsuchung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, der Auftrag des Abteilungsleiters war in mündlicher Form, dass im Zuge einer Durchsuchung drei Jungerwachsene oder Jugendliche geflüchtet, abhanden gekommen - wie auch immer - sind. Die sind für das Verfahren wichtig. Sie müssen zeitnah im Prinzip lokalisiert werden, und wir sind gebeten worden, das umzusetzen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt haben Sie vorher ja das etwas relativiert, was - - der Vorwurf damals im Raum stand, 98. War das eigentlich ein Fall, wo Sie 98 gesagt hätten: „Na ja, von der Dimension her und vom Kaliber der Straftat ist das eigentlich nichts für uns“, oder war es noch üblich? Sie haben selber vorher gesagt, es sei ja nicht so das, was man damals wusste.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, der eigenen Dienststelle zu helfen, ist erst einmal legitim, gar keine Frage. Zumal wenn mein Abteilungsleiter das anweist, gibt es da für mich auch keine Diskussion, das zu überprüfen. Die Frage stellte sich im Nachhinein nur, inwiefern die Staatsanwaltschaft einen Zielfahndungsantrag stellt. Das war das Einzige.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Kann es sein, dass es dem LKA einfach peinlich war, dass die drei so abhauen konnten, dann findet man TNT, und man deshalb auch Sie sofort mit dazugenommen hat, um vielleicht diese Peinlichkeit schnell wieder zu beenden, wenn man sie drei Tage später festnehmen kann?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das wird der Auftragsgrund gewesen sein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Bitte?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das wird wahrscheinlich der Auftragsgrund gewesen sein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Dann will in eine der ersten Maßnahmen einsteigen, die Sie getroffen haben, neben dem: wahrscheinlich auch wieder alle Adressen abgeklärt, aber da waren die nirgends. 18. März 98, MAT A TH-1/15. Da treffen Sie sich mit den Eltern von Uwe Mundlos. Können Sie sich daran erinnern noch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben uns im Vorfeld schon mit den Eltern getroffen gehabt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Na, jetzt ganz präzise: März, dieser März-Termin im Schnellrestaurant McDonald's, Autobahnabfahrt Jena. Können Sie sich daran noch erinnern?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nur eine kurze Zwischenfrage, weil ich das Aktenstück hier habe und wir es ja schon ein paar Mal von Akten hatten heute Morgen. Da steht im Kopf „LKA Thüringen“ und die Adresse, und rechts „Erfurt“, das Datum, Aktenzeichen, „Dressler, KOK“. Das war der Sachbearbeiter des Falls, nehme ich an.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber dann ist ein Aktenvermerk von Ihnen unterschrieben. Warum steht dann „Dressler“ oben rechts drin? War das üblich, dass immer der Sachbearbeiter oben steht, egal, wer es schreibt, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Herr Dressler hatte diese Maßnahme initiiert, war eigentlich auch mein Vorgesetzter, muss man sagen, zu dem Zeitpunkt. Ich war ja ein Teil dieser EG TEX mit der Abklärung Operativmaßnahmen. Wir sind dort gemeinsam hingefahren, und theoretisch hätten wir auch beide unterschreiben müssen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Er war nicht dabei, sondern eine Polizeimeisterin dabei, so, wie die Unterschrift hier ist.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ach, die Frau Dittrich, glaube ich.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, okay. - Dann ist das aber korrekt, dass er da oben als Sachbearbeiter drinsteht. Das ist also legitim. Und die beiden Beamten müssen unterschreiben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Gut, ja. - Dann schildert Ihnen Herr Mundlos bei diesem Treffen etwas, was die Rolle von Beate Zschäpe betrifft. Können Sie das noch mal wiedergeben aus der Erinnerung?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Mit dem Herrn Mundlos gab es meines Erachtens zwei Treffen in kurzer Zeit, vielleicht - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wir sind jetzt im McDonald's an der Autobahnabfahrt Jena, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, auf jeden Fall. Da kann - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - und er schildert Ihnen was zu Frau Zschäpe. Nur das interessiert mich jetzt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. - Es war ein längeres Gespräch. Hintergrund war im Prinzip, Hinweise zum Aufenthalt seines Sohnes zu erlangen, und andererseits ihn auch zur Mitarbeit zu gewinnen. Insofern in seinem Interesse, dass sein Sohn wieder auftaucht und eben nicht untertauchen muss. Die Bereitschaft wurde signalisiert, aber der Herr Mundlos hat natürlich einige Dinge gesagt, die wir auch - denke ich - da protokolliert haben und auch zur Kenntnis - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wissen Sie noch, was er zu Frau Zschäpe gesagt hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, er hat also einerseits gesagt, dass er wüsste, dass die Frau Zschäpe eine Quelle des Verfassungsschutzes wäre.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und Sie haben dann gefragt, warum, oder woher er das weiß?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Auf Nachfrage, wie er dazu kommt, wie er zu dieser Erkenntnis gelangt, hat er mitgeteilt, dass er wohl einen Zettel oder ein Blatt in seinem Briefkasten gefunden hatte, wo das drauf vermerkt gewesen wäre. Absender, weitere Details zu diesem Blatt Papier wollte er nicht machen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Warum nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Weil er zu uns kein Vertrauen hat, sagte er.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und Sie haben es dann bewenden lassen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Weil das ist ja ein mehr als brisanter Hinweis.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, ja, wir haben auch gefragt, ob die Möglichkeit besteht, dass wir dieses Blatt mal sehen können, dass wir uns das mal anschauen können, selbst bewerten können. Wir haben ihm auch versucht einzureden, dass da bestimmt nur einer ihn ärgern will und steckt dort das in den Briefkasten, um Unruhe zu stiften.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Könnte auch sein, ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, wir haben ihm eigentlich versucht die Sache auszu-reden, immer mit dem Hintergrund, dieses Blatt Papier im Original mal selbst sehen zu dürfen. Und dem ist er nicht gefolgt und auch nicht nachgekommen, und - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und dann haben Sie es auf sich bewenden lassen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, er muss mit mir theoretisch über seinen Sohn gar nicht reden. Er ist der Vater.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nein, nein, nein. Sie kriegen von dem Vater eines

der Gesuchten den Hinweis oder seine Vermutung: anonymen Zettel. Das muss ja alles nicht stimmen. Und wenn er den Zettel nicht beilegt, spricht mehr dafür, dass es nicht stimmt, als dass es stimmt. Aber mit dem Hinweis als solches, einer der drei Gesuchten könnte - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Diese Dinge - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Mit dem müssen Sie doch umgehen. Haben Sie dann mit dem LfV oder LKA mal darüber gesprochen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, natürlich. Die Sachbearbeitung und das LfV Thüringen - - Wir hatten also einen wöchentlichen Austausch, mindestens einmal.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, ganz konkret: Haben Sie mit jemandem beim LKA oder beim LfV Thüringen -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - über diese Vermutung -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - des Vaters Mundlos mal gesprochen, und was haben Sie dann dort zur Antwort bekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Negativ, also alles negativ. Diese Information ist der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, dem LfV und dem LKA. LKA natürlich insofern der Sachbearbeitung, die ja meines Erachtens sogar mit dabei war. Also, da war ja der Informationsfluss sowieso schon gegeben. Aber die Bewertung dieses Hinweises, die konnte ich nicht vornehmen. Ich hatte auch keine Möglichkeit, das LfV als Zeugen zu befragen. Das geht nicht. Ich habe also nur diesen Hinweis geben können, dass wir folgende Information erlangt haben, und habe nachgefragt, ob es dafür Hinweise gibt oder Möglichkeiten, dass das stimmen könnte. Das wurde verneint.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie haben Sie es denn selber bewertet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe es als sehr glaubwürdig bewertet.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Warum?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, weil es keinen Anlass dafür gab, dass ein Vater, der seinen Sohn sucht und ja in der weiteren Folge sogar vermisst gemeldet hat - - Warum soll er das erfinden? Also, das ist ja alles - - das ist ja zu viel Details der Erfindung: Briefkasten, weißes Blatt Papier, handgeschrieben. Das waren zu viele Informationen. Die Information alleine, sie würde dafür arbeiten, da kann man noch sagen: Gut, das hat er sich ausgedacht. Aber er hat es ja in Details beschrieben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber er hat nicht Ihnen den Inhalt dieses kurzen Zettels wiedergegeben. Ich meine, zu sagen: „Ich habe einen anonymen Brief im Briefkasten“, da braucht es jetzt nicht wahnsinnig viel Fantasie dazu.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, nun muss man vielleicht auch die Charakteristik des Herrn Mundlos kennen. Das ist schwer, da mit ihm unkompliziert zu kommunizieren, will ich mal sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Herr Wunderlich, ich muss immer ein bisschen auf die Zeit gucken.

Bei diesem Vermerk, den Sie geschrieben haben über dieses Gespräch mit Vater Mundlos, hat dann hinterher jemand handschriftlich draufgeschrieben neben dem Absatz, wo Mundlos diesen Verdacht äußert: „Brief beiziehen!“ Wissen Sie, wer das draufgeschrieben hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Haben Sie noch mal von jemand - - Sie haben ja rückgekoppelt, haben Sie gerade gesagt, an das LKA, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - Vater Mundlos behauptet dieses. Hat man Ihnen denn dort noch mal den Auftrag gegeben:

„Ja, dann trotzdem noch mal hin, dann wird der Brief beschlagnahmt“? Wäre ja auch eine Idee.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja gut, das ist aber dann - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hier geht es ja um das Thema Beihilfe zu einer Straftat.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist okay.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wir reden über TNT und Sprengstoff, und wenn dann jemand sagt, der war V-Mann, dann geht es ja um solche Dinge.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dieser Umstand fiel aber in die Zuständigkeit der EG TEX, nicht in meine Zuständigkeit der operativen Fahndungsmaßnahmen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber jetzt hatten Sie ja einen engen Kontakt. Irgendeiner muss ja da zu einer Bewertung kommen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, ja. Das ist besprochen worden. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, wie das Ergebnis letztendlich war. Also, das Interesse an diesem Brief war definitiv da, keine Frage.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber seit wann gibt sich die Polizei mit einem Interesse zufrieden? Entweder hole ich ihn dann und mache die Maßnahme konsequent zu Ende, oder ich halte an diesem Gerücht nicht fest.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann es Ihnen nicht sagen, wie es ausermittelt wurde.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - In dem Vermerk steht nach dem Gespräch Vater Mundlos oder Eltern Mundlos - waren es die Eltern? Ja, mit den Eltern Mundlos - - waren Sie dann auch noch bei der Oma von Frau Zschäpe.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und die Oma teilt Ihnen mit die Situation mit den Eltern - sie war ja wohl Hauptbezugsperson -,

und dass außerdem - ich darf kurz zitieren aus dem gleichen Fundstück wie vorhin -:

Weiterhin sagte sie, daß das Verhältnis zwischen der Zschäpe, Beate und ihrem Cousin, dem Apel, Stefan, der mit seinen Eltern in der Naumburger Str. wohnt, ein sehr inniges war und wenn jemand etwas wüßte, dann er ...

Wobei die Oma dann gleich wieder eingeschränkt - wahrscheinlich hat sie erkannt, was sie da gesagt hat -, wobei sie nicht glaubt, dass er den Aufenthaltsort kennt. Stand aber für Rücksprachen zur Verfügung. Und dann schreiben Sie den Schlusssatz - und da würde mich interessieren, warum -:

Auf eine Befragung des Apel, Erwin und des Apel, Stefan

- also, Erwin ist der Vater, Stefan ist der Cousin, Erwin der Onkel demnach -

wurde derzeit

- im März 98 -

aufgrund entsprechender Umstände verzichtet.\*

Also, wir sind hier ja noch wirklich in der Nahphase nach dem Abtauchen, sechs, sieben Wochen später. Die Bezugsperson von Zschäpe, die Oma, sagt: „Wenn es einer weiß, dann der Apel, wo sie ist“, und dann schreiben Sie: „... wurde derzeit aufgrund entsprechender Umstände verzichtet.“ Was heißt das, und warum?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, einerseits könnte es sein, dass wir den Apel TKÜ-mäßig aufgeschaltet haben, um ihn dann zu befragen. Das kann ich aus heutiger Sicht nicht mehr sagen, ob das die Aktenlage jetzt hergibt. Andererseits möchte ich aber noch mal auf den Hinweis verweisen, dass das LfV Thüringen uns gebeten hat, im rechtsradikalen Milieu nicht Unruhe zu machen. Sie hätten das wohl im Griff.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, was jetzt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie sollten nach drei flüchtigen Rechtsradikalen

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-1/15, Blatt 187.

suchen, aber im rechtsradikalen Milieu keine Unruhe machen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Na ja, gut, ich bitte jetzt mal, sich in den Zustand des Jahres 1998 zu versetzen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Lieber nicht.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich hatte keine Erfahrungswerte mit der Zusammenarbeit eines Landesamtes für Verfassungsschutz - egal, welches Bundeslandes - oder überhaupt mit Nachrichtendiensten. Wenn der Eindruck erweckt wird - ich will es mal ganz vorsichtig sagen -, dass man gemeinsam an einem Strang zieht, um die drei Rechten zeitnah zu bekommen, und man eine sogenannte Aufgabenteilung bespricht: „Also die normalen, personenbezogenen behördlichen Fahndungsmaßnahmen oder auch operativen Maßnahmen durch uns, aber in dem rechtsradikalen Spektrum - da sind wir gut dabei - lasst uns das mal machen, bringt da keine Unruhe rein“, dann habe ich mich an diese Absprache gehalten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele hat eine Zwischenfrage.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nur eine ergänzende Frage zu dem, was der Kollege Binninger Sie gerade gefragt hat oder vorher gefragt hatte: Haben Sie mit dem ermittlungsführenden Staatsanwalt Herrn Schultz - den hatten wir hier auch gehört -, darüber gesprochen, über dieses Gespräch mit Vater Mundlos, dass Frau Zschäpe für den Thüringer Verfassungsschutz arbeitet, und ist daraus der Eindruck bei Ihnen und bei - Sie haben ja gesagt, das haben Sie für glaubwürdig gehalten - dem Staatsanwalt entstanden, dass der Verfassungsschutz die drei Untergetauchten in irgendeiner Weise deckt oder unterstützt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das hätte ich mir zu dem Zeitpunkt nicht vorstellen können.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Später?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Später habe ich etwas dazu geschrieben, im Jahr 2001.



**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie sich denn - wenn ich da kurz noch, Kollege Binniger, das fragen darf - daran erinnern, ob Sie im Prozess der Entscheidung, ob Sie mit dem Cousin Apel sprechen, vorher auch gesprochen haben mit dem Verfassungsschutz, ob das vertretbar sei?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Unbedingt. Wir haben alle Maßnahmen abgestimmt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na ja, aber jetzt war das eine konkrete Frage. Also, die Großmutter von Frau Zschäpe sagt: Der, der Ihnen am ehesten was sagen könnte, ist der Cousin meiner Enkelin. Das ist der Herr Apel. - Können Sie sich daran erinnern, dass Sie mit dem Verfassungsschutz Thüringen gesprochen haben über die Frage, ob Sie als Zielfahnder da mal einen Kontakt herstellen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Maßnahmen haben wir abgestimmt, und wie ich Ihnen vorhin schon sagte, wurden wir gebeten, das Ansprechen nicht unbedingt zu machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie wurden im konkreten Fall gebeten, Herrn Apel nicht anzusprechen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, soweit ich mich erinnere, ist das so gewesen, insgesamt, was Rechtsradikale betraf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wen sollten Sie denn sonst nicht alles ansprechen?

(Clemens Binniger (CDU/CSU):  
Oder wen sollten Sie denn  
ansprechen?)

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, es kommt ja noch ein Umstand hinzu, dass wir von der Struktur, von der rechtsradikalen Struktur in Thüringen wenig Kenntnis hatten. Wir waren ja teilweise oder größtenteils sogar auf die Erkenntnisse des LfV Thüringen angewiesen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber das ist doch an der Stelle völlig irrelevant. Sie suchen nach einer Person, die Großmutter der Person sagt, möglicherweise kann Ihnen der Cousin von der Person was sagen zu ihrem Verbleib, und dann müssen Sie doch als Polizeibehörde nicht den Ver-

fassungsschutz befragen, ob Sie dem nachgehen dürfen. Oder sehe ich das falsch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, es ist - - Eine Zusammenarbeit hat stattgefunden, wo man aufgabenteilig vorgegangen ist. Ich bitte einfach um Verständnis, dass, wenn dann eine derartige Behörde vielleicht darum bittet, diese Thematik selber klären zu wollen, also uns sogar diese Arbeit in der Form abzunehmen, wir dann der Sache zugestimmt haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Dr. Högl hat eine Zwischenfrage.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Wunderlich, können Sie uns denn bitte mal sagen, wer im Verfassungsschutz, also im Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen, Ihnen genau diese Anweisung gegeben hat und mit wem Sie die Maßnahmen alle abgesprochen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das war keine Anweisung. Das war ganz normaler kollegialer Informationsaustausch.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay, ein kollegialer Informationsaustausch dergestalt, dass Sie bitte die beiden Apels nicht ansprechen. Wer hat Ihnen denn das gesagt, und mit wem haben Sie fortlaufend Ihre Maßnahmen besprochen beim Verfassungsschutz? Das haben Sie selbst eben hier gesagt, dass Sie das fortlaufend kollegial besprochen haben. Mit wem?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, ich persönlich muss natürlich sagen: Dann ab 2000 in zweiter Linie, weil ja der Herr Ihling Leiter dieser Einheit war - - habe aber Kontakte gehabt, und die Personen sind auch die Kontaktpersonen zum Herrn Ihling gewesen. Es gibt also keine anderen. Es sind die gleichen gewesen. Das war der Herr Wießner, der Herr Schrader, der Herr Nocken und der Herr Aschenbrenner.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben direkt mit Nocken Kontakt gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben direkt mit Herrn Nocken Kontakt gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, ja. Mehrfach.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt noch eine, ohne die Geduld des Herrn Binninger überzustrapazieren. Jetzt wissen wir also, was Apel betrifft, dass Sie davon Abstand genommen haben, dem Hinweis nachzugehen, dass der wichtige Auskünfte geben könnte aufgrund einer Bitte des Verfassungsschutzes. Mit wem haben Sie denn im Rahmen der Zielfahndung nach dem Trio noch sprechen wollen, was deshalb nicht erfolgt ist, weil Sie darum gebeten worden sind seitens des Verfassungsschutzes Thüringen, davon Abstand zu nehmen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da gibt es niemanden. Wir hatten mit dem LfV Sachsen Kontakt gehabt, wir hatten mit der Zielfahndung Sachsen Kontakt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, Herr Wunderlich, der Punkt ist folgender: Sie haben vorhin gesagt, es sei unerwünscht gewesen, dass Sie mit Personen aus der rechten Szene Kontakt aufnehmen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, das ist auch falsch ausgedrückt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. Wie war es denn nun?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Man hat ganz einfach darum gebeten: Wenn wir als Polizei den einen oder anderen in der Szene befragen, führt das zu einer immensen Unruhe. Ich muss das jetzt aus polizeilicher Sicht darstellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Das heißt, haben Sie davon abgesehen, überhaupt jemanden aus der Szene zu befragen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, wir haben natürlich dann befragt. Aber wir haben natürlich dem Verfassungsschutz auf sein Bitten hin Zeit gegeben, das eigenständig zu klären. Wir sind also nicht gleich auf die Personen losgegangen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt also sozusagen, der Verfassungsschutz hatte den ersten Schuss frei -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - und dann haben Sie als ermittelnde Behörde sich eingeschaltet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger ist weiter im Fragerecht. -

(Heiterkeit)

Aber das heißt: Apel haben Sie gar nicht befragt, oder? Auch nicht im zweiten Anlauf?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Wir haben mit so vielen Personen gesprochen. Also, ich kann Ihnen das im Detail nicht sagen, mit wem wir alles gesprochen haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, es freut mich ja, wenn so ein Satz, zitierter Satz dann so viel Echo findet.

Mein Eindruck ist langsam: Also, so eine richtige Zielfahndung war das nicht, was Sie da gemacht haben, ganz offen gesprochen. Und jetzt gehen wir mal einen Monat weiter. Es war im Februar ein Auftrag an Sie. Im März war das Gespräch mit Eltern Mundlos und mit der Oma, der Hinweis auf Apel, dem Sie nicht oder zumindest nicht gleich oder erst nach Erlaubnis des LfV dann nachgegangen sind, und dann sind wir im April 98, auch wieder ein Schreiben von Ihnen. Ich zitiere die Fundstelle: MAT B TH-3, TLKA-4/6\*, LKA Thüringen, Erfurt, 15. April 98, von Ihnen unterschrieben, damals noch als Oberkommissar: Zielfahndung nach Bönhardt, Mundlos und Zschäpe, Gesprächsprotokoll zur Telefonüberwachung. Und da machen Sie eine Notiz: Am 11. April 98 wurde auf den Anrufbeantworter des überwachten Telefonanschlusses - dann kommt die Nummer - in Jena durch eine unbekannte männliche Person von einer Telefonzelle im Bereich der Städte Orbe, Yverdon in der Schweiz nachfolgender Wortlaut aufgesprochen - kurzer Wortlaut, ich lese ihn kurz vor -:

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT B TH-3, TLKA-4/6 FA 1, Blatt 140.

Ja, JÜRGEN, paß auf, ich hab da eine Nachricht für den Ralf. Sag ihm bitte, er soll am Montag 14.00 Uhr an dem selben Treffpunkt sein wie vor zwei Wochen und soll aber bitte äh vorher noch bei BÖNI's Eltern vorbeifahren und äh Klamotten oder so was kaufen. Es ist ganz wichtig, er soll am Montag 14.00 Uhr sein bei dem Treffpunkt wo wir vor zwei Wochen äh auch schon waren. Alles klar. Tschüß.

Eine Minute Gesprächsdauer. - Jürgen, ist das Jürgen Helbig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Meines Erachtens - - meines Wissens war es Jürgen Helbig, ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Woher hatten Sie denn so viel Fakten schon in der Hand, dass Sie - und Helbig war meines Wissens nicht Teil des Verfahrens - acht Wochen später eine Telefonüberwachung bei ihm schalten konnten? Ja wohl nicht, weil er schnell fährt. Das gäbe mir zu denken.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Meines Wissens haben wir diese Information vom LfV bekommen, dass Helbig Kontaktperson ist. Daraufhin haben wir ihn telefonmäßig aufgeschaltet.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das hat gereicht, ja?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Im Zuge, wie gesagt, von Observation ist das festgestellt worden. Das ist so umgesetzt worden, ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Kann mir - bei mir ist es schon eine Weile her - jemand der anwesenden Justizvertreter helfen, ob das wirklich reicht für eine Telefonüberwachung, ein vager Hinweis eines LfV: „Der ist Kontaktperson“, in einem Verfahren, wo der zu Überwachende gar nicht Beschuldigter ist? An Juristen haben wir genug hier im Saal. Wenn sich einer freiwillig meldet, reicht es mir. - Können wir es vielleicht nachher noch mal klären? Mir schien es nur seltsam. Also, Sie müssen ja echt was auf der Pfanne haben, wenn Sie nach so kurzer Zeit sagen können: Dann machen wir eben mal eine TÜ. - Und Sie haben sie ja offensichtlich selber ausgewertet. Aber das klären wir

nachher, wieso man so schnell auf eine bestimmte Person kommt.

Was haben Sie mit dem Hinweis gemacht? War das für Sie ein Indiz - jetzt in der Erfahrung als Fahnder -: Die sitzen in der Schweiz? Haben Sie den Anruf auch den drei zugeordnet vom Wortlaut her?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es sind eine Vielzahl von TKÜ-Maßnahmen gewesen über einen sehr langen Zeitraum. Das im Einzelnen im Detail noch zu behalten, das ist eigentlich kaum möglich. Ich weiß aber, dass die Überprüfung in der Schweiz durch das BKA durchgeführt wurde.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wer hat das veranlasst?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben das veranlasst über das BKA. Meines Erachtens gab es sogar zu dem Zeitpunkt einen Verbindungsbeamten dort, der die dortige Polizei gebeten hat, da eine Überprüfung durchzuführen. Das müsste aber in den Akten - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, ich frage jetzt Sie. Ich meine, Sie haben den Vermerk hier geschrieben über dieses Telefonat, und dann sind Sie, vermute ich mal, zunächst auch der Ansprechpartner, wie mit diesem wichtigen Hinweis „Jemand von dem Trio möglicherweise oder mit hoher Wahrscheinlichkeit ruft den Helbig an und gibt einen Auftrag für den Wohlleben, im April, also noch alles ganz frisch, und das kommt aus der Schweiz“ - - Also, da sind ja so viele Anfasser drin, da muss doch dann die Maschinerie anlaufen. Und so viele Hinweise auf die Schweiz wird es nicht gegeben haben. Versuchen Sie doch mal, sich daran zu erinnern, was Sie gemacht haben mit diesem Hinweis.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben - - Da müsste ich die Originalakte sehen. Da könnte ich das nachvollziehen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was hätten Sie im Normalfall gemacht? Hätten Sie das dem Dressler gesagt? Oder wer war Sachbearbeiter des Falles selber?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Herr Dressler ist der Sachbearbeiter des Falles gewesen, wir, wie gesagt, für den Operativ-

part. Aber die Zusammenarbeit hat sehr gut funktioniert.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wem haben Sie - - Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Wenn Sie einen Hinweis im Rahmen Ihrer Arbeit auf einen möglichen Aufenthaltsort des Trios - hier die Schweiz, Orbe - oder auf beteiligte Personen bei der Flucht - hier Helbig und wohl Wohlleben, also Jürgen und Ralf; aber es dürfte ja viel dafür sprechen - erhalten haben, wie sind Sie mit solchen Hinweisen dann umgegangen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, die sind polizeilich sofort umgesetzt worden. Also, man hat dann Kontakt mit den Schweizer Behörden aufgenommen und um Abprüfung gebeten oder ist selbständig in das Land gefahren. Die Möglichkeit besteht ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber in der Schweiz waren Sie nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und wer war dann „man“? Haben Sie es weitergegeben? Hat es der Dressler weitergegeben? Haben Sie Rückmeldungen gekriegt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Ich weiß aber, dass es Überprüfungen in der Schweiz gab, dass es auch zu dem Münzfernsprecher Überprüfungen gab. Also, das Telefon ist wohl sogar gefunden worden, also der Anschluss, in Form einer Telefonzelle, und dort sind auch Überprüfungsmaßnahmen gelaufen, sehr zeitnah.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber was daraus wurde, wissen Sie nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, meines Wissens ist eine Telefonzelle festgestellt worden in dem Bereich, also in einer Kleinstadt, wo keine Video - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, Orbe, Yverdon, das sind die beiden Orte.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Orbe, genau. Es gab also keine Videoaufzeichnungen in der Nähe oder Ähnliches, und weitere Ermittlungen haben nicht - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Wunderlich, ich frage jetzt einfach mal den Fahnder. Lassen wir mal alle andere weg.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wenn Sie nach geflohenen Straftätern suchen - und vorhin haben Sie selber das Beispiel gebracht: Sie sehen es dann aus einer anderen Perspektive, bei dem einen Fall, wo die Postkarte mit dem Motiv am Ende Sie zum Täter geführt hat oder zu den Straftätern -, wenn Sie als Fahnder völlig doch überraschend Hinweise auf ein Trio bekommen, das bis dato, sagen wir mal, den Dunstkreis von Jena nicht nennenswert verlassen hat, und auf einmal rufen die aus der Schweiz an: Wäre es da nicht logisch, auch sonst in der Szene abzuklopfen, wer noch Kontakte in die Schweiz hat? Oder glauben Sie, dass die einfach auf Verdacht mal an den Genfer See gefahren sind? Da ist es nämlich in der Nähe; Neuchâtel liegt ja da. Was macht man denn da?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann Ihnen im Detail nicht mehr sagen, was wir an diesem Umstand direkt gemacht haben, aber wir haben es mit Sicherheit - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber Sie würden mir zustimmen: Es ist doch ungewöhnlich.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da hauen drei Neonazis ab aus Jena, die kaum bisher rauskamen, und der erste brisante Hinweis - also, lassen wir mal jetzt Apel weg; den haben Sie nicht gefragt -, der erste richtig Hinweis zum Anfassen mit zwei potenziellen Fluchthelfern kommt aus der französischen Schweiz in der Nähe des Genfer Sees. Gehen da nicht fünf oder zehn Fragezeichen an?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Fragezeichen hat es gegeben. Eine Dienstreiseerlaubnis haben wir nicht bekommen. Die Absicht bestand eigentlich, selber runterzufahren. Wir haben auch nicht nach Ungarn fahren dürfen. Wir haben auch nicht nach Sofia fahren dürfen. Es gab ja mehrere Auslandsbezüge, also Dinge, die - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, Sie wollten in die Schweiz fahren, aber durften nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, es - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sind Sie da sicher?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da bin ich mir ganz - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Weil Sie vorhin gesagt haben, das BKA hat dann die Spur überprüft.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, dann war ja die zweite Variante, das im Prinzip über die Schweizer Behörden klären zu lassen, gar keine Frage; genauso wie der Hinweis Ungarn auch von der BKA-VP in Budapest geklärt wurde; zu unserem Bedauern, weil es war ja mittlerweile eine Woche vergangen. Also, an die Details kann ich mich noch erinnern.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wussten Sie wohl auch schon zu der Zeit, dass zwei Beamte des BKA auch beim LKA in Thüringen waren, die ja die Asservate ausgewertet haben, darunter auch die Adressliste? War Ihnen das bekannt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** War mir neu.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, zweiter Schritt, nicht viel weitergekommen.

Jetzt haben wir ja dankenswerterweise Ihren Vermerk, den wir auch in den Akten hatten. Also, man kann ja auch Richtung Thüringen sagen: Wir haben von Ihnen alles, und wenn wir es mal nicht gleich haben, liegt es eher in dem Fall an uns und nicht an Thüringen. Aber was mich ein bisschen ärgert, Herr Wunderlich - und ich habe auch immer viel Geduld, aber wir müssen hier präzise bleiben -: Wir haben hier alle zusammen eine große Verantwortung, und wir können auch keine Gerüchte in die Welt setzen oder Mutmaßungen, Visionen, Versionen, Hypothesen, wenn die Fakten so nicht ganz passen. Und Ihre Schilderung vorhin von der Befragung Helbig bei der Bundeswehr in Bayern, ohne vorher den MAD mit einzubeziehen, was man ja durchaus auch hätte überlegen können, hatte für uns den Eindruck gemacht,

sofern ich mich richtig erinnere - und der Vorsitzende hat ein paar Mal nachgefragt -, dass Sie a) sich vom MAD gestört gefühlt haben in der Befragung und deshalb der Helbig zugemacht hat und dass Sie hinterher den MAD auch noch darum gebeten haben: Bitte befragen Sie doch mal, drohen oder locken Sie mit der Beförderung - kann ja beides sein -, und geben Sie uns wieder Bescheid. - So haben Sie es uns geschildert.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber in dem Vermerk aus dem Mai 99\*, den Sie über diese Befragung geschrieben haben,

(Dr. Eva Högl (SPD): Da steht was anderes!)

steht so ziemlich das Gegenteil, und ich will es Ihnen mal vorhalten:

Wenige Minuten nach der Befragung

- die war zu Ende -

erschien der Beamte Müller vom MAD Amberg und erkundigte sich nach dem Grund und Inhalt der vorangegangenen Befragung.

Also, dass der MAD eine Befragung gestört hat und Sie im interessantesten Moment quasi abgewürgt hat, sehen Sie hier ganz anders. Dann teilen Sie den Grund mit, und dann kommt der Schlusssatz:

Aus Sicht der Zielfahndung des TLKA Erfurt sind keine weiteren Maßnahmen durch die Bundeswehr oder den MAD erforderlich.

Ich will nicht sagen, dass das falsch ist; aber Sie dürfen heute hier nicht so tun, als ob andere Behörden geschlampt hätten, wenn Sie es damals selber 100 Prozent andersrum gesehen haben. Oder stammt der Vermerk nicht von Ihnen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Vermerk ist von mir, und ich möchte - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Was ist jetzt richtig: Damals, oder das, was Sie uns vorhin erzählt haben? Was stimmt jetzt?

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-1/15, Blatt 139.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann den Widerspruch nicht erkennen.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Was?)

Sie meinen, dass ich geschrieben habe, dass der MAD keine Maßnahmen machen soll, ihn aber letztlich trotzdem persönlich gebeten habe, mal mit dem Herrn Helbig zu reden?

**Clemens Binner** (CDU/CSU): Sie haben vorhin hier zwei Eindrücke hinterlassen nach Ihrer Aussage. Eindruck 1: Der MAD platzt hier rein, stört mich im sensibelsten Moment der Befragung - ich war kurz davor, alles zu erfahren; jetzt überzeichne ich ein bisschen -, und Helbig macht zu. - Hier schreiben Sie aber nach der Befragung: Der MAD erschien erst wenige Minuten nach der Befragung. Der kann eine Befragung also nicht gestört haben.

Zweiter Punkt. Vorhin sagen Sie: „Wir haben die gebeten, fragt ihn doch noch mal“ - haben das Beispiel mit der Beförderung gebracht - „und gebt uns Bescheid“; und haben dann fast schon ein bisschen mitleiderregend gesagt: „Wir haben von denen nie mehr was gehört“. In dem Vermerk aber schreiben Sie - und dann ist doch logisch, dass Sie nie mehr was von denen hören -:

Aus Sicht der Zielfahndung ...

- das sind ja wohl Sie -

sind keine weiteren Maßnahmen durch die Bundeswehr oder den MAD erforderlich.

Warum sollen die sich bei Ihnen noch mal melden, wenn Sie da selber das reinschreiben? Das meine ich mit „präzise“. Es kann ja sein, dass Sie durch Zeitungslektüre und lange Erinnerungen die Dinge ein bisschen durcheinanderbringen, aber wir können hier nicht andere Behörden, das machen wir schon kritisch genug, Fehler vorzuhalten - - aber wir können hier nicht Gerüchte in die Welt setzen gegen andere Behörden, wenn Sie es damals selber anders gesehen haben. Da bitte ich um mehr Präzision. - Ich habe keine Frage mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, wobei die Frage nicht beantwortet ist. Also: Entspricht das Protokoll, Herr Wunderlich, so, wie es Ihnen gerade vorgehalten worden ist - es liegt Ihnen ja selber schriftlich vor -, dem tatsächlichen Sachverhalt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Protokoll entspricht dem tatsächlichen Sachverhalt. Ich kann mich jetzt nur in der Erinnerung etwas geirrt haben, aber es ist auf jeden Fall richtig, dass der Beamte des MAD zu diesem Gespräch, was wir geführt haben, dazukam.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, kam er dazu, oder kam er nach dem Gespräch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Er kam dazu. Aber es kann natürlich sein - da bitte ich um Verständnis -, dass die Befragung eigentlich beendet war und wir ganz normal mit ihm noch gesprochen haben, was nicht als Hintergrund der Befragung war.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War Herr Helbig dann noch im Raum?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich glaube, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben uns vorhin gesagt, Sie hätten den MAD gebeten, Sie auf dem Laufenden zu halten, falls es neue Erkenntnisse gibt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ergibt sich aber auch nicht aus dem Protokoll, aus dem Vermerk.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das ist ein persönliches Gespräch, was im Anschluss geführt wurde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat die SPD-Fraktion.

Ich würde übrigens vorschlagen, wenn Frau Dr. Högl mit der Befragung zu Ende ist, dass wir dann unterbrechen und nicht die komplette Runde machen. Sonst kriegten wir das mit dem Zeitplan mit der Unterrichtung der Medien nicht hin. - Herr Wieland hat eine Zwischenfrage, Frau Dr. Högl, wenn Sie einverstanden sind. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil der Kollege Binner ja eine rechtliche Frage in den Raum warf und meinte, hier sitzen so viele Juristen, und wir ja nicht, keine Vermutungen, Hypothesen stehen lassen wollen: Diese Telefonüberwachung wurde durchgeführt nach § 100 a

Strafprozessordnung, und in § 100 a Strafprozessordnung heißt es - Abs. 3 -:

Die Anordnung darf sich nur gegen den Beschuldigten

- das war er nicht -

oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Beschuldigten bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben

...

Das hat sich sogar bestätigt. Dieser Verdacht, der zur Telefonüberwachung führte, hat sich bestätigt, sodass ich rechtlich keinerlei Bedenken gegen diese Telefonüberwachung habe.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Abgesehen davon, Herr Kollege,  
hat es mit Sicherheit ein Richter  
angeordnet!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Moment, wir machen hier kein Brainstorming, sondern eine Zeugenvernehmung. Herr Binneringer möchte aber kurz entgegnen.

**Clemens Binneringer (CDU/CSU):** Dass das jemand angeordnet hat, hatte ich keinen Zweifel, aber der entscheidende Satz ist - den ich jetzt nicht wusste -: Muss er Mittäter sein, oder reichen die Tatsachen, dass es schon vor der Telefonüberwachung im April 98 - - also Tatsachen gegeben haben muss, dass Helbig eine größere Rolle spielt? Woher kommen die? Das hätte mich interessiert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das findet sich in den Akten. Wir haben das inzwischen gefunden in den Thüringer Akten, auch ein handschriftlicher Vermerk zu der Protokollierung von den Anrufen. Da steht zu Helbig: überwacht vom 10.03.98 bis 27. August 98. Was auch immer das - -

(Clemens Binneringer (CDU/CSU):  
Wie kommt man das erste Mal auf  
den?)

- Richtig.

Jetzt hat eigentlich - - Frau Dr. Högl hat jetzt das Fragerecht. Ich darf aber fragen, ob Sie einverstanden sind, Frau Dr. Högl, wenn Frau Pau eine Zwischenfrage stellt. Bitte.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, damit wir das vielleicht abschließend geklärt bekommen - - weil wir haben inzwischen auch parallel die Akte durchgesehen, das Datum gefunden, aber wir haben nicht gefunden: War das jetzt wirklich eine TKÜ, von der Polizei veranlasst, oder aber haben Sie Kenntnis von einer TKÜ einer anderen Behörde bekommen, und um die Quellen an dieser Stelle zu schützen, ist das dann eingeflossen in dieser Weise? Also, wissen Sie genau, dass die Polizei eben diese beantragt hatte?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Herr  
Vorsitzender!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dazu darf ich auf den Vermerk MAT A TH, Blatt 142\*, verweisen. Ja, sind ja nicht so gut geordnet. Da steht aber immerhin:

Seit dem 05. und 10.03. wird gemäß § 100 a StPO, die Überwachung und Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs auf Tonträgern zu den Anschlussinhabern mit den Telefonnummern ...

- dann kommt Ralf Wohlleben, Jürgen Helbig -

betrieben.

Und das Ganze hat das Landeskriminalamt Thüringen gemacht im Auftrag der Zielfahndung. Also, hier brauchen wir nichts reinzuheimnissen.

(Petra Pau (DIE LINKE): Gut!)

Und die Frage von Binneringer ist noch nicht beantwortet. Aber, lieber Herr Kriminalist: Ihr Gespür war richtig, dass Sie Helbig überwacht haben. Der war Mitteilungsempfänger, und Wohlleben war es auch. Wo die Primärquelle ist, das weiß ich nicht. Das steht hier nicht.

(Clemens Binneringer (CDU/CSU):  
Das wäre aber interessant!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Generalbundesanwaltschaft hat um das Wort gebeten. Herr Christeleit.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A TH-1/4, Blatt 114.

**StA Andreas Christeleit (BMJ):** Ja, ich hoffe, da etwas Licht ins Dunkel bringen zu können. Es gibt einen Vermerk vom 09.03.1998 der Zielfahndung vom Herrn Schirmmacher. Da steht drin - also, daraufhin erfolgte dann auch der Antrag der Staatsanwaltschaft -:

Durch die bereits bestehende Telefonüberwachung bei Wohlleben, Ralf, ... wurden ...

- ich verkürze jetzt -

drei Anrufe registriert. Es besteht der Verdacht, daß unsere Zielpersonen von diesem Anschluß Kontakt zu Wohlleben aufgenommen haben. Die Telefonnummer lautet ... Dieser Telefonanschluss ist auf den Bürger Helbig, Jürgen ... angemeldet.

Und das war der Vermerk, der zu der TKÜ geführt hat.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): So viel zum Thema Zielfahndung!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, dann ist, glaube ich, der Punkt einigermaßen geklärt. - Frau Dr. Högl hat das Fragerecht.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Ich hätte eine Zwischenfrage!)

- Ich hatte gerade das Signal bekommen, es hätte sich erledigt damit. Nicht? Frau Dr. Högl, gestatten Sie eine Wortmeldung des Kollegen Wolff?

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):  
Nein, hat es nicht! - Dr. Eva Högl (SPD): Bevor Sie Stress machen, klären Sie Ihre Zwischenfrage!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber jetzt keine schlechte Laune, Herr Wolff. - Herr Wunderlich, jetzt bin ich dran für die SPD-Fraktion. Herr Wunderlich, nach dem, was Sie hier heute auf unsere Fragen gesagt haben, und nach dem Aktenstudium habe ich den Eindruck, dass Sie von zwei Seiten ganz gezielt ferngehalten wurden von Informationen, die Sie gebraucht hätten als Zielfahnder - Sie

gelten ja auch als sehr erfolgreicher Zielfahnder, der Sie sicherlich sind; das wurde hier auch schon von anderen Zeugen gesagt -, dass Sie ferngehalten wurden von wichtigen Informationen, die Sie gebraucht hätten, sowohl von der sachbearbeitenden Stelle im Landeskriminalamt Thüringen als auch vom Verfassungsschutz. Haben Sie selbst auch diesen Eindruck?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Unterstützung der sachbearbeitenden Dienststelle war meines Erachtens sehr gut und auch unkompliziert. Ich nehme an, Sie werden jetzt die Telefonliste meinen?

**Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke:** Ich bitte doch ein bisschen um Zurückhaltung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Unter anderem.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich momentan nicht nachvollziehen -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Da kommen wir gleich noch zu.

**Zeuge Sven Wunderlich:** - das tut mir leid -, da sie mir auch nicht bekannt war.

Was die Zusammenarbeit mit dem LfV betraf, muss ich sagen, dass wir teilweise - - oder dass wir einen Eindruck gewonnen haben im Zuge der Gespräche mit dem LfV Thüringen und Sachsen, dass wir von den Sachsen auch hin und wieder mal etwas mehr erfahren haben wie von den Thüringern, obwohl es von Thüringen stammte. Also, das haben wir nachvollziehen können ganz einfach im Zuge von Gesprächen, wobei wir das Motiv nicht erkennen konnten, wieso uns Sachsen etwas sagt, was sie von Thüringen haben, was uns Thüringen nicht mitteilt. Das muss ich so im Raum stehen lassen.

Der andere Umstand ist natürlich, dass ja aufgrund des Kommissionsberichts man natürlich nachlesen kann, was bekannt war, und da, muss ich sagen, hat man uns - ja, ich würde bald sagen - ausgetrickst. Also, wir haben da viele Dinge nicht erfahren, die für uns lebenswichtig gewesen wären, um einen Fahndungsansatz zu haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich will noch mal ganz kurz zur sachbearbeitenden Stelle bei

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-1/4, Blatt 123.



Ihnen im Haus, im Landeskriminalamt, kommen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben die Zusammenarbeit als gut geschildert; aber was mich tatsächlich wundert, ist: Sie haben von denen diese Adressliste nicht bekommen, und ich glaube, Sie werden -- Also, ich bin Laiin, aber wenn ich so eine Adressliste sehe, dann frage ich mich: Warum arbeitet die Polizei die nicht von vorne nach hinten ab, und, wenn jemand beauftragt ist - Ziel-fahndung -, warum gehen die nicht die von vorne nach hinten durch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Warum haben Sie nicht mal nachgefragt nach relevanten -- jetzt nicht gezielt nach der Adressliste; die kannten Sie nicht. Aber warum haben Sie sich nicht mal die vorhandenen Unterlagen zeigen lassen, die Asservate, das, was gefunden wurde in den Garagen? Warum haben Sie selbst nicht mal nachgefragt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Nachfragen hat es gegeben, und die Zusammenarbeit war, wie ich schon erwähnt habe, sehr gut.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie haben dann -- Sie haben nachgefragt und haben nichts bekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Genau so ist es. Also, ich kann ja im Prinzip nur -- Und das macht man eigentlich in dem Verfahren dann einmal, dass man sagt: Was habt ihr an Unterlagen da? Was können wir auswerten, bewerten? Was bringt für uns Fahndungsansätze? Was ist vorhanden? - Die Frage stellt man ja nicht ständig. Die stellt man also im Vorfeld, und im Zuge der Zusammenarbeit gab es auch keine Probleme, dass wir den Eindruck hatten, dass uns etwas vorenthalten wird.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber diese Adressliste -- Ich möchte die nicht überbewerten. Deswegen frage ich Sie. Sie sind der Experte. Wenn man eine Adressliste findet, das ist doch für einen Zielfahnder wahrscheinlich der erste Anknüpfungspunkt, um auf die Spur

der gesuchten Personen zu kommen, oder nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe das vorhin, denke ich, sehr plastisch mit dieser Urlaubskarte dargestellt. Das ist sicherlich richtig. Wir haben sie aber nicht vorliegen gehabt, und ich kann es nicht nachvollziehen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und ich frage mich auch, ob die Zusammenarbeit tatsächlich so gut war oder ob Sie nicht da behindert wurden in Ihrer Arbeit, wenn Sie zum Beispiel hier eben sagen, Sie hätten gar nicht gewusst, dass zwei BKA-Beamte beim Landeskriminalamt Thüringen waren. Sie waren dorthin abgeordnet, um bei der Fahndung zu unterstützen - mit der Fahndung waren Sie ja auch beauftragt -, und waren insbesondere auch mit der Auswertung der Asservate beauftragt. Zwei Beamte aus dem Bereich Staatsschutz, Rechtsextremismus.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Umstand --

**Dr. Eva Högl (SPD):** Hatten Sie noch nie gehört davon?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Hat Ihnen niemand erzählt? - Dann habe ich noch eine Frage zu dem Bereich Verfassungsschutz. Sie haben dazu ja ein bisschen was gesagt, aber ich will vor allen Dingen noch mal zu sprechen kommen auf den Vermerk, den Sie gefertigt haben - Sie haben ihn ja selbst auch vorhin erwähnt - vom 14. Februar 2001, in dem Sie Ihre Punkte aufgelistet haben. Und der fünfte Spiegelstrich ist ja besonders interessant. Da schreiben Sie:

Die Zusammenarbeit mit dem LfV Sachsen ergab eine unterschiedliche Informationsübermittlung

- das haben Sie eben auch gesagt -

und den Verdacht, dass durch das TLfV Thüringen wichtige Fahndungsdaten zurückgehalten werden.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-6, Blatt 248.

Haben Sie darüber mal gesprochen auch mit Ihren Vorgesetzten? Sie haben ja für Ihren Vorgesetzten diesen Vermerk angefertigt, für den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** LKA-Präsident.

**Dr. Eva Högl (SPD):** LKA, Entschuldigung, genau. Und dann sollte es ja eine Gesprächsrunde der Behördenleiter geben, also LKA Thüringen mit Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen. Wie ist das denn weitergegangen, Herr Wunderlich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Vielleicht - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie eine Rückmeldung bekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie mal nachgefragt? Sie haben ja gesagt, Sie seien bissig gewesen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Warum haben Sie nicht nachgefragt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Weil das ein ganz heikles Thema war.

(Sönke Rix (SPD): Inwiefern?)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wieso war das heikel?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, weil - - Ich habe eine Version oder Hypothese aufgestellt, die eigentlich sehr problematisch erscheint. Ich bin davon ausgegangen, dass an der richtigen Stelle die Fragen gestellt werden, die ich habe oder die wir mit uns rumtragen, und eine Antwort gab es nicht, nicht mündlich und auch nicht schriftlich, und ich habe auch mir nicht erlaubt, da weiter nachzufragen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Wunderlich, das - mit Verlaub - kann ich mir nicht vorstellen. Bevor Sie etwas niederlegen in einen Vermerk für Ihren Präsidenten, überlegen Sie sich das gut, wenn Sie etwas niederschreiben -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - und den nicht auf dem Flur ansprechen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich kann mir vieles vorstellen, aber nicht, dass das ohne Reaktion bleibt. Das ist ein gravierender Vorwurf, dem wir hier auch nachgehen wollen.

Sind Sie danach mal angesprochen worden - etwa von Ihrem Präsidenten - auf das, was Sie hier niedergelegt haben in dem Vermerk?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Leider nein. Man muss vielleicht auch den Hintergrund der Entstehung dieses Vermerks kennen. Ich bin also aufgefordert worden - und hatte dazu auch nur wenige Minuten Zeit; ich habe das der Kommission damals schon mitgeteilt -, in fünf Thesen - also, mir war sogar die Anzahl der Thesen vorgegeben - ohne Begründung - auch das wurde vorgegeben - einen Sprechzettel zu fertigen, mit dem mein damals amtierender LKA-Präsident die Möglichkeit hat, dem Präsidenten des LfV einige Fragen zu stellen. Ich kenne nicht den Hintergrund des Gesprächs, auch nicht den Umfang, und habe ganz einfach hier, ja, mein Herz mal ergriffen und habe mir gesagt: Okay, jetzt tun wir diese Version, Hypothesen, über die wir schon lange nachdenken, über die wir auch in unserem Bereich offen sprechen, mal zu Papier bringen und schauen mal, wie es ausgeht. - Ich bin mir der Tragweite dieser Hypothesen und Versionen bewusst - gar keine Frage -, obwohl ich auch sagen will: Es ist eine Fortführung der Hypothesen und Versionen meines Kollegen Ihling. Das ist also eine gemeinsame Auffassung, die wir - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber, Herr Wunderlich, eine Gesprächsrunde Behördenleiter ist ja schon eine ziemlich hohe Eskalationsstufe.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und wir haben auch vom Oberstaatsanwalt Schultz erfahren in der letzten Sitzungswoche, der hier als Zeuge war, dass es auch einen Brief gegeben haben soll der Staatsanwaltschaft mit verschiedenen Fragen des damals Leitenden

Generalstaatsanwalts Koeppen an das Landesamt für Verfassungsschutz und dass es auch eine Runde der Präsidenten dann gegeben haben soll, in dem das erörtert ist. Haben Sie davon mal was gehört? Sie haben mit Herrn Schultz sich ja auch öfter ausgetauscht.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist der nächste Umstand. Im Zuge der Fahndung nach diesen drei Personen haben wir insgesamt sechs Dezernenten gehabt. Wir haben nicht *einen* Staatsanwalt gehabt für drei Jahre und sechs Monate, wir haben mit sechs verschiedenen Staatsanwälten kommuniziert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber mit Herrn Schultz hatten Sie zu tun?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Auch mit dem Herrn Schultz, ja. Aber das ist natürlich auch wesentlich erschwerend, wenn ich justiziell sechs Mal von vorne beginne, weil ja natürlich jeder Dezernent nicht den gleichen Sachstand hat, nur einen für den Teilbereich oder diesen dann ungesehen übernehmen muss.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Wunderlich, können Sie sich - - Sie haben ja gute Erinnerungen an verschiedene Details. Können Sie sich daran erinnern, dass es solch einen Brief der Staatsanwaltschaft gegeben hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie davon schon mal gehört?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wann haben Sie davon gehört?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Aus Presse und anderen Dingen. Da ist von 22 Fragen, glaube ich, die Rede. Also, so weit kann ich mich da jetzt noch dran erinnern.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie das lesen in der Zeitung, dass es so einen Brief gegeben haben soll, dann kommt doch sicherlich Ihre Erinnerung zurück an das, was Sie damals als Hypothese formuliert haben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich verfolge den Sachverhalt täglich, und er belastet mich seit 98.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und Sie haben da nie mal einen Versuch unternommen, rauszufinden, was die Behördenleiter miteinander besprochen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Geben Sie mir einen Lösungsweg.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nein, ich habe keinen Lösungsweg. Aber das ist ungewöhnlich, wenn einen eine Sache so beschäftigt - ich versuche das nachzuvollziehen - und Sie so einen gravierenden Vorwurf sogar in einem Vermerk niederlegen, dass Sie dann nicht nachfragen, wie das ausgegangen ist. Also, es gibt ja zwei Varianten: Dass der Verfassungsschutz sagt, da ist nichts dran, Blödsinn, der hat sich was eingebildet, oder es wird eingeräumt. Aber das interessiert einen doch, wenn man so einen Vorwurf erhebt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe sicherlich die Kollegen des LfV gefragt. Ich habe denen auch meine Vermutung geäußert. Das ist alles negativ beschieden worden, und da muss man natürlich jetzt nicht ständig nachbohren. Richtig ist, dass ich den Herrn Wießner auch in der weiteren Folge, Jahre später, immer mal auf diesen Sachverhalt angesprochen habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth von der FDP-Fraktion möchte eine Zwischenfrage stellen. Bitte.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Zu dem Brief, Herr Wunderlich, nur damit hier Klarheit herrscht: Herr Schultz hat beim letzten Mal angegeben - ich zitiere aus dem Protokoll von Seite 15 -:

Mein Behördenleiter hat, als Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe verschwunden waren, einen Brief an den damaligen Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz geschrieben, an den Herrn Dr. Roewer, mit, ich glaube, 20 oder 22 Fragen, die das Landeskriminalamt - ich glaube, der Herr Dressler oder der Herr Wunderlich - und ich ausgearbeitet hatten ...

Sagt der Herr Schultz, nennt also Ihren Namen, ist sich aber nicht sicher, ob Sie es sind oder Herr Dressler. Sie sagen, Sie haben an dem Brief keinesfalls mitgearbeitet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also müsste es dann Herr Dressler -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): - mutmaßlich sein? - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Aber Sie können sich auch nicht daran erinnern, dass Sie mit Dressler mal darüber gesprochen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Soweit ich das mitbekommen habe, ist doch dieser Brief nach 2001, glaube ich - -

**Dr. Eva Högl** (SPD): Nein.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kenne das Datum jetzt nicht. Ich weiß nicht, wann der ins Leben gerufen wurde.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Nein, das kann nicht nach 2001 gewesen sein. Da war der Schultz nicht mehr Sachbearbeiter - Genau, 99, auch in dem Zeitraum.

Und Sie sagten ja, dass Sie ganz hervorragend mit Herrn Dressler zusammengearbeitet haben. Ich kann mir das nicht vorstellen, wenn Sie eine Hypothese haben: „Der Verfassungsschutz behindert uns in unserer Arbeit“ - ich sage das mal so -, dass Sie da im Austausch mit der Staatsanwaltschaft - - und dann die Staatsanwältin überlegt: Wir schreiben dem Verfassungsschutz mal einen Brief und stellen mal die Fragen.

Sie arbeiten mit Dressler gut zusammen. Herr Wunderlich, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie darüber dann nicht sprechen, dass Sie davon nichts erfahren. Das ist doch ein gravierender Vorgang. Oder ist das tägliches Polizeigeschäft?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich gebe Ihnen recht, definitiv. Wieso es nicht zu dieser Informationsübermittlung kam, kann ich nicht

nachvollziehen. Wir waren ja auch örtlich auseinander. Also, wir haben ja gar nicht in ein und demselben Bereich Dienst gemacht - ich in Erfurt, der Herr Dressler in Waltersleben -, sodass man sich sicherlich austauschen konnte, telefonisch und auch persönlich, aber man hat nicht immer alles besprechen können. Das waren sehr viele Informationen.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Sie haben ja von Herrn Dressler - - Sie haben ja gesagt, Sie haben unterstützt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Herr Dressler war die sachbearbeitende Stelle. Haben Sie von Herrn Dressler denn immer Einzelaufträge bekommen für die Zielfahndung? Sie hatten uns ja auch gesagt, das hat nicht die oberste Priorität gehabt bei Ihnen. Haben Sie immer einzelne Aufträge gekriegt, die Sie abgearbeitet haben, oder hatten Sie eine Gesamtverantwortung auch für die unterstützende Zielfahndung?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, für die operativen Fahndungsmaßnahmen hatte ich ganz klar die Verantwortung, wobei ich da selbstständig tätig werden konnte, natürlich in Abstimmung mit dem Herrn Dressler, der der Leiter dieser Ermittlungsgruppe war. Und wenn in der Ermittlungsgruppe fahndungsrelevante Informationen ermittelt wurden, hat man sie uns gegeben zur Abarbeitung.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Und diese Frage, dass Sie keinen ordentlichen Auftrag hatten von der Staatsanwaltschaft, da hat Herr Melzer beim letzten Mal hier bei uns gesagt:

Und der

- damit sind Sie gemeint, Herr Wunderlich -

hat aber wirklich auch alles versucht - so hat er mir auch beteuert -, einen Zielfahndungsauftrag, einen konkreten Zielfahndungsauftrag, zu bekommen ...

Das hat Herr Melzer hier gesagt, dass Sie da sehr hinterher waren, einen richtigen Auftrag zu bekommen.

Warum haben Sie nicht mal mit der Staatsanwaltschaft darüber gesprochen, warum Sie keinen ordentlichen Zielfahndungsauftrag bekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Gespräch hat es gegeben, obwohl das nicht meine Ebene war - Ebene war Leiter EG TEX -, und die Information der Staatsanwaltschaft war, dass die Beweislage dünn ist, die zu erwartende Strafe sehr gering und dass man im Prinzip aus diesen Gründen davon absieht, was sich eigentlich mit unserem Ergebnis gedeckt hatte, was wir mit dem BKA geführt haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie das mal erläutern? Was hat sich da mit Ihrem Ergebnis gedeckt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, dass die Staatsanwaltschaft mit einer Zielfahndung nicht mitgeht, wir wahrscheinlich auch keine einleiten werden, aber wir trotzdem suchen. Also, wir haben ja genauso gesucht, wie wenn es eine Zielfahndung ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Warum wollten Sie dann trotzdem einen förmlichen Auftrag haben, wie Herr Melzer uns hier beschrieben hat? Was war der Grund für Sie?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dieser, dieser - - Da ging es nicht um den förmlichen Auftrag. Da ging es um den überhaupt, um den allgemeinen Auftrag, dass wir einen bekommen von der Staatsanwaltschaft.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, das ist ja dann der förmliche, dass Sie zuständig werden.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Aber da da schon die Bereitschaft nicht so groß war, hat sich das Zweite natürlich dann von sich aus - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was hätte sich denn geändert, wenn Sie einen förmlichen, einen ordentlichen, einen ausdrücklichen Zielfahndungsauftrag von der Staatsanwaltschaft bekommen hätten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Geändert hätte sich der Umstand, dass Auslandsüberprüfungen einfacher gewesen wären, weil wir einen Zielfahndungsfall gehabt hätten, der im BKA registriert ist. Ja, und die Sache wäre einfach sauberer gewesen, muss ich jetzt mal sagen. Es gibt ja Gott sei Dank seit Juni 08 ein Regelwerk in Thüringen, wo eben festgelegt ist, dass die Staatsanwaltschaft

beauftragen muss. Das hat es damals noch nicht gegeben. Das ist bilateral erfolgt, und - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Wunderlich, hätte es auch dazu geführt, dass dieser Fall prominenter von Ihnen behandelt worden wäre? Sie haben ja geschildert, dass er an die Seite gelegt wurde, weil Sie 47 andere relevante Fälle zu klären hatten, und dieser Fall an die Seite gelegt wurde, nicht so prominent von Ihnen verfolgt wurde und Sie auch so ein bisschen der Auffassung waren: Das sind Jugendliche, die basteln da so ein bisschen in der Garage rum. Das hat Sie nicht so wirklich interessiert, bzw. es hatte nicht die Priorität, die es im Nachhinein hätte haben müssen. Jetzt wissen wir es natürlich. Wenn Sie einen ordentlichen Auftrag gehabt hätten, hätten Sie dann diesen Fall auch anders verfolgen können?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Fall wäre genauso verfolgt worden, nur die Auslandsüberprüfungen wären für uns einfacher gewesen. Wir wären dann selber vor Ort gefahren, was in dem Falle eben nicht möglich war.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Hätte der Fall dann die gleiche Priorität wie die anderen 47 Fälle gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Er wäre dann auch ein Zielfahndungsfall unter vielen gewesen. Aber ich bitte um Verständnis: Wenn wir ein Tötungsdelikt haben oder jemand als Mörder rumsaust, wo eben weitere Straftaten begangen werden können, dass da natürlich wir uns zu dritt irgendwie auch - - Wir müssen uns arrangieren mit den Fällen. Das ist - - Wir sind personell im Prinzip sowieso - ohne den Fall mit den drei Rechten - unterbesetzt gewesen, und die drei Rechten haben wir zusätzlich auch noch mit bearbeitet. Ich versuche, es mal so darzustellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, das Fragerecht ist erloschen für diese Runde.

Es ist jetzt kurz nach 13 Uhr. Wir hatten ja zugesagt, für die Medien, für das Statement eine halbe Stunde zu unterbrechen. Ich würde vorschlagen, das jetzt zu machen und dann um 13.40 Uhr fortzusetzen mit der Be-

fragung durch die FDP-Fraktion. Dann ist die Sitzung erst mal kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von  
13.08 bis 13.42 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich stelle fest, dass alle Fraktionen vertreten sind. Ich weiß nicht, Herr Kurth, führen Sie die Befragung fort? - Okay, wunderbar. Dann steht der Fortsetzung der Zeugenbefragung nichts im Wege. Der Zeuge hat auch wieder Platz genommen. Das Fragerecht geht jetzt zur FDP-Fraktion, und das Wort hat der Kollege Kurth.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herzlichen Dank. - Herr Wunderlich, der Herr Melzer hatte bereits schon erklärt, dass er bei der Vorbereitung auf die Befragung hier im Ausschuss Akten gesehen hatte, die ursächlich oder ursprünglich von ihm stammten, aber er sie in dieser Ordnung so nicht wiedererkannt hat; es fehlt was, es ist was dazugekommen. Sie haben das heute bei Ihren Akten auch noch mal bestätigt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bei den eingesehenen, ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Die, die Sie gesehen haben. Haben Sie denn Kenntnis davon, ob es noch weitere Mitglieder unterschiedlicher Einheiten, also andere LKA-Beamter aus der damaligen Zeit, gab, die Ähnliches festgestellt haben? Hat Frau Dittrich so was festgestellt? Hat Herr Dressler so was festgestellt? Haben Sie da Kenntnis von?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Keine Kenntnis.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Sie haben - - Ganz anderes Thema: Im letzten Jahr wurde durch Presseveröffentlichungen deutlich, dass - bitte korrigieren Sie mich, falls ich jetzt das aus der Erinnerung falsch sage - Sie auf dem Weg nach Sachsen waren für eine Zugriffsmaßnahme und auf dem Weg nach Sachsen wieder zurückgepiffen worden sind.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das hat nie stattgefunden.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Sie waren nicht auf dem Weg nach Sachsen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bitte?

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Sie waren nicht auf dem Weg nach Sachsen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir waren sehr oft auf dem Weg nach Sachsen, aber wir sind für keine Zugriffsmaßnahme zurückgepiffen worden.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Sind Sie auf dem Weg nach Sachsen - wozu auch immer - wieder zurückgepiffen worden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Nein? Gut. - Was sagt Ihnen denn der Begriff Soko REX? Kennen Sie die Soko REX?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Soko REX muss vor der EG TEX Existenz gehabt haben.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ja. Kannten Sie die damals?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist möglich im Zuge der Festnahmemaßnahmen zur Frau Zschäpe und dem Tom Turner.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da waren wir, glaube ich, für diese Soko tätig.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ja. Dann kam daraus die EG TEX. Haben Sie mit der zusammengearbeitet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das war ja mein unmittelbarer Ansprechpartner und Verantwortlicher, ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** So, und dann haben Sie einen Vermerk geschrieben. Das war, glaube ich, der Abschlussvermerk 2000 vom 22.08.2001 - das ist die MAT A TH-1/16, Seite 306; das ist für das Protokoll jetzt -, und da haben Sie geschrieben, dass für weitere Ermittlungen man Strukturermittlungen durchführen müsste, also mal richtig in die Struktur des Rechtsex-

tremismus in Thüringen vordringen müsste, die Verflechtungen usw. usf. aufdecken müsste, Sie selber das aber nicht leisten können, weil Sie einen anderen Auftrag haben als - - Kannten Sie denn die zu dem Zeitpunkt existente Soko ReGe?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): War Ihnen die ein Begriff?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die Soko ReGe hat ja genau das gemacht, was Sie vorgeschlagen haben, im gleichen Hause sozusagen. Das ist eine Soko des LKA, die über mehrere Jahre hinweg sehr intensiv sich die Strukturen angeschaut hat in Thüringen und versucht hat durch - - also, bis hin zur Klärung, ob man Vertrauenspersonen noch mal einspannt oder sogar verdeckte Ermittler einsetzt oder Ähnliches. Hätte es Ihnen geholfen, wenn Sie gewusst hätten, dass es diese Soko ReGe gegeben hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann man nur mutmaßen. Das weiß ich nicht. Ich habe von der Existenz dieser Soko ReGe im Juli 2012 erfahren.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Durch Berichterstattungen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Durch eine Kollegin, die dort gearbeitet hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also nicht durch Berichterstattung, sondern eine Kollegin hat Ihnen das gesagt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Warum hatte die Kollegin Ihnen das gesagt? Wie kam das dazu?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht mehr nachvollziehen, das Gespräch, aber in dem Zusammenhang habe ich davon erfahren.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und wie haben Sie darauf reagiert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Verwundert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Erstaunt, verwundert, desinteressiert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Alles? Nein.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, erstaunt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Erstaunt. Warum erstaunt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, weil ich keine Kenntnis davon hatte, von dieser Soko.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Mal eine ganz andere Frage: Als Sie die Zielfahndungsmaßnahme nach dem Trio gemacht haben, hatten Sie noch weitere Verfahren, die parallel dazu liefen, weitere Fahndungen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** In dem Fahndungszeitraum 47.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Insgesamt 47?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten also den Auftrag, die drei zu finden, und 47 weitere Fälle?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Von den 47 Sachverhalten haben wir 45 beenden können.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Erfolgreich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Und ein Sachverhalt hat uns zehn Monate gebunden, wo auch die anderen Fälle dann liegen blieben.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie persönlich oder insgesamt die drei Kollegen von Ihnen? Wie viele waren Sie insgesamt in der Zielfahndung? Vier Stück? Vier Leute?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wenn es gut lief, fünf, ansonsten im Schnitt drei.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und diese drei Leute hatten 47 Verfahren zu bearbeiten zwischen 1998 und 2001?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie viel Zeit hatten Sie denn dann dafür, für die Zielfahndungsmaßnahme Trio?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Na gut, das sind Fälle, die vielleicht nach zwei Wochen zu Ende gehen. Das sind aber auch Fälle, die über Jahre laufen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Kann man das - - Also, ich brauche eine Vorstellung, oder vielleicht helfen Sie uns dabei, eine Vorstellung zu gewinnen, wie viel Zeit man dafür benötigt. Sagen wir mal 100 Prozent Arbeitseinsatz: Wie viel Prozent waren jetzt für das Trio in dem Zeitraum?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Trio ist von uns genauso bearbeitet worden wie die anderen Fälle. Nur es gab natürlich auch Zeiten, wo in dem Fall Trio nichts gemacht werden konnte, weil man eben keine Fahndungsansätze hatte. Das Umfangreichste und das Aufwendigste waren eigentlich die TKÜ-Maßnahmen, die mit den heutigen TKÜ-Maßnahmen nicht mehr vergleichbar sind, weil die damalige Technik wesentlich komplizierter und zeitaufwendiger war.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie eigentlich Kenntnis davon, ob bei den anderen 45 Fällen die Akten auch noch da sind, Ihre Akten? Haben Sie eine Vermutung, ob die noch existent sind oder ob die - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, die dürften nicht mehr existieren, weil die ja meines Erachtens nach zehn Jahren gelöscht werden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und warum gibt es dann noch die Akten von dem Trio? Wieso gab es die noch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Frage kann ich nicht beantworten. Was mir Erinnerung ist, ist wohl der Umstand, dass sie als historisch wertvoll eingestuft wurden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aha. Ist das in dem Archivgesetz so vorgesehen, oder gibt es da Richtlinien? Haben Sie da Kenntnis, wie das - - dass da eine historische Wertvorstellung - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da habe ich keine Kenntnis.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn Sie - - Oder das stelle ich mal kurz zurück.

Warum ist man eigentlich auf Sie gekommen am 08.11.2011 - oder wann das war -, dass Sie Frau Zschäpe identifizieren? Wie kam denn das eigentlich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Umstand war, dass ich seit dem 05.11. in diese Soko „Capron“ mit eingebunden war und auch der Auftrag war, die Frau Zschäpe zu lokalisieren, wobei der Ausgangssachverhalt ja in Sachsen lag aufgrund der Inbrandsetzung des Wohnhauses, und wir mit den Zielfahndern von Sachsen eng zusammengearbeitet haben und versucht haben, all das Wissen zusammenzuführen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Warum wurden Sie denn in diese Soko „Capron“ mit aufgenommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Umstand ist sicherlich dem Sachverhalt geschuldet, dass ich die beiden Toten in dem Wohnmobil gesucht habe über längere Zeit, wobei nur der eine zu dem Zeitpunkt eindeutig identifiziert war.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wann hatten Sie denn Kenntnis davon, dass es sich um die beiden handelt? Wann hatten Sie das erste Mal davon gehört oder vielleicht auch vermutet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich bin am 05.11. - das war ein Samstag - gegen 10 Uhr telefonisch davon in Kenntnis gesetzt worden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Durch wen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Durch den Kriminaldirektor Menzel in Gotha.



**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und er hat aber Sie darüber verständigt, dass der eine bekannt ist und der andere noch unbekannt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und wann sind Sie ins LKA gerufen worden, um die Akten zu sichten? Sie hatten das vorhin schon mal gesagt: entweder den einen Samstag oder den anderen Samstag.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann auch ein Sonntag - - Also, es kommen vier Tage theoretisch in Frage.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wobei ich das Wochenende nicht mehr genau bestimmen kann.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie ist das denn? Ist das denn üblich, dass, wenn so ein schwerwiegender Fall auftritt - - Und zu dem Zeitpunkt war ja auf jeden Fall klar, dass es also diese Mordserie ist mit diesem Trio insgesamt, also dass das auch wirklich eine nicht nur kriminalistische, sondern eine politische Dimension hat, eine erhebliche politische Dimension. Ist es denn üblich, dass dann diejenigen, die die Akten für das Innenministerium oder wen auch immer oder für das LKA sortieren, die Sachbearbeiter sind, die damals diese Akten auch angelegt haben? Ist so was üblich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Diese Frage kann ich nicht beantworten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Finden Sie das ungewöhnlich, dass ausgerechnet die Sachbearbeiter die Akten sortieren, die sie zehn Jahre vorher selber bearbeitet haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Möchte ich keine Einschätzung treffen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wäre es vielleicht gewöhnlich, dass man sagt: Einfrieren, Sarkophag erst mal drüber, ganz andere Leute schauen sich diese Akten an, die also keinen unmittelbaren Bezug dazu

haben? Gibt es da Fälle, von denen Sie vielleicht Kenntnis haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, mir nicht bekannt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wie haben Sie eigentlich auf den Schäfer-Bericht reagiert, als Sie den gelesen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, er ist sehr interessant und sehr umfangreich und auch in vielen Dingen sehr aussagekräftig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Waren Sie mit der Rolle, die Sie dort gespielt haben, im Schäfer-Bericht, einverstanden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Na ja, ich habe keine Rolle gespielt. Ich bin befragt worden.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Na, Sie haben schon eine erhebliche Mitverantwortung zugewiesen bekommen durch den Schäfer-Bericht.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, aber ich muss mich dem - - der Entscheidung dieser Kommission letztendlich fügen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie das bestätigen, dass Sie ein wesentlicher Punkt sind, warum die Ermittlungsmaßnahmen fehlgelaufen sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich - - Aus meiner Sicht geht das aus dem Schäfer-Gutachten so nicht hervor.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Sehen wir  
auch so!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Fragezeit ist eigentlich abgelaufen. Wenn Sie noch eine Frage haben in der Runde?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe gar nicht verstanden, was Herr Wieland gesagt hat, aber ich nehme an, es war richtig.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Diese  
Vermutung ist immer zutreffend,  
Herr Kollege!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Kollegin Pau, bitte.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Wunderlich, ich würde Ihnen gerne einen Vermerk vorlegen und Sie bitten, das, was dort unter Ziffer 1 in diesem Vermerk steht, vorzulesen. Wir finden das in MAT A TH-1/3, Blatt 751. Also, nur das, was unter Ziffer 1 auf der Seite 751 steht.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Sven Wunderlich:** Darf ich das Dokument gesamt lesen?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, Sie dürfen das lesen oder sich orientieren, natürlich.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Frau Kollegin, könnten Sie die MAT wiederholen?)

**Petra Pau (DIE LINKE):** MAT A TH-1/3, Blatt 751.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Habe ich gelesen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Können Sie dem Ausschuss und der Öffentlichkeit einfach nur diesen Hinweis erstens vorlesen und zweitens uns sagen, ob Ihnen das damals, als Sie unterwegs waren, die drei gesucht haben, zur Kenntnis gelangt ist?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich soll es vorlesen?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja. Ziffer 1.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut, Ziffer 1. Ich muss natürlich jetzt phonetisch sagen, was hier steht:

Aus Ars.

- Asservat, würde ich mal annehmen -

20.B.1 - Garage 5 -

⇒ Hinweis auf Thomas Starke

auf Thorsten Schau

als mögl. Unterschlupf

⇒ APIS IEMA

Gut, das sind behördliche Systeme.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ist Ihnen das damals zur Kenntnis gekommen, dass man offensichtlich nach - - also dass wer auch immer in Ihrer Behörde auf die Idee kam, bei Thomas Starke oder Thorsten Schau zu gucken, ob die beiden dort untergeschlüpft sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich bitte um Verständnis, und wir haben es auch im Zuge der Befragung gesehen, dass natürlich das alles sehr lange her ist. Sich jetzt festzulegen, das gesehen zu haben oder nicht, kann ich einfach nicht; ist nicht möglich.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich erkläre jetzt einfach noch mal der Öffentlichkeit, worum es hier geht. Das sind eine Reihe von Vermerken. Da geht es um die Bankabfragen im Februar 1998 bei den drei Gesuchten, und offensichtlich bezieht sich dieser Vermerk auf die in der Garage auch gefundenen Briefe, die das Trio während der Haftzeit mit Starke und Schau ausgetauscht hat und die wir als MAT A GBA-11/1 ebenfalls als Ausschuss hier vorliegen haben.

So, und da ist für uns jetzt die Frage, ob Sie sich erinnern können, Herr Wunderlich, ob Sie diesem sehr frühen Hinweis auf Thomas Starke, von dem wir heute wissen, dass das Trio als Erstes ihn um Unterkunft gebeten hat oder um das Besorgen einer Unterkunft, nachgegangen sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Hätten wir den Hinweis gehabt, wären wir dem nachgegangen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Aha. Danke. - Dann, Herr Wunderlich, in einem Vermerk vom 14. Februar 2001 haben Sie ausgeführt, dass die vom Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen übermittelten Daten bezüglich der Aufenthaltsörtlichkeiten sich stets zum Zeitpunkt der Überprüfung als richtig, aber längst nicht mehr aktuell erwiesen haben. Wir finden das in MAT A TH-1/24, Blatt 87. Können Sie einen solchen Vorgang uns mal exemplarisch schildern, also dass Sie zwar vom Landesamt einen Hinweis bekommen haben zu einer Örtlichkeit, wo die drei sein könnten, und wenn Sie hinkamen, stellten Sie fest, die waren hier, aber sind längst weg?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut, ich muss hinzufügen, dass wir immer hypothetisch oder versionsmäßig davon ausgegangen sind, dass sie das sind. Ausklären können wir das - - Oder: Beantworten können wir die Frage erst, wenn wir wissen: Sie sind es nicht. Aber wir sind zumindest immer davon ausgegangen und haben den Hinweis ernst genommen. Aber erinnerlich ist mir der Umstand - ich glaube, es war in Chemnitz, die Bernhardstraße 11 -, wo ein möglicher Umzug stattgefunden haben soll. Wir haben aber leider Gottes diese Information erst zehn Tage später bekommen. Nun ist natürlich jedem klar, dass ich nach zehn Tagen die Personen, die beim Umzug geholfen haben, dort nicht mehr antreffen werde. Da wir das natürlich nicht ausklären konnten und auch nicht ausschließen und die gemachten Fotos mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf schließen ließen, dass es vielleicht Bönhardt ist, sind wir eben davon ausgegangen, dass diese Information zu spät war.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Sie haben vorhin schon ausgeführt, dass Sie davon ausgehen, Sie suchen da drei Jugendliche, die aber keine erheblichen Straftaten schon jetzt begangen haben, und dass Sie zur Auswertung der Asservate aus der Garage keine Kenntnisse hatten. Haben Sie denn Kenntnis bekommen, dass in der Garage 5 eine Rohrbombe aufgefunden wurde, in der Schrauben und Sechskantmuttern eingebracht waren, und dass damit natürlich - Sie sind ja Fachmann, haben Sie uns vorhin wissen lassen, mit dem Sprengschein - - mit diesen Metallteilen die Splitterwirkung ja erheblich gewesen wäre, wenn diese Rohrbombe tatsächlich zur Explosion gebracht worden wäre. Wir finden das in MAT A TH-1/24, Blatt 29.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das ist - denke ich mal - schon ein gefährlicher Gegenstand, keine Frage. Aber die Zuordnung war ja nicht eindeutig klar zu den dreien bzw. zu welchem von den dreien dieses Teil gehört, und es hat ja auch nirgendwo Anwendung gefunden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Na ja, ich meine, sie könnte zumindest als Blaupause dann später gedient haben für die Bombe, die in der Keupstraße explodiert ist; deswegen frage ich. Wenn Sie wissen, dass Sie hier also drei suchen, und wenn Sie zur Kenntnis

bekommen, die haben aber da zumindest so ein Teil, was, wenn es eingesetzt worden wäre, so verheerende Wirkungen hat, was hat das für Schlussfolgerungen für die Fahndung, aber auch für die Maßnahmen, die Sie treffen, natürlich auch zu Ihrem eigenen Schutz und zum Schutz der Kollegen? Oder hatten Sie keine Kenntnis davon?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Doch, davon hatten wir Kenntnis. Es ist aber ja auch bekannt, dass viele Jugendliche so was mal als Silvesterschmerz bauen oder eine Telefonzelle damit aufsprengen oder einen Geldautomaten.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Was?

(Sönke Rix (SPD): Anderthalb Kilo als Silvesterschmerz? - Iris Gleicke (SPD): Anderthalb Kilo!)

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, dass diese Dinge jetzt direkt gegen Personen Einsatz finden, das wäre sicherlich möglich gewesen; aber dafür gab es ja keinen klaren Beleg. Trotzdem ist das hundsgefährlich, keine Frage.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, das führt mich dann doch noch mal zu einer anderen Frage. Sie haben ja vorhin uns zur Kenntnis gegeben, dass das Landesamt wollte, dass Sie die rechtsextremen Kreise nicht sonderlich stören und aufschrecken in irgendeiner Weise. Aber Sie wussten schon, dass Sie nach drei Nazis suchen. Haben Sie denn in irgendeiner Weise Sachverstand mal hinzugezogen, welche Strategie Neonazis eigentlich zurzeit verfolgen, wenn sie sich in den Besitz von Sprengstoff, von Waffen und anderem bringen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da hatten wir keine Vorkenntnisse und waren natürlich auf die Informationen der EG TEX angewiesen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Und haben Sie da welche bekommen, zum Beispiel, dass in den rechtsextremen Kreisen nicht nur diskutiert wurde, sondern das auch gegen Menschen angewendet wurde, nämlich Bomben zum Beispiel gegen Unterkünfte von Menschen mit Migrationshintergrund zu werfen oder aber mit ebendiesem Sprengstoff auch Einrichtungen des Staates zu schädigen? Ist Ihnen das - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Möglichkeit war gegeben, richtig.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Eine letzte Frage von mir, und zwar interessiert mich sehr, welche Öffentlichkeitsstrategie damals eigentlich verabredet wurde und gefahren wurde bei der Fahndung nach den dreien, einschließlich der Botschaften: Nach wem wird hier eigentlich gesucht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Öffentlichkeitsfahndung ist durch die EG TEX betrieben worden und, soweit ich weiß, ja auch sehr offensiv in den Medien. Die Zuständigkeit lag hierfür bei der EG TEX.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, ich habe nirgendwo irgendeinen Hinweis gefunden: „Wir suchen nach Leuten, die irgendwie Bomben bauen, nach Neonazis in dem Sinne“ - deswegen.

**Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke:** Das Fragerecht würde jetzt wechseln zu Bündnis 90/ Die Grünen. Herr Wieland hat das Wort.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke schön. - Ich muss noch mal auf Apel zurückkommen. Da hatten wir ja einmal wohl den Cousin von Frau Zschäpe, und dann soll es auch dazugehörig einen Onkel gegeben haben, und dann sagten Sie uns: in diesem Bereich erst mal nicht nachforschen, Verunsicherung der Szene. - Da waren wir ja eben mit Frau Pau.

Nun mussten wir feststellen, dass laut unseren Akten - das ist MAT A TH-1/15, Blatt 26 - wohl im Jahre 2000 - hier steht nur „00“; das wird wohl 2000 sein - man dann versucht hat, diesen Onkel mit einer Telefonüberwachungsmaßnahme zu überziehen und sogar seine Heirat in einem Nachbarland zu beobachten. Und bei diesem Vermerk, den eine Kriminalbeamtin Oswald - ich weiß nicht, ob Sie die kennen -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Eine Kollegin von uns, ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - geschrieben hat, steht Folgendes:

Da Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe bereits während ihrer Flucht bei

APEL Unterkunft erhalten haben, ist es nicht auszuschließen, daß die Gesuchten an der Trauung teilnehmen bzw. telefonische Absprachen zwischen dem Apel und den drei Gesuchten erfolgt [sic!].

Woher stammte denn diese Information, dass sie dort Unterkunft erhalten haben während ihrer Flucht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Hat sie das so geschrieben: „während der Flucht“?

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hat sie so geschrieben, ja. Ich staune, und nicht nur ich, sondern ein Unbekannter hat da auch ein Fragezeichen rangemalt laut unserer Akte.

Wissen Sie: Nach der ganzen Lektüre ist mir dieser Onkel völlig mysteriös, muss ich Ihnen sagen. Mal heißt er „Apel“ mit einem „p“, mal heißt er „Appel“ mit „pp“, mal ist es „Ronald Appel“, dann ist es „Roland Apel“, dann wurde eine Person befragt, die hier sagt: „Ich weiß nichts von einer Frau Zschäpe; keine Ahnung, dass ich mit der verwandt sein soll“ usw. usf. Dennoch hat man eine Telefonüberwachung gegen ihn gemacht. Letztlich egal, wie er heißt und ob er Onkel ist oder nicht, der Spur ging man nach. Ich kann mir da kein Bild machen, verstehen Sie?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie sagen: Zunächst mal war das für uns verbotenes Gelände per Absprache mit dem Landesamt für Verfassungsschutz; da gingen wir nicht hin. - Dann weiß man irgendwie, dass bei der Flucht das sehr relevant gewesen sein soll. Und im Jahr 2000, wo Sie ja wohl noch bei dieser Zielfahndung auch waren, im Juni 2000 - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann muss das ja eine direkte Mitarbeiterin von Ihnen - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt, ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Da schreibt die das einfach

so - oder nicht einfach so. Warum schreibt sie das?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Kann man den Vermerk sehen?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne. - Das geht ja hier alles von meiner Befragungszeit ab, wie ich den großzügigen Vorsitzenden kenne.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Uhr wird angehalten, wie üblich, Herr Kollege.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie, wusste ich doch.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, der Vermerk ist von einer Kollegin von uns geschrieben worden; das ist richtig. Ich kann den jetzt einfach nicht zuordnen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nun habe ich Ihnen ja schon mal vorgehalten, dieser Herr sagt Folgendes - Blatt 21 der Akte, chronologisch nachher passiert, aber vorgeheftet; wir wissen ja inzwischen, warum -:

Der Person und der Name „Beate Zschäpe“ oder deren Mutter Annerose ist Herrn A.-R. vollkommen unbekannt. Dass er der Onkel der Beate Zschäpe sein soll, das sei ihm vollkommen neu und nicht möglich.

Und dann hat man das auch irgendwann mal nachgecheckt und hat auch gesagt: Personenstandsmäßig finden wir da nichts. - Kann es denn sein, dass Sie eine Telefonüberwachung machen und bekommen - Sie haben sie bekommen -, dass Sie überlegen, in ein Nachbarland, also einen anderen Staat, zu fahren, um dort eine Hochzeit zu überwachen, und noch nicht mal die Faktengrundlage stimmt, dass es der Onkel ist, der da heiratet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich weiß nicht, ob die TKÜ umgesetzt wurde. Das ist mir jetzt nicht - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach unseren Akten ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Mit der Telefonnummer, ja?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Es wurde angeordnet, dass - - Die Staatsanwaltschaft Gera hat mit einem anderen Vornamen angeordnet, als beantragt war - aber das lassen wir mal dahingestellt -, und dann wurde das auch gemacht. Wenn Sie es nicht beantworten können, habe ich eine ganz andere Frage.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, bitte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Laut den Gesprächen mit der Schäfer-Kommission - die wir hier nicht im Wortlaut zitieren wollen; darauf haben wir uns geeinigt - haben Sie gesagt, als er dann tot aufgefunden wurde, ging Ihnen durch den Kopf: Damit habe ich immer gerechnet. - Sinngemäß: Ich habe den Eltern sogar schon gesagt: Euer Sohn stellt sich, oder ihr werdet ihn tot geliefert bekommen. - Ist das richtig so?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist so nicht richtig. Wir haben in den Gesprächen, die wir mit den Eltern geführt haben, auf die Gefährlichkeit dieser drei Jugendlichen oder ihrer Kinder hingewiesen und auch auf den Hinweis, dass die Polizei bei Feststellung dieser Personen ja wahrscheinlich auch entsprechend reagieren wird; so habe ich das gemeint. Und von dem Verhalten der drei Personen her haben wir uns natürlich gefragt, wer in Garagen Bomben baut und untertaucht - das war für uns schon ein großes Problem -, und wir haben versucht, den Eltern aufzuzeigen, dass es sinnvoll wäre, mit uns zusammenzuarbeiten, um einfach Schlimmeres zu verhindern.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ging es jetzt um das „tot“. Sie schildern da auch, dass Sie mit Ihrem damaligen Vorgesetzten Herrn Wießner dann mehrfach darüber geredet haben: „Warum tauchen die nicht auf?“, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie sollen gesagt haben: In welchem Land werden wir die wohl tot auffinden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Es gab ja schon mal einen Hinweis aus Kreta, -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** - wo sie vermeintlich tot aufgefunden worden wären, und da wir, wie gesagt, auch retrograd kein Lebenszeichen hatten, haben wir uns eben schon Gedanken gemacht, ob sie überhaupt noch am Leben sind.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wie hat denn der Herr Wießner darauf reagiert, auf solche Fragen oder Vermutungen, die könnten irgendwo tot sein?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gar nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er rumgedruckt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Er hat gelächelt und hat mich stehen lassen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er möglicherweise gesagt: „Die sind nicht weit weg; es geht ihnen bestimmt ganz gut“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das hat er einmal gesagt; das ist richtig.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hätten einen Job?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Job nicht; nein, nein. „So weit sind sie gar nicht weg; denen geht es ganz gut.“ Aber in der weiteren Folge habe ich ja wohl mitbekommen, dass das nur war, weil ich ihn genervt hätte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit Sie aufhören, zu fragen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und halten Sie das für die Wahrheit, was jetzt erklärend gesagt wird?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht einschätzen. Die Frage kann nur der Herr Wießner selbst beantworten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er war beruhigt deswegen!)

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Dann werden wir das machen müssen.

Jetzt noch mal eine ganz andere Frage - die letzte, Herr Vorsitzender - zu der Zielfahndung. Da haben Sie einen Vermerk geschrieben, den ich zunächst überhaupt nicht verstanden habe, als Sie die abgegeben haben, jetzt möglicherweise verstehe; aber das sollen Sie mir bitte noch mal bestätigen.

Hier steht - zunächst zum Betreff: „Übergabe der Fahndungsunterlagen der Zielfahndung“ -:

Am heutigen Tage werden durch den Bereich der Zielfahndung auf Weisung des Präsidenten des TLKA Erfurt die Fahndungsunterlagen für den Zeitraum

- usw. -

übergeben.

Es handelt sich um soundsoviele Ordner.

Die Fahndung nach den oben Genannten ist durch den Sachbereich Zielfahndung personell und logistisch nicht zu realisieren, da hierfür ein Ermittlungsbereich für das rechtsextreme Spektrum erforderlich ist. (?)

Warum hat man das so spät gemerkt, oder warum geben Sie ab - wiederum an die Zielfahndung oder wen auch immer - und stellen nach drei Jahren fest: Es fehlte uns die Expertise im rechtsextremen Spektrum?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Diese Feststellung haben wir schon wesentlich eher getroffen. In dem Zusammenhang ist sie noch mal geschrieben worden; das ist richtig. Bereits von Anfang an - zum Zeitpunkt der Übernahme dieses Fahndungsfalles nach den drei Rechten - waren wir personell eigentlich gar nicht in der Lage, diesen Sachverhalt zu leisten. Es ist also im Vorfeld bereits um die Zuführung von zwei Beamten gebeten worden, wobei einer sogar namentlich benannt wurde damals - der Kollege Melzer, der wohl schon hier war -, weil er unseres Erachtens da den meisten Hintergrund hatte in diesem Bereich. Diese Unterstützung ist abgelehnt worden.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber dann geht es weiter in diesem Vermerk:

Die bestehenden Haftbefehle rechtfertigen nicht die Einleitung einer Zielfahndung. (?)

Also, Sie sprechen oben immer von „Fahndungsunterlagen“ der Zielfahndung, Sie sprechen von „Sachbereich Zielfahndung“ und sagen, Sie übergeben das, und sagen gleichzeitig: Einleitung einer Zielfahndung trägt das nicht. - War das Ihre eigene Einschätzung, oder haben Sie hier wiedergeben wollen, was Ihnen vom BKA oder von wem auch immer gesagt wurde?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das war die Zusammenfassung der Einschätzung BKA als auch von uns selbst und auch letztendlich durch die Staatsanwaltschaft.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Wir haben überzogen; ich sehe es ein. Verwirrend bleibt es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und das in einem Satz. Ich bin ganz erstaunt, die ersten beiden Punkte so zu hören.

Wir kommen zur zweiten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Binninger.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Wunderlich, Frau Kollegin Pau hat vorhin ja mal den Namen Starke hier eingeführt in die Beweisaufnahme. Können Sie sich noch mal daran erinnern, dass Sie eine Befragung von Herrn Starke gemacht haben und darüber einen Vermerk geschrieben haben, den wir aber nicht in den Akten finden? Im Jahr 2004 vielleicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** 2004 können wir ihn auf keinen Fall befragt haben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, da war - - Ich will es Ihnen kurz vorhalten; das ist MAT A TH-1/16, ein Vermerk vom LKA, Abteilung 2, Herr Kleimann, vom Februar 2004. Da schreibt er unter anderem:

Bezüglich des Thomas Starke existiert in Bezug auf eine Befra-

gung ... ein Aktenvermerk von KHK Wunderlich (TLKA/Zielfahndung).\*

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dann habe ich ihn befragt; aber das war nicht 2004.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, ja. Das wird sicher davor gewesen - - Aber können Sie sich daran noch erinnern, warum?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, da kann ich mich dran erinnern. Wir waren einige Tage in Chemnitz oder in Dresden - ich weiß jetzt nicht mehr genau, in welcher Stadt - und haben einige Personen aus dem Bereich befragt. Meines Erachtens waren das die Personen Lasch, Werner und Starke.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Klingt interessant. Und wie kamen Sie auf die drei? Wer hat Ihnen die Namen gesagt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die drei Datensätze sind uns meines Erachtens von der PD Chemnitz damals mitgeteilt worden als die, die dort so ein bisschen das Sagen haben, was rechts betrifft. Und wir haben dann, nachdem wir dem LfV etwas Zeit gegeben haben, auf ihrer Schiene Ermittlungen zu führen, begonnen, die Personen selber anzusprechen und zu befragen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Was heißt „dem LfV etwas Zeit gegeben“? Sie haben wieder um Erlaubnis gefragt, ob Sie da hindürfen, oder was?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das habe ich jetzt nicht verstanden.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Was heißt „dem LfV etwas Zeit gegeben“? Also, vorher wieder gefragt, ob Sie die - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Ich habe ja gesagt, dass zu Anfang der Übernahme zu diesem Fahndungsfall es Kontakte mit dem LfV gab und dort gebeten wurde, dass - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, LfV Sachsen meinen Sie?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, Thüringen. - Die hatten darum gebeten, erst mal

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet MAT A TH-1/16, Blatt 291.

auf ihrer Schiene zu gucken, wo sie vielleicht ein Ende des Fadens zu den dreien finden. Sie hatten uns da zugesagt, letztendlich den Aufenthaltsort mitzuteilen, und als das in den ersten ein, zwei Monaten nicht funktionierte, haben wir dann selbstständig unsere Maßnahmen ergriffen.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Einen Vermerk über die Befragung von Lasch und Werner haben Sie aber nicht gemacht, wenn Sie alle drei befragt haben, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Soweit ich weiß, müssten wir mit dem Werner auch gesprochen haben. Da müsste auch ein Vermerk da sein.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Wissen Sie auch, ob die irgendeinen Hinweis gegeben haben, ob sie überhaupt gesagt haben, sie kennen die drei?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich glaube, Starke hat gesagt, er kennt sie wohl, hat aber keinen Kontakt. Auf jeden Fall ist durch keine der Befragungen auch nur ansatzweise ein Fahndungsansatz rausgekommen. Dort sind auch Bildvorlagen gemacht worden an den Wohnanschriften der Personen, die wir befragt haben, um auszuschließen, dass unsere drei zum Beispiel in dem Objekt ein- und ausgehen, wobei man das entweder parallel gemacht hat oder davor, bis hin, dass im Zuge vom Ansprechen von vermeintlichen Kontaktpersonen auch Observationsmaßnahmen gelaufen sind. Das haben wir aber natürlich nur punktuell machen können.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Wie hat überhaupt das erste Mal die Spur oder Ihre Fahndung Richtung Chemnitz geführt? Was war da der Impuls, der Ausschlag, dass Sie gesagt haben: „Jetzt müssen wir uns auch in Chemnitz umsehen“, oder was waren die ersten Hinweise auf Chemnitz, was ja stimmt, wie wir heute wissen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ganz genau kann ich das nicht mehr nachvollziehen. Aber es gab einerseits vom LfV Sachsen ganz gute Hinweise, die gesagt haben, Dresden und Chemnitz, das könnten sie sich vorstellen. Und wir haben ja auch TKÜ-Maßnahmen zu Personen gemacht, die in Chemnitz ge-

meldet waren. Soweit ich mich erinnere, haben wir sogar über mehrere Tage alle Frauenärzte in Chemnitz aufgesucht, um im Prinzip auszuschließen, dass die Frau Zschäpe vielleicht dort mit einem anderen Datensatz sich ärztlich behandeln lässt. Das war meines Erachtens im März 00.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Mir fiel auf in den Akten - MAT A TH-1/24 -: Da meldet sich der Thüringer Verfassungsschutz beim LKA - nicht beim Präsidenten, aber wohl im Amt, bei Herrn Polizeidirektor Luthardt, also im Amt des Präsidenten mit anderem Dienstgrad - am 15. Mai 2000 und teilt ihm mit:

Im Rahmen einer Observationsmaßnahme des TLfV im Fall TERZETT

- das waren die drei -

in Chemnitz wurden am Samstag, dem 06.05.2000, gegen 19 Uhr die bereits übergebenen Photographien gefertigt.

Dann kommen Seidel und eine unbekannte Person. Das Ganze war in der Höhe des Gebäudes Bernhardstraße 11, also des Wohnsitzes von Mandy Struck und Kai Seidel. - Wussten Sie, dass das Thüringer Landesamt hier quasi eigenständig schon Observations in Chemnitz macht, in Sachsen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dass da Maßnahmen liefen, haben wir so am Rande mitbekommen; aber sie haben uns natürlich nicht gesagt, was. Es gab, glaube ich, nur einen Sachverhalt, wo wir gemeinsam in der Sache agiert haben.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Haben Sie eine Erklärung, wie man gerade auf diese Adresse dann kam, die man ja da offensichtlich observiert hat? Also, Struck war ja vorher auch kein Thema.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist ja einer der Punkte, den ich vorhin bereits angesprochen habe: dass meines Erachtens diese Information oder diese Aufnahme zu dieser Person an dieser Adresse ja erst zehn oder zwölf Tage später an uns herangetragen wurde mit dem Hinweis: hat beim Umzug

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-1/24, Blatt 61.



geholfen. - Das ist sicherlich sehr interessant. Aber Sie wissen ja selber, wenn Sie umziehen, und es hilft jemand, wann wird der wieder mal bei Ihnen an der Adresse erscheinen? Das ist also sicherlich keine tägliche Bewegung, die dort durch diese Person stattfindet.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich frage mich jetzt eher: Wie kommt man, wenn man sagt: Wir hören uns um in der rechten Szene in Chemnitz, und da kriegen wir ein paar Führungsfiguren gesagt: Starke, Werner, Lasch - - Also, wie kommen auch die Verfassungsschutzmitarbeiter dann so zielgenau auf diese Adresse Bernhardstraße 11, wo Mandy Struck mit Seidel wohnt, die ja bislang bestenfalls am Rande oder gar nicht in diesem Zusammenhang mit dem Trio genannt wurden? Also, Chemnitz ist groß. Da könnte man überall observieren. Warum stehen die genau an der richtigen Stelle?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten, die Frage.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Haben Sie damals je mit den Kollegen darüber gesprochen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es ist - - Ja, wir haben darüber gesprochen, und es wurde mitgeteilt, dass in Sachsen Strukturermittlungen zur rechten Szene gemacht werden. Da hat man im Zuge einer solchen Strukturermittlung diese Person festgestellt, videoografiert oder dokumentiert und hat uns das als Fahndungsansatz angeboten.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und kurz danach sind sie dann, glaube ich, weggezogen nach Zwickau, während Sie dann sich auf Chemnitz konzentriert haben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das weiß ich nicht, ob die Person nach Zwickau gezogen ist.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich meine, ja. Wann war das? Weiß das jemand auswendig? Zweite Jahreshälfte, glaube ich.

**Zeuge Sven Wunderlich:** In welchem Jahr, bitte?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): 2000.

**Zeuge Sven Wunderlich:** 2000?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Gut. Wir haben ja diese Adresse selber noch mal abgedeckt und dort auch Maßnahmen geführt, soweit ich weiß, sogar mit der Zielfahndung von Sachsen - aber ergebnislos. Es hatte eine Befragung gegeben der Mandy Struck, die uns eine Person benannt hat, die das gewesen sein soll. Das hat sich bestätigt. Das haben wir ausschließen können, ja; ich erinnere mich.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wer hat es ausgeschlossen? Mandy Struck oder Sie aufgrund - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir selber, weil wir die Person aufgesucht haben und mit der Person gesprochen haben, eine Überprüfung gemacht haben und auch - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und die mit dem Foto verglichen, oder was?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie hatten ja nur das Foto von der Observation. Da war ja die Frage: Ist das Böhnhardt, der hier beim Einziehen oder was auch immer hilft?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben ihr das Foto gezeigt, und sie hat uns gesagt, wer es ist. Wir haben die Person ausfindig gemacht. Sie war real existent. Wir haben auch überprüft, ob es vielleicht doch Böhnhardt ist aufgrund der Tätowierungen, die bekannt waren, und das war alles negativ.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, das ist klar, dass Sie, wenn Sie zu einer Person hingehen, die nicht Böhnhardt ist, das sehen. Aber die spannende Frage wäre: Waren auch Sie der Meinung, dass die Person auf dem Foto diejenige ist, die Ihnen Mandy Struck als Umzugshelfer da benannt hat? Die kann ja alles Mögliche erzählen, und auf dem Foto war trotzdem jemand anderes drauf. Waren Sie - - Also, haben Sie quasi die Person, die Sie aufgesucht haben, dann auch mit dem Observationsfoto verglichen, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - und waren auch Sie der Auffassung: Ja, das kann er nicht sein?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es war eine sehr große Ähnlichkeit der abgebildeten Person mit Bönnhardt gegeben. Wir haben dort sogar im BKA das überprüfen lassen anhand eines Bildsystems, wo man das auch nicht ausschließen konnte, dass er es nicht ist. Und die Person, die wir dann getroffen oder ausfindig gemacht haben, sah eben auch dem Bild und Bönnhardt sehr ähnlich; aber er war es nicht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich will noch einmal ganz an den Anfang springen und dann ganz an das Ende der Geschichte und Ihre Funktion da beleuchten. Als Sie den Fall übernommen haben 98, ist Ihnen ein Hinweis bekannt geworden vom Dienstgruppenleiter der Polizeiinspektion Jena-Mitte - also das Polizeirevier und der Streifendienst, die rund um die Uhr da sind - aus dem März 98, der die Wohnung von Zschäpe betrifft? Können Sie sich daran erinnern, dass es da mal was gab?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dass Hinweise - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hat das Sie überhaupt erreicht, wäre die Frage, weil ich das hier nicht erkennen kann. Da steht nur: Neuigkeitsmeldungen, Nummer, Zeit, aufgenommen, Einsatz, Fahrzeug. - Also, es ist nicht ersichtlich, ob diese - - Doch, er schreibt hier, es ging ans LKA; aber es steht da nicht, wen im LKA diese Neuigkeitsmitteilung erreicht hat.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Kann man diesen Vermerk sehen?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, gerne. Ich will es aber kurz für die Öffentlichkeit zusammenfassen. Also, es geht schlicht und einfach um eine Mitteilung der Nachbarn, und die sagen: In der Wohnung von Zschäpe - 15. März 98; sechs, acht Wochen nach dem Untertauchen - ist immer mal noch jemand; da hören wir Geräusche. - Und dann schreibt hier - Sie kriegen es gleich - der Kollege auch:

Der Zustand der Wohnung lässt darauf schließen, daß die Wohnung in letzter Zeit regelmäßig aufgesucht wurde: geleerter Briefkasten, geöffnete Packung Toastbrot, Brot war weich und frisch, Lebensmittel im Kühlschrank waren frisch

- der selber nicht in Betrieb war; aber sie waren frisch -

und unverdorben. (?)

Das heißt, sie waren noch nicht lange reingelegt. Und dann hat man den Schließzylinder wohl ausgetauscht und einen neuen - - dass niemand mehr reinkommt. Also, falls Zschäpe da noch mal rein wollte, wäre sie nicht mehr reingekommen, falls sie es war. Aber in der Wohnung war jemand, zwei Tage. Hat Sie dieser Vermerk mal erreicht? Ich lasse ihn jetzt - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich meine, das wäre ja auch einer der ganz naheliegenden Ansätze gewesen, zu sagen: Also, die sind ja fluchtartig verschwunden, müssen sich noch mal versorgen, haben vielleicht noch keine Anlaufstation. Die gehen nachts wieder zurück in ihre Wohnung, und dann merken das die Nachbarn und rufen die Polizei an. Die Polizei geht in die Wohnung und stellt fest: „Ja, hier hält sich jemand regelmäßig auf“ - frische Lebensmittel, frisches Toastbrot -,

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - informiert das LKA, zu dem Sie ja auch gehören; deshalb die Frage. Das hätte ja die Zielfahndung zuallererst bekommen müssen. Ob es klug war, dann das Schloss auszutauschen, dass der Wohnungsbesucher nicht mehr reinkommt, das lassen wir mal dahingestellt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Soweit ich mich erinnere, ist sogar ein Einbruch in die Wohnung noch erfolgt in der Folge.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, das ist doch - - Ja, klar. Die wollten vielleicht noch mal kommen. Da war das Schloss ausgetauscht, und da mussten sie einbrechen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Aber das ist aufgeklärt, wer da drin war.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist bekannt, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber Sie - - Hat Sie dieser Hinweis erreicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Mit Sicherheit. Wir haben ein Hinweisaufkommen gehabt, das war immens. Das heute noch nachzuvollziehen - - Also - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. Aber, Herr Wunderlich, das ist so ein bisschen wie mit der Schweiz: Dass Sie viele Hinweise bekommen und da absichten müssen: „Was ist relevant, und was ist nebensächlich?“ und ohne jeglichen Inhalt, ist klar. Aber es gab so auffallende Hinweise. Einer der ersten Kontakte nach der Flucht kommt in der Nähe vom Genfer See, wo man sich fragt: Was machen die da? Wen haben die da als Ansprechpartner? Oder: In der Wohnung von Zschäpe ist noch jemand regelmäßig, und dann tauscht man das Schloss aus, und danach wird eingebrochen in die Wohnung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, soweit ich mich erinnere, ist die Wohnung durch Zivilkräfte in Jena „unter Wind“, also beobachtet worden - ohne Feststellungen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. Aber hier hat der Polizeibeamte festgestellt: In der Wohnung ist jemand oder war jemand. Lebensmittel: frisch, Toastbrot: frisch - da war jemand da. Und die Nachbarn haben ja auch zwei Tage lang, glaube ich, Geräusche gehört.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Das ist mit Sicherheit überprüft worden. Ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, in welcher Form. Das ist einfach zu lange her.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es tut mir leid.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Dann springen wir mal ganz ans Ende der Geschehnisse, wo mich einfach Ihre Rolle, aber noch mehr Ihre Wahrnehmungen interessieren würden; da bin ich ja vorher schon ein

bisschen pedantisch drauf rumgeritten. Ich habe einfach nur mal die Bitte, dass Sie nur präzise das jetzt sagen, woran Sie sich definitiv sicher erinnern können, und alles andere dann auch - - Keine Spekulationen oder irgendetwas Ähnliches.

04.11. Eisenach: Die Sache geht zu Ende. - Und Sie werden am 05.11. vom Einsatzleiter oder Direktionsleiter Menzel angerufen. Ist das richtig?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist korrekt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie hat er Sie so schnell ausfindig gemacht? Oder ist einfach: „Thüringen ist nicht so groß; da weiß man, wer vor zehn, elf Jahren die Zielfahndung hatte nach denen“? Oder wie kam er auf Sie? Oder hat er erst jemand anders angerufen, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - und derjenige hat gesagt: „Ich war der Sachbearbeiter, aber Zielfahnder war der Wunderlich“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir kennen uns persönlich. Thüringen ist kein großes Land. Und dass wir die drei gesucht haben, hat er gewusst. Also, da sind wir uns dienstlich schon mal in der Sache sicherlich irgendwo begegnet. Und meine Telefonnummer über den Lagedauerdienst zu erfahren, ist überhaupt kein Problem, und dann hat er mich kontaktiert am Vormittag des 05.11.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das war am Freitag?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, das war ein Sonnabend. Entschuldigung, Sonnabend.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): 05.11. war Samstag?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das müsste ein Samstag gewesen sein, ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, okay. - Also am 05.11. vormittags hat Sie der Herr Menzel angerufen und hat gesagt: Herr Wunderlich, wir haben zwei von den dreien hier. - Wusste er dort schon, wer es ist?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Er hat zu mir gesagt: Wir haben - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Versuchen Sie, sich mal daran zu erinnern, was Gespräch war und warum Sie nach Eisenach kommen sollten oder nach Gotha.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Er hat mich angerufen und hat mir wörtlich gesagt: Wir haben hier in Eisenach einen Banküberfall. Wir haben hier ein Wohnmobil mit zwei Toten. - Da habe ich ihm gesagt: Das weiß ich, habe ich aus der Presse schon erfahren. - Und: Ich brauche dich hier. - Und da habe ich noch zu ihm gesagt: Na ja, aber wenn das die Bankräuber sind und tot im Wohnmobil liegen, dann sind wir ja wahrscheinlich der falsche Ansprechpartner. - Und dann sagte er eben: Na ja, einer von den beiden ist Böhnhardt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Böhnhardt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Böhnhardt. - Entschuldigung, Mundlos. Sorry, Mundlos. Mundlos ist über Fingerabdruckbogen wohl identifiziert worden. Ja. Ja, und dann war die Sache interessant, und er hat gesagt: Ich brauche dich hier. Ich brauche Hintergrundwissen. Du musst mal herkommen. - Und dann habe ich nach Rücksprache mit meinem Leiter mir die Genehmigung geholt und bin dann dazugestoßen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Waren Sie dann der Einzige vom LKA, der dann - - Sind Sie direkt nach Eisenach oder Gotha gefahren dann?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich bin direkt nach Gotha gefahren, also zu meiner Dienststelle, von meiner Dienststelle aus nach Gotha, und, ja, ich sage mal, zum Zwecke des polizeilichen Informationsaustauschs.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Schon klar. War noch jemand vom LKA mit dabei, der damals mit dem Fall zu tun hatte oder mit dem Trio?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Herr Dressler ist von ihm bereits am Vorabend informiert worden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Der war aber nicht in Gotha?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und dann sind Sie in Gotha zur Direktion, oder wohin? Wo war der Treffpunkt, Meldeort?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Polizeidirektion, jetzt LPI. Ich bin ganz kurz in den Sachverhalt eingewiesen worden, und die Frage des Herrn Menzel war ganz einfach: Könnte der Zweite vielleicht Herr Böhnhardt sein? Finden wir vielleicht die Zschäpe jetzt auch noch? Und dann gab es ja schon die Ereignisse in Sachsen, wo eine Dame mit dem Aussehen von Zschäpe da weggelaufen war. Also, das hat alles ganz gut gepasst, und er hat mich einerseits um Rat gefragt, und andererseits war die Fragestellung: Existieren noch Fahndungsakten?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Existiert was?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Fahndungsakten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurth?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Sie sagten gerade eben: Am Vorabend wurde der Kollege Dressler informiert. - Vorabend von was? 05.11.?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Vom 05.11.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Also am 04.11. wurde er informiert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Am 04.11. abends Herr Dressler?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Nach Ihrer Kenntnis. - Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wer war denn noch da in der Direktion? War das der Lageraum oder ein Besprechungsraum, in dem Sie sich da getroffen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das sind eine Vielzahl von Kräften natürlich der LPI Gotha. Ich kann mich jetzt nicht an Fremdkräfte erinnern. Also, das liegt mir momentan fern. Ich kann das nicht mehr sagen, wer da alles dort war.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Andere Behörden, andere Dienststellen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Im weiteren Verlauf sind andere Behörden und Dienststellen gekommen. Das ist richtig.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wer?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Weil ich bin ja auch an dem Sonntag - - Wir haben also an dem Samstag begonnen mit den Maßnahmen - die gingen ja bis Sonntag - und dann in der Folge weiter bis zum 08.11. Ich glaube, von Baden-Württemberg waren wohl Kräfte da.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie wussten, warum die Baden-Württemberger kommen, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe das im Nachhinein alles so mitbekommen, was sich da eigentlich auftut, dass dieser Banküberfall eigentlich das Ausgangsdelikt ist und in der weiteren Folge eben Waffen gefunden wurden, Bargeld gefunden wurde, Dinge gefunden wurden, die auf andere polizeiliche Ereignisse hindeuten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt war es ja so: Sie haben gesagt: Am 05.11. war Mundlos über Fingerabdrücke, weil er aufgrund der Vermisstenanzeige wahrscheinlich eben noch einlag, identifiziert.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Für die zweite Person hatte man den Namen ja noch nicht, und von der Frau, die in Zwickau ein

brennendes Haus verlassen hat, hatte man den Namen auch noch nicht, und die waren ja auch nicht mehr im Fahndungssystem der Polizei gespeichert. Also, wie schnell oder aus welchen Gründen kamen Sie so schnell auf dieses Trio?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, ein Umstand war zum Beispiel: Ich - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich meine, das war ja alles schon - Entschuldigung - weit über zehn, elf, zwölf Jahre her. Das habe ich vorhin gesagt. Sie haben die Zschäpe einmal gesehen, 97. Dann haben Sie wohl die gesucht, zweieinhalb Jahre, aber danach hatten Sie 150, 200 andere Fahndungsfälle.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, gut.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, woher war sofort dieses Wissen da: „Wenn der Mundlos da im Wohnmobil liegt, dann können die anderen zwei nicht weit sein“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der eine Umstand war natürlich: Wir haben damals drei Personen gesucht, und zweimal männlich waren in dem Wohnmobil, allerdings tot und auch visuell nicht mehr richtig zu identifizieren. Das Markante an der zweiten Person waren allerdings die Tätowierungen, Oberarm und oberer Unterschenkel, und die Hypothese oder Version bestand darin, dass diese alten Tätowierungen von Böhnhardt übertätowiert wurden zu einer großen Tätowierung. Das hätte gepasst. Also, die Tätowierungen, die von Böhnhardt bekannt waren, waren bei der Person nicht festzustellen, weil an dieser Stelle eine weitaus größere Tätowierung vorlag. Man kann ja heute übertätowieren. Und da war schon die Version: „Das könnte jetzt Böhnhardt sein“, was sich sogar in der Folge bestätigt hat. Und die Informationen dann zu Zwickau und dem Wohnhaus mit einer Beschreibung einer Person, die der Zschäpe auch sehr ähnlich ist, ließ dann die Sache im Prinzip sich in diese Richtung entwickeln.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was war denn Ihr konkreter Auftrag dort? Haben Sie sich mal das Wohnmobil ansehen müssen? Haben Sie -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - die beiden Leichen sich angeguckt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hatten Sie einen Fahndungsauftrag? Wenn Sie sagen, Sie waren zwei Tage hintereinander dort, muss man ja ein bisschen was zu tun haben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Auch die fortfolgenden Tage, theoretisch bis zum 08.11.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, was macht man denn da?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Auftrag war ganz klar: Unterstützung bei Lokalisierung, Festnahme Zschäpe, Beate. Zu der gab es ja dann in der weiteren Folge, soweit ich weiß, ab 07.11. einen Haftbefehl, und - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wie sah die Unterstützung aus?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Zielfahnder von Sachsen sind gekommen, weil die eigentlich zuständig sind. Das Delikt, das Ausgangsdelikt war ja in Sachsen, und wir hätten natürlich im Zuge des polizeilichen Informationsaustauschs unser Wissen hinzugefügt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber jetzt noch mal: Also, jetzt waren zwei Zielfahnder da, einer aus Sachsen, einer aus Thüringen. Es war Wochenende. Sie haben gesagt, Sie haben zwei Tage zu tun gehabt. Was konkret haben Sie gemacht? Hatten Sie gleich bestimmte Adressen, die Sie dann wieder angefahren haben oder überprüft haben? Hatten Sie andere Namen, nach denen Sie in dem Moment - - auch gleich wussten? Also, waren nicht nur die drei Namen sofort präsent, sondern andere auch, andere Namen aus der Szene? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Ereignisse haben sich eigentlich zu dem Zeitpunkt überschlagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das glaube ich gerne, ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** ... (akustisch unverständlich) zusammengekommen; immer mehr Hintergrundinformationen. Einen Fahndungsauftrag kann man natürlich erst auslösen, wenn die gesuchte Person auch einen Haftbefehl hat. Ich weiß aber, dass die Frau Zschäpe zur Aufenthaltsermittlung zu dem Zeitpunkt ausgeschrieben war und der Hinweis „bewaffnet“ eingegeben war. Somit war also auch eine Fahndung zum Zwecke - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben aufgrund der Ereignisse am 4. November?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Korrekt. Aber in Zwickau, nicht in Eisenach. Dort sollten wir im Prinzip fahndungsmäßig mit unterstützen und haben im Prinzip im Vorfeld mit den Sachsen auch schon unser Wissen zusammengetragen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, ich tu mich jetzt ein bisschen schwer. Tut mir leid, dass ich da immer noch mal drauf zurückkomme: Aber Sie sind ein komplettes Wochenende im Einsatz -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - und sagen: Wir haben die fahndungsmäßig unterstützt -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - bei der Suche nach Zschäpe. Es gab zwar noch keinen Haftbefehl, aber eine Aufenthaltsermittlung, was ja zumindest zur Suche auch mal reicht, und es gab den Verdacht vor allen Dingen, dass sie an einer Straftat mit beteiligt ist.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Eine flüchtige Straftäterin. Da brauchen Sie nicht mal einen Haftbefehl für die Fahndung. Aber was haben Sie gemacht zwei Tage? Haben Sie da Organigramme an die Wand geworfen

mit möglichen Namen? Haben Sie Adressen verteilt, die man überprüfen musste?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was passiert da?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe klare Fahndungsaufträge bekommen. Ich bin auch durch eigene Kräfte - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und wie sahen die aus? Ein Fahndungsauftrag heißt doch: Herr Wunderlich, fahren Sie da- und dahin, überprüfen Sie, ob der- oder diejenige da ist. - So sieht für mich ein Fahndungsauftrag - - Oder observieren Sie, beziehen Sie Position und warten, ob jemand kommt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es gab Daten, die in dem Wohnmobil gefunden wurden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Was für?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Telefondaten zum Beispiel.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Und es ging darum, festzustellen, wo die Personen, die zu diesen Telefondaten gehören, sich aufhalten. Da gab es Adressen in Sachsen, und ich habe auch gemeinsam mit einer Kollegin dort in Sachsen mit den Fahndern zusammen Überprüfungsmaßnahmen durchgeführt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, und wo? Jetzt ein bisschen konkreter!

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, den Aufenthalt der Frau Zschäpe zu lokalisieren.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, aber wenn Sie sagen: Es gab Adressen aus dem Wohnmobil, die man als Anlaufstelle für Zschäpe in Betracht zog, und die haben wir überprüft - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Da sind Sie mit dem Dienstwagen irgendwo hingefahren.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wo waren die Adressen? In welchen Städten zumindest? Um wen ging es da?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir waren in Zwickau, waren dort auch angemeldet bei dem verantwortlichen Polizeipräsidenten Georgie.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber den haben Sie ja nicht gesucht, den Polizeipräsidenten.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, aber wir müssen ja dort - - Wir können ja nicht - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Schon klar. Und wo ging es dann hin? Wenn Sie sagen, Sie hatten konkrete Fahndungsaufträge, zwei Tage lang, ein ganzes Wochenende - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Meines Wissens waren das zwei Adressen in Zwickau, die wir abgeklärt haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und da war sie aber nicht, und dann war für Sie der Auftrag so weit - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dort ist die Person Zschäpe nicht festgestellt worden, und die Kontaktpersonen waren auch nicht da.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Haben Sie in der Zeit, wo Sie noch dort waren, mal schon - - War das da schon, dass man gesagt hat: „Wir haben im Brandschutt eine Ceska gefunden“, oder: „Wir haben DVDs gefunden, versandfertig im Wohnmobil“? Oder wurde über die Waffen geredet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** So weit waren wir damals noch nicht, nein. Das ist, glaube ich, erst entweder Sonntagabend oder am Montag früh spruchreif geworden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Also, zu Ihrer Zeit war das noch kein Thema, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** - weder Ceska - die war noch im Brandschutt -, und die DVDs mit Paulchen Panther hat man auch noch nicht gefunden gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Ich weiß, dass wohl in dem Wohnmobil zwei Dienstwaffen aufgefunden wurden, wenn ich mich recht erinnere, wo dann der Bezug nach Baden-Württemberg hergestellt wurde.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat die SPD-Fraktion. Frau Gleicke.

**Iris Gleicke (SPD):** Herr Wunderlich, Sie haben vorhin schon dargestellt, dass Sie neben der Suche nach dem Trio 47 andere Fälle zu bearbeiten hatten mit drei Kolleginnen und Kollegen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, maximal zu viert; wenn wir Glück hatten, zu fünft, ja.

**Iris Gleicke (SPD):** Sie haben gesagt, Sie waren personell unterbesetzt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Iris Gleicke (SPD):** Wie habe ich mir das vorzustellen? Was ist denn - - Also, wenn 47, 48 Fälle zu viel sind, was ist denn ein normaler Ansatz sozusagen? Wie viel Fälle kann man bearbeiten als Zielfahnder oder Zielfahnderin?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Zurzeit bearbeiten wir einen zweistelligen Bereich. Das ist möglich, weil ja auch viele Fahndungsmaßnahmen über Monate oder teilweise über Jahre gehen. Man kann natürlich vieles parallel machen, und man hat auch nicht jeden Tag unbedingt operative Maßnahmen, die man umsetzen muss. Sehr zeitaufwendig und problematisch sind natürlich Maßnahmen der Überwachung Internet oder Telefon. Das muss ja alles bewertet, ausgewertet, gehört werden. Das ist also sehr aufwendig und umfangreich. Sie haben ja auch in dem Fall Trio gesehen, dass da eine Vielzahl von Maßnahmen gelaufen sind mit noch alter

Technik, die also noch komplizierter in der Aus- und Bewertung war, und das ist sehr zeitaufwendig.

**Iris Gleicke (SPD):** Sie haben geschildert, dass Sie versucht haben, zusätzliches Personal zu bekommen. Sie haben von zwei Leuten gesprochen. Einen haben Sie namentlich genannt. Das ist der Herr Melzer.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Iris Gleicke (SPD):** Warum haben Sie den Herrn Melzer haben wollen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Herr Melzer war meines Erachtens - auch aufgrund der Kenntnis der Soko REX - einer, der da in dem Umfeld sehr gute Erkenntnisse hatte, ein sehr hohes Wissen und auch sehr engagiert war.

**Iris Gleicke (SPD):** Also, er hat ja auch hier bei uns als Zeuge geschildert, dass er selber sich auch bemüht hat, zu Ihnen zu kommen. Ich stelle mir Zielfahnder ja auch ein Stück weit als eine Spezialtruppe vor, die also eine besondere Qualifikation haben. Nun haben Sie selber geschildert, Herr Melzer als LKA-Kollege von Ihnen - Soko REX, EG TEX - hatte also eine bestimmte Fachkompetenz auch gerade in diesem Bereich Rechtsextremismus.

Wie haben Sie denn - - Sie haben den Kollegen nicht zugewiesen bekommen, aber ich gehe mal davon aus, dass Sie gleichwohl miteinander geredet haben in diesem Zeitverlauf. Haben Sie sich ausgetauscht? Haben Sie trotzdem auf seine Fachkompetenz zurückgreifen können?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, die ganzen Gespräche in diese Richtung wurden von dem Herrn Ihling geführt, der ja nun leider verstorben ist, weil auch zwischen dem Herrn Ihling und dem Herrn Melzer ein wesentlich noch besseres Verhältnis, als ich vielleicht mit ihm habe, bestand. Also, Herr Ihling hatte diesen Umstand angeregt. Der ist auch dienstlich mehrmals vorangetrieben worden, allerdings ergebnislos, und ein Austausch mit dem Herrn Melzer hat insofern dann nicht unbedingt stattgefunden, weil er nicht zur EG TEX, glaube ich, gehörte zu dem Zeitpunkt. Ich glaube, er war da schon Korruption oder woanders.



Nun bitte ich auch um Verständnis, dass natürlich nicht jeder Polizist alles wissen muss. Und wer eben nun mal nicht dazugehört, ist auch informativ abgeschnitten.

**Iris Gleicke** (SPD): Was glauben Sie denn: Wer hat denn eine Mauer aufgebaut, dass der Herr Melzer mit seiner großen Fachkompetenz nicht zu Ihnen kommen konnte, wo das ja doch ein wichtiger Fall auch war?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Aus heutiger Sicht muss ich sagen, dass der damalige Dezernatsleiter, der Herr Liphardt, vielleicht die Tragweite nicht verstanden hat oder auch - - Ich kann es mir nicht anders erklären. Es ist auf jeden Fall mehrfach abgelehnt worden. Es gab also viele Gespräche - die gingen so über zwei, drei Wochen -, die der Herr Ihling geführt hat, dann immer mit dem Ergebnis: Wir kriegen den Kollegen nicht. - Eigentlich waren ja zwei avisiert, und Hintergrund war auch nicht, dass sie fahndungsmäßig helfen, sondern dass sie uns in dem Bereich Fahndungsansatz strukturell sagen, wie die Szene draußen agiert und wie die funktioniert.

**Iris Gleicke** (SPD): Also, es ist mehrfach abgelehnt worden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Iris Gleicke** (SPD): Und mehrfach von dem Herrn Liphardt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Iris Gleicke** (SPD): Gut. - Mir scheint ja, dass er nicht der Einzige war, der das Ganze etwas zu wenig zur Kenntnis genommen hat. Aber sei es mal dahingestellt.

Herr Melzer hat uns geschildert, dass er versucht hat, auch eigene - wie es im Polizeijargon wohl heißt - Gewährspersonen in der rechtsextremen Szene zu gewinnen, also nicht nur auf die Information des Verfassungsschutzes zurückgreifen zu müssen, sondern für die eigene Polizeiarbeit Leute zu gewinnen. Haben Sie das als Spezialisten der Zielfahndung auch versucht, eigene Kontakte aufzubauen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, das ist nicht meine Aufgabe. Also, sicherlich werde

ich versuchen, dass Familienangehörige oder Kontaktpersonen uns helfen, unterstützen oder mit uns zusammenarbeiten, aber das geht nicht so weit, dass letztendlich wir eine VP-Führung machen. Das ist nicht unser Bereich. Dafür gibt es andere Beamte. Wenn wir der Auffassung sind, dass jemand dafür geeignet wäre - - oder es wäre sinnvoll, mit ihm zu reden, dann machen das auch diese Kollegen.

**Iris Gleicke** (SPD): „VP-Führung“ wäre dann „V-Person-Führung“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Eine Vertrauensperson.

**Iris Gleicke** (SPD): Aha, okay. Vertrauensperson. - Ist es - - Haben Zielfahnder gar nicht solche Vertrauenspersonen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Iris Gleicke** (SPD): Gar nicht? Also, das läuft immer sozusagen im normalen Polizeibereich?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Iris Gleicke** (SPD): Und da Sie ja nun mit Herrn Melzer zusammen beim LKA gearbeitet haben: Gab es auch keine Möglichkeit, keine unterschwellige Möglichkeit, auf die Fachkompetenz des Herrn Melzer zurückzugreifen in einzelnen sozusagen Bereichen, was die Suche nach dem Terror-Trio anging - unterschwellig, also ohne dass er Ihnen zugeordnet war?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das wäre nicht produktiv gewesen, weil er ja den Sachstand von uns und auch von der EG TEX nicht kannte.

**Iris Gleicke** (SPD): Okay. - Schönen Dank erst mal.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Dann mache ich weiter, Herr Wunderlich. - Ich habe jetzt genau dazu noch mal eine Frage. Sie haben Herrn Melzer nicht bekommen, obwohl Sie sich da bemüht haben. Wer hat Ihnen denn dann, da das nicht geklappt hat, überhaupt die notwendigen Erkenntnisse aus der rechtsextremen Szene gegeben, damit Sie

wirkungsvoll Ihre Fahndungsmaßnahmen einleiten konnten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist einerseits die EG TEX gewesen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wer da? Wer hat Ihnen die gegeben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Herr Dressler -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der Herr Dressler?

**Zeuge Sven Wunderlich:** - ja -, dem ich ja auch zugeordnet war mit meinem Bereich. Andererseits haben wir Erkenntnisse vom LfV Thüringen bekommen, vom LfV Sachsen und vom Staatsschutz der PD Chemnitz.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Gab es noch jemanden anders aus der EG TEX außer Herrn Dressler, mit dem Sie öfter zu tun hatten und der Ihnen auch Informationen zum Bereich Rechtsextremismus gegeben hat, oder war das ausschließlich Herr Dressler?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Eigentlich nicht. Das wäre auch nicht sinnvoll gewesen. Es gab zwei Ansprechpartner, wobei ich, wie gesagt, sagen muss: Ich ab 2000, im Vorhinein der Herr Ihling für die Jahre 98/99, und das hat auch unkompliziert funktioniert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das war Herr Dressler dann?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. - Dann möchte ich noch mal was fragen zum Bereich Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen. Wir haben ja schon über die Zusammenarbeit gesprochen und über das Vorenthalten von wichtigen Informationen. Jetzt möchte ich Sie noch mal nach Ihrem Eindruck fragen. Wir haben den Akten entnommen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz das Ansinnen hatte, den Wunsch, den Plan, selber die drei zu finden, also quasi selbst wie eine Zielfahndung tätig zu werden, und es gibt auch mal in den Akten - - Ich habe jetzt nicht genau die Fundstelle, aber: Wir wollten die auf dem Silbertablett servieren der Polizei und Staatsanwaltschaft usw. - Können Sie uns dazu noch mal ein bisschen

was sagen? Hatten Sie auch diesen Eindruck, dass der Verfassungsschutz, obwohl das ja nicht seine Aufgabe ist, ein bisschen versucht hat, Ihr Geschäft zu machen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, durch die vier vorhin genannten Personen Wießner, Schrader, Nocken und Aschenbrenner wurde ganz klar der Eindruck - - oder wurde ganz klar gesagt, dass man versucht, die drei zu finden und uns dann auch die Möglichkeit zu geben, sie zeitnah festzunehmen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** War das so ein bisschen unter dem Stichwort: „Wir entlasten die Zielfahndung Thüringen, weil die eh so viel andere Sachen zu tun haben“, oder war das eher aus der Konkurrenz heraus: „Wir können das besser als die“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Also, die Arbeitsweise des LfV kenne ich nicht, und das LfV kennt nicht unsere Arbeitsweise.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was hatten Sie denn für einen Eindruck, wenn Sie so was hören? Das ist ja eigentlich Ihr Geschäft. Und wenn die dann sagen vom Verfassungsschutz: Wir sehen zu, dass wir die drei finden. Ihr könnt das sowieso nicht, oder wir helfen euch mal. - Was war das für ein Tenor, und was hatten Sie für einen Eindruck?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, der Umstand ist klar, dass wir natürlich gemäß der StPO Operativmaßnahmen umsetzen können, keine Frage. Der Verfassungsschutz hat uns eben berichtet, dass er eben über einen Quellenfundus verfügt, wo er eben an Informationen kommt, ohne dass man die Person aufsuchen muss. Das hörte sich ganz gut an, und davon haben wir auch Gebrauch gemacht, haben also gesagt: Gut, dann probiert es auf eurer Schiene. - Es gab da kein Konkurrenzdenken, absolut nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und trotzdem hatten Sie, Herr Wunderlich, den Eindruck, dass Sie wichtige Informationen nicht bekommen vom Verfassungsschutz, die für Ihre Arbeit eigentlich notwendig geworden wären, den Sie sogar in dem Vermerk am 14. Februar 2001 niederlegen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, dieser - - Das habe ich ja auch ziemlich spät geschrie-

ben, und dieser Eindruck ist ja auch entstanden durch die vielen Besuche, die wir in Sachsen hatten. Ich habe das vorhin ja an einem Beispiel geschildert, dass wir eben dort Informationen bekommen haben, wo wir eben gefragt haben: „Wo habt ihr das her?“ - „Wir haben das von Thüringen.“ - Und Thüringen hat uns eben zwei, drei Tage vorher gesagt, sie haben nichts. - Das hat nicht gepasst.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also war Ihre Erwartungshaltung schon, dass Sie die Informationen auch bekommen und dass Sie kollegial zusammenarbeiten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber das hat ganz offensichtlich nicht funktioniert; denn Sie haben ja wichtige Informationen nicht bekommen, wie Sie damals schon gemerkt haben und wie wir heute wissen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wenn man heute das Gutachten liest, entsteht der Eindruck, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie haben es ja damals schon beschrieben und auch geahnt. Sie hatten ja da im Grunde genommen genau das richtige Gefühl.

Jetzt will ich noch mal zu einem anderen Bereich fragen, und zwar in dieser Sache mit dem MAD, der Vernehmung von Helbig. Sie haben dann ja mit dem MAD da das Gespräch geführt, und Sie haben vorhin mündlich ausgeführt, dass Sie gesagt haben, Sie haben schon die Erwartung gehabt, dass der MAD da noch mal dranbleibt und, wenn der MAD was erfährt, Ihnen die Informationen gibt.

Ihr Vermerk schließt ab mit: Es ist nichts zu veranlassen. - Unabhängig davon hatten Sie ja die Erwartung - und genau das ist ja auch richtig -, wenn der MAD etwas erfährt, dass er Ihnen das dann auch mitteilt. Sind Sie davon ausgegangen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** War das auch die Praxis, wie Sie sie sonst erlebt haben, dass Sie auch Informationen bekommen haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wenn man das Gutachten der Kommission liest, sieht man ja

eigentlich, dass so viele Informationen nicht zu uns gekommen sind, und insofern hätten wir uns gefreut, wenn da aus der Richtung eine Hilfe käme. Aber wir waren jetzt auch nicht allzu sehr bestürzt, dass kein Rückruf kam, also - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist eine niederschmetternde Erkenntnis - wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf -, wenn Sie sagen: „Wir waren nicht bestürzt, wenn wir nichts bekommen“, weil - - Vielleicht sagen Sie uns das noch mal: Diese Information. Helbig hat ja geäußert, die drei waren seiner Meinung nach auf dem Weg zum Rechtsterrorismus, also keine drei verirrten Jugendlichen, die in der Garage ein bisschen rumbasteln und Silvesterscherze veranstalten, sondern auf dem Weg zum Rechtsterrorismus. Was hätten Sie denn, Herr Wunderlich, als Zielfahnder mit dieser Information gemacht, und was hätte das für Sie bedeutet, wenn Sie die gehabt hätten?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja gut, diese Information hätten wir einerseits über die EG TEX gesteuert, wobei das da gar nicht notwendig gewesen wäre. Es war ja eine Kollegin dabei aus dem Bereich oder ein Kollege. Der Herr Dressler selber war, glaube ich, sogar mit. Also, der EG-TEX-Leiter hätte es ja selber gehört. Und dann wäre diese Information klar gesteuert worden an die Verantwortlichen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und wie bewerten Sie das, wenn Sie wissen, dass diese Information vom MAD ja an das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz - nämlich Thüringen - gegangen ist und Sie aber auch von dort - - Also, nicht nur vom MAD haben Sie die Information nicht bekommen, obwohl Sie einen Kontakt hatten und sich ja aus der Befragung das auch ergeben hat, sondern sogar von Ihrem eigenen Landesamt für Verfassungsschutz haben Sie diese relevante Information nicht bekommen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Bedauerlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. - Ich habe keine weiteren Fragen. Habt ihr noch welche? - Gut. Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es weitere Fragen bei der SPD-Fraktion? - Das

ist nicht der Fall. Dann hat die FDP-Fraktion das Fragerecht. Herr Kollege Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Wunderlich, noch mal zu dem 05.11., 04.11. zurück. Herr Dressler wusste am Abend des 04.11., wer die beiden oder mutmaßlich die beiden Getöteten sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann Ihnen nicht sagen, was er wusste. Ich weiß nur, dass er am 04.11., in den Abendstunden des 04.11., wohl auch von dem Herrn Menzel kontaktiert wurde. Den Gesprächsinhalt kenne ich nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber das ist sicher, dass der 04.11. abends die Information über die - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das hat er mir mal selber gesagt, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Denn am 04.11. abends ist laut den Unterlagen und den Vermerken zunächst völlig unbekannt gewesen, wer die beiden Getöteten sind.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das weiß ich nicht. Er hat zu mir gesagt: Ich bin vor dir angerufen worden. - Also, da ich am 05.11. früh gegen 9 oder 9.30 Uhr angerufen wurde - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Gegen 9.30 Uhr wurden Sie angerufen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Es war am frühen Vormittag.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Da ist aber die Sektion noch nicht gewesen in Jena, der beiden.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Den Ablauf kenne ich nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie noch eine Erinnerung, wann erstmalig in der Öffentlichkeit die beiden Namen aufgetaucht sind?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, wenn ich das richtig recherchiert habe - das kann aber auch falsch sein -, ist wohl erstmalig am 08.11. dann - - sind die Namen aufgetaucht. Das heißt, immerhin vier Tage hat die Thüringer Polizei es geschafft, die Namen der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Das ist ja in diesen Zeiten, wo die Öffentlichkeit eine große Rolle spielt, doch schon was Besonderes, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja gut, wenn der Sachverhalt nicht pressefrei ist. Ich kann das nicht einschätzen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, aber wir erfahren ja sehr vieles aus Polizeikreisen, obwohl sie nicht pressefrei sind. Aber in dem Fall hat man es geschafft. - Gut, das war nur eine Bemerkung nebenbei.

Ich habe eine andere Frage. Herr Nocken, der Vizepräsident des Verfassungsschutzes, hat im Thüringer Untersuchungsausschuss gesagt auf die Frage: „Warum hat man den Brandt wieder als V-Mann eingestellt?“. Wir waren blind, und Polizei und Sicherheitskreise haben uns gefragt: Was ist los in der rechtsextremen Szene? Und deswegen haben wir ihn wieder eingeschaltet. - Gehörten Sie mit zu denjenigen, die gefragt haben nach Erkenntnissen aus der rechtsextremen Szene?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Was hat denn eigentlich Ihr damaliger Vorgesetzter, Herr Ihling, gedacht über den - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wer bitte?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Ihling.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ihling. - Über was gedacht?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Über dieses Untertauchen, also nicht, was jetzt aktenvermerkt wurde, sondern: Hat er sich dazu mal geäußert? Hat er eigene Vermutungen gehabt? Hat man sich beim Kaffee darüber unterhalten oder wie auch immer?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, da müsste man den Herrn Ihling selber fragen, was nun leider nicht mehr geht, -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein.

**Zeuge Sven Wunderlich:** - und ausgetauscht haben wir uns in viele Richtungen. Versionen, Hypothesen gab es ja da viele, viele Möglichkeiten, und ich musste - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Hat der eigentlich auch gedacht, dass der Zielfahndung Informationen vorenthalten werden durch den Verfassungsschutz? Hat er so was mal geäußert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben darüber gesprochen, ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wann ist denn eigentlich Herr Wießner dann zu Ihnen gekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich nicht mehr genau sagen, aber Herr Wießner ist wie auch Herr Dressler - - beide meine Vorgesetzten gewesen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Es muss ja nach 2001 gewesen sein.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen. Der Herr Wießner war mindestens ein Jahr mein Vorgesetzter, und der Herr Dressler war es auch mindestens ein Jahr. Ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, zu welchem Zeitpunkt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und Vorgesetzter als was? Chef der Zielfahndung, oder was?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nicht nur der Zielfahndung - des gesamten Dezernates.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Wießner?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Herr Wießner und Herr Dressler.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Erst Herr Wießner und dann Herr Dressler, in der Reihenfolge?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Reihenfolge kann ich Ihnen nicht sagen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ach so.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Doch, die Reihenfolge kann ich Ihnen sagen: erst Herr Wießner und dann Herr Dressler. Aber ich kann den Zeitraum nicht genau benennen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Wieland hatte vorhin schon mal danach gefragt. Ich will es aber trotzdem auch noch mal versuchen. Herr Wießner hatte nichts weiter zur Kenntnis gegeben - außer das, was Sie vorhin ausgesagt haben, über den Verbleib der drei?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Als Herr Wießner noch beim Verfassungsschutz war und es wurde zum Beispiel observiert, waren Sie denn bei solchen Observationen auch dabei?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ein einziges Mal.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und mit wem? Können Sie das noch sagen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Was meinen Sie jetzt? Mit der Dienststelle oder - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein. Mit wem haben Sie observiert, gemeinsam? Mit Herrn Wießner? - Oder haben Sie alleine observiert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Observationen sind mit Herrn Aschenbrenner erfolgt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herrn Aschenbrenner. - Wer wusste denn davon im Verfassungsschutz, im Landesamt für Verfassungsschutz?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Frage kann ich nicht beantworten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wusste Herr Roewer davon?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann die Frage nicht beantworten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Kann es sein, dass - - Na gut, dann lassen wir das, dann müssen wir jemand anders dazu fragen.

Jetzt hat der Verfassungsschutz mal der Familie Mundlos hinterlassen, dass sie nach Möglichkeit, wenn sie Informationen haben, öffentliche Fernsprecher benutzen. - Wann haben Sie denn davon erfahren, dass der Verfassungsschutz diesen Hinweis gegeben hat? Und warum eigentlich hat er diesen Hinweis gegeben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe davon im Zuge meiner Befragung bei der Kommission am 15. Februar erfahren.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Letzten Jahres?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Letzten Jahres. Und sonst hat niemand mit mir darüber gesprochen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Was haben Sie da gedacht, als Sie das dann erfahren haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dazu möchte ich mich nicht äußern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Warum nicht? - Was haben Sie denn eigentlich - - Oder: Haben Sie denn neben Ihrer Dienstzeit sozusagen mitbekommen, dass es eine Bankraubserie gab mit den gleichen Tätern? Haben Sie das mitbekommen, also nicht dienstlich eröffnet, sondern vielleicht auch durch, was weiß ich, Zeitungslektüre oder Ähnliches?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Also, wir haben die Möglichkeit, polizeiliche Lagefilme zu lesen. Dadurch sind wir eigentlich ganz gut informiert, was in unserem Bundesland geschieht. Da sind immer eine Vielzahl von Straftaten. Banküberfälle hat es auch zu dieser Zeit gegeben. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, inwieweit wir das dort haben einfließen lassen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber Sie haben von dieser Raubserie Kenntnis gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Von welcher Raubserie?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Von der Bankraubserie.

**Zeuge Sven Wunderlich:** In welchem Bundesland?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): In Sachsen, in Mecklenburg -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): - und letztlich auch in Thüringen dann.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Wie ich gerade gesagt habe, sind wir in der Lage, bei uns im Bundesland den Lagefilm zu lesen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und von der Mordserie, haben Sie das mitbekommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Mit der Mordserie natürlich: als Fahnder. Die Aushänge waren ja auch sehr öffentlichkeitswirksam. Wir haben sogar hierzu einen Hinweis geliefert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Welchen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Im Jahre 2008 haben wir im Zuge des Zeugenschutzes hierzu einen Hinweis bekommen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Allerdings hat er sich in der Folge nicht bestätigt. Es ist also eine Person benannt worden, die der Täter sein soll, was ja jetzt als auch zum damaligen Zeitpunkt ausgeschlossen werden konnte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Diese Person wurde Ihnen benannt von einem Zuträger oder von einer anderen Dienststelle?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Von einer Schutzperson.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Von einer Schutzperson. - Wo haben Sie das denn hingemeldet? Haben Sie diese Information weitergegeben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist dienststellenmäßig an alle Dienststellen von uns gemeldet worden, die mit diesem Sachverhalt zu tun haben.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Was kann ich mir darunter vorstellen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Sonderkommissionen oder Ermittlungsgruppen in den einzelnen Bundesländern haben das alle erhalten.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also auch „Bosporus“ zum Beispiel?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Eine Zwischenfrage des Kollegen Binninger.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Können Sie - Sie werden uns die Person ja nicht nennen können - zumindest eingrenzen, aus welchem sozialen, örtlichen oder kriminellen Umfeld diese Person kam, die angeblich hätte der Täter sein sollen? War das aus dem Bereich Rechtsextremismus, war das Bereich OK, war es jemand ganz - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Betrug.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aus dem Betrugsbereich? Ich meine jetzt nicht den Hinweisgeber, sondern ich meine: Der Hinweisgeber teilt Ihnen eine Person mit, die als Täter in Betracht kommt für die Morde.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil wir da keine Möglichkeiten - - und auch nicht unsere Aufgabe ist, das zu recherchieren. Wir haben diese Information als Gesprächsnotiz weitergegeben, und das ist auch ausgeklärt worden, negativ. - Das ist mir bekannt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): War die Person aus Thüringen, auf die der Hinweis - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nicht. - Wissen Sie das Bundesland noch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann es nicht sagen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das ist jetzt kein Problem. Ein Bundesland zu nennen, halte ich für unproblematisch.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wo wer, bitte, hergekommen ist?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Der, der als Verdächtiger für die Mordserie benannt wurde. Sie hatten jemand aus dem Betrugsbereich - -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Verdächtige war ein ausländischer Straftäter.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe noch zwei Fragen, wenn das gestattet ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn Sie dann keine weitere Runde benötigen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, dann wäre ich durch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, dann machen wir das so.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe eine Frage an Sie als Kriminalisten. Was bezeichnen Sie als oder wie definieren Sie Untergrund? Gibt es da eine polizeiliche Definition, oder wie? Was ist Untergrund, „Ich gehe in den Untergrund“?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es tut mir leid, das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Aber ich würde mal sagen, Untergrund ist, wenn jemand seine sozialen, also familiären, und auch alle anderen Kontakte, die er hat, abbricht. Dann ist er meines Erachtens im Untergrund.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Und wenn ich Sie fragen darf: Was machen Sie denn heute? Also nicht heute Abend noch oder so,

(Heiterkeit)

sondern wie sind Sie - - in welcher Verwendung sind Sie? Sind Sie noch beim Zielfahndungskommando?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich bin seit Dezember letzten Jahres wieder in der Zielfahndung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es in Thüringen eine BAO „Zesar“: Zentrale Ermittlung Strukturauswertung Rechts (?) - - und ich bin dort für Fahndungs- und operative Maßnahmen eingesetzt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. - Herr Petermann.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Herr Wunderlich, bereits in Ihrer Befragung durch die Schäfer-Kommission am 16.02.2012 haben Sie ausgesagt, dass Sie in den Jahren der Fahndung nach dem Trio die Vermutung hatten - Zitat -, dass der Verfassungsschutz uns Informationen vorenthält. Quelle: MAT A TH-6/3, Blatt 115. Sie führten dafür eine ganze Reihe von Beispielen an.

Sie kennen den Schäfer-Bericht; das hatten wir hier ja schon zur Sprache gebracht. Der Schäfer-Bericht bestätigt Ihre damalige Vermutung in der Tat sehr nachdrücklich. Akribisch bilanziert die Schäfer-Kommission aus den Akten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, dass im Zeitraum vom 26.01.98 bis Dezember 2001 nahezu 50 Quellenmitteilungen vom Trio eingegangen waren und nur in fünf Fällen allerdings die Weiterleitung der gewonnenen Erkenntnisse an das Landeskriminalamt in Thüringen dokumentiert ist. Das ist die öffentliche Fassung des Schäfer-Berichtes, Seite 207.

Außerdem muss man festhalten, dass es sich bei diesen fünf Mitteilungen nur um unwichtige und zum Teil veraltete bzw. sogar falsche Erkenntnisse handelt. Wie bewerten Sie dann die Tatsache, dass Sie gerade die wichtigen Meldungen wie etwa die, dass das Trio Waffen benötigt, weil ein weiterer Über-

fall - so wird es zitiert - geplant sei, vom Thüringer Landesamt nicht erhalten haben?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Kommissionsgutachten habe ich vorliegen. Die Befragung war am 15.02. Ich habe keine Erklärung dafür, wieso uns das nicht mitgeteilt wurde.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Eine Bewertung, eine persönliche Bewertung?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Bewertung habe ich, denke ich, heute Vormittag schon mal dazu abgegeben, was die Gefährdung der eingesetzten Beamten betrifft.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Das haben Sie bereits gesagt. Darüber hinaus: Dass damit möglicherweise auch der Ermittlungserfolg infrage gestellt worden ist, würden Sie das auch bestätigen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich kann aus heutiger Sicht nur sagen, dass das sehr gute Fahndungsansätze gewesen wären, auch im Zuge dessen, wenn man davon ausgeht, dass es ja Bildmaterial zu einigen dieser Überfälle gab. Also, man hätte dadurch natürlich ein ganz anderes, neues Verfahren aufbauen können, mit Fakten und Tatsachen.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Also man könnte sagen, auf der Grundlage wären erfolgversprechende weitere Fahndungsmaßnahmen möglich gewesen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es waren sehr gute Fahndungsansätze, die dazu geführt hätten, dass wir strafprozessual wieder andere oder überhaupt Maßnahmen hätten umsetzen können.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Könnte man sagen, dass das Thüringer Landesamt damit erfolgversprechende Fahndungsmaßnahmen verhindert hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das möchte ich nicht - - Die Einschätzung möchte ich - -

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Aber das ist ja eigentlich die logische Folge, wenn man diesen Denkansatz weiterdenkt.



**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich möchte mich dazu nicht äußern.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Okay. - Ich möchte noch mal auf einen kleinen Vorgang aus dem Jahre 2003 zu sprechen kommen. Zu diesem Zeitpunkt haben Sie nicht mehr nach dem Trio gefahndet; aber aus den Akten haben wir entnommen, dass Sie sich trotzdem weiterhin für den Fall des untergetauchten Trios interessiert haben. Das macht die Berufsehre wahrscheinlich, ist ja auch in Ordnung so.

Am 13. Mai 2003 traf ein Polizeibeamter aus Jena auf einer Geburtstagsfeier einen Verwandten, der sich im Umfeld der rechts-extremen Szene in Jena bewegte. Dieser junge Mann mit dem Namen Mark S. erzählte dem Polizeibeamten, dass er regelmäßig Uwe Bönnhardt in Jena treffen würde. Daraufhin wurde Mark S. offiziell vom LKA Thüringen am 6. Juni 2003 vernommen. Der Zeuge S. gab in dieser Vernehmung an, dass er Bönnhardt letztmalig im August/September 2002 gesehen habe.

Ich zitiere da mal aus dem Ermittlungs-vermerk - das ist MAT A TH-1/14, Blatt 167 -:

Bei seinem o. g. letztmaligen Kontakt mit BÖNNHARDT verhielt es sich so, dass er

- ihn -

an einer Ampelkreuzung auf der Schnellstraße von Jena getroffen hätte, als dieser in einem roten Hyundai Pony (Stufenheck) mit Jenaer Kennzeichen neben ihm stand. Man verständigte sich kurz und fuhr zusammen in die Innenstadt zum Eichplatz, wo die beiden sich kurz unterhielten. Hierbei habe der BÖNNHARDT angegeben, dass er, wie auch MUNDLOS und TZSCHÄPE sich in der Schweiz aufhalten würden. Allen ginge es gut. Zur Beschreibung des BÖNNHARDT gab der S... an, dass dieser noch genauso aussehen würde, wie 1998. Dies betreffe die Bekleidung, den Haarschnitt und die Gesichtszüge. Er hätte sich seit damals nicht merklich verändert.

S... gab an, BÖNNHARDT schon seit 1992 ... zu kennen. Damalig waren beide zusammen in einer Clique ...

...

Befragt nach Details zu dem Aufenthaltsort von BÖNNHARDT, MUNDLOS und TZSCHÄPE in der Schweiz gab S... an, nichts Genaues zu wissen. BÖNNHARDT hätte hierzu nichts Detaillierteres verlauten lassen. Er habe ihm gegenüber nur geäußert, dass man sich bestimmt mal wieder treffen werde.

Aus Erzählungen des André KAPKE wisse er jedoch, dass alle drei Gesuchten 3 bis 4 Mal im Jahr in der Stadt seien. Der Zeitpunkt, als er das von KAPKE erfahren haben will, soll jedoch schon 2-3 Jahre zurück liegen.

Haben Sie von dieser Vernehmung des S. irgendwann mal etwas gehört, möglicherweise auch damals schon gehört?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein. Das ist ja 2003 gewesen, nicht?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ist Ihnen völlig unbekannt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Unbekannt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wäre es aus Ihrer auch Rechtskenntnis denkbar gewesen, dass damals, wenn man diese Kenntnisse zugrunde gelegt hätte, verjährungshemmende Maßnahmen hätten eingeleitet werden können?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dazu will ich mir keine Einschätzung erlauben.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich habe noch mal eine kurze Nachfrage zur letzten Runde. Da ging es um die Asservate in der Garage. Also, es war ja dieser Sprengsatz auch gefunden worden mit 1,4 Tonnen TNT usw.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Kilogramm und nicht Tonnen!)

Sie hatten da so etwas salopp gesagt, Sie dachten, das ist ein Silvesterschertz. Wie schätzen Sie denn einen Silvesterschertz ein? Ich habe da eine andere Vorstellung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Petermann, nur fürs Protokoll: „Kilogramm“ ist die richtige Maßeinheit.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Habe ich „Tonnen“ gesagt? - Gut, ich korrigiere mich: Kilogramm. - Aber danke für die Aufmerksamkeit!

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich will es mal so bezeichnen: Es ist auch schon vorgekommen, dass eben Personen mit Sprengstoff angetroffen werden, die damit ganz andere Ideen haben oder andere Vorstellungen, also nicht, Personen zu schädigen oder Ähnliches.

(Iris Gleicke (SPD): Was kann man denn damit machen?)

Ich denke mal, man kann im Vorhinein nicht sagen, was sie damit vorhatten - das können sie nur selber erklären.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Aber ein Silvesterscherz?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Dann war das vielleicht überspitzt dargestellt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** 1,4 Kilogramm und Schrauben und Muttern usw., metallummantelt, das ist doch was anderes, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja, das passt nicht; da haben Sie recht.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Damit kann man doch wirklich Menschenmassen nicht nur gefährden, sondern umbringen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Mit dem Aufbau dieser Sprengvorrichtung haben wir uns nicht beschäftigt; das ist nicht unser - -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Vielleicht hätte man das mal tun sollen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. - Das bringt mir aber keine neuen Fahndungsansätze.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Das weiß ich nicht; aber ich denke, es wäre sinnvoll gewesen, das zu tun.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Zumal für mich nach wie vor völlig unklar ist, ob diese 1,392 Kilogramm geschätzt worden sind - was sich aus den Akten eigentlich naheliegenderweise ergibt - oder ob das mal jemand gewogen hat.

Die Grünen haben jetzt das Fragerecht. Herr Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bevor gleich der Kollege Ströbele fragt, nur noch mal eine Frage, ein Vorhalt: Zielfahndung. Wir waren ja so weit: Sie waren das Dezernat Zielfahndung, haben hier aber keine eigentliche Zielfahndung, sondern eine unterstützende Fahndung gemacht - bis Sie dann abgegeben haben an die EG TEX.

Dazu passt nicht ein Vermerk, den ich in der Akte habe: MAT A TH-1/17, Blatt 244. Da wird in einer Abteilung 6, Dezernat 61 - also nicht bei Ihnen -, von einem Herrn Liphardt das Folgende geschrieben:

Wie durch KOR Schmidt am heutigen Tage mitgeteilt wurde, hat der Behördenleiter entschieden, nach den flüchtigen Tatverdächtigen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe (weitere Personalien bekannt) eine Zielfahndung einzuleiten.

Und das am 06.10.2000.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nach zweieinhalb Jahren.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, bitte schön - aber eine Zielfahndung.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Ist die denn dann ab 06.10.2000 gemacht worden?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Schreiben ist mir nicht bekannt.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auch das lege ich Ihnen wieder gerne vor. Nur, verstehen tue ich das Ganze immer noch nicht. Sie sagen hier: Rechtlich war das richtig, konnten wir gar keine richtige Zielfahndung machen. - Sie machen einen Abschlussvermerk: Die Bedingungen für eine richtige Zielfahndung liegen nach wie vor nicht vor. - Darüber will ich jetzt gar nicht

streiten. Aber dann heißt es hier zwischen-  
durch: Wir leiten jetzt eine Zielfahndung ein. -  
Das hätte doch der oberste Zielfahnder,  
nämlich Sie, mitbekommen müssen, oder  
sehe ich das falsch?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Kann ich das  
Schreiben mal sehen?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Die Zeit wird wieder angehalten;  
denn diesmal ginge sie beim Kollegen Strö-  
bele ab, und das ginge nun gar nicht.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück  
vorgelegt)

**Zeuge Sven Wunderlich:** Was hier ganz  
interessant ist, vielleicht den Sachverhalt  
etwas klärt: Eine Zielfahndung wird bundes-  
weit immer mit Fernschreiben eingeleitet.  
Also, sie wird bundesweit allen Dienststellen  
mitgeteilt. Das ist ja durch uns nie erfolgt.  
Hier sieht man ja auch:

Die zur Erstellung des Einleitungs-  
FS [Fernschreibens] der Zielfahn-  
dung notwendigen Daten und Fak-  
ten liegen beim Dezernat 12 vor.

So ein Fernschreiben hat es einfach nie ge-  
geben.

Ich sehe aber jetzt gerade: Diesen Ver-  
merk habe ich mit vielen Handzeichnungen  
am gestrigen Tage in meinen Bänden ent-  
deckt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Ja aber was heißt das denn, Herr  
Zeuge? Das würde doch heißen, der Behör-  
denleiter sagt: „Wir machen eine Zielfahn-  
dung“, und das entsprechende Fernschrei-  
ben geht nie raus. - Oder was wollen Sie uns  
jetzt sagen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das Fern-  
schreiben ist deshalb nicht gesendet worden,  
weil die Justiz, ganz einfach, diese Zielfahn-  
dung nicht wollte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Ja Moment mal! Zielfahndung  
ordnet nicht die Justiz an, wirklich nicht - da  
müssten Sie mir was ganz Neues erzählen -,  
Zielfahndung macht die Polizei von sich aus -  
oder sie lässt es. Sie kann mit der Staatsan-  
waltschaft reden; aber es ist nicht Vorausset-  
zung, dass ein Staatsanwalt sie anordnet.

**Zeuge Sven Wunderlich:** In der jetzt  
existierenden Richtlinie in Thüringen ist es so  
gehandhabt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Da sagen Sie ja selber: Die galt  
damals noch nicht.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die gab es  
damals noch nicht. - Und ich muss es ja auch  
ganz einfach wahrheitsgemäß beantworten:  
Es ist kein Einleitungsfern schreiben bundes-  
weit gesendet worden. Wir haben also die  
Zielfahndung betrieben - auch mit der Quali-  
tät des vorhandenen Zielfahndungsbestan-  
des der Mitarbeiter -; aber sie ist nie einge-  
leitet worden. - Wir hätten sie ja dann auch  
entsprechend fernschriftmäßig beenden  
müssen. Das ist ja auch nicht geschehen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich  
weiß nicht, Herr Kollege Wieland: Ist Ihnen  
die Version mit den handschriftlichen Zusät-  
zen da drunter bekannt?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN): Ich habe hier nur eine ohne, in  
244.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. -  
Dann würde ich das gerne dem Zeugen mal  
zukommen lassen, dass er uns das vorliest  
und auch vielleicht entziffern könnte, wer -  
um wen es sich da handelt.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

(Dem Zeugen werden Unterlagen  
vorgelegt)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Viel-  
leicht kurz vorweg: Der Eindruck, den das  
Dokument erweckt, ist folgender, nämlich  
dass die Zielfahnder jetzt auch in Sachsen  
aktiv werden wollten und man mit Blick auf  
das Bundesland Sachsen eine Dokumenta-  
tion erstellen wollte, dass sie da im offiziellen  
Auftrag unterwegs seien.

Aber, Herr Wunderlich, wenn Sie das  
vielleicht mal vorlesen könnten; das ist  
MAT A TH-1/24, Seite 64.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wenn Sie es  
mir gestatten, lese ich mal den Urtext vor und  
dann die Randglossen, ja? Vielleicht kann ich  
auch zuordnen, wer wer ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist also ein Vermerk der Abteilung 6 vom 06.10.2000, also zweieinhalb Jahre nachdem wir schon gesucht haben, von Herrn Liphardt, KOR. Dort steht:

Wie durch KOR Schmidt

- meines Erachtens Abteilungsleiter zu dem damaligen Zeitpunkt -

am heutigen Tage mitgeteilt wurde, hat der Behördenleiter entschieden, nach den flüchtigen Tatverdächtigen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe (weitere Personalien bekannt) eine Zielfahndung einzuleiten.

Die zur Erstellung des Einleitungs-FS [Fernschreibens] der Zielfahndung notwendigen Daten und Fakten liegen beim Dezernat 12 vor. Ferner wird auf die bisherigen Informationsbeziehungen zwischen dem sachbearbeitenden Bereich (EG TEX) und dem Dezernat 12 verwiesen.

Das wäre dann unser Bereich.

Hier steht nun drunter - - Ich lese das mal so vor, wie ich es entziffern kann, ja?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Sie wünschen das so, ja?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ich wünsche das so. - Können Sie vielleicht kurz vorher sagen, wer das geschrieben hat? Können Sie den Namen unten entziffern?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, weil die Unterschrift fehlt auf dem Dokument. Ich habe aber gestern bei der Durchsicht die Unterschrift gesehen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Da steht aber ein - - Neben „Zeit“ in der letzten Zeile steht doch ein Name.

**Zeuge Sven Wunderlich:** „Heiko“ könnte das sein. Aber da war, glaube ich, noch ein anderer Zusatz. Das kann natürlich beim Kopieren versehentlich untergegangen sein, weil es die Schlusszeile ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** War da mehr - Ihrer Erinnerung nach - bei der Akteneinsicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Vielleicht noch der Nachname. Aber „Heiko“ müsste „Heiko Schmidt“ sein; das ist der oben Benannte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist der oben Genannte?

**Zeuge Sven Wunderlich:** KOR Schmidt heißt mit Vornamen „Heiko“.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. - Können Sie mal lesen, was da steht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Somit hätte der Herr Liphardt an den Herrn Schmidt maschinengeschrieben etwas geschickt, was er dann handschriftlich signiert.

Hallo Peter,

zu diesem Papier gab es nachträglich Diskussionen: Die Info erhielt ich vom AL1 [Abteilungsleiter 1]. Später stellte sich heraus, dass sie aber mit Bezug auf eine Entscheidung des BL [Behördenleiters] nicht so fest war, sondern der BL lediglich einen Antrag durch das D61 [Dezernat 61] angeregt hatte. Ggf. sei die StA [Staatsanwaltschaft] mit in das Boot zu nehmen. Ich habe Wolfgang

- das ist der Herr Liphardt -

noch einmal informiert. Hintergrund ist die Reise der Zielfahnder in der nächsten Woche nach Sachsen. Dazu will man eine saubere Rechtsgrundlage haben. Wir hätten aber noch bis Mo.[morgen]-Mittag Zeit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** „Montagmittag“ könnte es auch heißen.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Also, diese Reise von uns war eine Dienstreise mit den sächsischen Zielfahndern. Sie zeigt aber auch, dass das Dezernat 61 irgendwie noch mal angeregt wurde, uns zu beauftragen. So sehe ich es.

Oben ist natürlich ein interessanter Vermerk, Dezernatsleiter 61:

Durch den AL1 [Abteilungsleiter 1] wird ein Eröffnungsaktenvermerk für den in der Zielfahndung vorhan-

denen Vorgang gefertigt, welchen ich, rückwirkend datiert, unterschreibe.

- Das kann ich nicht nachvollziehen. -

Ein Eröffnungs-FS in die BRD erfolgt nicht mehr.

Also, ich gehe jetzt davon aus, dass uns jemand rückwirkend beauftragen wollte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum? Um gegenüber anderen Dienststellen in anderen Ländern Druck zu machen? Oder gibt es eine saubere Grundlage für die Zielfahndung?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da enthalte ich mich der Wertung. - Es ist allerdings auch von meinem Dezernatsleiter abgezeichnet worden: dem Herrn Deterding zur Kenntnis, „AL6 zur ... Vorlage“, EG TEX. Also, das ist genau das, was ich meinte. Gestern habe ich das etwas umfangreicher gesehen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland? - Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Wunderlich, in dem Vermerk, den Sie uns überreicht haben - über das Gespräch mit Herrn Helbig -, da steht ja, dass sich Herr Helbig zur Zusammenarbeit bereit erklärt hat.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig. - Es hat wohl eine weitere Befragung gegeben, wo das nicht mehr der Fall war.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie hatten vorhin gesagt, er sei nicht bereit gewesen, sondern Sie hätten sich dann an den MAD gewandt und gesagt, die sollen da noch mal ein bisschen nachbohren, ob er dann bereit ist und so. Aber hier steht: „... erklärte sich zur Zusammenarbeit in der o. g. Fahndungsmaßnahme bereit.“

**Zeuge Sven Wunderlich:** Kann ich das Schreiben bitte noch mal sehen? Es tut mir jetzt leid, aber - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist Ihr Schreiben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ach so, ja gut. Das habe ich ja wiederbekommen.

Der Herr Helbig hat uns ja einige Hinweise gegeben - dass er Kurier war und Ähnliches -, hat uns aber nicht alles erzählt. - So ist es ja richtig. Die Befragung, die wir über den MAD noch mal angeregt haben, hat ja nicht zu einem Ergebnis geführt, zumindest nicht für uns, weil wir keinen Rücklauf bekommen haben.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da ist noch ein Vorsatz. Da steht:

Am Ende des Gesprächs teilte Helbig dem Unterzeichnenden

- also Ihnen -

seine Handynummer mit

- eine Handynummer -

und erklärte sich zur Zusammenarbeit ... bereit.

Das kann man doch schlechterdings nur so verstehen, dass der Ihnen die Handynummer gibt, damit Sie ihn weiter kontaktieren können. - Was macht das sonst für einen Sinn?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der Herr Dressler hat wohl in der weiteren Folge einen Kontakt zu dem Herrn Helbig telefonisch aufgenommen, und da ist eben, wie gesagt, dieser Widerspruch entstanden, dass er gesagt hat: Nein, doch nicht.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danach hat er dann „nicht“ gesagt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Wann natürlich dieses telefonische Gespräch oder dieser Kontakt war, weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie hat denn das - - Gibt es denn darüber einen Vermerk, dass er dann später gesagt hatte, er will nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Der müsste dann bei der EG TEX vorliegen, also nicht in unseren Fahndungsakten.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aha. Also, der hat nicht mit Ihnen oder mit der Zielfahndung, sondern woanders dann telefoniert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher hatte er denn die Nummer gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außerdem sehe ich einen Widerspruch: Sie gehen hier zu Herrn Helbig. Vorher haben Sie gesagt, Ihnen sei vom Verfassungsschutz gesagt worden, die Kontakte in die rechte Szene oder zu den Rechten sollen Sie lassen, und Sie hätten sich auch daran gehalten.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den Herrn Helbig nicht zur rechten Szene gerechnet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das habe ich vorhin schon erläutert. Es hat sich da um die ersten vier, fünf Wochen gehandelt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Um die ersten vier, fünf Wochen nachdem wir den Fahndungsfall übernommen haben. Also, ich rede jetzt mal von Februar/Anfang März. Davon sind wir ausgegangen: dass das LfV uns da ein Ergebnis bringt. Und dann haben wir uns entschieden, unsere ganz normale Fahndungstaktik zu fahren, wie wir das immer machen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also dann haben Sie sich an die Haltung nicht mehr gebunden gefühlt, dass das LfV Ihnen gesagt hat, Sie sollen das nicht?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Sie können uns nicht - - Sie können uns das nicht verbieten; das geht nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja eben; das hat mich schon gewundert. Ermittlungsführer ist doch eigentlich die Staatsanwaltschaft, -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Richtig, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - nicht der Verfassungsschutz.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das ist richtig. Aber wenn zwei operative Einheiten jetzt, sage ich mal, parallel unterwegs sind, ist es schon sinnvoll, wenn man eine Absprache führt. Und für uns war das eigentlich eine ganz sinnvolle Variante, dass wir also keine Unruhe machen, wenn vielleicht in dem Bereich Quellen sind, die da bessere Ergebnisse bringen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, und nun haben Sie gemerkt, die informieren Sie gar nicht über alles; -

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - haben wir ja vorhin schon mehrfach erörtert. Dann haben Sie offenbar Ihre Haltung überdacht. Haben Sie denn da dann danach Herrn Apel zum Beispiel gehört oder andere Leute aus der rechten Szene?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Wir haben mit vielen Personen gesprochen; aber ich kann im Einzelnen nicht mehr nachvollziehen, wer das war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war doch eine völlig neue Fahndungsmöglichkeit für Sie, für die Zielfahndungsmöglichkeit. Vorher hatten Sie gesagt: Gut, übernimmt das Landesamt. Die berichten uns dann, was sie über ihre Quellen oder sonst wie irgendwie rausgekriegt haben. - Nun machen die das nicht, sind Sie misstrauisch und sagen: Jetzt machen wir es selber. - Und jetzt müssten Sie doch vehement loslegen, um all die Kontakte, die da in Betracht kommen, zur Aufklärung abzuklappern.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Die Kontakte waren ja immens in der rechten Szene; das ist eine Vielzahl von Personen gewesen. Und wir haben natürlich erst einmal die Taktik gefahren, mit TKÜ-Maßnahmen das Ende des Fadens zu finden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also Sie haben da niemand mehr befragt von denen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Personen sind befragt worden, aber - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer denn aus der rechten Szene?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da müsste ich das aus der Akte nachvollziehen können.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich jetzt nicht. Also, jetzt wird die Tür geöffnet, Sie können da selber hingehen oder wollen da selber hingehen, und jetzt müssen Sie nacheinander durchmachen: Was wissen die? - Bei Herrn Helbig waren Sie ja relativ erfolgreich.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ich habe persönlich mit dem Herrn Wohlleben gesprochen. Ich habe persönlich mit der Freundin von Herrn Wohlleben gesprochen. Ich habe mit dem Herrn Starke gesprochen. Also, das sind Personen, die mir sogar noch erinnerlich sind. Es sind weitaus mehr gewesen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal was davon gehört, dass V-Leute des Verfassungsschutzes gewarnt haben - außer dieser einen Geschichte - vor Telefonabhören und Ähnlichem?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Meinten Sie „gewarnt wurden“, Herr Ströbele?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Dass Verfassungsschutzleute die Abzuhörenden gewarnt haben.

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja gut, das geht ja aus dem Gutachten der Kommission hervor.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja - aber war Ihnen das damals klar? - Das haben wir jetzt auch alle gelesen und haben uns gewundert. - Ist Ihnen das damals mitgeteilt worden? Haben Sie dazu Erkenntnisse gehabt?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder haben Sie das jetzt verwundert dem Schäfer-Gutachten entnommen?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Das hat mich schon gewundert, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie gewundert?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja. Aber ich habe dafür heute einige Erklärungen, warum eben Familie Mundlos einige Tage später mit mir nicht mehr sprechen wollte. Ich habe jetzt für mich den Schlüssel dafür.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Jetzt nachher?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man sagen, dass der Verfassungsschutz Ihnen da einiges versaut hat?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Da würde ich Sie bitten, das einzuschätzen.

(Heiterkeit)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe schon mal herumgefragt: Die Fraktionen haben weiter keinen Fragebedarf. - Herr Wunderlich, damit sind wir am Ende Ihrer Zeugenbefragung.

Vielleicht noch anderthalb kurze Fragen von mir. Das eine ist - um sich ein Bild zu machen von Ihrer damaligen Arbeitssituation als Zielfahnder -: In den Jahren, in denen Sie mit dieser Vielzahl von Fällen befasst waren, wie viele freie Wochenenden hatten Sie denn da?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Es gab Jahre - - Oder: Ich kann mich an ein Jahr erinnern, wo es lediglich ein oder zwei Wochenenden gab, wo wir vollständig zu Hause waren.

Das ist natürlich dem Umstand geschuldet, dass TKÜ-Maßnahmen eben auch an

Wochenenden betreut werden müssen, zu Weihnachten, zu Silvester, also an allen Tagen, wo jemand telefonieren kann. Ich kann also nicht Freitag nach Hause gehen und Montag dann gucken, was am Wochenende geschehen ist. Das muss bearbeitet werden. Bei 37 Maßnahmen in diesem Fall, die nicht alle gleichzeitig gelaufen sind, und bei 47 Fällen, in denen auch parallel TKÜ-Maßnahmen gelaufen sind, ist das ein immenser Datenwust, der ausgewertet, gehört und bearbeitet werden muss. Und so entsteht das dann, dass man eben vielleicht nur eine Stunde Sonnabend und auch nur eine Stunde Sonntag - - aber ein durchgehendes Wochenende ist schwer. Nichtsdestotrotz haben wir natürlich unseren Urlaub genießen dürfen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber Sie waren personell nach Ihrer Auffassung nicht ausreichend ausgestattet?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Nein, also personell sehr problematisch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann eine letzte Frage. Nehmen wir mal an, Sie würden jetzt demnächst beauftragt werden: „Da sind flüchtige Straftäter, da gibt es einen politischen Hintergrund. Lieber Wunderlich, Sie und Ihr Team machen sich jetzt mal auf die Suche!“, und dann würde der Verfassungsschutz sich an Sie wenden und sagen: „Störe unsere Kreise nicht! Wir machen das gemeinsam: Wir befragen unsere Leute, ihr macht den Rest, und wir informieren euch dann“, wie würden Sie dann reagieren?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Im Zuge der jetzigen BAO, in der ich tätig bin, arbeite ich mit dem Thüringer Verfassungsschutz wieder zusammen. Ich habe da keine Berührungsängste, muss ich ganz klar sagen. Ich denke, aus heutiger Sicht würde ich meine Maßnahmen parallel fahren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Parallel fahren?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dass Ermittlungstätigkeiten bei der Suche nach flüchtigen Straftätern nicht nachrichten-

dienstliche Aufgabe sind, da sind wir uns aber hoffentlich einig, Herr Wunderlich, oder?

**Zeuge Sven Wunderlich:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. - Sie erhalten den Entwurf des Protokolls nach Fertigstellung. Sie haben dann zwei Wochen Zeit für Korrekturen und Ergänzungen. Damit sind Sie mindestens für heute als Zeuge entlassen. Ich bedanke mich, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben.

Ich bitte das Sekretariat, sicherzustellen, dass der Zeuge die Räumlichkeiten hier so verlassen kann, dass er auch beim Verlassen nicht fotografiert und gefilmt wird.

Wir unterbrechen jetzt für eine Stunde, treffen uns hier um 16.30 Uhr zur Fortsetzung.

(Dr. Eva Högl (SPD): Brauchen wir eine Stunde? - Zurufe)

- Hier ist gerade die Anregung gekommen, dass wir nicht eine Stunde, sondern eine Dreiviertelstunde unterbrechen. 16.15 Uhr ist der Kompromiss.

(Unterbrechung von  
15.31 bis 16.22 Uhr)



**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf, bevor wir die Zeugenvernehmung fortsetzen, die Fotografen und die Kameraleute bitten, den Raum zu verlassen. Die Sitzung wird fortgesetzt.

Ich habe übrigens, Herr Kollege Kurth, vorhin vergessen, abzufragen, ob sich auf der Tribüne Vertreter des Landeskriminalamtes oder des Verfassungsschutzes von Thüringen befinden. Ich kann es ja mal nachholen: Ist jemand vom Landeskriminalamt oder vom Verfassungsschutz Thüringen heute unter uns auf der Tribüne? - Das ist wieder nicht der Fall.

#### **Vernehmung des Zeugen Egon Luthardt**

Ich begrüße Herrn Luthardt, der bei uns ausgewiesen worden ist als LKA-Präsident a. D.; das sei aber nicht der Fall gewesen. Das wird Herr Luthardt uns gleich noch mal erläutern können. Jedenfalls ist Herr Luthardt da, und ich darf den Zeugen zunächst darauf hinweisen, dass von der heutigen Vernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, wird die Aufnahme gelöscht. Der Entwurf des Protokolls, Herr Luthardt, wird Ihnen zugeleitet, mit der Möglichkeit verbunden, innerhalb eines Zeitraums von zwei Wochen Korrektur- oder Ergänzungsbedarf geltend zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 14. Januar 2013 erhalten, und es liegt eine Aussagegenehmigung für Ihren heutigen Zeugenauftritt vor, ausgestellt vom Innenministerium Thüringen, mit Datum vom 4. Januar 2013.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst wie folgt zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafge-

setzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem bisher von mir Vorgelegten Fragen, Herr Luthardt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Vielen Dank. - Ich habe keine Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann möchte ich Sie bitten, sich dem Ausschuss ganz kurz mit Namensangabe, Altersangabe und Berufsangabe vorzustellen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Mein Name ist Egon Luthardt. Ich wurde am 20. März 1953 geboren. Ich arbeite zurzeit als Referatsleiter im Thüringer Innenministerium, im Referat Verbrechensbekämpfung, bin 42 Jahre Angehöriger der Polizei, habe bis auf Verkehrspolizei alle Bereiche der Polizei kennengelernt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ganz kurz: Die für Ihre Ladung verwendete Anschrift - Innenministerium Thüringen - ist nach wie vor aktuell, entnehme ich Ihren Aussagen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ist aktuell.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Sie haben - wir hatten vorhin kurz darüber gesprochen - nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Befragung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. So-

weit Sie das tun möchten, haben Sie jetzt das Wort.

**Zeuge Egon Luthardt:** Vielen Dank. Ich möchte diese Möglichkeit gerne wahrnehmen. - Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie bereits gesagt, war ich von Mai 1997 bis Juni 2000 mit der kommissarischen Leitung des Landeskriminalamtes Thüringen beauftragt. In meinem Vortrag werde ich dann kurz auch noch mal darauf eingehen, welche Hintergründe es dafür gab.

Gerne nehme ich heute die Möglichkeit wahr, über die Aktivitäten und Maßnahmen der Thüringer Polizei bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Thüringen und zu den Umständen des Untertauchens des sogenannten Trios Stellung zu nehmen.

Gestatten Sie, bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, dass ich drei Vorbemerkungen mache.

Ich möchte voranstellen - und das ist aus meiner Sicht wichtig hier zu sagen -, dass ich den Beruf eines Polizisten bewusst gewählt habe. Mein Ziel war es damals, wo ich zur Polizei gegangen bin, für Recht und Gerechtigkeit einen Beitrag mit zu leisten. Ich wurde in meinem Elternhaus dementsprechend auch erzogen, die Grundwerte wurden mir vermittelt, und das wollte ich dann auch in meinem beruflichen Werdegang widerspiegeln. Das hatte maßgeblichen Einfluss auf meine berufliche Tätigkeit und meine Entwicklung.

Deshalb lassen mich die Verbrechen, die im Zusammenhang mit dem NSU stehen, nicht kalt. Vor allem berührt mich, dass es der Thüringer Polizei in den 90er-Jahren trotz umfangreicher und aktiver Maßnahmen nicht ausreichend gelungen ist, diese Zusammenhänge darzustellen und diese Straftäter dann später, nachdem sie geflüchtet waren, aufzugreifen und einer gerechten Strafe zuzuführen. Deswegen - und das sage ich ganz offen - gilt mein Mitgefühl den Opfern, die diesen brutalen Gewaltverbrechen, die wir nicht verhindert haben, zum Opfer gefallen sind.

Das Zweite - Sie haben mich schon belehrt, ich möchte es dennoch noch mal sagen -: Ich bemühe mich, offen, ehrlich und möglichst exakt die Abläufe zu schildern. Aber es ist sicher nicht einfach, nach etwa 15 Jahren alles noch so darzustellen, wie das abgelaufen ist. Einiges ist zwischenzeitlich verblasst, einiges hat man verdrängt,

aber es ist auch natürlich eine Informationsflut gerade zu diesen Ereignissen, und diese Informationen überlagern natürlich das, was man selber weiß, und deswegen kann es durchaus passieren, dass man subjektive Wahrnehmungsfehler macht. Das will ich vorweggeben.

Zum Dritten möchte ich wenige Sätze zum Landeskriminalamt sagen. Das Landeskriminalamt Thüringen hat ja mit der Gründung 1991 bis heute mehrere Phasen des Wachstums und der Entwicklung durchgemacht. Im Jahre 1997, wo ich zum Landeskriminalamt kam, war es natürlich, wie heute auch noch, zentrale Stelle der kriminalpolizeilichen Arbeit nach dem BKA-Gesetz und natürlich zentrale Informations- und Kommunikationsstelle, zentrale Stelle für die Datenermittlungen. Sechs Abteilungen waren damals vorhanden. Wenn Sie dazu nähere Auskünfte haben wollen: Ich habe das Organigramm dabei, könnte ich dann zu den Akten geben, wenn Sie das wünschen. Ich will nur so viel sagen, dass 1997, wo ich zum Landeskriminalamt kam, 527 Dienstposten eingerichtet waren. Davon waren 75 Prozent besetzt.

Zum eigentlichen Thema: Meine Verantwortung in Bezug auf das Nazitrio beginnt mit der Übernahme der Ermittlungszuständigkeit des Landeskriminalamtes gegen die sogenannten Bombenbauer im Jahre 1997 und setzt sich mit der Suche nach der Flucht Anfang 1998 fort.

Als Stellvertreter des Leiters des damaligen Fortbildungsinstitutes der Thüringer Polizei wurde ich 1995 zum Polizeipräsidium Thüringen abgeordnet und mit Einsatzaufgaben beauftragt. Im März 1997 erfolgte eine kurzzeitige Geschäftsaushilfe im Thüringer Innenministerium. Ich sollte dort befristet das Referat Verbrechensbekämpfung übernehmen, weil der Leiter, der dort eingesetzt war, die Aufgaben des stellvertretenden Leiters des Landeskriminalamtes in dieser Zeit wahrgenommen hat, und gleichzeitig war ich damit beauftragt, das Ergebnis einer Expertenkommission aus vier Bundesländern und dem Bund, die sich mit der Reorganisation des Landeskriminalamtes beschäftigt haben, für eine Pressekonferenz vorzubereiten.

Bei dieser Gelegenheit wurde ich vom Minister - das ist alles an einem Tag abgelaufen - erstmalig mit der Frage konfrontiert: „Sind Sie bereit, in das Landeskriminalamt zu gehen?“, weil er - damit meine ich Herrn Dr. Dewes als zuständigen Innenminister

damals - die Absicht hatte, im Rahmen dieser Pressekonferenz zwei Personalentscheidungen mitzuteilen. Das eine war die sofortige Ablösung des damaligen Präsidenten des Landeskriminalamtes Thüringen, Herrn Präsident Uwe Kranz, und der Einsatz eines neuen Kollegen.

Es gab ein kurzes Gespräch mit dem Minister, wo ich ihm vier Gründe nannte, von seinem Vorhaben abzugehen, insbesondere: Ich bin Thüringer, und - das muss ich auch hier offen sagen, weil das wichtig ist - ich komme aus der ehemaligen DDR und war dort Polizist geworden, und ich hielt die Zeit nicht für reif, dass man bereits 1997 Leute aus der ehemaligen Volkspolizei mit so herausragenden Aufgaben beauftragte. Das hat aber den Minister nicht abgehalten, gegen meinen Willen diese Entscheidung öffentlichkeitswirksam in einer Pressekonferenz kundzutun.

1997 - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was waren die weiteren Gründe, die nach Ihrem Dafürhalten dagegengesprochen haben, Sie mit dieser Aufgabe zu betrauen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Erstens war meine Herkunft - - weil ich die Situation in Thüringen kannte. Die Situation war nicht reif. Es gab nach wie vor Probleme, dass man mit ehemaligen Volkspolizisten sehr streng ins Gericht gegangen ist, vor allen Dingen, wenn sie im höheren Dienst waren.

Zweitens. Ich war bisher nie in einem Landeskriminalamt. Ich stamme zwar in meiner Entwicklungsebene aus der Kriminalpolizei und habe mit kriminalpolizeilichen Aufgaben viel zu tun gehabt in den verschiedensten Ebenen, aber ein Landeskriminalamt ist was ganz anderes. Das habe ich auch später gemerkt: 50 Prozent der Aufgaben, die dort auf mich zugekommen sind, hatte ich vorher noch nie kennengelernt. Das musste ich mir erarbeiten.

Das Zweite kam dazu: Ein Ministerium und auch ein Landeskriminalamt arbeiten sehr stark gremienorientiert, also Bundesländer-Arbeitsgruppen und Ländergremien. Auch dort hatte ich, weil ich bisher nur im operativen Bereich tätig war, keinerlei Erfahrung.

Und das Vierte war: Ich hatte in der deutschen Polizei keinen Namen. Auch das ist wichtig, wenn man zusammenarbeitet, weil gerade in der polizeilichen Arbeit vieles viel

einfacher geht, wenn man sich kennt, wenn man Netzwerke aufgebaut hat und unkompliziert miteinander umgehen kann.

Das waren die vier Gründe, die ich nannte. Die hat er akzeptiert, aber in seiner Entscheidung dann doch nicht beachtet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie kurz vorher war das?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das war am selben Tag.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Am selben Tag?

**Zeuge Egon Luthardt:** Um 13 Uhr war die Pressekonferenz. Früh um 8 Uhr hat er mir erstmals Kenntnis gegeben, dass er diese Absicht hat. Er hätte auch noch einen zweiten Kandidaten. Um 12.30 Uhr, wo ich das Handout für die Pressekonferenz vorgelegt habe, kam es dann zu dem Gespräch, wo ich diese vier Gründe nannte, und um 13 Uhr ist es dann bekannt gegeben worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Sie waren eigentlich zuständig für die Vorbereitung der Pressekonferenz, auf der Sie dann zum kommissarischen Leiter des LKA ernannt wurden?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay, gut. - Fahren Sie fort, bitte.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. - 1997, wo ich ins Landeskriminalamt kam - das ist, denke ich, auch wichtig zu sagen -, hatte eine fünfjährige Aufbau- und Wachstumsphase stattgefunden, die jedoch nicht abgeschlossen war. Also, wer heute behauptet, das Landeskriminalamt war 1997 voll funktionsfähig, der muss eine andere Wahrnehmung gehabt haben. Ich möchte das auch an wenigen Fakten deutlich machen: Jede vierte Stelle im Landeskriminalamt war unbesetzt. Durch Abordnungen, Krankheit, Zusatzaufgaben für andere Bereiche waren tatsächlich nur zwei Drittel des Personalbestandes vorhanden.

Wir waren gezwungen, um die Arbeitsfähigkeit herzustellen - das ist wahrscheinlich ein, sage ich mal, einmaliger Akt in der Bundesrepublik Deutschland -, innerhalb von drei Jahren 100 Absolventen der Polizeifach-

hochschule in das Landeskriminalamt umzusetzen, um überhaupt die Stellen vollzubekommen. Das heißt: eigentlich nicht machbar. Im Landeskriminalamt setzt man Kriminalisten ein, die in der Regel eine fünf- bis zehnjährige Berufserfahrung hinter sich haben. Eleven und Anlernlinge sind eigentlich nicht der richtige Weg. Aus heutiger Sicht war das damals gut. Jetzt haben wir nämlich die Leute ausgebildet; sie funktionieren heute gut. Aber damals war das für das Landeskriminalamt eine Last.

Was man auch wissen muss - auch das ist an der öffentlichen Wahrnehmung oftmals vorbeigegangen -: In der Aufbauphase des Landeskriminalamtes prallten unterschiedliche Interessenlagen zusammen. Der Aufbau des Landeskriminalamtes wurde von drei Bundesländern und dem Bund unterstützt. Dazu kamen Kollegen aus der Thüringer Polizei, aus der ehemaligen Volkspolizei. Das hat Auswirkungen gehabt. Ich habe damals einen Ost-West-Konflikt kennengelernt, den ich aus meiner vorherigen Tätigkeit am Bildungszentrum der Polizei und im Polizeipräsidium nie gekannt habe. Es gab ein Gerangel um Stellen und Macht und Einflussnahmen, was mich viel Kraft gekostet hat es einigermaßen zu beherrschen. Und das hatte Auswirkungen auf die internen Abläufe, hatte Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Arbeit, aber auch Auswirkungen auf das Betriebsklima.

Die führungsmäßige Zusammenarbeit zwischen Landeskriminalamt und der Landespolizei war zu diesem Zeitpunkt schlecht. Die Ursache war, dass die beiden Präsidenten nicht miteinander konnten. Das war unter anderem ein Grund, warum der Präsident Kranz damals gehen musste. Aber es gab auch Spannungen zwischen dem Präsidenten Kranz und dem damaligen Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz. Ich sage das bewusst auf dieser Ebene, auf der Führungsebene, weil es in der Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene funktioniert hat.

Das Landeskriminalamt - auch das muss man hier noch mal deutlich sagen - stand aufgrund verschiedener Vorkommnisse aus der Vergangenheit - - Also, wir hatten mehrere Affären gehabt. Nur mal so ein Beispiel, wo plötzlich das SEK vor einem Italiener stand und hat dort Maßnahmen durchgeführt, wo sich ein Ministerpräsident mit dem Innenminister zum Gespräch getroffen hatte. Die waren total erschrocken; unabgestimmt.

Es gab andere Vorkommnisse in - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** „Vor einem Italiener“ heißt: ein italienisches Restaurant, oder?

**Zeuge Egon Luthardt:** Italienisches Restaurant, ja. In Erfurt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nur fürs Protokoll.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. - Diese Geschichten hatten insgesamt in den Medien in Thüringen negativen Nachhall, und das Landeskriminalamt stand ständig, ich sage es mal, in der Medienschau. Das führte oftmals, auch bei jeder Kleinigkeit, die auch belanglos dann später war, zu Spekulationen, Gerüchten und Mythen, die da ausgegraben worden sind, und Behauptungen, die, ich sage es mal, schwer zu widerlegen waren.

Ein Beispiel dafür: Es wurde zum Beispiel behauptet, das Landeskriminalamt hört andere Polizeidienststellen ab. Ich habe damals eine Selbstanzeige erstatten müssen und eine Eigenuntersuchung durch den damaligen Hersteller der Telefonanlage - das war Siemens -, und im Ergebnis wurden alle Protokolldateien ausgewertet und die entsprechenden Prüfungen durchgeführt: Es war alles haltlos. Aber das hat zu Problemen, wie gesagt, geführt.

Mit diesen allgemeinen Rahmenbedingungen, die damals vorherrschten, die natürlich Einfluss auf die Arbeit haben, kamen natürlich auch behördeninterne Problemstellungen. Ich sagte ja schon: Im März 97 wurde der Vizepräsident abgelöst. Die Gründe kann ich Ihnen nicht nennen; die kenne ich bis heute nicht. Im April, einen Monat später, wird der Präsident des Landeskriminalamtes abgelöst. Der dritte Mann war der Abteilungsleiter Ermittlungen; der war zwei Jahre dauerkrank zu diesem Zeitpunkt, sodass also die Behördenspitze mit einem Schlag nicht funktionsfähig war. Und in dieser Situation kam ich dahin.

Auch in den drei Jahren, wo ich im Landeskriminalamt war, ist trotz mehrfacher Biten und Einflussnahmen nie ein Vertreter benannt worden, sodass ich eine Doppelspitze bilden musste, was letztendlich dazu geführt hat - das muss ich auch ganz deutlich sagen -, dass ich täglich zwölf Stunden und mehr im Dauerstress war. Wenn ich sage „zwölf Stunden“, meine ich auch das Wochenende mit dazu. Ich hatte alleine 2 500 Stunden zusätzlich geleistet in den drei Jah-

ren, wo ich im Landeskriminalamt war, ohne Ausgleich, ohne alles. Also, das war eigentlich eine Arbeit, die bis an das Machbare damals gegangen ist.

Ich muss dazu aber auch noch sagen: Nicht dass der Eindruck entsteht, weil das so war und weil die Rahmenbedingung schlecht war, habe ich mich gehen lassen, und das war mir alles gleichgültig. Genau das Gegenteil war es: Ich wollte beweisen, dass man was verändern kann. Ich wollte beweisen, dass man das LKA aus den Schlagzeilen bringt, und ich wollte auch beweisen, weil die Leute überwiegend sehr engagiert waren, dass man auch was leisten konnte. Das ist mir leider nur zum Teil gelungen.

Und letztendlich möchte ich vielleicht noch eine Geschichte sagen - auch das hat eine Rolle gespielt -: Es war damals üblich, dass ständig in die behördeninternen Abläufe reingeredet wurde von außen, direkt an die Linienorganisation herangegangen wurde, am Behördenleiter vorbei, sodass das natürlich dann dazu geführt hat, dass widersprüchliche Festlegungen getroffen waren, und letztendlich auch Verlust der Amtsautorität meiner Person damit beinhaltet hat.

Nun aber zu den Aktivitäten, die heute Gegenstand sind. Auch hier möchte ich voranstellen: Ich bin ja von Anfang an in der Thüringer Polizei aktiv gewesen. Mit der Gründung der Thüringer Polizei war ich stellvertretender Leiter der Polizeidirektion in Südthüringen, in Suhl, und habe de facto auch vier Jahre diese Dienststelle alleine geführt, weil mein PD-Leiter zum Innenministerium abgeordnet war und dort eine Aufgabe in Doppelspitze hat wahrnehmen müssen.

In dieser ganzen Zeit habe ich mehrere polizeiliche Einsätze geführt. Ich war bei der Erarbeitung von Konzeptionen, auch bei der Bekämpfung von Konzeptionen im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus, beteiligt, und ich kann sagen: Zumindest Führungsmäßig waren wir immer sehr engagiert, von Anfang an, und haben versucht, hier klare Linien zu fahren.

Im Einsatzgeschehen, denke ich, wurden wir von Jahr zu Jahr professioneller. Ich erinnere nur an die Heiß-Gedenktage. 1992 Rudolstadt ging daneben. Von da an haben wir sehr viel Herzblut reingelegt und haben alles getan, dass sich so was nicht wiederholt, und ich denke, das ist uns gelungen.

Wir haben dann später eine sogenannte Konzeption zur Verhinderung von Skinhead-

Konzerten erarbeitet und durchgesetzt, und wir haben jahrelang erreicht, dass solche Konzerte in Thüringen nicht stattfanden bzw. relativ schnell beendet wurden. Wir fuhren also, um das auch noch mal ganz deutlich zu sagen, Führungsmäßig ein klares Nulltoleranzkonzept in Thüringen, mit viel Aufwand. Aber dazu komme ich dann an wenigen Beispielen noch.

Als ich zum Landeskriminalamt gekommen bin, habe ich erstmals erfahren, dass es Probleme mit Rechten in Jena gibt. Das war mir vorher nicht bewusst; damit hatte ich mich auch nicht beschäftigt. Insbesondere meine ich hier April 96, die Geschichte mit dem Puppentorso mit dem Judenstern an der Autobahnbrücke der Bundesautobahn 4. Dann später eine Bombenattrappe im Fußballstadion in Jena und Ende 96, Anfang 97 drei Bombenimitationen als Briefpakete, die an die Stadtverwaltung, an die Polizei und, glaube ich, auch an eine Lokalredaktion einer Zeitung gegangen sind, die deutlich machten: In Jena entwickelt sich was; dort haben wir ein Problem.

Im September 1997 kam es dann erneut zu einem Vorkommnis. Es wurde dann erneut eine sogenannte USBV, unkonventionelle Sprengattrappe, gefunden, wieder in Form eines Koffers, mit Hakenkreuz bemalt, am Theatervorplatz in Jena. Kinder haben das gefunden. Die haben dann diese Geschichte beim Theater abgegeben, weil sie glaubten, das ist eine Requisite. Es stellte sich dann aber beim näheren Hinschauen raus, dass es doch mit Drähten und mit entsprechenden Sachen versehen war, sodass dann die Polizei informiert wurde und sich einschaltete.

Dort haben wir auch dann 10 Gramm TNT und schwarzpulverähnliche Substanzen gefunden, und mit dieser Geschichte hat dann das Landeskriminalamt im Herbst 1997 die Sachverhalte an sich gezogen und die Ermittlungszuständigkeit erklärt. Vorher war das LKA schon eingebunden, insbesondere im Bereich der Kriminaltechnik und bei der Spurensuche und -sicherung. Da war übrigens auch das Bundeskriminalamt, zumindest beim Bombentorso, schon mit eingebunden; aber dann haben wir es, wie gesagt, voll übernommen.

Die Ermittlungen, die dann hergestellt wurden, ergaben dann ein Bild, das insbesondere auf Bönnhardt hindeutete, dass der eine gewisse Rolle spielte; aber auch Zschäpe und Mundlos waren dann schon

namentlich näher im Visier. Wir haben dann Observationsmaßnahmen angeordnet in Jena, wollten wissen, wo die sich aufhalten, was die da treiben. Diese Observationsmaßnahmen durch das Landeskriminalamt brachten eigentlich keine Ergebnisse, sodass wir das erfolglos abbrechen mussten. Wir gaben aber nicht auf.

Wir haben dann erneut Observationsmaßnahmen angewiesen und haben, weil wir eigene Kräfte nicht hatten - - Wir hatten damals noch ein paar andere Sachverhalte gehabt, sogenannte Satansmörder; das war so ein Begriff, der da eine Rolle gespielt hat. Die mussten auch polizeilich bearbeitet werden. Es wurde das Landesamt für Verfassungsschutz dann beauftragt, die Observation in unserem Auftrag durchzuführen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nur ganz kurz, Herr Luthardt, dass wir das richtig einordnen können, weil Sie ja als Zeuge hier sind: Wir sprechen ja jetzt über den Zeitraum vor dem Rohrbombenfund und vor dem Untertauchen natürlich. Sind Sie in diesem Zeitraum davor, das heißt im Jahre 97, bezüglich der Maßnahmen, die Sie hier gerade vorge tragen haben, selber in Kenntnis gesetzt worden, oder ist das jetzt Aktenwissen im Nachhinein?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich war ja derjenige, der die Übernahme erklären musste. Der Präsident oder der Vizepräsident - den gab es aber nicht - ist grundsätzlich verantwortlich, Straftaten an sich zu ziehen. Es gibt ein Polizeiorganisationsgesetz. Da ist geregelt: Wann ist ein Landeskriminalamt originär zuständig, und wann kann ein Landeskriminalamt Straftaten ziehen? Das ist Ziehungsrecht. Wir haben das Ziehungsrecht wahrgenommen, und ich habe das angeordnet, dass der Fall zum Landeskriminalamt wandert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, es ist über Ihren Schreibtisch gegangen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Sie können sich auch an diese drei Namen noch erinnern?

**Zeuge Egon Luthardt:** Von da an ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. Also von 97?

**Zeuge Egon Luthardt:** Von 97, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Fahren Sie bitte fort.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Da habe ich erstmals damit zu tun gehabt. - Dann, wie gesagt, gab es diese Observation in der zweiten Ausfertigung durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Das war dann im Spätherbst 1997. Das Ergebnis, was dort kam, war aus unserer Sicht brauchbar. Wir hatten dort erstmals Kenntnis, dass da drei Garagen eine Rolle spielten, wo die sich aufhielten und wo es auch Bewegungen gegeben hat. Es war aber noch nicht deutlich genug.

Auf jeden Fall war das dann Grundlage dafür, mit der Staatsanwaltschaft sich zusammenzusetzen und darüber nachzudenken, ob wir die Ermittlungen wegen Vorbereitung eines Explosionsverbrechens dann aktivieren und vornehmen. Und letztendlich nach Spurenauswertungen, nach Vorlage aller Umstände haben wir dann entschieden, dass wir eine Durchsuchung beantragen. Diese Durchsuchung wurde dann auch bei der Staatsanwaltschaft Gera beantragt. Auch davon hatte ich Kenntnis. Das muss ich sagen: Von den Grundsatzentscheidungen hatte ich Kenntnis gehabt. Ich hatte natürlich nicht jetzt im Detail von den operativen Maßnahmen, was da alles gelaufen ist - - Das wusste ich nicht.

Und dann wurde diese Durchsuchung im Januar 1998, nachdem wir einmal verschieben mussten, weil andere operative Maßnahmen uns die Kräftesituation etwas geschmälert hatten, durchgeführt. Das Ergebnis kennen Sie: In der dritten Garage wurde dann diese USBV gefunden, und damit war klar, dass Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe, weil auch weitere Unterlagen gefunden worden sind, doch in Zusammenhang stehen und dass sie für diese Frage in Betracht kommen.

Um das noch mal deutlich zu sagen: Ausgangspunkt war ein Spurenvergleich. Dieser Spurenvergleich hat den Schluss zugelassen, dass wir von einer Tätergruppe ausgehen müssen, die Bezug zum rechten Spektrum hatte. Die Namen spielten eine Rolle. Bönnhardt konnten wir in einem Fall, weil wir DNA-Spuren hatten, sogar ganz konkret zu-

ordnen; bei den anderen beiden war die Spurenlage, so, wie ich mich erinnern kann, nicht ganz so deutlich. Aber wir wussten natürlich noch nicht, ob das - ich sage es jetzt mal - mit dem Bombenbasteln genau das war. Das wollten wir eigentlich bei den Durchsuchungen dann feststellen.

Auch das müssten Sie zwischenzeitlich wissen: Aus meiner Sicht war die Durchsuchungsmaßnahme des Landeskriminalamtes handwerklich nicht optimal. „Nicht optimal“ sage ich deswegen: Es darf nicht passieren, wenn man drei Garagen durchsucht und eine Voraufklärung durchführt, dass man nicht feststellt im Vorfeld, dass die eine Garage zwei Schlösser hat. Und das hat man vorher nicht erkannt, sodass man auch erst einen Schlüsseldienst brauchte, um diese Garage zu öffnen. Dadurch kam es zu Zeitverzögerungen. Das meine ich zum Beispiel mit „nicht optimal“.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und bei der Erwirkung des Durchsuchungsbeschlusses, dass man gleich drei Objekte in einen Beschluss fasst und das dem zuständigen Bönnhardt da übermittelt - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Es war ja vorgesehen. Es war vorgesehen, dass zeitgleich - das ist taktisch richtig - alle drei Objekte durchsucht werden. Die Durchsuchung hat um 6 Uhr früh, glaube ich, begonnen, auf einem konkreten Zeitpunkt. Bis man dann vor Ort ist und die Maßnahme macht, vergeht meistens dann eine Stunde. Dann hat man aber versucht, da zuzuschlagen, hat aber festgestellt, dass man bei der einen Garage bestimmte - ich sage es mal - Vorkehrungen im Vorfeld nicht getroffen hat.

Man hat zum Beispiel auch sich nicht getraut, an eine Person ranzugehen, der angeblich diese dritte Garage gehört hat. Das war ein gewisser Appel damals, der Name. Den Namen gab es in der rechten Szene, und man hat geglaubt, dass man in der rechten Szene da - ich sage es mal - Aufmerksamkeit erregt. Tatsächlich später wussten wir, es war ein Kriminalbeamter der KPI Jena. Auch das ist handwerklich nicht zu akzeptieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Mieter war auch nicht Herr Bönnhardt, dem der Durchsuchungsbefehl ausgehändigt worden ist, sondern Frau Zschäpe.

**Zeuge Egon Luthardt:** Die dritte Garage gehörte - - hatte die Zschäpe angemietet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber Bönnhardt sind alle drei Objekte genannt worden beim Durchsuchungsbefehl, woraufhin er natürlich genau wusste, dass früher oder später man diese Rohrbomben finden würde - unnötigerweise.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das kann ich zwar nicht so belegen, aber im Nachhinein wird das so dargestellt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das ergibt sich aus den Akten.

**Zeuge Egon Luthardt:** Wie gesagt, Details habe ich zum größten Teil schon, aber nicht alle, sodass ich das nicht, zumindest aus meiner Sicht, bestätigen kann, aber ich streite das auch nicht ab, im Gegenteil. Es sind hier einige Sachen abgelaufen, die mir persönlich also nicht gefallen haben.

Es gab dann auch hinterher - muss ich auch ganz offen sagen - bei der Auswertung dieser Maßnahme etwas Ärger im Landeskriminalamt, weil das war nicht professionell, wie man es erwartet. Ob das Einfluss auf das Ergebnis, auf die Wirksamkeit der Maßnahme hatte oder nicht, das kann man heute schwerlich beurteilen. Ich glaube, eher weniger, nein, aber dennoch: So was darf nicht passieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir machen die Befragung nachher, aber ich meine: Dass es Auswirkungen auf das Untertauchen des Trios hatte, dass man Herrn Bönnhardt völlig unnötigerweise mitgeteilt hat, dass man die dritte Garage auch noch durchsuchen will, das, lieber Herr Zeuge, ist nun wirklich sehr naheliegend. - Aber fahren Sie bitte fort. Die Befragung schließt sich an.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Also, wie gesagt: Das war nicht optimal. - Nachdem die dritte Garage aufgefunden wurde - - Auch da kam es zu einer zeitlichen Verzögerung nochmals, weil dann die Spezialkräfte, also die Bombenentschärfer, ranmussten: Eigensicherung, ist klar. Man wusste ja nicht, was man vorfindet. Man hat nur gesehen: Da liegen irgendwelche Sachen rum, Drähte usw., Zündvorrichtungen. Sind die scharf,

sind die nicht scharf? - So, auch da gab es noch mal zeitliche Verzögerungen.

Letztendlich war zu diesem Zeitpunkt Böhnhardt untergetaucht und - ich muss Ihnen recht geben - offensichtlich die anderen beiden Kumpane informiert, und die waren auch weg. Und dann kam die Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft, die vorher - - Es wurde ja geprüft, ob wir eine vorläufige Festnahme durchführen können. Das wurde von der Staatsanwaltschaft verneint und explizit sogar untersagt. Und man hat sich auch das Entscheidungsrecht vorbehalten, ob und wann eine Festnahme da ist. Es war wohl abgesprochen: Erst nach Durchsuchung und Vorliegen der Erkenntnisse wird darüber entschieden. Aber da war alles schon zu spät.

Und dann ist natürlich der Polizeiapparat angelaufen. Es sind dann in Größenordnungen operative Maßnahmen gelaufen in Jena: Durchsuchungen der Wohnungen. Es sind Fahndungsmaßnahmen, sowohl Nahbereichsfahndung, Öffentlichkeitsfahndung etc. - - Also, das ganze Programm ist durchgeführt worden, aber von Böhnhardt, Zschäpe und Mundlos gab es keinerlei Spuren mehr.

Und dann, wie gesagt, sind die Spuren, die dort sichergestellt wurden, ausgewertet worden und dann, was mich damals auch etwas verwundert hat, erst am 28.01. der Haftbefehl dann von der Staatsanwaltschaft beantragt und auch erlassen - - Und damit sind wir dann in die weiteren Maßnahmen eingetaucht.

Ich habe dann - das ist auch meine persönliche Verantwortung - eine Zielfahndung angeordnet. Von der Staatsanwaltschaft war festgelegt: zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen, Ausschreibung in INPOL, Ausschreibung in SIS - das ist das Schengener Informationssystem -, also international oder europaweit. Und wir haben eine Zielfahndung - - Das war nicht explizit von der Staatsanwaltschaft angeordnet, aber ich habe damals - -

Die Dienstvorschrift sah 1997 noch etwas anders aus, als sie heute aussieht. Sie bestand nur aus einem kleinen Absatz in der Vorschriftensammlung. Heute sind es mehrere Seiten. Deswegen konnte ich diese Möglichkeit nutzen, und ich musste sie nutzen, weil es operativ keine andere Chance gab. Wir hatten kein anderes Instrument als die Zielfahndung damals gehabt. Ich sage das hier ganz bewusst, weil Herr Schäfer in

seinem Gutachten, was mich persönlich etwas geärgert hat, schreibt: Es dürfte wohl der größte Fehler des damaligen Präsidenten des LKAs gewesen sein, eine Zielfahndung einzuleiten.

Und ich muss sagen: Ja, von den rechtlichen Voraussetzungen kann man durchaus sagen: Das war so eine Sache an der Grenze. Aber man hat Ermessen. Und zweitens: Taktisch, polizeitaktisch hatte ich keine andere Möglichkeit. Ich hätte nur noch eine Allgemeinfahndung machen können, und da weiß ich, was da rauskommt, nämlich nichts. Und wir haben damals diese Zielfahndung konsequent durchgesetzt.

Hier muss ich auch was sagen - auch das ist damals falsch rübergekommen -: Beim Landeskriminalamt gab es eine Ermittlungsgruppe TEX, hieß die, Terrorismus-/Extremismusbekämpfung. Diese Ermittlungsgruppe war schon existent, wo ich zum Landeskriminalamt kam. Die ist kurz vor meinem Erscheinen im Landeskriminalamt gegründet worden. Sie war Nachfolger einer Soko, die es vorher gegeben hat, die ihre Arbeit abgeschlossen hatte, nämlich die hatte ein Verfahren nach § 129, kriminelle Vereinigung, „Thüringer Heimatschutz“, als Auftrag gehabt. Das war abgeschlossen. Die zugeordneten Kräfte der anderen Polizeidienststellen wurden wieder in ihre Heimatdienststellen entlassen, und die Restanten, die daraus hervorgingen - die gibt es immer bei so gewaltigen Komplexen -, hat dann eine eigenständige Ermittlungsgruppe, die beim Dezernat Staatsschutz des Landeskriminalamts angesiedelt war - sieben, acht Leute waren das -, übernommen.

Und diese Ermittlungsgruppe, weil auch immer gesagt wird, die sind ins Nichts gefallen, die waren nicht vorbereitet - - Die stammten aus dieser Sonderkommission. Die sind zwei Jahre dort schon mitgelaufen, und sie haben auch diese ganzen Ermittlungen im Vorfeld, nämlich mit diesem Puppentorso, mit diesen Bombenattrappen am Theater etc., Stadion, alles als Ermittlungsverfahren durchgeführt.

Und diese Ermittlungsgruppe habe ich dann - das ist auch eine Behördenleiterentscheidung - beauftragt mit den weiteren Ermittlungen nach diesen drei, die zwischenzeitlich auf der Flucht waren. Gleichzeitig habe ich festgelegt - - Das war vielleicht nicht ganz richtig - heute würde ich es anders tun -, aber es war auch nicht falsch. Dieser Gruppe habe ich temporär zugeordnet: das



Zielfahndungskommando, das Mobile Einsatzkommando und bei Erfordernis weitere Kräfte.

Und mein Problem ist - das ist das zweite Ärgernis, was persönlich mir hier wehgetan hat -, dass zwischen dieser Ermittlungsgruppe, die den klaren Auftrag - - die eigentlich eine BAO, eine Besondere Aufbauorganisation, abgebildet hatte - zumindest hat sie die Aufgaben gehabt -, und der Zielfahndung: Diese Wechselwirkung hat nicht immer so funktioniert, wie ich mir das gerne gewünscht habe. Die Zielfahndung war oftmals alleingelassen. Ich habe es nicht gemerkt.

Sie müssen sich das auch so vorstellen: Behördenleiter - darunter gibt es einen Vertreter; der war nicht da -, Abteilungsleiter, Dezernatsleiter, Ermittlungsgruppenleiter, also vier Hierarchien. Und es ist leider so in solchen großen Organisationen, dass die Hierarchien auch Riesennachteile haben, nämlich eine Filterfunktion, und Sie kriegen oftmals nur das Gute gesagt, und das, was problematisch ist, lässt man weg. Man will ja befördert werden, man will ja gut dastehen, man will ja keine Kritik haben. - Ich habe es leider zu spät gemerkt. Ärgert mich, weil ich eindeutig heute zum Schluss komme: Die Dienst- und Fachaufsicht hat nicht so funktioniert, wie man das auch sich wünscht.

Welche Problemfelder sehe ich? Ich hatte es ja bereits gesagt, dass insgesamt, vom Grundsatz, vom Ansatz her die Thüringer Polizei einen klaren Auftrag hatte und klar eingestellt war im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Behauptung, die auch heute noch in den Medien kommt, die Thüringer Polizei sei auf dem rechten Auge blind, das kann ich persönlich nicht nachvollziehen, das kann ich nicht akzeptieren, weil die Mehrheit der Kollegen, die auch heute in der Thüringer Polizei noch vorhanden sind, eine sehr, sehr engagierte Arbeit leisten.

Natürlich - das muss ich anerkennen -: Es hat nicht alles optimal funktioniert. Es gab Querschläger, es gab Defizite. Ich komme gleich nochmals dazu. - Wir haben zumindest nicht weggeschaut. Wir haben uns engagiert. Wir haben uns bemüht, einen wirksamen Beitrag zu leisten. Heute muss ich anerkennen, dass wir Fehler gemacht haben, die wir nicht erkannt haben, und damit natürlich auch den entsprechenden internen Auseinandersetzungsprozess nicht geführt haben.

Zum damaligen Zeitpunkt - auch das muss man hier, denke ich, nochmals deutlich

sagen - verfügte die Thüringer Polizei und speziell das Landeskriminalamt nicht über die ausschlaggebenden Hinweise, um der drei habhaft zu werden. Heute weiß ich, dass es Hinweise gegeben hat, aber die waren nicht bei uns. Damals kannte ich das nicht. Ich komme da auch noch mal zu einem Beispiel, um das deutlicher zu machen.

Unter diesem Gesichtspunkt war das kriminalpolizeiliche und kriminaltaktische Vorgehen zur damaligen Zeit aus meiner Sicht sachgerecht, jedoch aufgrund fehlender konkreter Angaben erfolglos. Handwerkliche Fehler, wie Sie sie schon dargestellt haben, haben das natürlich noch erschwert. Aus heutiger Sicht muss ich einräumen, dass es Defizite im Informationsaustausch gab. Ich muss anerkennen, dass die Kooperation der Sicherheitsbehörden untereinander nicht so funktionierte, wie man das eigentlich von Sicherheitsbehörden erwartet.

Und ich möchte da noch einen Satz dazusagen: Das hing sehr stark von handelnden Personen ab. Wir haben Musterbeispiele des Zusammengehens, der Zusammenarbeit, und wir haben Sachen, wo es einfach nicht funktioniert hat, weil Leute nicht miteinander konnten. Es war sehr personenabhängig, zeigt aber wieder, dass es ein Führungsproblem gab und letztendlich ein Fachaufsichtsproblem. Auch das muss man aus heutiger Sicht, denke ich, so deutlich sagen.

Und weil wir das zumindest ein bisschen schon erkannt haben, haben wir damals, 1998 schon, die sogenannte ZEX, Zentralstelle Extremismusbekämpfung, eine kleine Stabsstelle im Gebäude, aber außerhalb der Räume des Landesamtes für Verfassungsschutz, wo zwei Kollegen des Landesamtes und zwei Kollegen des LKAs damals zweimal in der Woche einen Informationsaustausch betrieben haben, genau mit dem Ziel, die Informationen besser zusammenzuführen - -

Heute kann ich einschätzen: Hervorragend hat das funktioniert im Rahmen von Einsatzlagen, also Skin-Konzerte, Demonstrationen, wenn die Nazis da aufgerufen haben usw. Da hat das hervorragend funktioniert. Leider hat es bei der Fallbearbeitung nicht so funktioniert. Warum das so ist, kann ich nur raten. Ich sage einfach: Wir haben zumindest strukturell festgelegt, dass alle Informationen auf diesem Gebiet ausgetauscht werden. Also, ob das auf der anderen Seite genauso war, kann ich nicht beurteilen. Da müsste ich wissen, was dort für

Informationen konkret vorhanden waren. Das wusste ich natürlich nicht.

Es gab dann - auch das muss man sagen - 1999 erste Gerüchte - die kamen aus der Zielfahndung -, dass eventuell der Verfassungsschutz Informationen vorenthält bzw. eventuell sogar V-Personen, Vertrauenspersonen, in der Szene hat, die mit Informationen aus Polizeiwissen versorgt werden. Die damaligen Hinweise - es waren ja Annahmen; es gab keinerlei Fakten - haben wir geprüft. Es blieb bei der Annahme.

Und ich habe zwei Sachen gemacht. Das eine war: Ich hatte damals ein Gespräch gehabt mit Dr. Roewer, dem damaligen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, der das natürlich ganz konkret abgelehnt hat, dass es so was gegeben hat. Das ist für ihn nicht vorstellbar. Und ich hatte ja keine Gegenbeweise. Und das Zweite: Ich habe es natürlich meiner vorgesetzten Dienststelle, dem Thüringer Innenministerium, damals gemeldet, mit der Bitte, der Sache nachzugehen. Was im Konkreten gemacht wurde, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass dann 2001 - da gibt es wieder Belege - tatsächlich darauf reagiert wurde und auch damals festgestellt wurde: Es bleibt bei dieser Aussage. Es gibt keine Faktenlage. Es gibt keine Beweise, dass es anders gewesen ist.

Ein weiteres Problem, was unsere Arbeit beeinträchtigt hat, sind die unterschiedlichen polizeilichen Informationssysteme. Damit meine ich jetzt: zwischen den Ländern. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es acht verschiedene Informationssysteme bei den Polizeien. Zwischenzeitlich beherrschen wir die, weil es immer mit Schnittstellen zu tun hat; aber Sie kriegen zumindest Informationen, die nicht in dem Stellenwert ganz oben sind, nicht unkompliziert von A nach B. Das ist schwierig, das ist aufwendig, und das beeinträchtigt die Arbeit. Das ist besser geworden; aber damals haben wir das nicht beherrscht, und es ist uns nicht gelungen, mit der Einführung von INPOL-Neu eine homogene EDV-Landschaft in der deutschen Polizei zwischen Bund und Ländern herzustellen. Auch das, muss man hier ganz deutlich sagen, hat Einfluss gehabt.

Und ich möchte auch hier noch mal sagen aus meiner Sicht: Ich hatte keine Vorstellung, dass dort eine rechtsextreme Zelle sich entwickelt hat und dass da militante Aktionen gelaufen sind. Diese Vorstellung hatten wir nicht. Das war auch nicht Gegenstand - ich

sage mal - unserer Diskussionen und Auseinandersetzungen, weil daraus ergeben sich andere Strategien und andere Herangehensweisen. Und weil man das nicht erkannt hat und nicht gemacht hat, hat man das auch nicht umgesetzt.

Und wenn ein Herr Kranz, mein Vorgänger, behauptet, er hat - was weiß ich - 1994/95 schon vorausgesehen, dass es terroristische Zellen in Thüringen gibt und sich da was entwickelt, dann, muss ich sagen, ist er mir schuldig geblieben bis heute die Quelle. Ich habe im Nachhinein - ich bin ja auch vom Thüringer Untersuchungsausschuss befragt worden, genau in dieser Frage - alles versucht, zu ermitteln, ob es irgendwelche Belege und Hinweise gibt in Thüringen, die das darstellen. Ich habe keine gefunden. Das muss ich ganz offen sagen.

Ja, welche Lehren ergeben sich aus diesem Gesagten? Das Erste war, dass das Landeskriminalamt in der Umorganisation die Belange des polizeilichen Staatsschutzes stärker in den Mittelpunkt, in den Fokus zu rücken hatte. Das haben wir bereits 1998 begonnen. Zwischenzeitlich ist aus einem kleinen Dezernat polizeilicher Staatsschutz eine Abteilung polizeilicher Staatsschutz entstanden, aus der kleinen Zelle ZEX, Zentralstelle Extremismusbekämpfung, das Thüringer Informations- und Auswertezentrum, TIAZ, was, denke ich, zwischenzeitlich doch ganz gut funktioniert.

Zweitens wurde die Zusammenarbeit sowohl mit der Justiz als auch mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Anfang der - - also nach 2000 schrittweise verbessert. Wir haben jetzt auf allen Gebieten klare Konzepte und Absprachen. Zur Justiz zum Beispiel haben wir jetzt ein neues Papier, das in wenigen Tagen in Kraft gesetzt wird, wo die Zusammenarbeitsform weiter auf ein höheres Niveau gehoben wird.

Wir haben eine breit angelegte Diskussion durchgeführt, wie wir Zusammenarbeit verbessern können. Wir haben uns als Thüringen mit eingebracht. Wir sind in vielen Bund/Länder-Arbeitsgruppen inzwischen. Obwohl wir als kleines Land fast an der Grenze des Machbaren personell dort sind, arbeiten wir mit, zum Beispiel bei diesem Gemeinsamen Extremismuszentrum, was jetzt ja durch den Bundesinnenminister in Kraft gesetzt wurde. In dieser Arbeitsgruppe bin ich zum Beispiel selber mit. Ich habe jetzt mitgearbeitet in der Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit Verfassungsschutz-Polizei“ des

AK II und des AK IV, und dort werden diese Erfahrungen mit eingebracht. Und ich denke, zumindest als Thüringen: Wir haben die Absicht, hier eine sehr offene Zusammenarbeit zu führen.

Ein kleiner Verdienst, den ich mir zumindest mit auf die Fahne schreibe: dass das Trennungsgebot nicht mehr als erster Satz in der Zusammenarbeit steht. Natürlich gibt es das Trennungsgebot, aber das kann nicht der erste Satz sein, wenn man anders arbeiten will und Sie sich anders aufstellen wollen.

Also, das sind so die Fragen, die daraus abgeleitet wurden. Es hat sich also vieles entwickelt. Wir haben auch jetzt nochmals, um das jetzt abschließend zu sagen, in Thüringen eine Besondere Aufbauorganisation wieder geschaffen: „Zesar“ (?) nennt sie sich, Zentralstelle zur Extremismusaufklärung. Wir wollen wissen: Wer ist wer im rechten Spektrum? Wir wollen die Informationen, die wir aus dem politisch motivierten Bereich haben, mit der Allgemeinkriminalität verbinden und letztendlich wissen, was sich auch hinter den Kulissen abspielt, dass uns nicht irgendwo wieder Gewalt oder irgendwelche Waffen da plötzlich in Erscheinung treten und erneut wir vor einem Riesenproblem stehen. Das haben wir also gemacht.

Wir haben also gelernt aus der Vergangenheit, und ich hoffe, dass unsere Bemühungen beitragen, dass das, was wir damals falsch gemacht haben, zukünftig sich nicht wiederholt und vor allen Dingen dass wir das verloren gegangene Vertrauen, was wir natürlich als Polizei in der Bevölkerung haben, wiedergewinnen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Luthardt, vielen Dank für die einleitenden Bemerkungen. Ich glaube, man kann feststellen: Wir haben wenig Zeugen bisher gehört, die bereit waren, auch selbstkritisch über die Vergangenheit zu sprechen. Wir haben aber, glaube ich, noch keinen Zeugen gehabt, der uns darauf hingewiesen hat, dass er eigentlich eher ungerne seine Arbeit als Leiter einer Behörde übernommen hat, weil er sich eigentlich als dafür gar nicht geeignet betrachtet hat. So habe ich Sie jedenfalls verstanden: dass Sie sich eigentlich gewünscht hätten, der damalige Minister hätte sich nicht für Sie entschieden als kommissarischen Leiter des LKA in Thüringen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Fachlich habe ich das sehr gerne gemacht; aber ich muss immer wieder sagen: Es gehört auch die subjektive Seite dazu. Es muss gewollt werden, es muss akzeptiert werden. Sie müssen gerade in einer solchen Sicherheitsbehörde wie einem Landeskriminalamt in allen Teilen der Gesellschaft, bei Institutionen, bei nicht kommerziellen Bereichen, überall Anerkennung haben, und das war leider nicht so. Die Türen waren oftmals, wenn ich gekommen bin, verschlossen. Wer ist das überhaupt? Darf der das überhaupt? Arbeitet er nicht eventuell sogar für den KGB? - Solche Fragen sind mir gestellt worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wer hat Sie gefragt, ob Sie für den KGB arbeiten?

**Zeuge Egon Luthardt:** Zum Beispiel Vertreter der Wirtschaft. Wir haben ja auch eine enge Zusammenarbeit: Sicherheit in der Wirtschaft.

Und auf der anderen Seite muss ich wieder sagen: Ich war ja drei Jahre durch meine Tätigkeit Mitglied der AG Kripo, der Arbeitsgemeinschaft deutscher Kriminalämter. Da muss ich wieder sagen: Was ich dort erlebt habe an Zusammenhalt, an Engagement, an Zugehörigkeitsgefühl, an Solidarität, das war einmalig in meinem Leben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will nur, Herr Luthardt, als Vorsitzender einige einleitende Fragen an Sie stellen. Das Erste ist: Nachdem Anfang 1998 Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe untergetaucht sind und Sie dann, wie Sie uns gerade vorgetragen haben, veranlasst haben, dass es eine Ziel-fahndung gibt: Offenkundig - wir hatten vorhin Herrn Wunderlich als Zeugen hier zu Gast - gab es eine mündliche Weisung von Ihnen an die Gruppe, dass man dort entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringt. Haben Sie sich eigentlich fortlaufend unterrichten lassen über die Fortschritte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es gab eine schriftliche Weisung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann die genauen Daten nicht sagen, aber ich denke, das war Ende Januar 1998. Und zwar: Diese Weisung ist an den Abteilungsleiter 1 - - Da-



konnte das auch vorhin auf Nachfrage nicht genau datieren, meint aber, der Sachverhalt sei so, habe sich so zugetragen. Da sagt Wunderlich, bezogen auf das Trio, sinngemäß wiedergegeben, Sie hätten ihm gegenüber geäußert, dass die Zielfahndung sehr wahrscheinlich nie die Gesuchten finden würde. Und diese Ihre Äußerung, Herr Luthardt, erschien Herrn Wunderlich wunderbar. Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das habe ich vor einer Woche zu ihm gesagt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Vor einer Woche haben wir ein Gespräch gehabt. Da habe ich mit ihm über das Problem geredet. Da haben wir nämlich noch mal uns ausgetauscht: Warum haben wir die nicht gefunden? Da sage ich: Es könnte ein Grund sein, weil wir nach was gesucht haben, was wir nicht kannten, nämlich eine terroristische Zelle. - Das Gespräch hat vor einer Woche stattgefunden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, nein. Er hat das gegenüber der Schäfer-Kommission schon früher - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, aber das gab es nicht.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Er hat es  
genannt!)

- Ist ja möglich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er hat gesagt, das muss zwischen 2004 und 2008 am Rande einer Festveranstaltung gewesen sein.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist doch unlogisch. Wenn ich 1998 verfüge, eine Zielfahndung einzuleiten - - Diese Zielfahndung - das ist mir heute sehr bewusst - war grenzwertig. Man hätte es auch anders machen können, auch vom rechtlichen Standpunkt. Wir haben uns aber aus taktischen Gründen dazu entschieden, eine Zielfahndung zu machen.

Wenn ich mich für was entscheide, mache ich das bewusst, und dazu stehe ich auch. Ich bin heute nach wie vor der Auffassung: Das war das einzig Richtige, was wir tun konnten. Dann werde ich doch nicht acht

Jahre später behaupten: „Das war der größte Fehler“ oder so was. Das habe ich nicht. - Vor einer Woche, wie gesagt, haben wir darüber geredet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Entschuldigung, dann haben Sie mich falsch verstanden. Herr Wunderlich sagte, er hätte nach Einstellung der Fahndung - die war ja 2001 beendet worden - irgendwann im Zeitraum 2004 bis 2008 wohl im informellen Rahmen mit Ihnen ein Gespräch geführt, wo Sie ihm gesagt hätten: Das ist ja irgendwie klar, dass ihr die gar nicht finden konntet. - Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, nein. Ich kann mich nur an das Gespräch vergangene Woche - - weil das genau jetzt passt. Da haben wir genau zu dem Thema gesprochen. Aber das andere kenne ich nicht. Ich weiß nicht, wo er das jetzt hergenommen hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen bekannt, dass Herr Wunderlich im Jahre 2001 den Verdacht zu Papier gebracht hat, dass die Ermittlungstätigkeit der Polizei bewusst habe torpediert worden sein können durch die Verfassungsschutzmitarbeiter in Thüringen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist das Papier, was ich jetzt erst zur Kenntnis bekommen hatte; damals kannte ich es nicht. Ich war ja damals schon nicht mehr im Landeskriminalamt - ich war in der Polizeidirektion Gotha zwischenzeitlich umgesetzt -, bin ja 2000 dort weg, habe ich natürlich nicht gekannt. Das ist offensichtlich dieses Papier, was an die Justiz gegangen ist und was dann auch zu einem Gespräch zwischen zwei Staatssekretären geführt hat. Aber es ist im Wesentlichen der Inhalt, der 1999 schon mündlich von Herrn Wunderlich im LKA geäußert wurde und was dazu geführt hat, was ich vorhin sagte: dass es ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landesamtes gegeben hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat Ihnen Herr Wunderlich damals das gesagt, was er uns heute Vormittag oder heute am frühen Nachmittag gesagt hat, nämlich dass es gewissermaßen eine Verabredung zwischen der Zielfahndung und dem Verfassungsschutz gegeben habe, dass der Ver-

fassungsschutz das Prä habe, mögliche wissende Personen aus dem Bereich der rechtsextremistischen Szene zu befragen, und die Polizei nur in Absprache mit dem Verfassungsschutz eigene Befragungen durchführen sollte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Kenne ich nicht, und so was hätte es auch bei mir nicht gegeben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das hätten Sie nicht gebilligt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Zielfahndung ist eindeutig polizeiliche Aufgabe. Es gibt eine klare Trennung von Verantwortung. Das ist Polizei und nichts anderes.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Allerdings. Das sehe ich auch so.

**Zeuge Egon Luthardt:** Und das hätte ich nie, aber auch nie geduldet. Da hätte ich mich mit meinem schweren Gewicht quergelegt, hundertprozentig.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was war denn dann der Inhalt Ihres Gesprächs mit Herrn Roewer gewesen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das Problem war: diese Hinweise, Anmerkungen, dass Informationen abfließen an Quellen des Verfassungsschutzes und dass der Verfassungsschutz uns offensichtlich Informationen nicht gibt. Und da habe ich ihn konkret befragt, ob es so was gibt. Ich habe ja keine Vorhalte machen können, weil ich ja keine Beweise hatte. Und da hat Roewer das eindeutig abgestritten: So was gäbe es nicht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das Gespräch ungefähr?

**Zeuge Egon Luthardt:** 99. Aber genau kann ich Ihnen das jetzt nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und das ist auf Ihre Initiative hin zustande gekommen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich denke schon, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie sich an den Ablauf des Gespräches erinnern?

**Zeuge Egon Luthardt:** Schwer, weil wir fast jeden Monat über irgendwas geredet haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie war denn grundsätzlich Ihre Kooperation mit dem Leiter des Verfassungsschutzes Thüringen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, wir hatten ja vor allen Dingen durch die Bildung dieser ZEX, die wir 1998 gegründet haben - da ging es ja um die ganzen logistischen Voraussetzungen und auch Raumbereitstellungen und vieles - - mussten wir ja miteinander ständig reden. Also, es gab regelmäßige Gespräche, mindestens einmal im Monat. Es gab auch Gespräche zu inhaltlichen Fragen. Ich hatte im Wesentlichen keine Schwierigkeiten mit Dr. Roewer gehabt. Aber nochmals: Er hat das sehr locker alles immer dargestellt. Und gut, damit habe ich gelebt, und mehr konnte ich nicht tun. Ich hatte keine anderen Anhaltspunkte. Ich bin ein Mensch: Ich greife dann an, wenn ich Fakten habe. Ansonsten gehe ich etwas moderat und vielleicht manchmal auch etwas zu weich ran; das gebe ich ja ehrlich zu. Aber so bin ich halt erzogen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der Zeuge Melzer: Kennen Sie eigentlich Herrn Melzer persönlich?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Der Name sagt mir aber was.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. War aber auch Bediensteter in Ihrem damaligen Haus, des Landeskriminalamts. Er hat uns berichtet, es sei der Versuch unternommen worden seitens des Verfassungsschutzes, Einfluss zu nehmen auf Ermittlungstätigkeit gegenüber Leuten, wo angedeutet worden ist, das könnten V-Leute des Verfassungsschutzes sein. Ist Ihnen von solchen Vorkommnissen etwas bekannt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wenn Ihnen so etwas bekannt geworden wäre, wie hätten Sie darauf reagiert?

**Zeuge Egon Luthardt:** Dann hätte ich das Innenministerium verständigt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hätte das geholfen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das weiß ich nicht, aber zumindest wäre ich drangeblieben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch eine Frage, bevor die Fraktionen dann ihr Fragerecht nutzen. Sie haben vorhin gesagt, es sei damals, als Sie kommissarisch das LKA geleitet haben in Thüringen, üblich gewesen, dass an Ihnen vorbei politisch Einfluss genommen worden sei auf das Agieren Ihres Amtes. Wie ist das zu verstehen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Dass Fachreferatsleiter der Polizeiabteilung mit Dezernatsleitern oder Abteilungsleitern Absprachen getroffen haben über bestimmte Maßnahmen, die von der Behördenleitung weder gebilligt noch bekannt waren. Und dann hat man oftmals, je nachdem, wie die Kollegen waren - - Man hat es ja teilweise dann auch gesagt: Das bleibt unter uns. - Dann ist es halt meistens zufällig bekannt geworden, dass da irgendwelche Absprachen getroffen sind. Das gab oftmals richtig Ärger.

Ich kann mich an ein Vorkommnis noch erinnern. Da gab es eine - - Als Behördenleiter des LKAs, als amtierender, durfte ich an den sogenannten Referatsleiterbesprechungen im Innenministerium teilnehmen, wo ich damals mit dem Abteilungsleiter 4, Herrn Eggers, eine tüchtige Auseinandersetzung hatte, wo ich meinem Herzen Luft gemacht habe. Da bin ich das erste Mal laut geworden gegen einen Vorgesetzten des Innenministeriums. Dann hat es sich etwas gebessert.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Wann war das?)

- 1998. Da habe ich nämlich auch angedroht, dass ich meiner Abordnung - ich war ja abgeordnet; Abordnungen kann man nach sechs Monaten nicht mehr zustimmen, und damit können sie hinfällig werden -, dass ich dem nicht mehr zustimme. Dem ist man aber dann zuvorgekommen, indem man mich zum Landeskriminalamt versetzt hat, und dann

war der alte Zustand wiederhergestellt. Dann konnte ich mich wieder nicht mehr wehren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So. Wir beginnen mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Kollege Schuster, bitte.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Luthardt, jetzt muss ich noch mal Klarheit schaffen zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was der Herr Wunderlich heute Morgen gesagt hat. Herr Wunderlich sprach davon, dass die Staatsanwaltschaft Gera kein Zielfahndungserfordernis sah. Ich sage mal aus dem Gedächtnis: Er formulierte, erstens weil die dort eine geringe Beweislage sahen und zweitens eine niedrige Verurteilungswahrscheinlichkeit, und deswegen sei es nur zu einer sogenannten Unterstützungsfahndung gekommen.

Erste Frage, die ich habe, ist: Ich finde das eigentlich merkwürdig, dass eine Polizeibehörde, ein Landeskriminalamt eine polizeiliche Einsatzmaßnahme mit der Staatsanwaltschaft bespricht, für die es gar keine juristische Grundlage gibt in der StPO. Das hat mich schon heute Morgen gewundert; das konnten wir nicht aufklären. Und jetzt sagen Sie, Sie haben gar nicht mit der Staatsanwaltschaft gesprochen, sondern: „Das habe ich angeordnet, und zwar schriftlich.“ Können Sie das auflösen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Erstens. Die Staatsanwaltschaft hat die Fahndung nach diesen dreien angeordnet, aber nicht explizit eine Zielfahndung. Wir haben das bewertet - wenn ich sage „wir“: der zuständige Dezernatsleiter Fahndung, der zuständige Abteilungsleiter, meine Wenigkeit -, und wir sind zum Schluss gekommen: Das ist zwar grenzwertig, wir können; wir haben Ermessen. Die Staatsanwaltschaft ist natürlich für die rechtliche Seite verantwortlich und sagt das Was. „Was“ heißt: Fahndung. Das ist - - Das haben wir gemacht. Für das Wie, wie man eine Weisung der Staatsanwaltschaft umsetzt, auch schöpferisch umsetzt, ist die Polizei zuständig. Und wir haben diesen Spielraum genommen. Es gab auch nie Ärger deswegen. Ich weiß auch nicht, warum man das nicht gemacht hat, ob man das vergessen hat.

Klar, ich habe monatlich auch mit dem Generalstaatsanwalt - da gab es übrigens auch solche Runden - gesprochen. Es gab

nie irgendwas Gegenteiliges. Ob damals, was ich dann später öfters erlebt habe, die Ursache Geld war - weil Zielfahndung: wer anordnet, bezahlt, und Zielfahndung kostet Geld -: Das weiß ich nicht, ob das die Ursache war.

Ich gebe ehrlich zu: Jawohl, es war, rechtlich gesehen - und da bin ich sogar bei Herrn Schäfer eins zu eins in seinem Bericht, wie er es rechtlich bewertet -, es ist unerschwinglich gewesen. Man hätte es anders machen können. Ab 2004 hätte es die Zielfahndungsvorschrift nicht mehr erlaubt. 1997 war es noch möglich.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Warum wäre es nicht mehr erlaubt gewesen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Weil ganz strenge Kriterien zwischenzeitlich festgelegt wurden. Ich sage ja: Damals gab es einen Absatz in der Dienstvorschrift „Fahndung“, 384.1: Was ist Zielfahndung? Das war mit einem Absatz abgetan. Jetzt gibt es drei DIN-A4-Seiten in dieser Vorschrift, wo genau explizit vorgelegt ist, wie man damit umgeht; auch die rechtliche Seite ist stärker.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe: Mit dem Wissen von damals über diesen Fall würde man mit den Vorschriften von heute keine Zielfahndung machen können, selbst wenn es ein erfahrener Behördenleiter für richtig hielte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, richtig.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Ist das schon mal - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Es sei denn, man muss sich noch mal hinsetzen und muss den ganzen Kreis noch mal zusammennehmen und muss es insgesamt noch mal beurteilen. Weil ich ja sage, es ist ja oftmals auch Ermessen, auch bei der Justiz, wo man ansetzt. Das haben wir damals nicht gemacht. Wenn ich heute überzeugt wäre - also 2004, zu dem Zeitpunkt -, hätte ich mich beim Generalstaatsanwalt gemeldet und hätte gesagt: Wir setzen uns zusammen. Seht ihr eine Alternative? Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir Zielfahndung machen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nur die gibt es bis heute nicht in der StPO. Deswegen haben Sie recht: Das ist eigentlich gar keine Entscheidung der Staatsanwaltschaft. Aber ein anderes Thema - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, das ist nicht das Thema. Die Staatsanwaltschaft entscheidet nur über die Fahndung, nicht über eine Zielfahndung.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Genau. Da sind wir uns ja einig.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das Wie ist unsere Sache.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So. Und jetzt sind wir im Jahr 2013. Wenn heute ein solches Trio genauso agieren würde wie damals, dann würden Ihre heutigen Vorschriften eine Zielfahndung gar nicht mehr zulassen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Wenn man es so rechtlich bewertet, wie es jetzt zum Beispiel Dr. Schäfer bewertet hat, hätten wir ein Problem damit.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Warum? Gegen welche Kriterien würden wir da - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Vielleicht habe ich mich jetzt falsch ausgedrückt. Es ist wieder Ermessen. Auch diese neue Zielfahndungsvorschrift: Sie regelt es klarer, aber auch sie lässt Ermessen zu. Und wenn ich überzeugt bin - das sage ich auch ganz offen -: Wenn ich bis zum Präsidenten des Bundeskriminalamtes gegangen wäre, hätte ich eine Lösung gefunden. Dieses Ermessen ist da. Und wenn man von was überzeugt ist, kann man das. Das ist was anderes, wenn es rechtliche Verbote gibt. Über Recht kann ich mich nicht hinwegsetzen. Aber über Ermessensspielräume kann ich mich hinwegsetzen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Ich gehe davon aus - - Oder: Darf ich davon ausgehen, dass Sie diese neue Vorschrift mit den jetzt bekannten Umständen des Falles noch mal überprüft haben, ob das eigentlich so praxistauglich ist?



**Zeuge Egon Luthardt:** Noch nicht. Wir sind dabei, insgesamt die Fahndung zu überprüfen. Wir haben jetzt Schritt für Schritt Probleme geklärt. Da sind wir noch nicht so weit. Fahndung ist eine der nächsten Aufgaben, die wir neu ordnen wollen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich stelle jetzt die Frage zum ersten Mal. Ich weiß nicht, ob die schon mal ein Kollege gestellt hat. Sie sind ja gut vernetzt in Deutschland. Könnten Sie so über den Daumen sagen, wie es mit den Zielfahndungsrichtlinien anderer LKÄs aussieht und wie man heute dort diesen Fall sehen würde?

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, bundesweit haben wir ja erst mal die Polizeidienstvorschrift 384.1. Die regelt diese Zielfahndung jetzt explizit; das ist einheitlich. Und dann hat jedes Land - weil Polizei ist ja Landessache - einen sogenannten Landesteil. Das haben wir auch: Wir haben eine Landesvorschrift Zielfahndung für Thüringen. Die sind sich in vielen Punkten sehr ähnlich, aber gehen doch auseinander. Und das ist auch eine Frage, die eine Rolle spielt. Ich bin ja auch im UA FEK, Unterausschuss „Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung“, und da werden wir sicher darüber jetzt noch mal sprechen, wie wir auch damit umgehen. Aber so weit sind wir noch nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay, gut. - Jetzt noch mal zurück zur Ursprungsfrage. Noch mal: Herr Wunderlich sagte, die Staatsanwaltschaft sah keinen Anlass für eine Zielfahndung. Und deshalb die Frage an Sie: Können Sie noch mal bewerten, wie die Staatsanwaltschaft seinerzeit überhaupt diesen Fall eingeschätzt hat? Also, wie gesagt, er sagte heute Morgen, die haben geringe Beweislage gesehen, niedrige Verurteilungswahrscheinlichkeit. Wurde der Fall von der Staatsanwaltschaft eigentlich so - na, ich sage mal -, schon so ernst eingeschätzt wie bei Ihnen? Wenn Sie sagen „Zielfahndung“, dann haben Sie ihn ja ernst eingeschätzt; Zielfahndung ist ja nun eher Ultima-Ratio-Methode.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist natürlich jetzt für mich sehr schwer zu beurteilen, weil die Detailgespräche mit der Staatsanwaltschaft sind durch die operative Ebene geführt worden, durch den Leiter der Ermittler-

gruppe, durch den Dezernatsleiter, maximal Abteilungsleiter. Wir haben - wenn ich sage „wir“: Generalstaatsanwalt und ich - über Grundsatzfragen gesprochen. Wir waren eigentlich nie in Konflikt oder irgendwie, weil wir insgesamt natürlich - ich sage es mal - die Gedanken damals sehr stark orientiert haben: Wir müssen die bekommen. Wir waren also erst einmal auf Wirksamkeit aus und haben diese anderen Fragen ein bisschen - ich sage es mal - zur Seite geschoben.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn man also 45 bis 50 Fälle hat, Zielfahndung, -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - dann muss man ja jeden Tag Prioritäten setzen. Ihnen ist nicht bekannt, dass einer Ihrer Zielfahndungsmitarbeiter mal gesagt hat: „Wir machen jetzt was anderes; die StA sieht das sowieso nicht als so prioritär an“?

**Zeuge Egon Luthardt:** Zumindest ist es nicht an mich herangetragen worden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Jetzt zu der Frage - Sie haben das ja schon sehr konkret angedeutet -, das Thema Strukturermittlung, der Zusammenhang Strukturermittlung/Zielfahndung.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Können Sie das noch mal beschreiben? Ich hatte jetzt den Eindruck, so wie Sie es geschildert haben: Das waren unter Umständen sogar zwei verschiedene Abteilungen oder zumindest zwei verschiedene Referate, aber kein geschlossenes Team. Sie sprachen von einer BAO. Dann wären die ja in einer Organisation gewesen. Und ich habe Sie so verstanden - ich sage mal pointiert -: Sie hatten wahrscheinlich gar keine Strukturermittlungen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Doch, die gab es schon. Die EG TEX hatte genau diesen Auftrag gehabt, diese Ermittlungen zu führen. Das Problem war, dass dieser Auftrag in der Praxis nicht so umgesetzt wurde, wie er gestellt war. Jetzt sage ich es mal ganz salopp:

Wunderlich und seine Truppen haben sich engagiert und sind losgerannt mit einem Eifer, der einmalig ist - das muss ich mal sagen -, teilweise so eifrig war, dass sie sich manchmal sogar verrannt haben.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Hat er beschrieben.

**Zeuge Egon Luthardt:** Und das andere: Es gab eine zweite Truppe, die eigentlich verantwortlich war. Das kann ich aber aus heutiger Sicht, weil ich es damals nicht erkannt habe - - Die haben sich gefreut, dass die so losrennen, und haben sich zurückgelehnt und haben gesagt: Gott sei Dank machen die es; dann müssen wir es nicht machen. - Das ist mein subjektiver Eindruck, den ich heute gewonnen habe. Wenn ich es damals erkannt habe, hätte ich natürlich reagiert. Und das ist das, was ich vorhin auch meinte: Wenn man mehrere Hierarchieebenen dazwischen hat, dass dann diese Filter wirken, und man kriegt oftmals nur das schöne Bild gemalt und nicht das, was man braucht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also die operativ - - Ich sage mal: Die Arme und Beine - ich bleibe mal beim menschlichen Körper -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, genau.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - die Arme und Beine, das war die Truppe rund um Wunderlich usw., also die Zielfahnder.

**Egon Luthardt:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das Gehirn des Ganzen, das die ganze Sache durchdenkt, die Vernetzungen erkennt, war das dann Dressler und - -

**Egon Luthardt:** Dressler und Co, ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, okay.

**Zeuge Egon Luthardt:** Sie müssen es sich so vorstellen: Der Auftrag - - Die Zielfahndung ist ja immer nur ein Hilfsmittel, Mittel zum Zweck. Die Ermittlungsaufträge arbeitet eine Ermittlungsgruppe ab oder ein

Untersuchungsführer bei kleineren Fällen. Der ist verantwortlich für alles, auch, welche Mittel er einsetzt, welche Kräfte er einsetzt, wann er was macht usw. Dazu hat er Vorgesetzte. Die müssen ihm zur Seite stehen und müssen Rahmenbedingungen schaffen, dass er das machen kann, weil oftmals die Kräfte relativ schnell am Ende sind.

Normalerweise hätte es so sein müssen: Man hätte jede Woche sich zusammensetzen müssen in der Ermittlungsgruppe, und da saß ein Wunderlich mit dabei, und dann werden die Aufträge abgesprochen. Und dann wird aber auch eine Woche später abgerechnet, was konkret gemacht worden ist. Und das ist - - Sie haben zwar abgesprochen - diese Informationsbeziehung gab es, das weiß ich -, aber nicht so zielgerichtet, wie man das heute machen würde.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Diese beiden BKA-Beamten, die Ihre Behörde auf dem Abordnungswege unterstützt haben, Kriminalhauptkommissar Brümmendorf und Kriminalhauptkommissarin Beischer-Sacher, die waren in der Dressler-Gruppe?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kenne die beiden nicht. Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nicht, wo die tätig waren. Das weiß ich wirklich nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aha.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ist an mir vorbeigegangen. Die waren da, aber was sie genau gemacht haben, weiß ich nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, Sie wissen, dass zwei Hauptkommissare da waren? Das wissen Sie?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber nicht, wer das war und wo die - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Nein.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Sie müssen ja irgendwann analysiert haben, warum die Dressler-

Gruppe nicht funktioniert hat. Was haben Sie da rausgefunden?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, leider zu spät. Das war, kurz bevor ich das Landeskriminalamt wieder verlassen musste. Es lag einfach daran: am Engagement, an handelnden Personen. Das ist heute meine feste Absicht. Nämlich ich weiß, was man mit sieben oder acht Leuten leisten kann, wenn man zielgerichtet arbeitet. Da kann man viel bewegen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Würden Sie sagen, dass der falsche Umgang mit der Telefonliste auch darauf zurückzuführen ist? Weil es ist ja schon sehr - - Es ist ja schon wirklich schwierig, nicht zu erkennen, dass man die operativ abarbeiten muss.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, ich kann das nicht seriös belegen und beurteilen - das ist mein Problem -, aber denkbar schon.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie, dass die beiden BKA-Beamten die Einschätzung getroffen haben, dass diese Telefonliste für das hier geführte Ermittlungsverfahren ohne Bedeutung sei?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, weiß ich nicht, kenne ich nicht.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gut. Danke schön. - Dann würde ich jetzt an Herrn Schipanski übergeben.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Luthardt, einen schönen guten Abend! Herr Luthardt, ich wollte noch mal zu Ihren Eingangsbemerkungen kommen, wo Sie erzählt haben, Sie haben ja eigentlich - - In Ihrer ganzen Zeit, wo Sie da amtierender Präsident waren, waren Sie ja Doppelspitze gewesen, -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): - ohne Vize da im Einsatz, sehr, sehr viel zu tun gehabt. Sie haben noch mal die schwierige Personalsituation des LKA hier gerade verdeutlicht. War denn Ihr Minister über diese Situation informiert?

**Zeuge Egon Luthardt:** Selbstverständlich.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Und was hat der unternommen? Sie haben das ja sehr drastisch jetzt hier bei uns beschrieben.

**Zeuge Egon Luthardt:** Er hat mir versprochen, dass er Abänderungen herbeiführt. Es gab ja mehrere Gespräche. Also, mit dem Minister kommt man ja nicht ganz so oft zusammen; das geht auch gar nicht. Aber letztendlich gab es auch mit ihm persönliche Gespräche. Die meisten Gespräche gab es mit seinem Abteilungsleiter, Herrn Eggers. Und es gibt auch von mir schriftliche Vermerke - das hängt aber jetzt mit meinem persönlichen Werdegang zusammen -, wo ich zum Beispiel meine Bereitschaft, eine Abordnung zum Landeskriminalamt zu verlängern, nicht mehr akzeptiere oder mache, weil diese entsprechende Unterstützung nicht gewährleistet wurde. Es wurde immer versprochen, versprochen, versprochen: Nächste Woche kommen die Leute, da kommt was usw. - Und es ist nie was passiert.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): War denn der Minister - Sie haben das ja vorhin sehr eindrucksvoll beschrieben; Sie haben von Spannungen gesprochen zwischen den Sicherheitsbehörden, wenn man jetzt mal das LfV nimmt und das LKA nimmt - über diese Spannungen informiert, die es da gab?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Es war ja so deutlich, dass zum Beispiel mit Herrn Kranz die Polizeispitzen nicht mehr gesprochen haben. Selbst die Referatsleiter im Innenministerium: gab es keine Kommunikation mit Herrn Kranz. Herr Kranz hat dann noch einen Ansprechpartner gehabt, das war der Abteilungsleiter, und das war der Minister selber. So hat sich die Situation zum Schluss zugespitzt, bevor er dann gehen musste.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. Aber zwischen Ihnen und dem damaligen Chef des LfV war das Verhältnis günstiger, oder?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es war nicht optimal, alleine schon von der menschlichen Seite. Also, ich sage es mal: Wir haben nicht zusammengepasst. Aber es war nicht feindselig, das war nicht böseartig oder sonst was.

Wir haben uns gefunden, es gab Termine, wir haben gesprochen, aber sehr sachlich, mehr auch nicht.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Aber Sie haben auf der anderen Seite heute gesagt, dass es auf der Arbeitsebene zwischen LKA und LfV besser geklappt hätte. Nun haben wir hier Zeugen gehört, den Herrn Melzer, jetzt auch den Herrn Wunderlich, wo unser Eindruck eigentlich ist, dass da die Zusammenarbeit also auch keinesfalls optimal war.

**Zeuge Egon Luthardt:** Optimal war es natürlich nicht. Wenn ich sage, aber besser - - Es gab eine Zusammenarbeit. Die Frage ist halt bloß: War die strukturiert? Und was nützt Ihnen eine Zusammenarbeit, wenn sich zwei Sachbearbeiter über einen Sachverhalt unterhalten und auch austauschen und letztendlich dieser Sachverhalt in der weiteren Bearbeitung keine Rolle spielt? Weil man hat miteinander geredet und hat sich auf die Schulter geklopft, aber es sind keine Konsequenzen abgeleitet worden: klare Festlegungen, keine klare Abarbeitung. Und das ist immer die Gefahr, wenn das auf diesen Ebenen geschieht: dass man sich zwar gegenseitig informiert und glaubt, auf der höheren Ebene funktioniert das auch so, was aber dann nicht geschehen ist. Das sind die eigentlichen Probleme. Das sind strukturelle Probleme aber, die wir hatten in der Zusammenarbeit. Und die lagen auch daran wieder, dass bestimmte Leute im Führungsbereich nicht miteinander konnten.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. - Nun hat der Herr Wunderlich vorhin ausgesagt, dass er also gebeten wurde, als er mit der Zielfahndung beauftragt wurde, in dem rechten Milieu also erst verzögert tätig zu werden; er solle erst mal das LfV da die V-Leute abchecken lassen und Ähnliches. Waren Sie über dieses Vorgehen informiert?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Das Einzige, was klar abgestimmt war: Die Thüringer Polizei, auch das Landeskriminalamt, hat im Bereich der politisch motivierten Kriminalität, weder links noch rechts noch sonst wo, V-Leute geführt. Wir hatten dort keine. Da gab es eine klare Absprache. Wir hatten zwar die rechtlichen Voraussetzungen, wir hätten es machen können, aber es war die Absprache:

Das macht das Landesamt, auch, um keine Konflikte und Überschneidungen zu haben.

Zweitens. Das hing auch ein bisschen mit der Historie zusammen: Es gab viele Probleme noch aus der Vergangenheit. Das musste in den Köpfen erst klargerückt werden. Übrigens auch bis heute machen wir das in Thüringen nicht. Auch Bayern macht es nicht. Sondern wir haben die rechtlichen Voraussetzungen, aber es bleibt beim Landesamt in der Federführung. Diese Regelung, die kannte ich, und die ist auch bewusst durchgesetzt worden. Das andere kannte ich nicht.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Das heißt, bei der Zielfahndung war das schon häufiger, dass auch Ihre Zielfahnder in der extremistischen Szene eingesetzt wurden, oder war das mal in dem Falle eine Ausnahme?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, hier gab es ja einen klaren Auftrag. Ich halte nichts von Wildern. Und das ist immer die Gefahr, dass operative Leute dann - ich sage es mal - im Eifer, im Engagement dann plötzlich losmarschieren und dann Sachen machen, um erfolgreich zu sein. Ist ja erst mal nicht negativ; aber es könnte natürlich hinterher rechtliche Probleme geben, dass die ganze Sache - ich sage es mal - überhaupt nicht verwertbar ist, wenn man nicht sauber arbeitet. Deswegen immer klare Absprachen. Es geht immer um die Wirksamkeit. Zum Schluss brauche ich ein Ergebnis, was ich verwerten kann. Aktivismus hilft niemandem.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Ja, aber daher waren wir ja so verwundert, weil der Herr Wunderlich wiederum ein sehr aktiver Beamter ist. Und dass der jetzt sagt: „Ich lasse erst mal das LfV einen Monat da arbeiten, bevor ich tätig werde“, ist ja schon erstaunlich.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist jetzt seine Sicht so, dass er es so gemacht hat; das war mir nicht bekannt.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. - Ich habe, Herr Luthardt, noch eine Frage. Sie haben am Anfang in Ihrem Eingangsstatement dargestellt, dass in die behördeninterne Organisation von außen ein-

gegriffen wurde und teilweise Amtsautorität untergraben.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Wer ist denn damit gemeint? Oder: Wer hat denn eingegriffen? Ist das Politik, ist das von Wirtschaft, oder was?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, nein, nicht die Politik. Das waren Referatsleiter und Referenten aus dem Innenministerium, die direkte Aufträge - - Normalerweise gibt es eine Organisationshoheit; die liegt beim Behördenleiter. Wenn ich etwas heute habe, ein Problem, was eine Behörde zu erledigen hat, wende ich mich an den Behördenleiter. Der kriegt den Auftrag. Ein Ministerium hat die Möglichkeit, diese Aufträge zu erteilen, und dann wird das abgearbeitet. Es ist unüblich, dass man an weiter unten angeordnete Stellen unmittelbar rangeht. Zum Beispiel unmittelbar an das Dezernat Staatsschutz ist man rangegangen und hat gesagt: Macht schnell einmal eine Personenaufklärung zu der und der Sache. - Davon weiß die Behördenleitung nichts. Das kostet Kraft, das kostet Kapazitäten. Wenn Sie den einen Schwerpunkt gesetzt haben und plötzlich ein anderer reinredet: Aha, oberste Dienstbehörde; da können wir nicht Nein sagen; wir wollen ja noch was werden in dieser Polizei. - Also wird das vorgezogen und das andere nach hinten. Damit wird der eigene Auftrag nicht so abgearbeitet, und auf Dauer und wenn das sich wiederholt, ist das Amtsautorität, was verloren geht.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das heißt, Sie haben das dem Staatssekretär dann gemeldet, oder wie lief das?

**Zeuge Egon Luthardt:** Mit dem Abteilungsleiter hatte ich hier - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Mit dem Abteilungsleiter gesprochen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Der war informiert und hat faktisch dieses Verhalten der Referatsleiter dann geduldet.

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, ich habe - - Andersrum: Ich habe es festgestellt, habe mehrfach aufmerksam gemacht. Das hat sich nicht gebessert. Daraufhin habe ich die Möglichkeit dann genutzt, in einer Referatsleiterbesprechung im Innenministerium, wo alle Referatsleiter und der Abteilungsleiter anwesend waren, diese Probleme bei Ross und Reiter zu nennen. Ich habe dann Beispiele gebracht. Und da hat es sich dann etwas geändert. Dafür hatte ich aber auch ein bisschen Probleme dann hinterher, ist ja klar.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ich habe noch mal eine Frage: Zu der Sache mit den Garagen in Jena gab es ja auch im Thüringer Landtag ein gewisses Nachspiel. Das war im März 1998. Da gab es eine mündliche Anfrage eines CDU-Landtagsabgeordneten, ob zum Untertauchen des Trios Versäumnisse, die zu verhindern waren, beigetragen hätten. Diese Frage wurde dem damaligen Innenminister gestellt, und der sagte dann kurz und bündig Nein, ohne weitere Ausführungen zu machen. Haben Sie denn - - Hat sich der Minister vorher beim LKA, bei Ihnen, erkundigt? Haben Sie diese Stellungnahme des Ministers vorbereitet?

**Zeuge Egon Luthardt:** Hundertprozentig. Es ist üblich so. Ich kann das jetzt im Einzelfall nicht sagen. Aber ich sage, das ist üblich; das gibt es eigentlich sonst nicht. Das Landeskriminalamt - das ist heute noch genauso - wird zur Stellungnahme aufgefordert; das Landeskriminalamt bringt die fachliche Meinung. Diese fachliche Meinung geht in das Ministerium zum zuständigen Fachreferat und wird dort natürlich jetzt in einer gewissen abstrakten Form verarbeitet, weil der Bericht ist dann immer etwas sehr lang. Das kann man natürlich in einem Landtag den Abgeordneten nicht antun, jedes Detail zu bringen. Das wird dann in ein Komprimat zusammengedrängt. Und da wird natürlich auch - ich sage es jetzt mal; das ist auch nicht unüblich - schöngeschrieben. Ich sage das so, wie es ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das heißt, die Fehler, die uns jetzt heute bekannt sind, mit den Durchsuchungsbeschlüssen, dass man das hätte trennen müssen, diese zeitliche Verzögerung, das Schloss, was da war - - Das waren ja Fehler, die waren ja faktisch damals bekannt, aber das wurde nicht nach oben gemeldet.

**Zeuge Egon Luthardt:** Der Bericht, der damals von der Durchsuchungsgruppe um Neusüss - - Dressler war ja nicht da. Das ist übrigens auch noch ein Fehler, dass der zuständige Ermittlungsgruppenleiter, der für die Durchsuchung zuständig war, zu diesem Zeitpunkt zum Lehrgang geht und seinen Stellvertreter damit beauftragt - habe ich auch nicht gewusst als Behördenleiter. Das war auch ein Grund, wo es Krach gegeben hat, weil man so nicht miteinander umgeht.

Dieser Bericht - das kann ich hier mit Sicherheit sagen - lag dem Innenministerium vor. Und dort werden zumindest diese Probleme, was ich vorhin sagte, mit der Garage - da stand natürlich nicht drin, dass der zum Lehrgang war; das hat man elegant weggelassen -, dass ein zweites Schloss dran war und solche Sachen, dass es nicht synchron abgelaufen ist, wie es eigentlich die Taktik war - - Das steht da drin. Und das war damit auch dem Innenministerium bekannt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das war dem Innenministerium bekannt. Und dennoch - - In der Nachschau hätten Sie da wie der Minister auch mit Nein geantwortet, wenn Sie nach Versäumnissen gefragt worden wären?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich hätte geantwortet: Es gab kleinere Probleme, die auf das Gesamtergebnis aber nach Gesamtbeurteilung keinen Einfluss gehabt hätten.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Aha, das ist ein interessanter Hinweis. - Gut, danke.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das sage ich jetzt mal aus dem Bauch heraus so. So hätte ich geantwortet.

**Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke:** Das Fragerecht würde nun wechseln zur SPD-Fraktion. Die Frau Dr. Högl hätte das Wort.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Luthardt, ich möchte mich zunächst zu Beginn der Befragung noch mal bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie das hier alles so einräumen, welche Fehler gemacht wurden. Das fällt Ihnen sicherlich auch nicht leicht, und wir wissen das sehr zu schätzen; denn unsere Aufgabe hier im

Untersuchungsausschuss ist es ja, herauszufinden, wo die Fehler gelegen haben. Und es müssen ja Fehler gemacht worden sein; sonst hätte man das Trio frühzeitig gefunden, sonst hätte es nicht unerkannt morden können und Sprengstoffanschläge und Banküberfälle verüben können.

Es müssen Fehler gemacht worden sein, und wir haben hier schon - das hat der Vorsitzende vorhin ja auch gesagt - viele Zeugen erlebt, die rundweg ablehnen, auch nur ansatzweise einzugestehen, dass in ihrem Verantwortungsbereich auch Dinge nicht so gelaufen sind, wie sie hätten laufen sollen oder wie sie optimal gewesen wären. Also, ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, Herr Luthardt, dass Sie uns hier helfen, dem näherzukommen, woran es möglicherweise gelegen hat.

Dass da am Anfang in Thüringen eine ganze Reihe von Fehlern auch gemacht worden sind, das haben wir hier ja auch schon festgestellt. Wir hoffen, dass wir daran gemeinsam so arbeiten können, dass wir auch dafür Sorge tragen, dass diese Fehler hoffentlich nicht wieder gemacht werden. Also, vielen Dank zu Beginn.

Ich möchte Sie gerne noch mal zu der Situation in Ihrem Landeskriminalamt fragen, und zwar Dressler/Wunderlich, die Zusammenarbeit, die nicht gut funktioniert hat. Das haben Sie hier sehr ausführlich dargestellt. Können Sie uns noch mal sagen: Als Sie davon erfahren haben, was haben Sie denn in diesem konkreten Fall unternommen, dass das besser funktioniert zwischen den beiden? Sie haben das ja sehr spät erst erfahren. Sie haben ja gesagt, das ist Ihnen lange Zeit nicht zugetragen worden. Können Sie da noch mal sagen, ob Sie irgendwas veranlasst haben?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich habe ja ganz bewusst vorhin noch mal diese Behördenhierarchie dargestellt, diese vielen Ebenen. Das ist tatsächlich bei großen Behörden das Problem, weil ein Behördenleiter kümmert sich um Grundsatzfragen. Er kümmert sich um Personalfragen, er kümmert sich um den Haushalt. Und eigentlich, wenn er das alles schon richtig macht, hat er eigentlich keine Kraft mehr operativ. Der Stellvertreter ist eigentlich der Operative, der das zusammenhält und letztendlich eigentlich den Behördenleiter nur informiert, wenn es von der Norm abweicht.

Da es diesen Stellvertreter aber nicht gab, sind hier natürlich Probleme aufgetreten, erstens dass die Kraft nicht da war. Man hat sich auch daran gewöhnt, dass ich zwar jeden Tag 16 Stunden auf der Dienststelle war, teilweise, aber nicht rumkomme. Dann hat man mich teilweise auch geschont - die Kollegen waren ja auch ganz nett teilweise -, sodass man natürlich über lange Zeit bestimmte Probleme nicht erfährt.

Was ich dann mitbekommen habe relativ spät - aber das war dann schon 99 -: dass die Zielfahndung absolut überfordert war von der Belastung her.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie dann etwas veranlasst, Herr Luthardt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Da war aber - ich sage es mal - die Hauptlast der Zielfahndung erledigt. Das Problem war in der Anfangsphase 1998. 99 waren die Aktivitäten - ich sage es mal - erheblich nach unten gegangen von der Belastung her.

Das war die eine Seite. Wir konnten immer nur versuchen, dass wir die Leute stabil haben. Ich weiß, ich habe sie damals mit materiellen Mitteln, also dass sie ein ordentliches Auto kriegen, einen ordentlichen 5er BMW, und alles, dass sie etwas beweglicher waren - - Das waren ja so Kleinigkeiten, die man da schon helfen konnte. Die großen Sprünge waren es nicht.

Aber das andere, muss ich ehrlich sagen, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist auf der Strecke geblieben.

**Zeuge Egon Luthardt:** - dass man weggedrängt hat, das ist absolut vor mir verborgen geblieben lange Zeit. Und wo ich es dann mitbekommen habe, das war kurz vor meinem Weggang im LKA.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Luthardt, es ist ja ein entscheidender Fehler gemacht worden - das ist heute schon angesprochen worden -: Die Adressliste, die gefunden wurde in der Garage, ist nicht ordentlich bearbeitet worden. Die wäre ja auch ein guter Ausgangspunkt für die Zielfahndung gewesen; das wissen wir heute.

Wie können Sie sich das denn erklären, dass die Adressliste bei Herrn Dressler, in seinem Bereich, vorhanden war, aber zu den

Zielfahndern nie gelangt ist? Ist das allein keine gute Zusammenarbeit, oder gibt es da auch Eitelkeiten, oder haben Sie irgendeine Erklärung dafür? Sie werden sich das ja auch bestimmt gefragt haben, wie das angehen kann, dass so eine wichtige Information nicht an die richtige Stelle in Ihrer Behörde gelangt.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das kann man normalerweise nicht erklären. Das ist grundsätzliches Handwerkszeug in der Zusammenarbeit. Ich sage es nochmals: Wenn das so funktioniert hätte, wie man sich das gewünscht hätte - es gibt diese Ermittlungsgruppe, die die Federführung hat -, und man einen sauberen Untersuchungsplan macht - - Anders geht es ja gar nicht. Ich kann ja bei Hunderten von Aktivitäten - - Das kann ich ja nicht alles aus dem Gedächtnis machen, das muss ich ja irgendwo niederschreiben. Also sage ich klipp und klar: Welche Maßnahme wird durch wen bis wann mit welchem Umfang und mit welchem Aufwand betrieben? Diese Frage, die hat nicht funktioniert, dieses Problem. Und damit - ich sage jetzt einfach mal - Schlamperhaftigkeit - - Das ist aufgrund der Belastung, der Operativität und der vielen Aufgaben, die gleichzeitig zu lösen waren, einfach an der Seite - - Das hat der eine nicht gemerkt, und der andere hat es nicht gewusst. Und damit kam das nicht zustande. Das ist meine Erklärung; ich kann es nicht begründen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich komme mal zu dem Thema Unterstützung. Sie hatten ja Unterstützung angefordert, oder das war in der Diskussion, die Zielfahnder zu unterstützen durch den Herrn Melzer. Das hat uns Herr Wunderlich auch gesagt, dass er das gerne wollte, damit er auch Erkenntnisse aus dem Bereich des Rechtsextremismus - - Waren Sie an dieser Entscheidung beteiligt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Deswegen - war ja vorhin der Name - habe ich gesagt: Ich kenne Herrn Melzer vom Namen her. Aber welche Rolle er gespielt hat in unserer Behörde - ich sage ja, wir waren doch über 400 Leute damals -, kann ich nicht sagen. Und das - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und Sie waren auch an der Entscheidung, dass er nicht in die Zielfahndung kommt -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - als Unterstützer, nicht beteiligt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ist für mich total neu. Das ist heute das erste Mal, wo ich davon erfahre. Ich weiß nur, dass im Kollegenkreis, also im Führungskreis, Herr Melzer keinen guten Namen hat im LKA.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Keinen guten Namen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Keinen guten Namen hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Warum nicht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Er wird als der Zauberlehrling, der aus dem Bauch alles herauszaubert und dann Luftblasen erzeugt - - So wird er eingeschätzt. Ich könnte mir vorstellen, dass dann jemand in der Hierarchieebene gesagt hat: Wir brauchen Leute, auf die man sich verlassen kann, die funktionieren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, es ist dann auf einer anderen Ebene weiter darunter -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, ich gehe davon aus.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - entschieden worden, dass er nicht dazukommt. Also, Sie waren daran nicht beteiligt.

Hatten Sie die Unterstützung durch das Bundeskriminalamt angefordert? Oder waren Sie da mit beteiligt? Es waren ja auch im Landeskriminalamt Thüringen zwei Beamte -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - des Bundeskriminalamts und haben unterstützt, unter anderem auch die Asservate ausgewertet.

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, das kannte ich auch nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das hat dann Herr Dressler selbstständig gemacht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Also, das heißt sein Abteilungsleiter.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann komme ich noch mal zu sprechen auf die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Das ist ja heute auch schon thematisiert worden. Sie haben es ja selbst auch angesprochen.

Sie haben vorhin gesagt - ich will nur noch mal sichergehen, dass ich das richtig verstanden habe -, dass Sie den Vermerk, den Herr Wunderlich angefertigt hat, vom 14. Februar 2001 nicht kennen, erst im Nachhinein gesehen haben, weil Sie da nicht mehr Präsident des Landeskriminalamts waren.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie waren bis 2000 Präsident.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich war konkret bis Juni 2000.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wer war Ihr Nachfolger?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es kam der Herr Kunkel aus Bayern.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie hieß der Herr?

**Zeuge Egon Luthardt:** Kunkel, Harald Kunkel. Er war der Leiter der Abteilung Staatsschutz im Bayerischen Landeskriminalamt. Der kam dann ins LKA Thüringen. Politisch war die Entscheidung getroffen. Man wollte mich da nicht mehr im Landeskriminalamt, und man hat mir dann zwei Polizeidirektionen angeboten als Dankeschön, dass ich drei Jahre die Stellung dort gehalten habe, und ich durfte mir dann aussuchen. Dann bin ich nach Gotha.

(Zuruf)

- Nach Gotha. Ja, es war noch Nordhausen. Ich wohne aber in Südthüringen. Das war nicht mehr auf die Reihe zu bringen. Nordhausen ist für mich so ungefähr wie Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Aber der  
Schnaps ist gut!)

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Luthardt, aber unabhängig von dem Vermerk von Herrn Wunderlich, den Sie erst später zur Kenntnis genommen haben, war ja das Problem Zu-



sammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz auch während Ihrer Zeit als Präsident des LKAs eines, was bei Ihnen auf dem Schreibtisch lag und was Sie auch erörtert haben.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie noch mal schildern, welche relevanten Informationen aus Ihrer Sicht Ihnen vorenthalten wurden, wie Sie meinen, dass Sie die Ermittlungsarbeit besser hätten machen können, wenn Sie Informationen gehabt hätten?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es ist ein Nachrichtendienst. Wenn ich nicht weiß, was das Gegenüber hat, kann ich es natürlich nicht beurteilen, ob das gut oder schlecht ist. Ich kann aus heutiger Sicht sagen: Es gab Informationen, die hätten wir unbedingt gebraucht. Aber das wäre jetzt nicht fair. Das habe ich damals nicht erkannt. Heute weiß ich, dass wir etwa - vielleicht - ein Drittel der Informationen bekommen haben, was dort bekannt war. Aber damals habe ich das nicht erkannt.

Vielleicht war ich auch zu gutgläubig, weil ich immer davon ausgehe: Wenn man miteinander redet - - Es geht um eine Sache, man will ein Ergebnis erreichen, und da legt jeder auf den Tisch, und dann wird es beurteilt. Ich bin auch der Letzte, der den Erfolg haben will. Mir ist doch egal, wer den Erfolg hat; Hauptsache, wir haben einen Erfolg.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie ist Ihnen das denn damals zur Kenntnis gekommen, dass Sie Informationen nicht bekommen, die Sie eigentlich brauchen? Das waren ja auch relevante Informationen. Herr Wunderlich hat vorhin zum Beispiel gesagt: Die Tatsache, dass die drei Untergetauchten mit Waffen versorgt werden, ist ja nicht nur eine relevante, um die Gefährlichkeit der drei einzuschätzen, sondern auch für die Beamtinnen und Beamten, die nach den dreien suchen. Es ist ja ein Unterschied, ob die Gesuchten bewaffnet sind oder nicht.

Wie haben Sie denn erfahren, dass Sie Informationen ganz offensichtlich nicht bekommen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es gab diese Aussage von Herrn Wunderlich. Das hat er seinem Abteilungsleiter 1999 mündlich

übermittelt. Dann gab es ein Gespräch auch mit Herrn Wunderlich. Das war dann der Anlass - - Ich hatte ja heute schon zweimal gesagt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Für das Gespräch mit Herrn Roewer.

**Zeuge Egon Luthardt:** Für das Gespräch. So. Übrigens, da stand auch die Frage, dass eventuell Waffen eine Rolle spielen könnten. Auch da habe ich auf die Eigensicherung, auf die Gefährdung - - habe auch dem Präsidenten damals gesagt, wenn da etwas schiefgeht, wird er die Konsequenzen tragen müssen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wieso ist das mit den Waffen angesprochen worden? Erinnern Sie sich noch? Hat das Landesamt - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Herr Wunderlich hat Andeutungen gemacht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aha.

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber ich sage es noch mal: Es waren alles nur Vermutungen. Es gab keine Faktenlage.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aha. Das wundert mich jetzt ein bisschen, weil Herr Wunderlich nämlich vorhin gesagt hat, dass er das mit den Waffen nicht wusste. Und er hat das mehrfach wiederholt.

Also, Sie können sich daran erinnern, dass das Thema Waffen bei diesem Gespräch - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Es kann natürlich sein - - Es könnte natürlich so eine Sache sein, aufgrund der vielen Informationen, die zwischenzeitlich sind, dass ich das jetzt durcheinanderbringe, dass es ein anderer war, der das da gebracht hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Auf jeden Fall hat das eine Rolle gespielt beim Präsidenten des Verfassungsschutzes, dass wir solche Informationen unbedingt brauchen, auch wegen der Eigensicherung - nicht nur, um zu ergreifen, sondern auch zur Eigensicherung. Aber der Präsident hat gesagt: So etwas hat er nicht, kennt er nicht, weiß er nicht.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Er hat ganz deutlich gesagt, dass er keine Informationen hat -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Dr. Eva Högl** (SPD): - und dass er Ihnen alles, was er hat, dass er Ihnen das übermittelt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Wir haben aus den Akten und den Zeugenvernehmungen den Eindruck gewonnen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen im Grunde genommen selber eine Zielfahndung machen wollte. Da gab es auch mal so einen Ausspruch, dass sie selber auf dem Silbertablett die drei der Polizei präsentieren wollten und so was, dass sie selbstständig tätig geworden sind. Hatten Sie auch diesen Eindruck, dass sie da über das normale Maß hinaus tätig sind?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Können Sie das mal kurz beschreiben, bitte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Auch das war Gegenstand des Gespräches mit dem Präsidenten, dass wir noch mal klar gesagt haben: Wer hat welche Verantwortung wahrzunehmen? Ich sage es nochmals: Fahndung ist Sache der Polizei.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Auch wir sind die Einzigen, die dann Exekutivmaßnahmen machen können. Das kann ja der Verfassungsschutz nicht; das darf er gar nicht machen. Das war Gegenstand.

Aber auch das waren alles nur Sachen - ich sage es jetzt mal -, die aus dem Bauch so als Gefühl herauskamen, wo wir einfach so - ich sage jetzt mal - präventiv im Gespräch gesagt haben: Leute, hier klare Verhältnisse.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Aber da muss es doch irgendwelche Anhaltspunkte gegeben haben. Ich glaube nicht, dass Sie aus dem Bauch heraus ein Gespräch mit Herrn Roewer führen, wenn Sie nicht irgendwelche Anhaltspunkte haben, denen Sie entnehmen,

dass der Thüringer Verfassungsschutz in Ihren Kompetenzbereich eingreift.

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, die emotionale Seite von Herrn Wunderlich war schon sehr stark ausgeprägt, und der war da auch sehr hartnäckig, von seinem Gefühl her, diese Vermutung auszusprechen. Und er hat es ja an mehreren Stellen im Landeskriminalamt ausgesprochen. Und da gibt es einen klaren Grundsatz: Wenn Fakten - - Fakten waren es ja nicht. Wenn solche Vermutungen da sind, muss man handeln, muss man sprechen. Und da gibt es nur zwei Sachen: Entweder man kann es beweisen, man ermittelt. Das kann man nicht als Polizei, beim Nachrichtendienst ermitteln; das geht nicht. Also hat man nur die andere Chance: das Gespräch zu führen.

Ich weiß noch: Ich hatte damals auch mit dem Innenministerium gesprochen; die haben ja auch diese Information bekommen. Und dort kam die Empfehlung: Sprich mit dem Präsidenten, räumt diese Probleme aus! Das habe ich getan. Dann war eigentlich, zumindest aus meiner Sicht, Ruhe. Und 2001 kam dann dieses Papier von Herrn Wunderlich an die Justiz.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Das kennen Sie auch, dieses Papier?

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber jetzt erst aus der jüngsten Zeit.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ach so. Das haben Sie damals nicht - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, kannte ich nicht. Ich wusste gar nicht, dass es so ein Papier gibt.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Alles klar. - Ich habe erst mal keine Fragen. - Herr Luthardt, herzlichen Dank.

**Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke:** Vielen Dank, Frau Dr. Högl. - Wir kämen jetzt zum Fragerecht der FDP-Fraktion. Der Herr Kurth hätte das Wort. - Herr Kurth, würden Sie eine Zwischenfrage von der Frau Kollegin Pau gestatten?

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Selbstverständlich!)

Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herzlichen Dank. - Herr Luthardt, ich will gerade an der Stelle anknüpfen, weil uns Herr Wunderlich gesagt hat, er hat nichts erfahren darüber, dass die drei bewaffnet unterwegs sind; sonst hätte er natürlich ganz andere Maßnahmen, zur Eigensicherung beispielsweise, unternommen. Sie sagen, Sie haben - in welchem Zusammenhang auch immer - genau danach gefragt.

Ich möchte Ihnen aus dem Schäfer-Bericht ein Zitat vorhalten. Und zwar finden wir im Schäfer-Bericht unter der Randnummer 301 unter dem Datum 14.09.1998 - das ist die Seite 158 - den Eintrag:

Abend des 16.09.1998: Persönliche Unterrichtung des Präsidenten des TLKA durch TLfV; der genaue Inhalt der Unterrichtung ist nicht aktenkundig.

Und dann weiter im Bericht in der Spalte rechts daneben, gleiches Datum, heißt es, wieder Zitat:

Nach Aktenlage ist nicht nachvollziehbar, ob und ggf. an wen der Präsident des TLKA die Information (mit welchem Inhalt?) im eigenen Haus weiterleitet. Eine förmliche Umsetzung des Sachverhalts an die Polizei findet jedenfalls nicht statt, da die Verfassungsschutzbehörde eines anderen Bundeslandes auf Quellenschutz beharrt.

Zitat Ende. - Es geht also ganz offensichtlich um die Informationen der Quelle „Plato“ aus dem schönen Land Brandenburg, dass Waffen für das Trio besorgt werden sollen. Und deswegen ist jetzt meine Frage: War das der Inhalt des Gesprächs? Hat Sie der Chef des Verfassungsschutzes über den Inhalt dieser Quellenmeldung, die drei sind auf der Suche nach Waffen - und wir wissen heute: um weitere Überfälle zu begehen -, informiert? Und, wenn ja, wie ist man, wie sind Sie mit einer solchen Information umgegangen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Erst mal: Ich habe lange überlegt. Ich habe den Schäfer-Bericht ja auch ausführlich gelesen. Ich kriege das nicht auf die Reihe, diese Aussage dort, weil an so ein Gespräch hätte ich mich erinnert. Also, ganz verkalkt bin ich noch nicht, auch wenn ich schon etwas älter bin. Wie ich mich kenne, von meiner Persönlichkeit, wüsste ich, wie ich reagiere. Und da

ich nicht reagiert habe, gehe ich davon aus, dass ich nicht gemeint bin. Es ist natürlich so: Man hat oftmals den Namen „Präsident LKA“ - das ist heute auch üblich -, obwohl dann vielleicht ein Abteilungsleiter oder ein Dezernatsleiter das gemacht hat.

Ich habe auch die Zeitabläufe mal rekonstruiert, wo ich da war. Ich war gar nicht anwesend, sodass es woanders aufgelaufen sein muss. Und ich finde nicht, wo es aufgelaufen ist. Ich hatte ja damals den Abteilungsleiter 1, später 6, Peter Werner, mit den Operativmaßnahmen beauftragt gehabt, weil ich nicht rumkam. Er kann sich aber auch nicht, oder: konnte sich auch nicht erinnern an so ein Gespräch. Das ist also äußerst schwierig, das jetzt nachzuvollziehen. Mehr kann ich wirklich nicht sagen. Wenn ich es wüsste, würde ich es Ihnen sagen.

Das andere, was Herrn Wunderlich angeht, noch mal mit den Waffen hier, und auch Gespräch: Das waren Vermutungen, das war ein - ich sage es mal - Bauchgefühl. Das war eine reine präventive Sache. Weil ich immer sage: Man muss auch über solche Sachen reden, nicht, dass tatsächlich etwas dran ist, und hinterher eskaliert die Lage. Also, da war ich sicher sehr offen, aber es gab nichts Konkretes.

Und wenn wir gewusst hätten - das sage ich auch; auch da hätte ich eine andere Schlussfolgerung gezogen -, dass Waffen eine Rolle gespielt hätten - also, das können Sie wirklich glauben; und wenn wir zehn andere Vorgänge in die Ecke geschmissen hätten -: Da hätten wir aber - ich sage es mal - Priorität eins, drei Sterne geschossen und hätten das gemacht. Das wussten wir aber nicht. Deswegen haben wir es auch nicht gemacht.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, wenn Sie mir auch noch eine ganz kurze Frage gestatten: Wir haben hier in den Unterlagen - das ist MAT A TH-1/15, Seite 17 ff. - einen Fahndungsaufruf, 2002: „Das Landeskriminalamt Thüringen bittet um Mithilfe: Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens.“ Da sind die drei Gesuchten abgebildet. Da steht dann unten drunter:

VORSICHT: MUNDLOS und BÖHNHARDT sind gewalttätig und u. U. im Besitz von Schusswaffen.

Schreibt man das immer dazu, oder gab es dafür konkrete Anhaltspunkte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Da war ich nicht - - Da war ich PD-Leiter in Gotha; habe ich auch jetzt im Nachhinein nur zur Kenntnis genommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Frage stellt sich ja schon, nicht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Frage stellt sich ja schon, warum - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Natürlich, berechtigt, die Frage. Aber ich kann sie Ihnen nicht beantworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil Herr Wunderlich uns vorhin auch gesagt hatte, man hätte da nach drei jungen Erwachsenen gesucht. Und ob das jetzt eher ein Silvesterknaller werden sollte oder ein schwerer Anschlag auf Menschenleben, wäre irgendwie nicht so klar gewesen. Da stellt sich schon die Frage, wie man dann plötzlich sagt: gewalttätig und unter Umständen im Besitz von Schusswaffen, 2002.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn ich das noch ergänzen darf: Das BKA hat genauso gefahndet. Da heißt es: „sind gewalttätig und unter Umständen im Besitz von Schusswaffen“, 23.09.2002. Irgendwo müssen die da mal reingekommen sein, die Schusswaffen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann es Ihnen nicht beantworten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt hat aber wirklich die FDP-Fraktion das Frage gestellt. Herr Kollege Kurth.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herzlichen Dank. - Herr Luthardt, wie haben Sie sich denn auf den heutigen Tag vorbereitet?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, wie ich mich vorbereitet habe: Erstens - -

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Haben Sie Akten gelesen oder - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Erst mal habe ich mir den Schäfer-Bericht mehrfach durchgelesen. Das ist ja für mich sehr wichtig, die ganze Geschichte, zumal ich ja von Herrn Schäfer nie befragt worden bin. Deswegen hat mich ja so interessiert, wie er zu den Schlussfolgerungen kommt. Es ist weder ein Abteilungsleiter, der damals zuständig war, noch der Dezernatsleiter gehört worden, sondern immer die untere Ebene. Es ist ja interessant, wie man in der unteren Ebene bestimmte Gesamtzusammenhänge erkennen kann. Natürlich: Operativ ohne Wenn und Aber ist ein Herr Wunderlich eins a. Aber Gesamtzusammenhänge, wie das alles funktioniert hat, das kriegt der nicht mit. Das ist einfach mal so in einer Behördenorganisation.

Also, ich habe, wie gesagt, den Schäfer-Bericht gelesen. Natürlich, ich bin jetzt zehn Jahre im Innenministerium. Obwohl, nachdem dieser Untersuchungsausschuss auch in Thüringen - - bin ich ja von diesen Sachen dort befreit, um nicht befangen zu sein usw. Da bin ich rausgenommen worden, da bin ich auch meiner Behördenleitung sehr dankbar. Aber letztendlich, es ist halt nun mal so bei der Masse: Es geht an einem nichts vorbei, man liest Zeitung, man sieht Fernsehberichte.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Aktenstudium? Haben Sie Aktenstudium noch mal betrieben?

**Egon Luthardt:** Ich habe die Akten, die mir im Referat vorlagen, natürlich gelesen, bereits vorher aber schon, bevor - -

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Akten aus der damaligen Zeit? Wahrscheinlich.

**Zeuge Egon Luthardt:** Auch, ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Haben Sie denn da Veränderungen festgestellt bei den Akten, die Sie - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Also, es sind die identischen, die Sie damals sozusagen gelesen hatten, aus der Erinnerung heraus - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Es sind Veränderungen in der Richtung vorgenommen worden, dass - - Ich meine, erst muss ich sagen: Als Behördenleiter kennt man nicht alle Akten. Man kennt Ergebnisse, aber nicht Akten. Aber ich weiß, dass teilweise Akten - mit denen wurde gearbeitet - im Laufe der Jahre - - Sie wurden zumindest anders zusammengestellt.

Deswegen muss ich auch Herrn Wunderlich ein bisschen in Schutz nehmen, wenn es heißt, Aktenführung ist unter aller Kanone. So ungefähr steht es ja in dem Bericht. Sie war nicht optimal, weil Wunderlich war einfach überlastet und war nicht in der Lage, eine saubere Aktenführung aufzubauen. Das soll jetzt keine Entschuldigung sein. Das ist eigentlich meine Verantwortung. Ich hätte ihm die Voraussetzungen schaffen müssen. Das konnte ich aber auch nicht, weil mir ja auch ein Drittel des Personals gefehlt hat.

Aber es ist auch danach mit den Akten gearbeitet worden. Und offensichtlich haben die, die danach gearbeitet haben, noch mehr Unheil hergerichtet, wie schon da war.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich frage auch deshalb, weil mehrere Mitglieder des LKA Thüringen hier angegeben haben, dass die Akten von damals nicht die sind, die sie jetzt gesehen haben, bzw. anders sortiert, fortgeschrieben oder Ähnliches.

(Tankred Schipanski (CDU/CSU):  
Einer!)

- Melzer auch. Herr Melzer und Herr Wunderlich.

Ist Ihnen das auch aufgefallen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Fakt ist eines: Die Akten sind ja nach meiner Zeit noch mal angegriffen worden. Es gab ja da noch mal diese Periode, die Sie vorhin hier auch sagten: 2001/2002. Da sind die Akten noch mal angefasst worden. Wer da was gemacht hat, das muss man prüfen. Das weiß ich nicht. Ich kann das nicht begründen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie sprachen vorhin vom Abteilungsleiter Eggers.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das ist der Michael Eggers?

**Zeuge Egon Luthardt:** Michael Eggers.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Abteilungsleiter Nummer 4, oder welche hatte der gehabt?

**Zeuge Egon Luthardt:** 4 oder 5. - 4.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das ist 1998/99, so was?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Er war ja später auch Staatssekretär. Oder war er es früher?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, Herr Eggers war kein Staatssekretär. Er war Koordinator Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz in der Abteilung 2 des Innenministeriums nach seiner Abteilungsaufgabe.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Koordinator: Ist das Fachaufsicht, oder was ist das?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist Fachaufsicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das ist Fachaufsicht. Aha. - Ab wann war er das? Wissen Sie das?

**Zeuge Egon Luthardt:** 2000 haben wir einen neuen Minister bekommen, also Ende 99 ist Dewes weg, und damit ist auch Eggers weg. Also Ende 99, bis er dann in Rente gegangen ist.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Ich habe hier ein Schreiben vom Abteilungsleiter 4, Herrn Kunkel.

**Zeuge Egon Luthardt:** Herr Kunkel kam dann anschließend. Dann war noch mal -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das war am 24. - -

**Zeuge Egon Luthardt:** - Reimer.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, bitte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nach Eggers kam Reimer.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja?

**Zeuge Egon Luthardt:** Der ist ja dann leider viel zu früh verstorben. Der kam aus dem Bundesinnenministerium. Und danach kam Kunkel.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ist das der Herr Kunkel, der Ihnen nachgefolgt ist?

**Zeuge Egon Luthardt:** Der am Anfang LKA-Chef war, ja. Der kam als LKA-Leiter von Bayern. Den hat Herr Köckert als Innenminister aus Bayern geholt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Zum Abteilungsleiter gemacht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, als Präsident LKA zunächst. Er war einige Monate Präsident LKA.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Im Sommer 2000?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Der hat mich praktisch beerbt. Ich habe ihm noch alles übergeben, was ich übergeben konnte. Es gab so in etwa eine dreimonatige Überlappungszeit, und dann war er Präsident LKA, und dann ist er ins Ministerium gewandert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank, das war mir unklar. - Wer kam denn auf die Idee, die Soko REX aufzulösen? Wer hat denn den Einfall gehabt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es ist nicht mehr nachvollziehbar. Auch das haben wir versucht rauszubekommen. Es geht ja schon mit dem Begriff los: Soko REX. Niemand kann eindeutig sagen, ob die tatsächlich so geheißen hat. Es gab eine Soko REX in Sachsen. Das ist belegt. Wir hatten eine Soko. Ob die „REX“ hieß - muss ich jetzt einfach mal mit Fragezeichen machen -, ist nicht eindeutig belegbar.

Diese Soko REX wurde geschaffen, um Strukturermittlungen gegen den „Thüringer Heimatschutz“ durchzuführen, und hat gewirkt - ich sage es jetzt mal - in den Jahren 95, Ende 95/96. Sie hat die Aufgabe gehabt, ein 129er-Verfahren, also kriminelle Vereinigung, durchzuführen. Soweit ich weiß, wurde gegen etwa zehn, zwölf Leute des „Thüringer Heimatschutzes“, unter anderem auch Tino

Brandt, ermittelt. Ich glaube, es waren zum Schluss 40, 42 Ermittlungsverfahren, die dann an die Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Die wurden dann ein halbes Jahr später nach § 170 II eingestellt.

Man muss einfach wissen: Es gibt einen Leitfaden über Sonderkommissionen. Dieser Leitfaden sagt immer: Sonderkommissionen sind temporär, zeitlich begrenzt, weil sie ja aus Ressourcen einer größeren Organisation - in dem Fall war es die gesamte Thüringer Polizei - gespeist werden. Das waren ja abgeordnete Kräfte aus verschiedenen Dienststellen. Man muss so eine Sache irgendwie doch beenden, wenn die Aufgabe erfüllt ist, weil diese Leute woanders ja auch gebraucht werden. Das war der Fall. März war der Vorgang fertig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das Problem ist nur, dass auch da die Aussagen sehr unterschiedlich sind.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Ich kann Ihnen nicht sagen, wer es eingestellt hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Der vorgenannte Herr Eggers zum Beispiel hat im Thüringer Untersuchungsausschuss gesagt, dass der Auftrag der Soko REX darin bestand, rechtsterroristische Vereinigungen zu überwachen bzw. einer entsprechenden Gründung vorzubeugen oder Ähnliches. Das sei der Auftrag der Soko REX gewesen. Und es sei unverständlich gewesen, dass Mitte 97, ein halbes Jahr vor dem Untertauchen, diese Soko dann aufgelöst worden ist.

**Zeuge Egon Luthardt:** Sie hatte den Auftrag Strukturermittlungen - das ist nachgewiesen - und hatte dieses 129er-Verfahren durchgeführt. Dieses Verfahren, diese 40, 42 Ermittlungsverfahren gegen zwölf - ich glaube, es waren damals zwölf - Beschuldigte, das ist dann an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Damit war der Auftrag erfüllt. Ich hatte es vorhin schon mal in meinem Eingangsstatement gesagt: Die Restanten, die da übrig bleiben - das sind natürlich immer mehr -, das ist dann in die EG TEX gewandert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Genau. - Was ist denn mit den Akten geschehen? Denn da gibt es ja auch unterschiedliche Aussagen. Ihr Vorgänger Herr Kranz

beklagte in Thüringen, dass der Gesamtüberblick verloren ging, weil die Akten aufgeteilt worden sind auf unterschiedliche - was weiß ich - Polizeidirektionen oder was auch immer. Herr Melzer wiederum gab hier im Ausschuss an, dass die Akten mitgewandert sind von der Soko REX in die EG TEX. Was haben Sie denn für eine Kenntnis dazu?

**Zeuge Egon Luthardt:** Erstens. Es war ja vor meiner Zeit, wo die Soko aufgelöst worden ist. Da war ich noch nicht im Landeskriminalamt. Ich weiß nicht, was mit den Akten geschehen ist. Ich weiß nur, dass ein Großteil der Informationen in die EG TEX mitgegangen ist. Deswegen haben wir ja die EG TEX weitergeführt, damit diese Inhalte, diese Kleinarbeit, die da geleistet wurde über Monate, nicht verloren geht. Das war doch das Hauptziel.

Dass dann aufgrund dieser Jenaer Vorkommnisse ein neues Ermittlungsverfahren da reinkam, ein neuer Ermittlungskomplex, das war dann noch zusätzlich. Aber wir wollten ja genau das haben: dass Informationen, die schon mal vorhanden sind, nicht irgendwo im Sande verlaufen, sondern dass sie gebündelt weiter vorhanden sind und eventuell bei neuen Sachen eine Rolle spielen. Der „Thüringer Heimatschutz“ war doch damit nicht beendet, nach dem Verfahren, sondern wir wussten doch: Die wirken weiterhin. Da entwickelt sich was.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Jetzt hat Herr Wunderlich geschrieben - 2001, nach Ihrer Zeit, aber er hat geschrieben - im Jahresbericht des Zielfahndungskommandos, dass aus der Sicht der Zielfahndung „die Lokalisierung der gesuchten Personen nur durch eine SOKO für diesen Fahndungsfall realisierbar“ ist. Also eine Strukturermittlung. Das steht in MAT A TH-2/59, Seite 98.

Jetzt ist aber Folgendes: Also, er schlägt vor, dass sich eine Struktur-Soko damit noch mal beschäftigt, weil er an seiner Stelle jetzt nicht weiterkommt. Das Geflecht muss stärker angeschaut werden. Soko REX ist abgewickelt, Soko TEX ist sozusagen geschwächt, wenn man so möchte. Dann kam

jemand auf die Idee 1998 im Sommer, am 02.08., die Soko ReGe ins Leben zu rufen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Noch mal: Wann soll das gewesen sein?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die Soko ReGe.

**Zeuge Egon Luthardt:** Wann, sagten Sie?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Am 02.08.1998.

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die Soko „Rechte Gewalt“.

**Zeuge Egon Luthardt:** Die Soko ReGe war nach meiner Zeit im Landeskriminalamt, also muss es nach 2000 gewesen sein. Die gab es zu meiner Zeit nicht. Das kann ich Ihnen gerne nachliefern, wenn Sie das wünschen. Aber die gab es nach meiner Zeit. Also, wenn ich mich richtig erinnere, gab es die Soko ReGe 2001. Und das war erneut ein Versuch, ein Strukturermittlungsverfahren nach § 129 StGB aufzumachen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Und die Einstellung dieser Maßnahmen erfolgte - - Das ist - - Da habe ich sogar vor kurzem noch eine Akte gelesen, wo das drinsteht. Die ist 2002 eingestellt worden. Warum 2002 und nicht vorher? Die haben nämlich 2002 nicht mehr daran gearbeitet. Weil die Ereignisse in den Vereinigten Staaten, dieser Anschlag, dazwischengekommen ist und die ganze Kraft gegen diese terroristischen Erscheinungen gerichtet wurde. Und da ist das liegen geblieben, der administrative Teil.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also, das müssen wir noch mal ausarbeiten, wann das genau stattgefunden hat.

**Zeuge Egon Luthardt:** Da bin ich mir fast sicher, dass das 2001 war. Und 2002 wurde dann eingestellt. Aber tatsächliche Ermittlungen wurden schon 2001 beendet - gegen ReGe -, auch ohne Erfolg.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A TH-2/59, Blatt 75 (handschriftliche Paginierung).

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und dann kam im September 1998 die EG ZEX dazu. Wer kam denn auf die Idee eigentlich?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist keine Ermittlungsgruppe. Die ZEX war eine Stabsstelle.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja? Das heißt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das haben wir ja heute auch noch. Ich hatte es ja vorhin gesagt: Wir haben ein Bindeglied zwischen Staatsschutz, Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz geschaffen, wo Informationen ausgetauscht werden. Heute nennen wir das in Thüringen TIAZ; beim Bund heißt es GETZ. Das ist genau dieses Instrument, das auf Landesebene 1998 - natürlich nicht mit dieser Qualität und mit dieser Wirksamkeit - schon eingerichtet wurde, wo regelmäßig Informationen ausgetauscht werden. Wir machen seit 1998 in Thüringen einen gemeinsamen Sicherheitslagebericht zwischen Landesamt und Landeskriminalamt über diese Zentrale. Das ist deren Aufgabe: reine Informationszentrale zum Informationsaustausch, zur Informationsverdichtung und -weitergabe.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also Zentraleinheit zur Bekämpfung des politischen Extremismus. So ist der Name.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Der Name ist vielleicht nicht glücklich gewählt und irrtümlich. Es ist aber eine Stabsstelle, es ist keine Ermittlungseinheit.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wer kam denn auf die Idee, das zu machen, in den Räumen des Verfassungsschutzes? Das ich doch keine - - Ist das eine Idee, die von der LKA-Leitung geboren worden ist?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Auf jeden Fall habe ich mitgemacht, aktiv.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Denn interessant ist ja, dass der Staatssekretär sich intensiv darum gekümmert hat und der Staatssekretär darauf bestanden hat, dass in dieser Zentraleinheit nicht nur LKA-Beamte,

sondern auch Verfassungsschützer Mitglied sind.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das war ja genau der Kern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, denken Sie an die Zeit, bitte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Mitglied sind! Und wissen Sie, wer sich dagegen gewehrt hat? Verfassungsschutzpräsident Roewer hat laut LMR Hoffmann (?) gesagt, dass der Präsident TLfV bei einer Behördenleiterbesprechung mitgeteilt habe,

... dass den Mitarbeitern der ZEX zwar ein Ansprechpartner des TLfV zur Verfügung stehen soll; dieser könne aus fürsorgerischen und sonstigen dienstlichen Gründen nicht vertreten, dass ein Mitarbeiter des betreffenden Referats seines Hauses zur aktiven Mitarbeit in die Räume der ZEX abgestellt werden solle. (?)

Ich muss die MAT-Nummer dann noch nachliefern; ich habe jetzt nur die Thüringer Akte hier.

Daraufhin hat der Herr Staatssekretär - - Wer war denn das eigentlich? Brügggen? Damals.

**Zeuge Egon Luthardt:** Oh. Brügggen oder Lehnert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Finden wir raus, kriegen wir alles raus.

**Zeuge Egon Luthardt:** Brügggen oder Lehnert, einer von beiden; ich weiß es nicht genau.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und der Herr Staatssekretär bekräftigte daraufhin, dass auch Mitarbeiter des TLfV unmittelbar mit der ZEX zusammenarbeiten sollten. Dann finden sich hier auf diesem Vermerk mehrere handschriftliche Vermerke, dass also Herr Roewer direkt angesprochen werden soll. Der Abteilungsleiter 4 hat dann seinerzeit erklärt, dass Herr Roewer direkt Rücksprache hält mit dem Staatssekretär. Und dann kommt noch mal dazu, dass Roewer angewiesen werden soll, Mitarbeiter abzustellen.



Wir hatten hier schon Präsidenten anderer Verfassungsschutzämter aus anderen Ländern, und denen habe ich die Frage gestellt, ob denn so was denkbar ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth, Sie haben bereits fünf Minuten überzogen. Kurze Antwort.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt lasse ich Sie mit dem Wissen erst mal alleine, gebe ab, damit wir in der nächsten Runde dann da weitermachen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Sie wollten jetzt keine Stellungnahme zu den letzten Bemerkungen haben?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wir machen nachher weiter.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann geht das Fragerecht an die Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ich habe noch Fragen zu zwei Komplexen. Das eine - noch mal zurück zur EG TEX -: Die haben Sie ja vorgefunden und nicht selbst eingerichtet. Was waren denn jetzt wirklich die Arbeitsschwerpunkte von TEX außer dem Thema Rechtsextremismus? Sie haben ja gerade gesagt: „Da war noch was übrig“, auch wenn der Anlass, zu dem die EG REX gegründet wurde, im Großen und Ganzen abgearbeitet war. Was wurde denn da noch alles bearbeitet?

**Zeuge Egon Luthardt:** Die Arbeitsschwerpunkte der TEX waren natürlich Rechtsextremismus zu dem konkreten Zeitpunkt.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Nur und ausschließlich Rechtsextremismus und nicht, wie es im Moment gerade wieder Mode wird, alle Extremismen, die man sich so vorstellen kann?

**Zeuge Egon Luthardt:** Wir hatten zu diesem Zeitpunkt kein anderes Phänomen. Wir hatten Linksextremismus keine Erscheinungen. Wir hatten mit Ausländerfeindlichkeit keine Erscheinungen. Wir hatten das gehabt.

Ich muss vielleicht noch mal zum Verständnis - - Es gab ein Dezernat 61, Polizei-

licher Staatsschutz. Dieses Dezernat 61 hat mehrere Teilebenen. Unter anderem haben wir dort damals bearbeitet wieder- oder vereinigungsbedingte Kriminalität. Das waren also die Restanten aus der ehemaligen DDR-Zeit gegen bestimmte Funktionäre.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ist klar.

**Zeuge Egon Luthardt:** Wir hatten zum Beispiel Doping. Wintersport hat Thüringen bearbeitet. Berlin hat Sommersport gemacht. Wir hatten natürlich diese anderen Phänomenbereiche gehabt. Da gehört natürlich auch die Informationsbereitstellung und -auswertung, -analyse - - Und eine war die Ermittlungsgruppe TEX, und sie hat dort ausschließlich Bekämpfungsansätze gegen Rechtsextremismus - - Und Restanten, meine ich, aus der vorhergehenden Soko.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Klar.

**Zeuge Egon Luthardt:** Da fällt ja immer Informationsmaterial an, was für das Verfahren nicht relevant ist, aber für andere Sachen relevant sein kann.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ja, gut. Da muss ja da wirklich der Sachverstand zum Thema Rechtsextremismus und nicht nur Strukturen und Strategien, sondern wahrscheinlich auch Personen gebündelt gewesen sein, und dann stellt sich natürlich immer die Frage, warum dieser Sachverstand nicht auch den Zielfahndern offensichtlich so in dieser Bündelung zur Verfügung gestanden hat.

**Zeuge Egon Luthardt:** Sie bringen es auf den Punkt.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Danke.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist genau mein Problem.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Gut. Dann haben wir das festgehalten. - Dann kommen wir zu einem zweiten Komplex. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie nicht aktiv zwei BKA-Beamte angefordert haben, da auch nicht eingebunden waren, dass das auf der unteren Ebene irgendwie geschehen sein muss. Können Sie uns vielleicht aus Ihrer Zeit noch mal sagen, wie das denn üblicherweise ge-

laufen ist, wenn man Hilfe, Unterstützung des BKA in Anspruch genommen hat?

**Zeuge Egon Luthardt:** Es ist natürlich eine operative Aufgabe erst mal, wenn ich nicht mehr klarkomme. Üblich ist normalerweise schon, wenn man in ein anderes Bundesland geht - und BKA ist Bund; das zählt wie ein anderes Bundesland -, dass es immer über den Behördenleiter geht. Eigentlich ist sogar üblich, dass man das Innenministerium informiert, wenn man Kräfte aus anderen Ländern anfordert oder benutzt. Ich meine, ich wusste ja zum Beispiel auch, dass wir - das heißt nicht ich, sondern mein Vorgänger; ich war ja da noch nicht da - mit dem Puppentorso - - waren Kriminaltechniker des BKA mit vor Ort gewesen, auch wenn einen Tag später, aber sie waren da. Das wusste ja auch der Behördenleiter. Das ist der übliche Weg. Hier ist halt ein Weg eingeleitet worden, wo offensichtlich - ich sage es mal - auch die Informationsstränge nicht richtig bedient wurden.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Weil das ist etwas, was uns hier wirklich irritiert, weil ich habe noch keine einzige Auswertung oder auch Bewertung eines Thüringer Beamten oder Angestellten der Asservate gefunden, die in der Garage nach der Durchsuchung festgestellt wurden und festgehalten wurden, sondern wir haben tatsächlich, und zwar ziemlich schnell, zwei Wochen nach dem Abtauchen des Trios, nur eine Unterlage oder Unterlagen von diesen zwei BKA-Beamten, die die berühmte Adressliste bewertet haben, die aber auch andere Asservate in irgendeiner Weise eingeordnet haben. Da stellt sich mir natürlich die Frage: Erstens. Wenn ich dann auch hier ermittelnde Polizeibeamte aus Thüringen frage, warum hat es die nie erreicht, wenn die heute erst wissen, dass es diese Adressliste mit dem Who's who des Rechtsextremismus und des - wie wir heute wissen - Unterstützerumfeldes - - dort auswerten - - finden, aber Sie das nicht erfahren?

Das gilt natürlich auch für die Feststellung beispielsweise einer Rohrbombe, welche mit Schrauben und Muttern - also ein Vorbild für die Rohrbombe, die dann in Köln in der Keupstraße gezündet wurde und so viele Menschen verletzt hat - - Wenn so etwas in dieser Garage gefunden wird, warum werden diese Dinge nicht den die hilfeanfordernden Beamten in Thüringen mitgeteilt? Oder aber:

Wem wurde es mitgeteilt, und wo ist es versickert in Thüringen? Die Frage stellt sich einfach.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich würde es gerne beantworten. Aber offensichtlich gab es behördenintern Informationsprobleme, nämlich selbst andere Länder haben es ja gewusst. Bundesweit war es ja gesteuert. Bloß die eigene Behörde funktioniert nicht. Das ist das Problem.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Dann werden wir mit den BKA-Beamten dem Ganzen noch nachzugehen haben, mit wem sie denn eigentlich kommuniziert haben und auf welche Art und Weise. Die werden ja nicht alleine unterwegs gewesen sein in Thüringen. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weitere Fragen der Linken? - Zurzeit nicht. Dann hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Fragerecht. Herr Kollege Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da anknüpfend, Herr Luthardt. Ich kann mir das nicht vorstellen, dass das BKA kommt - uns wurde geschrieben, eine mehrtägige Dienstreise, vom Bundesministerium des Innern -, sich irgendwie einschmuggelt in das LKA Thüringen und munter mit ermittelt, und der Chef weiß von nichts. Wie soll ich mir das denn vorstellen? Gleichzeitig sagt uns das Bundesinnenministerium - verweist auf das BKA-Gesetz -, dass - wie Sie richtig gesagt haben - die oberste Landesbehörde unverzüglich zu benachrichtigen ist. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Die oberste Landesbehörde wurde unverzüglich benachrichtigt und hat Ihnen nichts gesagt, oder die sind da einfach als blinde Passagiere in die Ermittlungen eingestiegen. Ja, wie soll ich es mir vorstellen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das glaube ich nicht.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also hat der Minister oder der Staatssekretär an Ihnen vorbei das gemanagt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Auch das Ministerium nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer kommt denn infrage?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das kann nur das LKA selber gewesen sein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das LKA waren doch Sie, in Doppelspitze.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, aber ich war ja nicht alleine das LKA. Es gab Abteilungsleiter. Zu diesem Zeitpunkt war ein Abteilungsleiter 6 - - Der war ja drei Jahre nicht da. Den haben wir dann abgelöst und haben den Peter Werner zum Abteilungsleiter der Abteilung 6 gemacht. Das ist durchaus möglich, dass er - und das war so, jetzt sage ich es mal hier ganz deutlich, die graue Eminenz im Landeskriminalamt, von Anfang Mitgründer; er hat eine sehr hohe Autorität gehabt, auch fachlich - einfach das übernommen hat und es verabsäumt hat, die entsprechenden Meldewege - - Ich kann mir es nicht vorstellen, dass ein BKA ohne Wissen von irgendjemandem aufkreuzt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hätte ich auch Probleme!)

Das ist auch Sache eindeutig des LKAs gegenüber dem Ministerium und nicht andersrum. Das ist ein LKA-Versäumnis, hundertprozentig.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das müssten Sie jetzt prüfen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir werden dem nachgehen. Die Frage ist ja auch: Warum kommt das BKA just in diesem Moment, und warum geht es zu der Garage? Personalmangel hatten Sie doch immer, wie Sie schildert haben.

**Zeuge Egon Luthardt:** Richtig.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hätten die doch ständig da sein können, wenn sie so altruistisch sind und Thüringen in der Weise helfen wollen. Warum kommen sie gerade jetzt hier und sind an zentraler Stelle in den Ermittlungen

drin und machen da wahrscheinlich einen großen Fehler auch noch?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann es Ihnen nicht beantworten. Es tut mir leid.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann muss ich noch mal auf null, weil vorhin Herr Wunderlich gesagt hat: Eine Zielfahndung im eigentlichen Sinne gab es gar nicht. Er habe nur eine unterstützende Personenfahndung gemacht. Auf die Frage, ob das nur ein anderes Wording ist, ob das dasselbe ist, hat er gesagt, nein, die unterstützende Personenfahndung, die er gemacht habe, trete zum Beispiel zurück in der Priorität, wenn eine echte Zielfahndung gemacht würde, und brachte ein Beispiel auch aus Thüringen, wo das so war, wo also die Fahndung, die Zielfahndung, die falsche oder nicht richtige Zielfahndung oder die Personenfahndung nach dem Trio in der Zeit dann ruhte. Frage: Sie sagen hier im Brustton der Überzeugung: Ich habe eine Zielfahndung angeordnet.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zielfahnder sagt: Ich habe gar keine gemacht. - Erklären Sie mir das bitte.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das kann nur Herr Wunderlich erklären; sie war angeordnet.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wunderlich hat sogar auf den Vorhalt, den der Vorsitzende mit einer handschriftlichen Ergänzung hat, die ich gar nicht habe, wo schriftlich steht, Behördenleiter sagt im Jahre 2000 oder ein - - ich müsste es raussuchen -: Macht jetzt eine Zielfahndung, das Dezernat von Wunderlich und EG TEX gemeinsam. - Dann sagt uns Herr Wunderlich: Es gab gar kein Fernschreiben an die anderen Landeskriminalämter. Also haben wir die gar nicht gemacht, auch in der Situation nicht; denn eine Zielfahndung wird erst gemacht, wenn man rundmeldet an die anderen Landeskriminalämter. - Also, selbst dann bestand er darauf, dass nach diesem schriftlichen Vermerk keine eigentliche Zielfahndung gemacht worden wäre.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das ist die Sicht von Herrn Wunderlich auf die Dinge. Ich sage es nochmals: Ich habe damals bewusst eine Zielfahndung angeordnet. Sie ist über seinen Abteilungsleiter 1 vermittelt worden. Sie können ja gerne Peter Werner - er ist ja auch noch nie, nirgends gehört worden - noch mal dazu hören. Es ist eine Zielfahndung angeordnet worden. Wenn Herr Wunderlich das anders einschätzt, dann hat er das subjektiv - ich sage es mal - abgeändert. Aber nochmals: Dann hätte er remonstrieren müssen, wenn er da falsch liegt oder wenn ich falsch gelegen hätte. Das hat er nie getan. Ich bin davon ausgegangen, dass meine Weisung, meine Festlegung eins zu eins umgesetzt wird.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sollte man auch eigentlich tun.

**Zeuge Egon Luthardt:** So. Und wenn Herr Wunderlich heute nach 15 Jahren kommt und sagt, er hat es anders gesehen, dann bin ich schon ein bisschen enttäuscht.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er kannte die gar nicht!)

- Bitte?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er kannte die gar nicht!)

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, er sagt - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Natürlich gab es die Zielfahndung.

(Iris Gleicke (SPD): So hat er es auch nicht gesagt!)

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, so hat er es auch nicht gesagt. Aber er hat darauf bestanden, dass er keine eigentliche Zielfahndung gemacht hat, so, auch auf Nachfragen, auch auf Vorhalt. Selbst als es den schriftlichen Vermerk gab - -

(Zuruf des Abg. Sönke Rix (SPD))

- Nein. Er hat genau das - - Dann müssen wir das im Protokoll noch mal nachlesen.

Er hat eine unterstützende Personenfahndung gemacht - das war der Begriff, den er hier gebracht hat -, und hat darauf beharrt,

dass das was anderes ist. So. Seine Stelle hieß zwar „Zielfahndung“. Und dann hat er noch einen Abschlussvermerk gemacht, wo er reingeschrieben hat, dass in Zukunft die rechtlichen Bedingungen nicht vorlägen und dass es deswegen richtig sei, es an die EG TEX da zu übergeben, und hat uns noch gesagt, das hätte auch auf Rücksprache mit dem BKA beruht. Auch das BKA wäre der Meinung gewesen, das trägt keine Zielfahndung.

Ich bin ja auf Ihrer Seite, dass es Polizeisache ist, ob sie Zielfahndung macht oder nicht. Schäfer-Kommission hat doch nicht gesagt: Die war nicht rechtmäßig. - Schäfer-Kommission hat gesagt: Sie entsprach nicht der PDV, die ja nur eine Verwaltungsanordnung ist; darüber kann man streiten. Aber der Vorwurf, dass die Zielfahndung nicht rechtmäßig gewesen wäre, kann schon deswegen nicht gemacht werden, weil es keine Rechtsvorschriften für Zielfahndungen gibt.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich sage es jetzt ganz ehrlich: Diese Aussagen, die ärgern mich schon ein bisschen. Wenn ich jetzt in Thüringen das so laut verkünden würde, da würden sie sagen: Das ist ein typischer Wunderlich-Ausspruch, weil Herr Wunderlich halt so, dass er bestimmte Sachen interpretiert. Das ist seine Auffassung. Aber das muss ja nicht immer richtig sein, was er sagt. Ich sage es nochmals: Es ist so angeordnet worden. Alle sind davon ausgegangen, dass es so gemacht wird, und es ist auch so gemacht worden. Auch wenn ein Bundeskriminalamt eine andere Auffassung hat, es ist Ländersache. Wir sind verantwortlich. Die helfen uns nicht, wenn es schiefgeht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So. Das Fragerecht ist auch gerade vorbei, was Bündnis 90/Die Grünen betrifft. Ich muss da mal als Vorsitzender ganz kurz intervenieren. Ich lasse mal eben die Unterlage dem Zeugen vorlegen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Herr Luthardt, das ist ein Blatt aus MAT A TH-1/24, Seite 64. Das ist ein Vermerk, der von einem Herrn Liphardt gesandt worden ist am 6. Oktober 2000 - das heißt, über zwei Jahre nach dem Abtauchen des Trios - an Abteilung 6, Dezernat 61. Vermerk:

Wie durch KOR Schmidt am heutigen Tage mitgeteilt wurde, hat der Behördenleiter - -

Ich nehme an, das sind doch wohl Sie gewesen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nicht wahr? Wer war denn Behördenleiter zu der Zeit im TLKA?

**Zeuge Egon Luthardt:** Oktober 2000 war ich es nicht mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha, bis Mai 2000; okay. Das ist interessant. Also, sozusagen Ihr Nachfolger. Hat Ihr Nachfolger entschieden, nach den flüchtigen Tatverdächtigen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe eine Zielfahndung einzuleiten? - Nanu, ich dachte, die lief schon drei Jahre.

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, hier - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum muss denn Ihr Nachfolger eine Zielfahndung einleiten, wenn Sie schon längst eine auf den Weg gebracht haben?

**Zeuge Egon Luthardt:** Da komme ich momentan nicht klar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich komme hier momentan nicht klar, von den Abläufen. Habe ich ein Problem damit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, wir sind auch etwas irritiert. - Dann gibt es da einen schriftlichen Vermerk da drunter. Also, da ist - - Können Sie die Handschrift - - Können Sie das erkennen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Kann ich nicht zuordnen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Jedenfalls wird dann - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Es gibt zwei Abteilungsleiter, die Peter mit Vornamen hießen. Ich weiß nicht, welcher das ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Liphardt. Peter ist doch wahrscheinlich der Liphardt.

**Zeuge Egon Luthardt:** Der hieß Wolfgang.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wolfgang, okay.

**Zeuge Egon Luthardt:** Es gab den Abteilungsleiter Peter Werner, und Klaus-Peter Schneider war der andere Abteilungsleiter; den Peter hat er - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, jedenfalls heißt es in diesem schriftlichen Zusatz zu dem Vermerk - ich zitiere -:

Hintergrund ist die Reise der Zielfahnder in der nächsten Woche nach Sachsen. Dazu will man nun eine saubere Rechtsgrundlage haben.

Und deswegen solle nun im Jahre 2000 eine Zielfahndung eingeleitet werden. Das deckt sich jetzt nicht mit Ihrer Aussage, -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - dass Sie da schon formal eine bereits 98 auf den Weg gebracht haben wollen, die sich aber in den Akten nicht mehr findet. Können Sie uns erklären, wie wir dieses Schriftstück zu verstehen haben?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, kann ich Ihnen nicht erklären.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So. - Wir kämen jetzt zu einer weiteren Runde. Die Union hat signalisiert, dass sie - -

(Zuruf des Abg. Wolfgang Wieland  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Das Fragerecht war schon - - waren schon sieben Minuten, Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will nur noch da im Nachhinein sagen, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also Anschlussfrage, okay.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - dass uns Herr Wunderlich gesagt hat, dass selbst danach keine Zielfahndung eingeleitet worden wäre. Da kam er mit diesem „Es wurde ja nicht rundgesendet“.

Das heißt, er beharrte im Grunde darauf, dass es nie eine eigentliche Zielfahndung gab. So.

(Iris Gleicke (SPD): So hat er das nicht gesagt!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt hat die Union das Fragerecht. Herr Binniger, bitte.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Herr Luthardt, ich habe nur wenige Fragen, will aber noch mal an das anknüpfen, was jetzt ein bisschen vielleicht in der praktischen Auswirkung zu sehr problematisiert wurde. Herr Wunderlich hat uns beschrieben, dass er nahezu pausenlos im Einsatz war, auch durch diesen Fall, auch durch andere Fälle. Also, er war sehr arbeitsintensiv da unterwegs. Jetzt vermissen wir die formale Anordnung einer Zielfahndung. Aber de facto hat er eine gemacht, -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** - nicht sonderlich erfolgreich. Aber wie dem auch sei, ins Ausland durfte er nie. Was würde sich denn ändern in der Ausführung der Zielfahndung, wenn man jetzt sagen müsste: „Der eine macht es auf Zuruf, und beim anderen gibt es die schriftliche Anordnung des Präsidenten“? Also, hätte es irgendeine praktische Auswirkung für die Zielfahnder, dass die dann problemloser in andere Bundesländer können, auch ins Ausland, dass die Reisekosten bezahlt werden logischerweise? Muss man immer abrechnen. Verwaltung ruft ja da auch. Wären das die Auswirkungen gewesen, weil er mal gesagt hat, in die Schweiz durfte er nicht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber das hat doch damit nichts zu tun. Normalerweise macht man eine saubere Anordnung. Die Beamten müssen ja auch rechtssicher handeln dürfen. Man muss auch, wenn es Pannen oder Probleme gibt, hinterher ganz klar sagen können: Wer hat was wann wie und warum angeordnet? - Das halte ich für wichtig. Das hat auch was zu tun mit der Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten. Deswegen haben wir es auch damals ganz sauber angeordnet gehabt. Aber in der praktischen Umsetzung - - Natürlich brauchen Sie kein Papier und können auch operativ Entschei-

dungen treffen, die genauso verbindlich sind. Sie können auch einen Dienstreiseantrag ohne dieses Papier nachvollziehen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wie sähe jetzt - wir haben es ja nicht gefunden - so eine Anordnung, unterstellt, sie hätte es auch schriftlich gegeben, aus? An wen geht die? Wo wird sie abgelegt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Normalerweise - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Sie haben ja sicher in anderen Fällen mal eine Zielfahndung angeordnet. Oder haben Sie nie eine schriftliche angeordnet in Ihrer Zeit?

**Zeuge Egon Luthardt:** Doch, natürlich.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Also. Und wie sahen die dann aus? Jetzt nur mal vom - - dass wir es verstehen, was da dann passiert, wenn Sie es schriftlich anordnen.

**Zeuge Egon Luthardt:** In der Regel ist das ein Blatt Papier. Das sind vier, fünf Zeilen - mehr steht nicht drauf -: In der Sache Soundso, Aktenzeichen, wird eine Zielfahndung angeordnet. - Dann kommt die Rechtsgrundlage. Wenn die Staatsanwaltschaft dazu noch eine Verfügung - - wird das auch noch vermerkt. Und mehr ist nicht.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Dann geht es zu den Fallakten oder Ermittlungsakten und an das Zielfahndungsdezernat oder -referat?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Okay. - Ich will mit Ihnen was besprechen, wo ich Sie fragen will, ob Sie sich an diesen Vorfall, an das Gespräch erinnern können, weil Sie da wohl dabei gewesen sein müssen. Wir hatten mit Herrn Wunderlich schon thematisiert, dass es uns überrascht hat, dass man im Mai 2000, und zwar durch das Thüringische Landesamt für Verfassungsschutz, sehr zielgenau auf einmal in Chemnitz in der Bernhardstraße, Wohnsitz Mandy Struck, observiert hat und dabei zwei verdächtige Personen, von denen man gedacht hat, eine könnte Mundlos, der andere vielleicht Bönnhardt sein, observiert und fotografiert hat. Können Sie sich an den Fall erinnern?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Zu diesem Zeitpunkt hat schon die Übergabe stattgefunden, und ich war mit operativen Sachen nicht befasst. Das war damals - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Das kann fast nicht ganz sein. Ich will Sie jetzt da nicht irgendwo reinrennen lassen. Ich halte es Ihnen erst mal vor, bevor Sie was sagen. Jetzt machen wir eins nach dem anderen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, ich kenne es nicht.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Darum halte ich es Ihnen vor, bevor Sie sich jetzt zu sehr festlegen. - Das Thüringer Landesamt schreibt an das LKA, Herrn Polizeidirektor Egon Luthardt, Adresse, Erfurt.

Betreff: „Terzett“

So hieß ja die Suche nach dem Trio. Das Schreiben ist datiert vom 15. Mai 2000 und dann:

Sehr geehrter Herr Luthardt, nachstehende Informationen reiche ich - wie besprochen - nach.

Das heißt, es muss davor schon Kontakt oder eine Besprechung gegeben haben. Und dann wird geschildert, dass der thüringische Verfassungsschutz in Sachsen bei einer Observation Fotografien gemacht hat und jetzt Unterstützung braucht, um zu identifizieren: Wer ist auf diesen Fotos drauf? - Mich hat gewundert, wie man so - Chemnitz ist groß; man hat da gesucht in der rechten Szene - zielgenau auf dieses Haus kam, Bernhardstraße 11. Aber von Ihnen würde ich jetzt gern wissen - - Und unterschrieben ist es von einem Herrn Schäfer. Wer war - - Schäfer war damals im LfV?

**Zeuge Egon Luthardt:** Kenne ich nicht.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Kennen Sie nicht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Herrn Schäfer kenne ich nicht, nein.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Der schreibt Sie aber an.

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats und des folgenden Zitats lautet: MAT A TH-1/24, Blatt 61.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kenne - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Die Fundstelle ist MAT A TH-1/24.

**Zeuge Egon Luthardt:** Bitte? Referat?

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Nein, das war jetzt für die Stenografin die Fundstelle in unseren Akten: MAT A TH-1/24.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Das ist ein Tarifangestellter!)

- Der wird nicht den Präsidenten anschreiben, Herr Kollege.

Der Herr Schäfer von der Kommission ist es auch nicht. Das war im Jahr 2000. Also, ein Herr - - Ich kann es Ihnen gern noch mal zeigen. Sie sind angeschrieben. Sie sind angesprochen, und in der ersten Zeile:

Sehr geehrter Herr Luthardt, nachstehende Informationen reiche ich - wie besprochen - nach.

Das heißt, es muss davor schon ein Gespräch zwischen Ihnen und dem LfV gegeben haben betreffend diese Observation.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Datum?)

- Ja, habe ich vorher gesagt: 15. Mai 2000. - Soll ich es Ihnen mal - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Sagt mir nichts. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Sagt mir nichts.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ich lege es Ihnen mal vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich meine, ist ja nicht ganz so trivial. Das wird sicher auch nicht jeden Tag vorgekommen sein.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann es nicht zuordnen. Das sagt mir nichts. Ich weiß nicht, was damit gemeint.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Sie kennen auch keinen Herrn Schäfer beim Verfassungsschutz in Thüringen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Sagt mir auch nichts.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Vielleicht aus der Leitungsebene, Abteilungsleiter oder - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich habe mir zwei Leuten zu tun gehabt. Das war der Roewer, und das war der Nocken als Vertreter. Und Schäfer - - ist ja möglich. Aber der sagt mir wirklich nichts. Zeigt ja schon, dass es was - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie sehen ja da rechts auch eine Paraphe zumindest, die Verfügung dann an AL 1: „bitte BL/V informieren“. Soll das „BfV“ heißen? Und dann ein Handzeichen, 24.05. Ist das Ihres?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Ich kann es jetzt nicht eindeutig deuten. Aber es könnte Herr Liphardt sein, Dezernat 61, Staatsschutz. Und BL/V zu diesem Zeitpunkt, also als Vertreter, als Abwesenheitsvertreter - wir hatten ja keinen „V“ gehabt eigentlich -, das war Peter Werner. Es kann durchaus sein, dass das Schreiben total - ich kenne es nicht - an mir vorbei ist, auch wenn mein Name draufsteht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja, das mag sein, dass das Schreiben, vielleicht auch, weil Sie gerade schon am Kartons packen waren, wieder zurück ins Ministerium, gar nicht mehr bei Ihnen über den Schreibtisch ging, sondern dann eben zu Ihrem Vertreter im Amt - oder wem auch immer -, der das dann weiter verfügt hat. Aber der Verfasser, der Herr Schäfer, bezieht sich ja auf ein Gespräch mit Ihnen. Da müssen Sie dabei gewesen sein, weil da spricht er Sie namentlich und persönlich an zu dieser Observationsaktion in Chemnitz.

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber da sagt mir auch der Inhalt nichts. Deswegen zweifle ich an, ob der Gesprächspartner - - ob ich das wirklich war.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Meinen Sie, der hat Sie verwechselt?

**Zeuge Egon Luthardt:** Dass es vielleicht ein Mitarbeiter war aus dem Landeskriminal. Kann ja durchaus sein. Es ist ja nicht unüblich, so was zu schreiben. Es ist ja nicht immer sauber, wie es geschrieben wird. Aber ich hätte auch keinen Grund, es jetzt abzu-

lehnen, wenn ich mich erinnern könnte, und ich kann mich relativ gut immer erinnern.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Darauf habe ich jetzt gesetzt, dass Sie sich gut erinnern. - War es üblich, dass man, wenn man von Behörde zu Behörde schreibt, im Anschreiben dann trotzdem den Präsidenten oder Amtschef namentlich nennt, auch wenn man eigentlich nur an die Behörde adressiert hat?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ist nicht üblich.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das ist nicht üblich, oder?

**Zeuge Egon Luthardt:** Im allgemeinen Geschäftsverkehr gibt es zwei Lösungen: Entweder man schreibt nur an die Behörde - das wäre Landeskriminalamt, Punkt, aus, und die Organisationshoheit; die wissen selber, wo das hingehet - oder man schreibt in ganz wichtigen Sachen: Herrn Behördenleiter oder Vertreter im Amt. - Weil eine Person kann immer mal irgendwo ausfallen. Man schreibt immer dann: Behördenleiter oder Vertreter im Amt. - Und einen Vertreter im Amt gibt es immer, auch wenn es keinen eingesetzten gibt, weil einfach nach dem Beamtenrecht gibt es eine Hierarchie.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Der hat aber Sie angeschrieben jetzt und bezieht sich auch auf ein Gespräch, das vor dem Brief ja passiert sein muss.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Ich kann mich aber weder an den Inhalt - - noch kenne ich dieses Schreiben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ist Ihnen auch der Vorgang als solches nicht erinnerlich, -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - dass es mal diese Observation gab, wo man hinterher das BKA um Unterstützung gebeten hat, um zu identifizieren, wer - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Auch das ist mir nicht bekannt.



**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Auch nicht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Gut.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich müsste noch mal in den Urlaubskalender gucken, ob ich da eventuell schon - - Ich habe nämlich, bevor ich in Gotha angetreten bin, noch mal ein paar Tage Urlaub gemacht. Ich habe ja drei Jahre fast keinen Urlaub gemacht, und das kann sein, dass ich da ein paar Tage Urlaub abgebaut habe, war schon gar nicht mehr da. Aber das müsste ich nachgucken.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay. Gut.

**Zeuge Egon Luthardt:** Weil das ist auch eigenartig, dass ich das nicht kenne.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie waren ja dann mit dem Fall nicht mehr befasst. Oder hatten Sie später noch mal, als Sie wieder auch irgendwann im Innenministerium waren, noch mal wieder Berührungspunkte, sagen wir mal, Sachstandsbericht oder andere Dinge?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Erst wieder, nachdem das Trio hier in Eisenach die Überfälle gemacht hat und sich selbst vernichtet hat. Dann war es natürlich wieder alles da, vorher nicht mehr.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Haben Sie jetzt auch bei der Aufarbeitung mal thematisiert - im Ministerium oder wo auch immer -, dass man ja 2003 die Verjährung hatte und deshalb ja auch die Fahndungsmaßnahmen dann kurz zuvor eingestellt wurden, weil man ja Haftbefehl außer Kraft gesetzt hat? War das mal ein Thema, diese Verjährung, diese sehr frühe, aufgrund des Vorwurfs, keine terroristische Vereinigung, sondern eben Sprengstoffverbrechen und der Höchststrafe dann eben? War das noch mal Thema?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das haben wir nicht zu Ende diskutiert, weil es dann Gegenstand des Untersuchungsausschusses in Thüringen war, und, wie gesagt, ich sollte

mich ja dann raushalten aus diesen Sachen, aus Neutralitätsgründen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich hätte gern - - vielleicht auch mit dem Herrn Mohrmann; aber das kann heute noch ein bisschen dauern. Deshalb würde ich es vielleicht gern mal mit Ihnen besprechen, weil Sie auch genügend Erfahrung haben. Dieses Thema Verjährung hat uns ja schon auch hier immer wieder beschäftigt, weil uns klar war: Mit der Verjährung 2003, Aufhebung des Haftbefehls, Löschung im polizeilichen Fahndungssystem, war natürlich ein Verfolgungsdruck weg, der sonst noch da gewesen wäre. Also, selbst wenn die kontrolliert worden wären - jetzt außer Böhnhardt; der hatte noch eine Restfreiheitsstrafe -, hätte es da geheißen: Negativ, liegt nichts an, weiterfahren. - Jetzt sind wir in den Akten - Wolfgang, es wird wieder juristisch; zieh schon mal deinen Kommentar zurate - auf einen Beschluss gestoßen - MAT A TH-1/20 -, mit dem eine - auch selten - Durchsuchung der Geschäftsräume der Deutschen Bank in Jena angeordnet wird, aus dem Jahr 2000, 3. Juli, und zwar - ich weiß gar nicht, warum; die Deutsche Bank war da offensichtlich nicht kooperativ - weil man die Kontoauszüge von Mundlos sicherstellen wollte, der dort ein Konto hatte, und weil man sich davon erhofft hat, über Kontobewegungen, -abhebungen, andere Dinge wieder einen Fahndungsansatz zu bekommen. So weit, so nachvollziehbar. Und das wird hier angeordnet: „Der Ermittlungsrichter, gez. Hovemann, Richter am Amtsgericht“. Ich nehme an, dass die Durchsuchung auch stattfand. Jetzt sind wir in § 78 c Abs. 1 Nr. 4 im Strafgesetzbuch auf einen Punkt gestoßen, der da lautet: Wenn gegen den Betroffenen eine richterliche Durchsuchungsanordnung ergeht, dann ist das eine Verjährungsunterbrechung. - Das würde aber bedeuten, zumindest gegen Mundlos, der wäre noch bis 2005 eigentlich zu speichern gewesen und man hätte auch keinen Haftbefehl aufheben können oder dürfen, und beim Sprengstoffanschlag in Köln wäre er noch in der Datei gewesen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann das nicht beurteilen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie sieht es der GBA? - Ganz umsonst können Sie hier nicht den ganzen Tag sitzen, Herr Christeleit. Ab und zu muss ich mal eine

Frage stellen. Dann ist das Geld auch was wert.

**StA Andreas Christeleit** (BMJ): Ad hoc erwarten Sie hoffentlich keine Antwort. Ein Jurist muss ja immer sagen: Ich muss das kurz mal überprüfen.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Ja. Aber nur was das Thema Verjährung angeht, ist das ja offensichtlich dann eine schon gravierende falsche Bewertung mit sehr weitreichenden Folgen. Ich meine, das war eine Sache der Justiz. Deshalb muss ich das Mohrman aber gerne fragen. Aber auf diesen Durchsuchungsbeschluss, dass hier die Deutsche Bank im Jahre 2000 durchsucht wurde, waren wir bisher nicht gestoßen. - Okay. Keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: SPD-Fraktion? - FDP-Fraktion? -

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

- Frau Dr. Högl hat offenkundig noch eine Frage. Bitte.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Frau Dr. Högl hat keine Frage, sondern, Herr Luthardt, ich möchte noch eine Bemerkung machen, und zwar vielleicht zu Ihrer Beruhigung. Das ist hier vielleicht eben ein bisschen missverständlich auch diskutiert worden. Herr Wunderlich hat gesagt, dass es sehr ärgerlich für ihn gewesen sei und es besser gewesen sei, wenn die Zielfahndung aufgrund einer Anordnung der Staatsanwaltschaft durchgeführt worden wäre. Er hat aber auf mehrfache Nachfrage auch bestätigt, dass in der Qualität der Zielfahndung für ihn kein Unterschied bestanden habe, also dass er das ernst genommen hat und dass er die Zielfahndung aus seiner Sicht so durchgeführt hat wie eine Zielfahndung, die angeordnet worden wäre. Nur bei der Frage der Prioritäten beispielsweise - er hatte in dem Zeitraum, hat er uns geschildert, 47 Fälle, zum Teil Tötungsdelikte, bei denen er Personen suchen musste -, sei dieser Fall dann, weil er eben nicht angeordnet sei, durchaus vielleicht an der einen oder anderen Stelle mal etwas in den Hintergrund getreten im Vergleich zu anderen Fällen. Das erlaube ich mir hier an dieser Stelle, nicht verbunden mit einer Frage, aber Ihnen noch zu sagen, damit hier vielleicht auch in diesem wichtigen Detail kein falscher Eindruck entsteht.

**Zeuge Egon Luthardt**: Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: Jetzt hat Herr Kurth aber das Wort.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe mir das jetzt noch mal angeschaut. Ich bin davon überzeugt, dass die Einrichtung der ZEX eine politische Entscheidung war, keine kriminalistische oder polizeiliche, sondern eine politische. Also, es war der politische Wille der Hausleitung, des Innenministeriums, in Person durch den Staatssekretär, der nicht nur diese Vermischung zwischen Verfassungsschutz und Polizei wollte, sondern sich auch später noch darum gekümmert hat, dass das tatsächlich auch so vonstattengeht, und sich darüber auch Luft machte, dass der Verfassungsschutz keine Mitarbeiter abstellt, und dies eben auch angeordnet hat.

Ich habe jetzt hier in dieser Akte, wo ich die MAT-A-Nummer noch nachreichen muss, noch mal rausgefunden - - oder das war sehr interessant. Sie sind ja selber auch informiert worden durch Ihren Pressesprecher, der Ihnen am 30. Juni, also Ihnen zumindest begleitet hat mehrere Pressemitteilungen oder Pressemeldungen, Presseartikel aus der *Thüringischen Landeszeitung* usw.: CDU warnt vor einer Politpolizei. Der Verfassungsschutz in Thüringen ... usw. usf. Gespräch mit dem ehemaligen CDU-Innenminister Willibald Böck, der dann sogar so weit geht und sagt, dass auf so eine Idee nur ein Saarländer kommen könne, wenn man die Politpolizei durch - - Wer denn Saarländer in der Landesregierung?

**Zeuge Egon Luthardt**: Herr Dr. Dewes.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Der Innenminister, richtig. Hatte ich auch richtig so in Erinnerung.

Die Akte ist voll von Schreiben anderer Bundesländer, die sich erkundigen, wie man das denn hingekriegt hat in Thüringen, wie man denn das miteinander verbindet - Berlin ist dabei; Hamburg ist dabei -, die gerne wissen möchten, wie man verfassungsrechtlich denn argumentieren kann, bis hin auch zur Datenschutzbeauftragten, die sich in mehreren Briefen an das LKA wendet und darum bittet, mal festzustellen, wie das denn zusammengeht. Am Ende hat ja diese ZEX auch nicht so lange existiert. Zwei Jahre, oder wie lange?

**Zeuge Egon Luthardt:** Die hat durchgängig existiert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Durchgängig?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Die heißt heute TIAZ. Es ist nichts anderes, ausgebaut, vervollkommen. Übrigens: Das sind ähnliche Formen, die jetzt in den letzten Jahren im Bund-Länder-Abstimmungsverfahren - - Das war keine Politpolizei oder irgendwas, sondern es war ein Instrumentarium, eine Stabsstelle zum Informationsaustausch, und zwar auf der Grundlage, wie man Informationen zwischen einer Polizei und einem Verfassungsschutz austauschen wollte. Wir wollten das einfach verkürzen, schneller machen, deswegen auch in dem Haus.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Laut den Unterlagen haben die Polizisten sich durchgängig in dem Verfassungsschutzgebäude aufgehalten, haben dort eigene Räume gehabt und haben sich beschwert, dass ihre Computer noch nicht funktionieren.

**Zeuge Egon Luthardt:** Es waren zwei Räume in diesem Haus.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Erstens muss ich sagen: Das Landeskriminalamt Thüringen hatte damals keine Räume gehabt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Wir sind ja nach wie vor - - Ab 2014 haben wir eine Komfortbehörde für 80 Millionen gebaut in Thüringen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber momentan haben wir sie noch nicht. Waltersleben ist ein Außenobjekt, wo - ich sage es mal - Privatbüroräume angemietet wurden in Größenordnungen. Das kostet enorm an Miete. Deswegen wollten wir nicht dorthin.

Und die andere Seite - Sie hatten es ja vorhin auch richtig gesagt -: Roewer hat sich gesperrt. Er hatte nur 80 Mann in seiner Behörde gehabt und hat gesagt, wenn ich die

Leute noch ständig - - dass die auf Dienstreisen gehen müssen, woandershin, dann hat er überhaupt keine Zeit mehr zum Arbeiten. Und das war der Kompromiss, weil dort Räume frei waren in diesem Gebäude. Das ist ja auch ein angemietetes.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** In der Haarbergstraße haben wir in der untersten Etage zwei Räume; mehr sind es ja nicht.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn ich mir so das Umfeld des Untertauchens anschau, zeitlich gesehen, ein Jahr vorher bis ein Jahr später: Die tauchen ab, und die politische oder bzw. die innenpolitische Lage Thüringens stellt sich so dar, wie das uns jetzt ja auch immer deutlicher wird - Sie hatten das vorhin gesagt -: LKA war zu einem Drittel nicht besetzt oder mit neuen und jungen Leuten ohne große Erfahrungen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat eine ganz eigene Kreativreform durchgeführt, hat sich in ganz andere Sphären gegeben, hat Eskapaden durchgeführt usw. usf. Die Zusammenarbeit war relativ schwierig. Die REX war abgewickelt. Die TEX war verkleinert worden. Die Zielfahndung hat gesucht, aber war verzweifelt; haben wir heute gehört. Die ZEX - da bleibe ich dabei -: Das ist höchst problematisch. BKA ist mit an Bord, und sie wissen gar nicht ganz genau, was sie da eigentlich machen. Das Bundesamt startet eine Operation in diesem Zeitraum. Wir wissen nicht genau, was das eigentlich sollte. Der MAD spielt noch mal eine ganz eigene Rolle; darüber könnten wir noch mal reden. - Also, insgesamt war das ja wirklich eine spannende Zeit.

Ich muss sagen: Da wieder rauszukommen - - Es muss ja seine Gründe auch haben. Das ist - - Das haben Sie vorhin gesagt. Ich mache Ihnen da auch gar keinen Vorhalt, Ihnen jetzt persönlich oder vielen Ihrer Kollegen. Sie sind ja dort in Zwängen mit drin gewesen, haben versucht, Ihren Dienst zu erfüllen und auszufüllen, aber die Lage war eben so, wie sie auch war, und das, was man auch zugelassen hat. Das will ich hier auch einmal gesagt haben, damit das auch hier mal gesagt worden ist. Das hängt natürlich auch damit zusammen, wie politisch das zuständige Ressort geführt worden ist.

Es ist kein Zufall, dass von 94 bis 98 - es sind mehrere Jahre; es ist ja nicht irgendwie

ein Anfängerfehler oder Ähnliches -- sind über mehrere Jahre diese Zustände herbeigeführt worden mit weiterem Verlauf. Dann nach dem Regierungswechsel folgte ja später dann auch der Präsidentenwechsel unrühmlicher Natur usw. usf. Die Soko ReGe - das habe ich nachgeschaut -: Tatsächlich 2000 noch dazugekommen usw. usf. Das Ganze hat es so nicht vereinfacht.

Und heutzutage sitzen wir da und versuchen, nachzuprüfen: Woran kann es denn gelegen haben, dass das insgesamt so passiert ist? Da gibt es den Garagen -- Da gibt es die Fehler hier und den fehlenden Austausch dort; aber ich glaube, dass insgesamt die innenpolitische Lage in Thüringen doch schwieriger war, als wir zunächst angenommen haben.

Herzlichen Dank. Das war mehr ein Statement. Sie brauchen darauf nicht zu reagieren.

Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die Linksfraktion noch Fragen?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja. - Der Kollege Kurth hat sich Luft gemacht. Das ist manchmal ganz gut und notwendig. Ich möchte es in die ähnliche Richtung -- aber doch noch in eine Frage kleiden.

Herr Luthardt, für uns hat sich hier der Eindruck erneut verdichtet, dass das zuständige LKA im Kontext der Ermittlungen um das Abtauchen des Terrortrios nicht wirklich ernst genommen wurde: nicht wirklich ernst genommen wurde vom Landesamt für Verfassungsschutz, von anderen Landesämtern für Verfassungsschutz, vom Bundesamt für Verfassungsschutz, aber speziell auch vom BKA nicht ernst genommen wurde. Sonst hätten wir dieses Dilemma, wie geschildert, nicht gehabt.

Wie würden Sie das einschätzen: Kann man wirklich sagen, Sie sind nicht ernst genommen worden? Hatten Sie den Eindruck, Sie sind nicht ernst genommen worden, vor allen Dingen auch rückblickend mit dem Wissen, das wir heute haben? Wie hat eigentlich die politische Führung damals diese Dinge wahrgenommen? Die politische Führung ist natürlich der Innenminister, ist natürlich am Ende auch die Thüringer Landesregierung insgesamt.

**Zeuge Egon Luthardt:** Eigentlich habe ich auf diese Frage schon geantwortet. Ich

habe ja Probleme regelmäßig dargestellt. Ich meine, als Behördenleiter hat man erst mal eine eigene Verantwortung, aber wenn die ausgeschöpft ist und man kommt dann in Problemlagen, in Schief lagen, die letztendlich Auswirkungen auf das Sicherheitsgefüge, die Sicherheitsarchitektur haben, muss man seine vorgesetzte Dienststelle informieren.

Ich sage Ihnen das auch heute mit aller Bewusstheit - das sage ich auch ganz offen -: Das ging so weit, dass ich tatsächlich so weit war - nicht, weil ich die Arbeit nicht mag und weil ich mich drücken wollte oder irgendwas -- Ich war nicht mehr in der Lage, diese Aufgabe sachgerecht zu erfüllen, und habe damals um meine Rückabordnung zum Bildungszentrum der Polizei -- Das war das Signal nach außen - was kann ich beamtenrechtlich weiter tun? -: Leute, hier muss sich was ändern. - Es hat sich aber nichts geändert.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich meine, Sie haben den Dienstweg eingehalten, wie sich das für einen Beamten gehört. Aber kommt man nicht irgendwann auf die Idee, zu sagen: „Es gibt da politische Parteien, die ich mal ansprechen muss, die im Landtag vertreten sind“? - Weil wir haben ja eine Demokratie, und da gibt es auch noch andere Möglichkeiten, außer zu kapitulieren, so wie Sie es offensichtlich vielleicht getan haben.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, ich habe dort keine große Hilfe erwartet; das sage ich ganz offen. Wenn man meine Lebensgeschichte sieht - das haben wir ja heute noch nicht gesagt, aber ich sage das ganz offen -: Wo ich 1997 eingesetzt worden bin, das war ja mit Billigung der Landesregierung - war damals SPD und CDU. Alle haben Hurra geschrien, haben gesagt: Okay, den unterstützen wir. - Nach vier Wochen gingen Pressekampagnen gegen mich los. Es sind Mythen und Horrorgeschichten erfunden worden in der Presse, und ich bin ein halbes Jahr durch die Presse gejagt worden.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht von den Parteien!)

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Und wo ist die Ursache dafür? Haben wir das heute schon gehört?

**Zeuge Egon Luthardt:** Die Medien haben das gemacht, aber dahinter steckte jemand.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Und wer?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich kann das nicht beweisen, aber dahinter steckte jemand.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wer denn?

**Zeuge Egon Luthardt:** Parteien.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Welche?

**Zeuge Egon Luthardt:** Die damals selber in der Regierung waren.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Also, die in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien haben ihren eigenen LKA-Präsidenten abgeschossen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, demontiert. Warum, das habe ich heute noch nicht rausgekriegt. Aber ich bin damals -

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Vielleicht kriegen wir das noch raus. Das ist eine interessante Frage.

**Zeuge Egon Luthardt:** - öffentlich demontiert worden. Ich meine, ich hatte ja ganz bewusst gesagt, ich kam aus Thüringen, ich war jemand aus der ehemaligen DDR, und das Geringste war halt, dass man mir meine Vergangenheit ständig vorgeworfen hat, also Stasi-Oberst, Agent des KGB und was da alles kam. Das wurde ernsthaft diskutiert. Es gab jede Woche mindestens zwei, drei Pressemitteilungen in dieser Richtung.

Das ging ein halbes Jahr so, bis ich mich dann vor die Fernsehkamera - - und habe ein Statement abgegeben, und dann war plötzlich Ruhe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Luthardt, wenn ich nur kurz - mit der Genehmigung des Kollegen Petermann - eine Zwischenfrage stellen darf.

Bei aller Bereitschaft, die sicherlich viele hier im Raum aufbringen, Empathie für einen leidenden kommissarischen LKA-Präsidenten zu erbringen: Aber wäre es denn völlig

undenkbar gewesen, dem Minister zu sagen, dass Sie für diese Position einfach nicht zur Verfügung stehen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Hätten Sie es - - Entschuldigung, wenn ich jetzt einfach so frech mal das sage: Hätten Sie es fertiggebracht? Sie sitzen in einer Pressekonferenz, und der Minister nennt Ihren Namen, und die Blitzlichter gehen los. Wissen Sie, was ich gemacht habe? Ich habe fluchtartig den Raum verlassen, weil ich mich erst einmal fangen musste, und habe mich erst mal eine halbe Stunde in eine Toilette eingeschlossen, musste nachdenken, was mir jetzt geschehen ist. Und dann war es raus. Dann habe ich natürlich so viel Ehrgeiz und so viel Ehrgefühl, um zu sagen: Jetzt ist es raus, jetzt musst du durch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er hat Sie ja vorher angesprochen, haben Sie gesagt.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Ich habe aber Nein gesagt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Sie sind - - Ach so. Hatten Sie den Eindruck, das hat er akzeptiert?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein. Meine Argumente hat er nicht akzeptiert. Sonst hätte er es ja anders entschieden. Es gab ja einen zweiten Kandidaten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, gut, okay. Also Sie waren stellvertretender Leiter der Bildungseinrichtung für die Polizei. Richtig?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist ja schon ein ziemlicher Karrieresprung gewesen, oder?

**Zeuge Egon Luthardt:** Persönlich hatte ich davon überhaupt nichts. Das war kein Karrieresprung für mich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Warum nicht?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich war weiterhin Polizeidirektor. Das war ich vorher auch. Es

hat sich für mich, außer dass ich jeden Tag 16 Stunden gearbeitet habe, nichts getan.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das heißt, Sie waren drei Jahre lang kommissarischer LKA-Präsident, ohne zum Beispiel eine höhere Vergütung zu erhalten?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Ich habe keine Vergütung dafür gekriegt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na, keine Vergütung - - Also die, die Sie bisher auch hatten.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich habe den Direktor bezahlt bekommen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also das, was Sie vorher auch hatten, haben Sie auch - -

**Zeuge Egon Luthardt:** Keine B 3.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Und wenige Stunden vor der Pressekonferenz sagt Ihnen der Minister: Ich mache Sie zum kommissarischen LKA-Präsidenten.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Da haben Sie gesagt: Nein. - Da hat er gesagt: Doch! - Dann gibt es die Pressekonferenz.

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein, der hat nicht „Doch!“ gesagt. Ich habe meine vier Argumente gebracht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay.

**Zeuge Egon Luthardt:** Das hat er zur Kenntnis genommen, und da habe ich gedacht, jetzt ist das Ding erledigt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aha. Das war ja meine Frage. Also als Sie in die Pressekonferenz gegangen sind, hatten Sie den Eindruck, der Minister hat verstanden: Das wird nichts mit Ihnen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann hat er aber trotzdem gesagt: „Übrigens, Herr Luthardt wird das“, und da ist Ihnen schlecht

geworden, und Sie sind erst mal rausgelaufen?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, so ungefähr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. - Herr Petermann. - Die Grünen hätten jetzt noch mal die Möglichkeit. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zunächst mal soll ich ja hier mal als Gutachter aussagen. Ich denke, der Kollege Binninger hatte recht, und die Verjährung wurde tatsächlich unterbrochen, mit der Folge, dass sie neu anfangen zu laufen. Der Staatsanwalt hat so was gemeinhin auf dem Aktendeckel zu vermerken: Verjährungsfrist, sondern auch Unterbrechung. Nun kann man hoffen, dass in Thüringen wenigstens Aktendeckel angelegt wurden und nicht in Klarsichthüllen die Akten geführt wurden. Inzwischen bin ich mir da überhaupt nicht mehr sicher. Aber in der Sache, Herr Kollege, haben Sie völlig recht.

So. Jetzt eine andere Frage. - Herr Luthardt, das ist natürlich jetzt ein bisschen schwierig. Wir haben bei der Schäfer-Kommission mehrfach die Erwähnung, dass der Präsident des Thüringer Landeskriminalamtes dieses oder jenes gemacht hat oder man nicht weiß, was er gemacht hat. Da Sie ja so eine Art Schattenpräsident da hatten, wie Sie gesagt haben, dieser Herr Werner, muss ich Sie jetzt mal fragen, ob Sie es waren oder ob es der Herr Werner war.

Das ist eine Sache aus dem Bericht der Schäfer-Kommission diesmal - das können wir auch wörtlich zitieren -, wo gesagt wird, dass die Quelle eines anderen Landesamtes eine Mitteilung gemacht hat, dass die drei vor ihrer Flucht nach Südafrika einen weiteren Überfall planten und eine namentlich genannte weitere Person aus der Szene den Pass zur Verfügung stellen wollte. Die wurde nicht freigegeben, diese Mitteilung, und dann heißt es in dem Schäfer-Bericht - ich zitiere -:

Der Präsident forderte einen schriftlichen Bericht, um gerichtliche Entscheidungen anregen zu können. Einen solchen lehnte die Verfassungsschutzbehörde des anderen Bundeslandes ab.

Sind Sie das hier, der Präsident?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also auch die Schäfer-Kommission hat Sie sozusagen verkannt -

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich bin nie gehört worden.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und hätte schreiben müssen: Der Abteilungsleiter 6 hat das alles gemacht.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich bin nie gehört worden von der Schäfer-Kommission. Man hätte es dort klären können, wenn man miteinander geredet hätte.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch das ist merkwürdig. Auch das ist wirklich merkwürdig. Aber das ist ja nun auch merkwürdig, dass, wie Sie sagen - - Mit der Doppelspitze, das ist ja eigentlich eine grüne Spezialität. Meinten Sie damit - -

(Jens Petermann (DIE LINKE):  
Funktioniert aber nicht!)

- Wollen wir jetzt hier nicht bewerten. Wollen wir alles nicht bewerten. Andere beneiden uns darum. - Aber ich frage deswegen ja mal nach: Wollten Sie damit sagen, dass Sie in Personalunion die Doppelspitze waren, weil Sie keinen Stellvertreter hatten?

**Zeuge Egon Luthardt:** So war es.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht Herr Werner und Sie waren die Doppelspitze, -

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern Sie waren eigentlich eine Doppelspitze.

**Zeuge Egon Luthardt:** Also, ich hatte keinen - - Es gab keinen Vertreter. Ich habe beide Funktionen in einer Person vereint wahrgenommen. Herr Werner hat nur vertreten, wenn ich nicht da war, weil er der dienstälteste Beamte war bzw. in dem Falle Angestellter. Herr Werner ist kein Beamter gewesen. Aufgrund des Alters konnte er nicht mehr verbeamtet werden. Es gab da eine Übergangsbedingung in Thüringen, dass man auch Angestellte da einsetzen

kann. Er war A 16 - er war ja höher dotiert wie ich -, und er war natürlich Abwesenheitsvertreter.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, aber das Problem ist doch jetzt immer: Wenn in den Akten „Präsident Thüringer Landeskriminalamt“ steht, wissen wir nicht, ob Sie das je in den Händen hatten und ob Sie gemeint waren. Oder?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja, das ist genau das Problem, was ich auch habe, weil ich es nicht kenne. Ich kenne es nicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut. Ja, gut.

**Zeuge Egon Luthardt:** Es ist nicht sauber, trennscharf formuliert.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzter Vorhalt, den ich da machen will: Der Herr Dressler soll gesagt haben gegenüber der Schäfer-Kommission - das sage ich jetzt zusammenfassend -, dass es innerhalb des Thüringer Landeskriminalamtes die Anweisung gegeben habe, dass vor geplanten Maßnahmen des Thüringer Landeskriminalamtes gegen rechts das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz zu informieren sei. Da nehme ich jetzt beinahe an, dass diese Anweisung nicht von Ihnen kam.

**Zeuge Egon Luthardt:** Es gab eine Festlegung, dass wir - - Also, ich hatte vorhin ja gesagt: Landeskriminalamt war keine Einbahnstraße im Informationsaustausch. Wir haben tatsächlich das Landesamt über viele Maßnahmen informiert, wie es sich gehört hat.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch bevor Sie sie durchgeführt haben, Durchsuchungen beispielsweise?

**Zeuge Egon Luthardt:** Das kam immer drauf an. Aus taktischen Gründen, das muss man im Einzelfall - - Prinzipiell gab es keine Einwände, das Landesamt zu informieren. Wenn es aus taktischen Gründen nicht geboten war, haben wir es nicht getan. Deswegen ist diese Aussage zu formal. Aber es gab die Festlegung, dass wir keine Information,

die das Landesamt wissen muss, zurückhalten; die gab es.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja nun zweierlei.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr Dressler hat den deutlichen Verdacht geäußert und hat das am Beispiel Tino Brandt auch ausgeführt: Wenn vorher das Landesamt informiert wurde, fand man bei Tino Brandt nichts; dann war sogar die Festplatte ausgebaut aus dem Computer. Als wir dann mal kamen, ohne vorher das Thüringer Landesamt zu informieren, da haben wir was gefunden. - Wissen Sie das noch aus Ihrer Erinnerung, dass das so gewesen sein kann oder dass darüber gesprochen wurde?

**Zeuge Egon Luthardt:** Ich sage es nochmals: Es gab eine Festlegung, dass wir keine Information zurückhalten, was die andere Behörde wissen muss.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist doch zweierlei.

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber taktisch ist es doch nicht immer geboten, was weiterzugeben.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier wäre es ja sogar, wenn man diese Erfahrungen macht: „Wir haben den Eindruck, die sind immer schon gewarnt, wenn wir da kommen“, taktisch absolut verboten, vorher dem Landesamt Bescheid zu sagen.

**Zeuge Egon Luthardt:** So ist es.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war es denn so?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Egon Luthardt:** Aus meiner Sicht nein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus Ihrer Sicht nein.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja. Weil ich habe die Informationen ja nicht weitergegeben. Da müsste ja Herr Dressler die selber weitergegeben haben. Er hat sie doch nur gekannt. Er war auch der Leiter der Ermittlergruppe.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Er sagt ja: Aufgrund dieser Anweisung musste ich es vorher weitergeben, und dann stellte ich fest, das ist verhängnisvoll; die sind gewarnt. - Dann hat er das Beispiel genannt: Als wir mal ohne vorherige Mitteilung an das Landesamt kamen, da wurden wir fündig.

**Zeuge Egon Luthardt:** Auf jeden Fall kann ich nur in der Rückwirkung sagen: Das Problem ist nie an mich herangetragen worden, dass es so ein Problem gegeben hat. Ich wäre doch der Letzte, der dann Informationen weitergibt, wenn es uns schadet - im Gegenteil. Also, ich glaube, so raffiniert und so taktisch klug wäre ich gewesen, das anders einzuschätzen dann. Aber das ist einfach eine pauschale Aussage, die so nicht stimmt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie haben ja den Bericht der Schäfer-Kommission auch gelesen.

**Zeuge Egon Luthardt:** Natürlich.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht sogar, sie ist davon überzeugt, die Schäfer-Kommission, dass es im genannten Zeitraum solche Warnungen gegeben hat. Also, immerhin haben sie auch die Kommission davon überzeugt.

**Zeuge Egon Luthardt:** Ja.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Egon Luthardt:** Aber es ist nicht bewiesen, nach wie vor nicht. Sie sind überzeugt aufgrund von Darstellungen. Aber es gibt keine Faktenlagen, die das beweisen. Ich halte mich einfach an Fakten. Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage.



**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, was sind denn Fakten? Sie können natürlich immer sagen, Aussagen von Beamten sind keine Fakten. Ihre Erfahrungen: Mal war vorher geclent, mal war vorher nicht geclent. Schäfer-Kommission nennt auch noch eine Quelle - da muss man vorsichtig sein -, die das auch gesagt haben soll: Ich wurde gewarnt. - Welche Verifizierung hätten Sie denn nun erwartet? Geständnis von Herrn Roewer, oder was schwebt Ihnen da vor?

**Zeuge Egon Luthardt:** Nachvollziehbare Fakten. Das ist so. Nachvollziehbare Fakten!

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weitere Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben andere Fraktionen noch Fragebedarf?

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Dann, Herr Luthardt, bedanke ich mich, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Sie bekommen das vorläufige Stenografische Protokoll, mit der Möglichkeit, es innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Eingang bei Ihnen gegenzu-lesen und zu prüfen.

Dann ist Ihre Zeugeneinvernahme hiermit - jedenfalls vorläufig - beendet. Sie können gehen, und wir hören jetzt Herrn Sippel.

Ich habe mich mal informieren lassen. Draußen ist wohl kaum noch etwas an Kameras da, weshalb es jetzt nicht zwingend ist, länger zu unterbrechen. Sie können ja trotzdem mal gucken gehen als Obleute, ob jemand was von Ihnen will.

Darf ich fragen, ob wir an Mohrmann, am vierten Zeugen, festhalten wollen?

(Dr. Eva Högl (SPD): Nein, machen wir schriftlich! - Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich glaube nicht, dass wir den noch schaffen!)

- Ich frage einfach mal, wie hier die Einschätzung ist. - Ist die Union sprachfähig dazu? Also, wie gehen wir mit dem vierten Zeugen um, der als Zeuge nach Herrn Sippel vorgesehen ist?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Realistisch brauchen wir bis halb zehn, dreiviertel zehn mit Herrn Sippel. Wenn wir den Herrn Mohrmann - - Ich habe nur die eine Frage.

Das betrifft diese Verjährungssache. Die wäre zwar vielleicht schnell erledigt, aber die kann man auch schriftlich stellen. Also, ich wäre dafür, dass wir ihn abladen und die paar wenigen Fragen, die wir haben, ihm schriftlich zugehen lassen und um Beantwortung bitten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es dagegen Einspruch?

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. - Vielleicht sollte ich mal selber kurz zu Herrn Mohrmann gehen und ihm das unterbreiten.

Wir müssen dann noch Folgendes regeln: Es ist zwischen den Fraktionen vereinbart worden, dass Herr Dressler noch als Zeuge beschlossen werden soll. Das müssten wir im Rahmen einer kurzen Beratungssitzung machen. Da würde ich vorschlagen, das nach der Vernehmung von Herrn Sippel erfolgen zu lassen, dass wir dann die Zeugeneinvernahme beenden, kurz eine Beratungssitzung einberufen und dann den Beschluss fassen. - Sehr gut. Dann verfahren wir so.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde anregen, die Sitzung fortzusetzen.

Nachdem wir uns im Kreise der Ausschussmitglieder darauf verständigt haben, den vierten Zeugen für heute abzuladen und Oberstaatsanwalt Mohrmann schriftliche Fragen zuzusenden, begrüße ich hiermit den dritten und somit letzten Zeugen des heutigen Tages, den ehemaligen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen Herrn Thomas Sippel.

#### **Vernehmung des Zeugen Thomas Sippel**

Herr Sippel, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass von Ihrer heutigen Zeugenvernehmung eine Tonbandaufnahme angefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Den Entwurf des Protokolls erhalten Sie nach Fertigstellung, verbunden mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungsbedarf geltend zu machen.

Ich stelle ferner fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 21.12.2012 erhalten.

Ich stelle fest, dass für Ihr heutiges Erscheinen als Zeuge eine Aussagegenehmigung des Thüringer Innenministeriums vorliegt. Diese Aussagegenehmigung datiert vom 8. Januar 2013 und ist am gestrigen Tage ergänzt worden mit einem weiteren Schreiben, das wir gerade verteilen lassen, weil es uns bisher offiziell wohl nicht erreicht hat. Da bezieht sich das Thüringer Landesinnenministerium darauf, dass Sie auch möglicherweise aufgrund Ihrer früheren Tätigkeit als Bundesbeamter beim Verfassungsschutz befragt werden könnten. Falls es insofern Fragen gibt, müssten dann die Vertreter des BMI darauf achten, ob aus ihrer Sicht etwas gegen die Beantwortung sprechen sollte, was ich mir schwerlich vorstellen kann.

Herr Sippel, ich habe Sie aus formalen Gründen vor Ihrer Aussage zunächst zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig

sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem, was ich gerade vorgelesen habe bzw. ausgeführt habe, Fragen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe keine Fragen dazu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Sippel, dann darf ich Sie ganz kurz bitten, uns Ihren Namen, Ihr Alter und Ihren Beruf mitzuteilen.

**Zeuge Thomas Sippel:** Mein Name ist Thomas Sippel. Ich bin 56 Jahre alt und Beamter im einstweiligen Ruhestand.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die für Ihre Ladung verwendete Anschrift ist nach wie vor aktuell?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das ist die aktuelle Anschrift.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Sie haben als Zeuge nach § 24 Abs. 4 des PUAG die Möglichkeit, sich vor

der Vernehmung zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Sie haben mir gesagt, dass Sie etwa zehn Minuten lang davon Gebrauch machen möchten. Sie haben das Wort.

**Zeuge Thomas Sippel:** Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst meiner Betroffenheit Ausdruck verleihen. Gerade als ehemaliger Leiter einer Verfassungsschutzbehörde des Bundeslandes, aus dem die Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds stammen und in dem ihre rechtsextremistische Sozialisierung erfolgte, bin ich sehr berührt von dem gewaltsamen Tod der zehn Menschen, die dieser Terrorgruppe zum Opfer gefallen sind. Den Hinterbliebenen gilt mein tief empfundenes Mitgefühl.

Wir schulden den Opfern und ihren Angehörigen eine gründliche und zügige Aufklärung. Die Aufarbeitung ist aber auch erforderlich, um aus Fehlern zu lernen und die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen, damit sich ein derartiges Ereignis nicht wiederholen kann.

Es ist mir daher ein Anliegen, als Zeuge die Arbeit dieses Ausschusses vorbehaltlos zu unterstützen und nach bestem Wissen und Gewissen zur Aufklärung beizutragen.

Ich habe zur Vorbereitung dieses Termins Akteneinsicht genommen und mich dabei auf Vorgänge konzentriert, die den Zeitraum vom Beginn meiner Tätigkeit in Thüringen am 15. November 2000 bis zur Aufdeckung der Terrorzelle Anfang November 2011 umfassen und die einen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand aufweisen.

Der Begründung zum Antrag auf meine Vernehmung zufolge bin ich in meinen Eigenschaften als ehemaliger Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz und als ehemaliger Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz geladen. Ich möchte daher zunächst kurz auf meinen dienstlichen Werdegang eingehen, soweit er vom zeitlichen Rahmen für diese Untersuchung bedeutsam erscheint.

Am 15. Januar 1987 wurde ich im BfV eingestellt und habe bis Juli 1990 fachliche Aufgaben wahrgenommen. Anschließend war ich bis zum 1. März 1998 in der Zentralabteilung mit Personalangelegenheiten befasst, zuletzt als Leiter der Referatsgruppe Personal und Justizariat. Mir wurde dann in

der Grundsatzabteilung die Leitung der Referatsgruppe 1A übertragen. Dort wurden Querschnittsaufgaben wahrgenommen, darunter auch die Bearbeitung von Maßnahmen des BfV nach dem Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz. Diesen Dienstposten hatte ich, nur unterbrochen durch eine sechsmonatige Zuweisung zum NATO Defense College, bis zu meinem Wechsel nach Thüringen inne.

Während meiner Zeit als Bundesbeamter war ich aufgrund meiner Funktionen nicht unmittelbar mit Ermittlungen zu dem abgetauchten Trio befasst. Soweit das BfV in dieser Angelegenheit tätig war, war hierfür die Abteilung 2, Rechtsextremismus, zuständig. Ob ich mittelbar, etwa im Rahmen der Durchführung einer von der Abteilung 2 initiierten G-10-Maßnahme, mit dem Fallkomplex in Berührung gekommen bin, kann ich heute nicht mehr sagen.

Als ich dann am 15. November 2000 nach Thüringen gewechselt bin, waren beinahe drei Jahre seit dem Abtauchen des Trios vergangen. Die letzte Observationsmaßnahme des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz Anfang Mai im sächsischen Chemnitz lag mittlerweile mehr als sechs Monate zurück. Zwei Mitarbeiter des Amtes hatten sich im Juli 2000 noch, wie ich den Akten entnommen habe, an einer Observationsmaßnahme des LfV Sachsen, ebenfalls in Chemnitz, beteiligt. Die weiteren Ermittlungen und Fahndungsmaßnahmen erfolgten durch das dortige Landesamt bzw. durch die Polizei in eigener Zuständigkeit und ohne weitere Beteiligung des Thüringer Verfassungsschutzes.

Das Landesamt befand sich bei meinem Arbeitsbeginn in Erfurt in keinem guten Zustand. Ein nach der Suspendierung meines Amtsvorgängers Mitte des Jahres 2000 im Auftrag des Thüringer Innenministeriums erstellter Untersuchungsbericht, der sogenannte Gasser-Bericht, beschreibt die desolaten Verhältnisse, in denen sich das Amt seinerzeit befand.

Eine wichtige Aufgabe bestand zunächst darin, durch Reformmaßnahmen Defizite abzustellen und die Arbeitsfähigkeit der Behörde wieder voll herzustellen. Diese Maßnahmen umfassten zum Beispiel grundlegende Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation, die Erarbeitung fehlender substantieller interner Dienstvorschriften, aber auch weitreichende personelle Veränderungen. Vor meiner Amtsübernahme hatten sich nämlich unter einigen Mitarbeitern

zwei sich feindlich gesonnene Lager herausgebildet. Dadurch war nicht nur das Betriebsklima empfindlich gestört; es kam auch noch zu Beginn meiner Amtszeit zu Indiskretionen und Durchstechereien.

Radikale personelle Maßnahmen, vor allem auf der Leitungsebene, beendeten diesen unhaltbaren Zustand. Bis Ende 2002 wurde gegenüber Oktober 2000 mehr als die Hälfte des Führungspersonals ausgetauscht. Zusätzlich geschaffene Stellen, vor allem im gehobenen Dienst, wurden besetzt. Der Anteil der Neueinstellungen an der Gesamtbelegschaft lag Ende 2002 schon bei knapp einem Drittel. Für den Thüringer Verfassungsschutz kamen all diese Maßnahmen einem Neubeginn gleich.

Nach meiner festen Überzeugung ging in Thüringen unter den verschiedenen Ausprägungen des politischen Extremismus die größte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung vom Rechtsextremismus aus. Dementsprechend blieb die fachliche Ausrichtung des Landesamtes im Schwerpunkt auf die Beobachtung dieses Phänomens gerichtet. Dies spiegelt sich in der Verteilung der - leider sehr eingeschränkten - personellen Ressourcen des Landesamtes wider, zeigte sich in unserer Berichterstattung, aber auch in den vielfältigen Aktivitäten, die wir im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unternommen haben. Auch die Anschläge vom 11. September 2001 mit der zunehmenden Bedrohung durch den Islamismus, auch die Erweiterung der Aufgaben des Landesamtes auf die Beobachtung der organisierten Kriminalität Mitte des Jahres 2002 hatten daran nichts geändert.

Bei der Bearbeitung des rechtsextremistischen Spektrums befassten wir uns auch mit den Personen aus dem Umfeld der drei Abgetauchten, soweit sie in Thüringen verblieben waren und sich extremistisch weiter betätigten. Wohlleben und Kapke traten als Mitglieder der NPD immer wieder durch szenetypische Aktivitäten in Erscheinung. Beide fanden nicht nur in den Verfassungsschutzberichten des Landesamtes regelmäßig Erwähnung. Gegen sie richteten sich in der Folgezeit auch eine Reihe operativer Maßnahmen wie G 10, Quelleneinsatz, aufwendige Observationen, durch die zwar keine wertigen Erkenntnisse über den Aufenthalt des Trios erlangt werden konnten, doch fielen Hinweise auf deren Gewaltbereitschaft an, die, auch soweit sie quellengeschützt

waren, an das Landeskriminalamt gesteuert wurden.

Mit dem Präsidenten des LKA habe ich, um den Erkenntnisaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz weiter zu verbessern, die Einrichtung einer gemeinsamen Stelle, der sogenannten Thüringer Informations- und Auswertungszentrale von LKA und Verfassungsschutz, vereinbart, die im Jahre 2007 ihre Arbeit aufgenommen hat und in der auf der Grundlage beiderseitiger Erkenntnisse gemeinsam wöchentliche Lagebilder und Lagebewertungen, vor allem auch mit Bezug zum Rechtsextremismus, erarbeitet werden.

Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus arbeiteten nach meiner Einschätzung in den letzten Jahren LKA und Verfassungsschutz konstruktiv zusammen. In einem ganz wesentlichen Punkt hatte unsere Arbeit aber leider keinen Erfolg: Es ist uns nicht gelungen, das Trio ausfindig zu machen und es mit den Morden und Anschlägen in Verbindung zu bringen. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz hat in diesem Zusammenhang und vor diesem Ausschuss von einer schweren Niederlage der Sicherheitsbehörden gesprochen. Ich teile diese Einschätzung.

Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Sippel, wir kommen zu Ihrer Befragung.

Ich werde wahrscheinlich einige Fragen an Sie richten, möchte das aber erst zu einem späteren Zeitpunkt tun. Deswegen beginnen wir jetzt mit der regulären Berliner Runde. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion. Herr Kollege Binninger hat das Wort.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Sippel, vielen Dank für Ihre einführenden Worte. - Es ist ja in der Tat so, dass in dem Moment oder ab dem Zeitpunkt, als Sie Präsident wurden, sich das Geschehen schon komplett nach Sachsen verlagert hatte und dann später über die Taten - bis auf, glaube ich, ein oder zwei Banküberfälle - in Thüringen dazu nichts mehr stattfand.

Deshalb will ich mit Ihnen ein paar Punkte durchsprechen, die insgesamt den Umgang mit Rechtsextremismus, mit V-Leuten betreffen, die in Ihrer Amtszeit einfach lagen, und will Sie gleich zu Beginn mit einem Satz konfrontieren, den Sie gesagt haben in der Presse - falls Sie falsch wiedergeben wur-

den, bitte ich, das deutlich zu machen - im November 2011. Als es um das Gerücht ging, war einer der drei V-Leute des Verfassungsschutzes, sagen Sie, dass letzte Zweifel nicht beseitigt wurden. Auf die Frage, ob es denn denkbar wäre, dass Dr. Roewer Informanten auf eigene Rechnung geführt habe, antwortet der Zeuge - das war dann bei uns im Innenausschuss -: „Das wäre sehr ungewöhnlich. Aber es wäre vorstellbar.“

Was hat Sie denn zu dieser - wenn sie zutreffend wiedergegeben ist; sonst korrigieren Sie es einfach gleich - Einschätzung gebracht und dazu, nicht zu sagen: Nein, so was kann ich hundertprozentig ausschließen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann es nicht hundertprozentig ausschließen, weil es eine Reihe von Unklarheiten auch gab in der Amtszeit meines Vorgängers. Und ich hatte diese sehr vorsichtige Aussage auch getätigt, weil mir in dem Zusammenhang auch bekannt war, dass Herr Roewer Quellen geführt haben soll - selbst.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das hat man Ihnen berichtet von Führungskräften? Oder gab es dann auch Fundstücke in den Akten?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das hat man mir berichtet von Führungskräften. Das hat mir mein damaliger Vertreter Herr Nocken berichtet. Er hat mir auch Quittungen vorgelegt, die Herr Roewer ausgestellt hat, über Zahlungen, die an diese Person gegangen sind, ein sogenannter Günther. Und es fanden sich auch in den Akten keine Hinweise auf die Identität dieses Günther. Es ließ sich für mich nicht klären, wer sich hinter dieser Person verbirgt. Und Herr Dr. Roewer hat auch in Verfahren, die wir auch im Zusammenhang mit Schadensersatzforderungen gegen ihn anhängig gemacht haben, die Identität dieses Günther nicht offengelegt.

Ich gehe davon aus, dass dieser Günther mit diesem Vorgang NSU nicht in Zusammenhang steht, aber ich habe gleichwohl Vorsicht walten lassen und eben gar nichts ausschließen wollen, als ich auf die Frage angesprochen worden bin, die Sie gerade noch mal wieder zitiert haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Hat Herr Nocken, den wir hier ja schon mal kurz für sein einführendes Statement hatten - die

Fragen gibt es dann später von uns -, Ihnen damals irgendwas gesagt, ob er in seiner Zeit als Vize da remonstriert hat, nach dem Motto: „Herr Präsident, bei allem Verständnis, das ist weder Ihre Aufgabe noch Ihr Recht; ich zeichne hier keine Quittungen ab, da geht es ja auch um Steuergelder“?

**Zeuge Thomas Sippel:** Er hat mir nicht berichtet, dass er in der Amtszeit remonstriert hat. Er hat mich aber sehr früh zu meinem Amtsbeginn auf diese Unklarheiten aufmerksam gemacht.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, gut, das ist Heldentum nach Ladenschluss, wenn der eine weg ist, dann dem Neuen gleich alles Schlimme aufzubürden. Melden macht frei. Aber er hat Ihnen nicht gesagt, ob er auch bei Roewer mal hingestanden ist und gesagt hat: „So geht es nicht“?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das hat er mir nicht erzählt. Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob Herr Nocken Kenntnis davon hatte noch in der Amtszeit von Herrn Dr. Roewer.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wegen der Quittungen, habe ich gedacht.

**Zeuge Thomas Sippel:** Bitte?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wegen der Quittungen zu Günther, dass die Ihnen der Herr Nocken ja mit gezeigt hätte.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das weiß ich nicht, ob er die mitgezeichnet hat. Das ist mir jetzt - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, Ihnen gezeigt. Daraus schloss ich ja, wenn Herr Nocken Ihnen Quittungen präsentiert kurz nach Amtsantritt, die Ihr Vorgänger quasi ja ausgestellt hat für Geldzahlungen an einen Günther, dass er, Nocken, von dem Vorgang ja gewusst haben muss.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ob Herr Nocken während der Amtszeit von Herrn Roewer Kenntnis von diesem Günther gehabt hat, das weiß ich nicht. Ich vermute mal, eher nicht. Ich vermute mal, er hat dann im Rahmen der Untersuchungen, die nach der Suspendierung von Herrn Dr. Roewer erfolgt sind, von diesem Günther und den Quittun-

gen erfahren; denn Herr Dr. Roewer war, so wie mir berichtet worden ist, nicht nur Präsident, sondern gleichzeitig auch Abteilungsleiter 3. Und in dem Zusammenhang -- In der Abteilung 3 wurden auch Beschaffungsaufgaben wahrgenommen. Und insofern ist es auch denkbar, dass er dann ohne Beteiligung des Herrn Nocken, der Abteilungsleiter 2 war, hier tätig geworden ist.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie hatten ja dann kurze Zeit danach auch einen Fall zu lösen zum Thema V-Mann: Tino Brandt, der schon mal abgeschaltet war, dann wieder kurz aktiviert wurde und dann von Ihnen ganz abgeschaltet wurde. Können Sie da, soweit es vertretbar ist - aber Enttarnung ist ja nicht mehr zu befürchten -, uns noch mal darlegen, was Sie vorgefunden haben und was Sie dazu bewogen hat, dann die Zusammenarbeit ganz zu beenden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe, als ich meinen Dienst angetreten habe, als Erstes mir einen Überblick verschafft über den Zustand der Behörde. Ich habe Einzelgespräche geführt mit fast allen Mitarbeitern des Amtes. Es fand ja keine geregelte Amtsübergabe statt seinerzeit, wie das normalerweise bei der Übergabe von Geschäften ist. Mein Vorgänger war im einstweiligen Ruhestand. Er wurde zwar zweimal eingeladen ins Innenministerium, ist dort aber nicht erschienen.

Um mir also einen Überblick über die Situation des Amtes zu machen, habe ich mit Mitarbeitern Einzelgespräche geführt, habe die Abteilungen gebeten, die Schwerpunkte ihrer Arbeit, die Problemstellungen in ihrem Arbeitsbereich darzustellen. Da ist übrigens nach meiner Erinnerung auch nie thematisiert worden, dass es diese drei Abgetauchten in Jena gibt, die man nicht aufgespürt hat. Das war eigentlich nicht das Thema, das für die Mitarbeiter jetzt von einer großen Bedeutung gewesen ist, vermutlich weil seit einem halben Jahr die Maßnahmen auch eingestellt und die Ermittlungen in Sachsen durchgeführt worden sind.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also nur kurz zum Verständnis: Als Sie sich haben auf den neuesten Stand bringen lassen nach Amtsantritt - was sind die großen Themen, was sind die Aufgaben, was sind die großen Projekte, die wir haben? -, hat man Ihnen alles so ein bisschen berichtet, -

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - aber das Trio, TNT in der Garage und die vergebliche Fahndung war kein Thema?

**Zeuge Thomas Sippel:** Soweit ich mich erinnere, war das kein Thema gewesen. - Ein Thema für mich war natürlich, mir einen Überblick über die Quellenlage zu verschaffen. Es gab ja in dem gleichen Jahr in Thüringen große Aufregung wegen eines anderen V-Manns, Dienel. Insofern lag mir daran, auszuschließen, dass V-Leute in Führungspositionen vom Thüringer Landesamt geführt werden. Ich bat also den damaligen Vizepräsidenten, mir eine Aufstellung zu machen der Zugangslage. Und in dieser Liste, die mir vorgelegt worden ist, war Tino Brandt aufgeführt.

Ich habe ja dann am 4. Dezember 2000 - das war knapp drei Wochen nach meinem Dienstantritt - eine Hausverfügung rausgegeben, dass V-Leute nicht geführt werden dürfen, die die Zielrichtung des Beobachtungsobjektes entscheidend mitbestimmen. Und Tino Brandt gehörte nach dieser Einschätzung zweifelsfrei in diesen Personenkreis, der für den Thüringer Verfassungsschutz eigentlich tabu sein sollte.

Ich hatte deswegen - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Sippel, darf ich kurz unterbrechen? - Also noch mal, weil es nachher eine Rolle spielt: Vizepräsident war der Herr Nocken, -

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - auch zu der Zeit noch, und er war gleichzeitig Abteilungsleiter 2, Rechtsextremismus?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja. Abteilungsleiter 2, Extremismus.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Extremismus. - Das war Personalunion. Und eben dann Abwesenheitsvertreter von Ihnen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Okay; danke.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe daraufhin mich mit den Mitarbeitern besprochen und dann eine Entscheidung getroffen - das war Anfang Januar -, dass Tino Brandt abzuschalten ist. Ich habe allerdings auch autorisiert, dass er zum Zwecke der Nachbetreuung, die zum Ziel haben sollte, ihn zum Rückzug aus dem Rechtsextremismus oder zur Aufgabe seiner Führungsämter zu bewegen - - dass das stattfinden kann, mir aber dann über den weiteren Verlauf zu berichten ist und dass keine Aufträge an Tino Brandt mehr erteilt werden dürfen. Und diese Abschaltung ist dann kurz darauf erfolgt. Ich glaube, es war am 17. Januar 2001.

Und es gab danach noch Nachbetreuungstreffs, bei denen dann, bei einem dieser Nachbetreuungstreffs, dann auch Tino Brandt als ehemalige Quelle des Thüringer Verfassungsschutzes enttarnt worden ist.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Haben Sie das damals mit seinem V-Mann-Führer besprochen oder quasi auch wieder nur über den zuständigen Abteilungsleiter, wenn Sie das noch wissen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe ein Gespräch mit beiden geführt und habe über dieses Gespräch auch einen Vermerk gefertigt und habe diesen Vermerk auch gegenzeichnen lassen vom damaligen Abteilungsleiter. Ich habe nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich angewiesen, dass die Abschaltung erfolgen soll.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Was waren dann, wenn Sie sich daran erinnern - - Jetzt sind wir im Herbst 2000. Da haben Sie das Amt übernommen, das schwierige, und hatten es ja auch lange, was ja auch schon wirklich nicht einfach ist, so lange so ein schwieriges Amt zu haben. Dann kam die Abschaltung Brandt. Dann waren wir im Jahr 2001.

Sie hatten sich einen Überblick verschafft: Welche Themen stehen bei uns im Hause an? Sie hatten die Personalveränderungen durchzuführen. - Das Trio war kein Thema. Was waren dann so in den Jahren 2001, 2002, 2003 die Themen, die Sie im Haus speziell auch beim Thema Extremismus beschäftigt haben und die im Vordergrund standen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Mich hat natürlich der Umbau des Thüringer Landesamtes

sehr in Anspruch genommen. Das waren auch Aufgaben, die ich in persona selbst wahrnehmen musste. Die konnte ich auch nicht delegieren.

Es gab dann Themen, die auch die Medien bewegt haben. Es gab - ich hatte es eingangs erwähnt - Indiskretionen zu Beginn um Tino Brandt, aber auch um einen angeblichen Auftrag, den mein Vorgänger vom damaligen Innenminister erhalten haben soll, Kommunalpolitiker auszuspitzeln. Es gab daraufhin einen Untersuchungsausschuss. Es ging da um Sachverhalte, die vor meiner Amtszeit lagen, die mich aber auch, was die Zusammenstellung der Unterlagen anbelangt, sehr in Anspruch genommen haben.

Ich glaube, es war seinerzeit auch das NPD-Verbotsverfahren noch aktuell, das mich in Anspruch genommen hat, genauso wie die Änderung des Verfassungsschutzgesetzes und die Übernahme der Bearbeitung, der Beobachtung der organisierten Kriminalität. Das musste eingeführt werden im Amt. Das heißt, es mussten Mitarbeiter geworben werden, eingestellt werden.

Das waren auch Dinge, um die ich mich persönlich selbst sehr gekümmert habe. Ich habe jeden Mitarbeiter mir angeschaut. Ich habe selbst an den Gesprächen teilgenommen. Ich habe mir gesagt: Es wird keiner eingestellt im Landesamt, den ich nicht selbst vorher auch gesehen habe, mit dem ich gesprochen habe. - Wir haben das in einem sehr aufwendigen Prozess auch gemacht in Form von Assessment-Centern. Das waren für mich in den ersten Jahren die Schwerpunkte, um die ich mich kümmern musste.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Okay. - Das Trio war nach wie vor kein Thema. Ist das richtig?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das Trio war für mich Thema gewesen spätestens, als der Thüringer Innenminister mich mit dem Verdacht konfrontiert hat, dass das Landesamt was zu tun hätte mit dem Abtauchen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wann war das?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das war im Mai 2001, dass der Verdacht im Raum stand, dass einer des Trios Quelle des Verfassungsschutzes sei und dass der Verfassungsschutz wisse, wo die drei Abgetauchten sich aufhielten.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Da hat Sie der Minister persönlich damit konfrontiert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das war Dewes damals noch? Oder?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das war Herr Köckert.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Köckert.

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Köckert.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Köckert hat mir davon berichtet und bat mich, der Sache nachzugehen. Ich habe daraufhin getrennte Gespräche geführt mit meinem Vertreter und mit Herrn Wießner, der damals als V-Mann-Führer von Brandt aktiv war, aber dann auch zuvor in die Fahndungsmaßnahmen, in die Suchmaßnahmen sehr eng eingebunden war. Und beide haben diesen Verdacht von sich gewiesen.

Herr Nocken hat mir zusätzlich erklärt, er verstehe dies gar nicht, wie dieser Verdacht aufkommt; die Zusammenarbeit mit der Polizei sei sehr eng gewesen; man hätte immer an einem Tisch gesessen, Informationen ausgetauscht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das sei so weit gegangen, dass man de facto den Quellenschutz aufgehoben hat. Die haben alles bekommen von uns. Es gibt nichts, was hier im Amt noch wäre, was die Polizei nicht weiß.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Sippel, das haben wir hier auch schon gehört und waren einigermaßen fassungslos und waren uns nicht ganz sicher, ob es möglicherweise zwei Bundesländer mit dem Namen Thüringen gibt, weil das so gar nichts miteinander zu tun haben konnte, was uns Polizeizeugen und Herr Nocken erzählt haben. Also, da sind die Darstellungen weit auseinander. Aber er konnte es sich nicht erklären.

Haben Sie mal nachgefragt, sei es im Ministerium, woher dieser Verdacht kam? Ich meine, er wurde ein Stück weit - das wissen wir ja auch aus Polizeikreisen - im Umfeld der Fahnder irgendwann wieder mal so unausgegoren in die Welt gestellt, aber auch nicht belegt. Hat er dann so Kreise gezogen, dass er bis zum Minister vorgedrungen ist? Oder gab es weitere Hinweise darauf, auf das Vermeintliche?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein, ich glaube, er kam aus dem Polizeibereich. Ich glaube, der Minister hat das mir gegenüber auch erwähnt. Da bin ich mir nicht mehr sicher, ob er es erwähnt hat oder ich es dann später erfahren habe. Jedenfalls war mir bekannt, dass dieser Verdacht aus Polizeikreisen kommt.

Ich bin dann übrigens noch mal im Jahr darauf auf den gleichen Sachverhalt angesprochen worden, damals vom Staatssekretär Scherer aus dem Innenministerium, und habe das dann auch noch mal zum Anlass genommen, noch mal mit Herrn Wießner und noch mal mit Herrn Nocken zu sprechen, die mir das erzählten, was sie mir auch schon ein Jahr zuvor erzählt haben. Nach meiner Überzeugung nach den Gesprächen, die ich geführt habe, war es für mich auch nicht vorstellbar, dass das Amt mit dem Untertauchen dieser drei irgendetwas zu tun hatte oder wusste, wo die drei waren. Es war für mich auch nicht plausibel; denn das würde auch nicht diese intensiven Suchmaßnahmen für mich erklären. Und ich denke auch - das ist zumindest meine Einschätzung; Herr Dr. Schäfer hat ja mit seiner Kommission auch diesen Verdacht sehr gewissenhaft geprüft -, dass an diesen Vermutungen nichts dran ist.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wir haben auch kein Interesse dran, vage Behauptungen da irgendwie in die Länge zu ziehen. Wir haben nur jetzt folgendes Problem, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auch bei der Befragung durch Herrn Schäfer halt dann doch noch irgendwann sagt: Ja, wir haben kurz, wenige Wochen vor dem Abtauchen des Trios - also das muss Januar 98 oder Dezember 97 gewesen sein - überlegt - was immer das heißt -, Zschäpe zu gewinnen als Informantin, haben es dann aber gelassen; wegen ihres Drogenkonsums war sie uns zu wacklig - was für uns beides neu war. War das jemals ein



Thema Ihrer Erörterungen, dass quasi auf der Arbeitsebene - es muss ein Mitarbeiter von Wießner ja dann wohl gewesen sein, der das gesagt hat; ich will jetzt den Namen nicht nennen - hier auch das Thema Drogen im Raum stand? Oder ist das auch wieder so eine punktuelle Info, der man nachgehen müsste und die sich dann am Ende in nichts verliert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe das erstmals jetzt aktuell aus der Presse entnommen. Ich habe das vorher nicht gehört.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Okay. - Jetzt waren Sie mit dem Trio wieder befasst, wenn auch eben im Zusammenhang mit einem unangenehmen Vorwurf. Es gab aber keine Veranlassung mehr, noch mal zu fragen: „Sollen wir noch mal unsere V-Leute abschöpfen? Gibt es neue Hinweise aus der Szene über den Aufenthalt? Was hören wir aus Sachsen?“, wo ja der letzte Bezugspunkt war? Wurde das noch mal irgendwie operativ dann aufgenommen im Jahr 2002, also dann danach?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann mich daran nicht erinnern. Wir haben uns natürlich um das Umfeld gekümmert - allerdings nicht primär, um den Aufenthaltsort der drei zu ermitteln, sondern weil es sich eben bei Kapke und Wohleben um sehr aktive, bis in die jüngste Vergangenheit, Rechtsextremisten handelte. Aber wir haben keine weiteren aktiven Suchmaßnahmen nach diesem Trio mehr veranlasst.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Jetzt gab es ja um diese Zeit herum - ich muss aber echt passen; vielleicht weiß es jemand von den Kollegen -, entweder im Jahr 2000 oder 2002, einen Anschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach, in dessen Folge ein amtsbekannter Neonazi auch ja ermittelt und wohl sogar verurteilt wurde und dann auch den Spitznamen bekommen hat, den unsäglichen, „Döner-Bomber“. Wisst ihr, wann es war? War es 2000 oder - -

(Petra Pau (DIE LINKE): 2002!)

- 2002. Also da waren Sie schon im Amt. Wenn es 2001 war, war er auch im Amt. Also dann passt es auf jeden Fall. - Waren Sie oder Ihr Haus oder Ihre Abteilung Extremismus mit diesem Fall mal in irgendeiner Form auch betraut, dass man diesen Anschlag mit

Sprengstoff gegen einen ausländischen Mitbürger, Kleingewerbetreibenden, zum Anlass genommen hat, auch eine - wie soll ich mal sagen? - neue Gefahrenprognose, -beurteilung zu erstellen? Können Sie sich an den Fall überhaupt erinnern?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann mich an den Fall erinnern. Ich habe den allerdings jetzt nicht im Zusammenhang mit dem NSU-Trio gesehen, auch damals nicht gesehen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, damals gab es ja NSU noch für niemand. Deshalb frage ich jetzt nur mal nach dem Fall, ob der irgendwas ausgelöst hat bei Ihnen im Hause.

**Zeuge Thomas Sippel:** Da habe ich keine Erinnerung dran. Ich weiß, dass es diesen Vorgang gab und dass man auch sehr schnell einen Danny Pfothener, glaube ich, als Täter ermittelt hat und einen Patrick Wieschke, der wohl Anstiftung betrieben hat. Die Polizei hat hier sehr schnell auch einen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Ich kann Ihnen aus dem Stegreif nicht sagen, welche Rolle jetzt mein Amt damals bei dieser Ermittlung geführt hat.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Wann sind Sie überhaupt das erste Mal in Kontakt gekommen mit der damals noch sogenannten Ceska-Mordserie? Hat Sie das in irgendeiner Form des Informationsaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden mal erreicht? Ich meine, wir sind jetzt im Jahr 2002 oder 2003. Da ist die Serie unterbrochen. Es gab aber schon vier Morde, verteilt über ganz Deutschland: Nürnberg, München zwei und dann noch Hamburg. Können Sie sich noch daran erinnern, ob die Serie, die sich jetzt ja zunächst einmal als Arbeit der Polizei darstellte, Ihnen irgendwann mal vermittelt wurde, ob Sie darauf hingewiesen wurden, ob Sie um irgendwas gebeten wurden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nach meiner Erinnerung spielte das bei uns keine Rolle. Ich habe diese Ceska-Morde so wie jedermann aus der Presse mitverfolgt, auch die Mutmaßungen, was die Motive dieser Mordtaten anbelangt, mitverfolgt. Wir haben aber hier Substanzielles aus Thüringer Sicht nicht einzubringen gehabt. Diese Morde fanden ja auch nicht in Thüringen statt. Insofern wur-

den wir bei den Ermittlungen, soweit ich das in Erinnerung habe, auch nicht beteiligt. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass diese Mordfälle mal Gegenstand waren von Besprechungen im Verfassungsschutz, dass man sich mal Gedanken darüber gemacht hat: Was könnte da dahinterstecken? Gibt es da vielleicht ein fremdenfeindliches Motiv?

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Auch nicht im Verbund der anderen Verfassungsschutzämter bei Ihren jährlichen Treffen?

**Zeuge Thomas Sippel**: Ich habe da keine Erinnerung dran. Also, ich vermute, eher hat man nicht darüber gesprochen.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Von der BAO „Bosporus“, die ja lange federführend die Fälle bearbeitet hat, wissen wir - die Kollegen aus Bayern mögen mich korrigieren, wenn ich mich in der Jahreszahl irre -, dass diese BAO „Bosporus“ oder Vertreter von ihr im Jahr 2007 im April, im März oder April, also wenige Wochen vor dem zehnten Mord an Michèle Kiesewetter, in Thüringen waren - aber wohl bei der Polizei, nehme ich an - und den Fall vorgestellt hatten. - Stimmt; Konrad Schober nickt. Aber bei Ihnen war da niemand, dass man gesagt hat: „Wir lassen jetzt einfach mal - Blick über den Tellerrand hinaus - auch den Verfassungsschutz da draufblicken“?

**Zeuge Thomas Sippel**: Das ist mir nicht bekannt.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Und jetzt sind wir in den Akten im Jahr 2003. Also, die Bezüge sind so weit alle nachvollziehbar, dass Sie mit dem Fall nichts zu tun hatten. Im Verbund spielt die Mordserie keine Rolle bei den anderen Verfassungsschutzbehörden. Das Trio selber ist weg, der Vorwurf ausgeräumt - oder auch nicht. Der Fall selber war auch nicht so wichtig, wie Sie selber gesagt haben, dass man Ihnen den erzählt hat bei Ihrer Amtsübernahme. Und es ist eigentlich ruhig. Und, wie wir jetzt wissen, die unzulässige Verjährung naht heran im Jahr 2003.

Und dann gibt es im Oktober 2003 eine Arbeitstagung beim Bundesamt für Verfassungsschutz zur Gefahr der Entstehung rechtsterroristischer Strukturen in Deutschland. Und dann werden bei den Landes-

ämtern Beispiele abgefragt. Und dann meldet das LfV Thüringen genau diesen Fall mit Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, der in der Alltagsarbeit keine Rolle mehr gespielt hat, der für die Mitarbeiter gegenüber Ihnen als neuem Chef überhaupt nicht bedeutend war, mit dem Sie keinerlei Berührungspunkte mehr hatten, der vor der Verjährung war. Den meldet man, andere Fälle mit - - Darum habe ich den Sprengstoffanschlag genannt, wo man Täter hatte. Der wird nicht gemeldet. Das leuchtet mir - - Ich meine, im Nachhinein sagen wir: Natürlich waren die gefährlich; so eine schlimme Bande. - Aber wenn wir uns zurückversetzen in das Jahr 2003, dann ist die überstarke Betonung dieses Trios eigentlich unlogisch. Oder?

**Zeuge Thomas Sippel**: Das finde ich nicht; denn in der Tat hat ja dieses abgetauchte Trio die Ressourcen des Amtes in den 90er-Jahren zumindest sehr in Anspruch genommen. Und ich weiß nicht, welcher Bearbeiter nun jetzt an dieser Zuarbeit beteiligt war. Aber es ist gut denkbar, dass er vor dem Hintergrund seiner Erlebnisse, die er in den 90er-Jahren gehabt hat, sich an diesen Fall erinnert hat. Und die Anfrage war, denke ich, ob es Fälle gab, wo Rechtsextremisten mit Sprengstoff zu tun hatten. Das, glaube ich, war der Ansatzpunkt.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Ja, richtig.

**Zeuge Thomas Sippel**: Und da mag dann der Betroffene dran gedacht haben: Ah ja, wir hatten ja in den 90er-Jahren diese drei sogenannten Bombenbastler; die benennen wir für diese Tagung als einen Beispielfall für Thüringen.

**Clemens Binniger** (CDU/CSU): Aber jetzt, Herr Sippel, ganz objektiv gesprochen: Wenn Sie als Landesamt dem Bundesamt einen herausragenden Fall melden müssen für ein Sprengstoffdelikt von Neonazis und Sie hätten die Wahl zwischen einem vollendeten Delikt mit zwei festgenommenen Tätern, amtsbekannten Neonazis in Eisenach, und einem Fall, der fünf Jahre zurückliegt und im Versuchsstadium ja unterbrochen wurde: Wen würden Sie melden, welchen der beiden Fälle?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich würde beide melden, denke ich. Aber Sie fragen mich ja jetzt, Herr Abgeordneter, nach den Motiven.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nein, was mich stutzig macht, ist: Wir hatten jetzt ein paar Zeugen hier, den Oberstaatsanwalt Schultz aus Thüringen, dass diese Bewertung des Trios, wie wir sie heute vornehmen, aus nachvollziehbaren Gründen - Terrorbande, rücksichtslose Mörder -, in dem gesamten Zeitraum von 98 bis 2003 so eigentlich niemand gemacht hat, sondern es war eher unbedeutend, keine so große Rolle. In Übersichten zu Strafverfahren gegen den „Thüringer Heimatschutz“, dem sie ja angehört haben - 30 Seiten Strafverfahren mit 50, 60 Beschuldigten -: Wer fehlt? Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, obwohl sie da noch nicht abgetaucht waren. Sie spielen keine Rolle. Fahndung mit hohem Aufwand; das ist richtig. Und trotzdem will irgendjemand im Jahr 2003 die Erinnerung an dieses Trio wachhalten. Täuscht mich das? Und da frage ich mich: Warum? Was hat den Mann bewegt, der veranlasst hat, dass genau dieses Trio da noch mal bundesweit präsent ist und da auch in diesen Papieren dann auftaucht und dass es später, ein Jahr später, noch in das Dossier des Bundesamtes für Verfassungsschutz schafft?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich denke, das war ja richtig, dass er dieses Trio benannt hat; denn die Fragestellung ging ja dahin, diese Fälle zu melden, in denen Sprengstoff in Zusammenhang mit Rechtsextremisten bekannt geworden ist. Vielleicht - - Aber Sie fragen mich nach den Motiven.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Es leuchtet nicht ganz ein. Sie haben ja selber - - Darum habe ich Sie etwas ausführlich zu diesem Punkt hingeführt, weil ich wirklich wissen wollte: War das Trio bei Ihnen nach Amtsübernahme November 2000 im Amt überhaupt ein Thema? Oder denken nur immer wir mit dem Wissen von heute, das muss ja jede Woche auf der Tagesordnung gestanden haben, was es nicht hat? Und wie kommt es dann 2003 wieder aus dem Nichts ganz nach oben in der Priorität?

**Zeuge Thomas Sippel:** Es war ein Thema. Man wusste da natürlich darum, dass es diese drei gab, die abgetaucht sind. Ein Thema war es nicht bei den Ermittlungen,

bei den Fahndungsmaßnahmen; denn es gab ja keine Anzeichen, dass sie sich in Thüringen aufhielten, dass wir sagen: Die sind im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Freistaats, des Landesamtes, und hier müssen aktive Suchmaßnahmen durchgeführt werden. - Das nicht. Aber ein Thema war es natürlich insofern, als dass man sich schon an den Fall erinnert hat.

Welche Beweggründe nun jetzt bei dem Mitarbeiter vorlagen, dass er nun diesen Fall aufgeführt hat, aber den Döner-Fall nicht, das weiß ich nicht. Ich kann auch hier nur spekulieren, Herr Abgeordneter. Vielleicht war es so, dass er gesagt hat: Dieser Fall in Eisenach ist so wichtig nicht, weil man die Täter ermittelt hat. - Vielleicht spielte das eine Rolle. Oder er hat an diesen Fall nicht gedacht. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Vielen Dank. - Ich habe keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr Sippel! Herr Sippel, ich möchte noch mal beginnen mit der Zusammenarbeit Polizei und Verfassungsschutz und da zunächst mal zu sprechen kommen auf einen Vermerk, der uns heute hier schon beschäftigt hat, den Herr Wunderlich angefertigt hat, und zwar am 14. Februar 2001. Ihnen ist das bekannt, entnehme ich Ihrem Nicken. Und da führt Herr Wunderlich ja aus - ich zitiere das noch mal eben kurz -:

Die Zusammenarbeit mit dem LfV Sachsen ergab eine unterschiedliche Informationsübermittlung und den Verdacht, dass durch das LfV Thüringen wichtige Fahndungsdaten zurückgehalten werden.

Das war eine Vorlage, die für ein Gespräch der Behördenleiter angefertigt wurde.

Können Sie uns noch mal sagen - - Sie haben ja von Ihren Gesprächen mit dem Innenministerium gesprochen. Aber ist Ihnen das dann auch unmittelbar zugetragen worden? Und hat es ein Gespräch gegeben mit

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet MAT A TH-2/59, Blatt 76.

dem Behördenleiter? Damals war das der Behördenleiter Kunkel. Haben Sie sich dann mit dem getroffen, mal zusammengesetzt und das erörtert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich glaube, das Gespräch hat stattgefunden mit Herrn Kunkel. Ich habe darüber keinen Vermerk gefunden. Aber ich glaube, Herr Kunkel hat mich nach diesem Gesprächsvermerk von Herrn Wunderlich aufgesucht und hat mich daraufhin angesprochen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie haben Sie sich denn darauf vorbereitet, auf dieses Gespräch?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann Ihnen nicht sagen, wann das Gespräch stattgefunden hat. Ich habe keine Erinnerung mehr an den genauen Inhalt dieses Gesprächs. Ich glaube, dieses Gespräch hat stattgefunden. Aber ich kann Ihnen dazu die näheren Umstände nicht schildern. Die sind mir nicht erinnerlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie denn dazu bei sich im Haus mal nachgefragt, wie so ein Verdacht der Polizei entstehen kann, was da dran ist, beispielsweise?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja. Ich hatte ja die Gespräche geführt, mindestens mit Herrn Wießner und mit Herrn Nocken. Ich habe das geschildert - im Mai; vielleicht auch schon vorher; das weiß ich nicht; im Mai jedenfalls ganz sicher. Und nach meiner Einschätzung waren die Aussagen, die mir gegenüber gemacht worden sind, glaubwürdig. Ich habe keinen Zweifel gehabt an der Wahrheit, Wahrhaftigkeit der Angaben. Und insofern habe ich mich auch darauf verlassen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie denn Herrn Nocken, Ihren Vizepräsidenten, mal konfrontiert mit dem Verdacht, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen über ganz andere Informationen verfügt und die auch an die Polizei weitergeleitet hat, dass das vermutet wurde von der Thüringer Polizei, vom Landeskriminalamt? Haben Sie Herrn Nocken damit mal konfrontiert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Mir ist nicht erinnerlich, dass der Verdacht an mich hergetragen worden ist, dass nicht alle Informatio-

nen übermittelt worden sind. Mir ist gut in Erinnerung, dass der Verdacht aufkam, einer der drei - ich glaube, Frau Zschäpe - soll Quelle des Verfassungsschutzes gewesen sein und man wisse, wo die drei sich aufhalten, und beim Abtauchen sollen sie gedeckt worden sein. Dass der Vorwurf im Raum stand, man hat nicht alles übermittelt, darauf ist Herr Nocken von sich aus eingegangen. Ich kann mich nicht erinnern, dass auch dieser Verdacht in irgendeiner Weise eine Rolle gespielt hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das heißt, Herr Nocken hat Ihnen von sich aus gesagt: „Wir haben aber alle Informationen übermittelt“?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ganz genau.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie sich dann mal zusammenstellen lassen, um welche Informationen es sich handelt und wann und wie die der Polizei übermittelt worden sind?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Warum haben Sie das nicht gemacht?

**Zeuge Thomas Sippel:** Weil ich der Angabe von Herrn Nocken vertraut habe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und Sie haben das überhaupt nicht überprüft, welche Informationen zu dem untergetauchten Trio bei Ihnen im Haus vorlagen? Also, Sie haben sich nie mal eine Zusammenstellung machen lassen, was genau für Erkenntnisse überhaupt bei Ihnen vorlagen zu den dreien?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich bin davon ausgegangen, dass die Aussage von Herrn Nocken korrekt ist. Herr Nocken war in den Fall mit eingebunden. Herr Nocken ist ein erfahrener Verfassungsschützer. Er war mein Vertreter, also ein hochrangiger Verfassungsschützer. Und ich bin davon ausgegangen, mir wird wahrheitsgemäß berichtet.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir wissen aus den Akten und auch aus Zeugenvernehmungen, dass das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz ganz offensichtlich sehr intensive Suchmaßnahmen unternommen hat. Sie haben das eben selbst auch geschildert. Wir

wissen auch - da ist mal der Ausspruch gefallen -: Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz wollte gern das Trio auf dem Silbertablett der Polizei servieren und war jedenfalls, so wie wir das wahrgenommen haben, sehr engagiert. Gehört das Ihrer Meinung nach zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes, ein untergetauchtes Trio zu suchen? Oder ist das nicht vielmehr die Aufgabe der Polizei?

**Zeuge Thomas Sippel:** Die Aufgaben des Thüringer Verfassungsschutzes ergeben sich aus dem Verfassungsschutzgesetz. Die Aufgaben müssen darauf ausgerichtet sein, Informationen zu sammeln über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder die Sicherheit gerichtet sind. Wenn es um eine reine Fahndungsmaßnahme geht, ist nach meinem Dafürhalten eine Zuständigkeit des Verfassungsschutzes nur dann erklärlich, wenn gleichzeitig auch die Informationssammlung betrieben wird. Aber eine nur auf Fahndung abzielende Tätigkeit fällt nicht in den Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie kannten dieses Engagement Ihres Amtes?

**Zeuge Thomas Sippel:** Wenn es gleichzeitig - - Ich kannte das Engagement des Amtes in den 90er-Jahren, ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Es geht ja jetzt um den Zeitraum nach dem Untertauchen. Sie haben ja selber von umfassenden Suchmaßnahmen in Ihrem Haus gesprochen. Das kannten Sie? Das betrifft jetzt den Zeitraum nach dem Abtauchen, also nach Januar 1998. Das war Ihnen bekannt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das war mir bekannt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie darüber mit Personen in Ihrem Haus mal gesprochen, dass das nicht zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört, so intensive Suchtätigkeiten zu entfalten?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das ist möglich, dass ich das thematisiert habe, ist mir aber nicht erinnerlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie sich noch daran erinnern, dass Sie das mit Herrn Nocken mal besprochen haben?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann mich nicht daran erinnern, nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie sich daran erinnern, dass das vielleicht bei den Behördenleitergesprächen mal Gegenstand der Gespräche war, gerade die Aufgabenverteilung zwischen Polizei und Verfassungsschutz?

**Zeuge Thomas Sippel:** Bei den Behördenleitern mit LKA?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Thomas Sippel:** Da kann ich mich nicht dran erinnern, nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir hatten den Zeugen Oberstaatsanwalt Schultz hier. Der hat uns gesagt, es gab ein Schreiben der Staatsanwaltschaft, formuliert von der Polizei, also vom Landeskriminalamt, mit Fragen an den Verfassungsschutz hinsichtlich der Aufgabenverteilung, der Beeinflussung von Ermittlungsmaßnahmen. Ist Ihnen das bekannt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das Schreiben müsste vor meiner Amtszeit gefertigt worden sein. Das ist mir nicht bekannt, nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber wenn im Nachhinein - - Sie haben ja von Ihren Gesprächen mit dem Innenministerium berichtet. Sie haben es geschildert - 2001 und 2002; genau. Wenn im Nachhinein dasselbe Thema noch mal auftaucht, frage ich mich, ob nicht das Schreiben, das vor Ihrem Amtsantritt gefertigt wurde, dann noch mal wieder Gegenstand der Beratungen wird und man noch mal darüber spricht, dass es bereits in der Vergangenheit thematisiert wurde.

**Zeuge Thomas Sippel:** Soweit ich mich erinnere, ist mir dieses Schreiben nicht bekannt, ist nicht thematisiert worden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben davon nie gehört, auch nie mal nachgefragt, ob es früher schon diese Schwierigkeiten gab?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie haben Herrn Nocken vertraut, dass alle Informationen der Polizei übermittelt wurden, -

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - und sich auch nicht weiter noch mit anderen Ihrer Mitarbeiter darüber unterhalten, ob das tatsächlich war, oder das mal überprüft?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe mit Herrn Wießner drüber gesprochen, der mir das auch -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der hat Ihnen das auch bestätigt?

**Zeuge Thomas Sippel:** - bestätigt hat. Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann möchte ich noch mal eine andere Frage stellen zu dem Komplex V-Leute, V-Leute-Führung und insbesondere erst mal zu dem Fall Tino Brandt. Es ist kurz schon angesprochen worden. Herr Nocken war ja sehr angetan von den Informationen, die Tino Brandt übermittelt hat, und wollte ihn ja auch gern als V-Mann behalten. Hatten Sie einen Streit mit Herrn Nocken über die Frage, ob Herr Brandt weiter als V-Mann geführt wird oder abgeschaltet wird?

**Zeuge Thomas Sippel:** Wir hatten eine kontroverse Diskussion. Herr Nocken hat sich sehr dafür eingesetzt, dass Tino Brandt nicht abgeschaltet wird, genauso wie Herr Wießner sich sehr dafür eingesetzt hat. Aber meine Auffassung war eine andere gewesen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Nocken hat sogar die Auffassung vertreten, dass ohne die Enttarnung von Tino Brandt das Trio gefunden worden wäre.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das ist eine hypothetische Annahme. Dem kann man entgegenhalten, dass drei Jahre auch mit Tino Brandt das Trio nicht gefunden worden ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie war denn das überhaupt mit der Informationslage nach der Abschaltung von Tino Brandt? Für Herrn

Nocken war das ja ein wichtiger V-Mann. Er hat gesagt, ganz relevante Erkenntnisse im Bereich des Rechtsextremismus hatten Sie von Tino Brandt. Wie stellt sich das denn für Sie dar, nachdem Tino Brandt abgeschaltet wurde? Gingen die Informationen zurück? Konnten Sie auf den verzichten? Oder haben Sie festgestellt, dass Ihnen wesentliche Informationen aus der rechtsextremen Szene fehlten?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nun gut; wir hatten eigentlich während meiner Amtszeit immer Quellen im rechtsextremistischen Bereich geführt - wobei, wenn Sie nach der Qualität fragen, man eigentlich nie zufrieden gewesen sein konnte, dass man sagt: Wir haben immer ein gutes Bild über die Lage insgesamt im rechtsextremistischen Spektrum in Thüringen.

Die Abschaltung von Tino Brandt, aber vor allen Dingen auch die Offenbarung der Zusammenarbeit in den Medien hat uns die Quellenwerbung und -führung sehr erschwert; denn Tino Brandt war ja nicht der erste Fall in Thüringen, sondern vorher wurde auch schon Thomas Dienel enttarnt. Das lässt natürlich dann weitere Werbemaßnahmen umso schwerer vonstatten gehen; denn es besteht natürlich bei potenziellen Rechtsextremisten, mit denen wir im Rahmen der Quellenführung zusammenarbeiten wollen, dann die Befürchtung, dass sie enttarnt werden, mit den beiden Beispielfällen, die ich genannt habe. Das Werbungsgeschäft wurde dadurch doch erheblich erschwert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, die Schwierigkeiten resultierten dann aus der Enttarnung, aber nicht aus der Abschaltung von Tino Brandt. Können Sie noch mal kurz aus Ihrer Sicht darstellen, wie Tino Brandt enttarnt wurde?

**Zeuge Thomas Sippel:** Es war so, dass Tino Brandt sich mit seinem ehemaligen V-Mann-Führer, der ihn ja dann zu betreuen hatte, in einer Gaststätte in Coburg getroffen hat. Und dieses Treffen ist verdeckt fotografiert worden. Das heißt, es gab dann Bilder von Tino Brandt und auch von dem V-Mann-Führer Wießner, die dann in der Presse veröffentlicht worden sind.

Die Kenntnis, dass Tino Brandt Quelle des Verfassungsschutzes war, war allerdings schon vor der Veröffentlichung in der *Thürin-*

ger *Allgemeinen* bekannt. Ich erinnere mich, dass ich seinerzeit von einem *Spiegel*-Journalisten damit konfrontiert worden bin, dass Brandt Quelle des Verfassungsschutzes sei. Und die Woche darauf, glaube ich - eine Woche hat es noch gedauert -, hat dann die *Thüringer Allgemeine* diesen Fall gebracht.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Haben Sie darüber mit Herrn Nocken mal gesprochen dann hinterher?

**Zeuge Thomas Sippel:** Natürlich, ja.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Und was haben Sie im Wesentlichen besprochen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Nocken war der Auffassung, dass Tino Brandt verraten worden sei durch einen Mitarbeiter aus dem Haus oder durch Mitarbeiter aus dem Haus. Er hat nicht gewusst, wer das gewesen sein könnte, sondern hat vermutet, es seien Personen aus dem Umfeld von Dr. Roewer.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Die ihn verraten haben?

**Zeuge Thomas Sippel:** Die ihn verraten haben, ja.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Sind Sie dem mal nachgegangen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Dem bin ich nachgegangen. Wir haben Mitarbeiter befragt. Wir haben auch die Polizei eingeschaltet. Ich glaube mich zu erinnern, dass wir Strafanzeige erstattet haben wegen Geheimnisverrats. Allerdings wurde nicht aufgeklärt, wer wirklich dahintergesteckt hat.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Hat sich nie klären lassen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Hat sich nicht klären lassen.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Haben Sie eine Vermutung?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich hatte eine Vermutung. Und ich hatte dann auch Mitte des Jahres 2001 einen großen Personalschnitt gemacht, indem ich - - Ich vermute mal, es lag an der Lagerbildung in meiner

Behörde zur damaligen Zeit. Und ich habe diesen Schnitt so angelegt, dass ich beide Lager versetzt habe in andere Behörden - auch mit der Unterstützung des Thüringer Innenministeriums. Und dieser Schnitt hat dazu geführt, dass dann eben keine Informationen mehr aus dem Haus gedrungen sind.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Dann noch mal eine andere Frage allgemein zu V-Leuten: Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie versucht haben, die V-Leute in Führungspositionen abzuschalten. Tino Brandt haben Sie genannt als einen Fall. Können Sie noch weitere Fälle nennen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Es gab keinen weiteren Fall mehr, der abgeschaltet worden ist. Ich weiß aber, dass es noch eine Abschaltung gegeben hat - im Oktober, glaube ich; das war kurz vor meinem Amtsantritt -, mit der ich auf etwas kuriose Weise zu tun hatte.

Nachdem bekannt war, dass ich meinen Dienst in Thüringen am 15. November aufnehmen werde, hat mich Herr Nocken aufgesucht anlässlich eines dienstlichen Termins in Köln in meinem Dienstzimmer in Köln und hat mir von einem Fall berichtet im Bereich der „B & H“-Szene und fragte mich, wie er mit diesem Fall umgehen solle, ob er die Zusammenarbeit mit diesem V-Mann beenden solle. Es ging wohl darum, dass diese Quelle, die im „B & H“-Bereich angesiedelt war, gegen die Verbotsverfügung des Innenministeriums, des Bundesinnenministeriums, Widerspruch eingelegt hat, und ich habe ihm gesagt, dass ich das nicht entscheiden könne, weil ich ja noch Bundesbeamter sei. Aber so, wie er mir das schildert - er hat vorgeschlagen, ihn abzuschalten -, sei das doch ganz plausibel, ihn abzuschalten, bat aber um Verständnis, dass ich mich, was die Sachentscheidung anbelangt, da zurücknehmen muss, weil ich noch Bundesbeamter gewesen bin.

An den Fall kann ich mich erinnern. Ansonsten kam es im Zusammenhang mit V-Leuten in Führungspositionen zu keinen Abschaltungen.

(Armin Schuster (Weil am Rhein)  
(CDU/CSU): Darf ich?)

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja, dürfen Sie.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Schuster hat eine Zwischenfrage. Bitte.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Sippel, wenn Sie als Beamter des BfV - Sie haben es gerade so ausgeführt: als Bundesbeamter - vor einer solchen neuen Aufgabe stehen, hatten Sie häufiger den Eindruck, dass man in Thüringen noch Aufräumarbeiten leistete, weil man ja einen Bundesbeamten erwartete, der vielleicht einen anderen Blick auf die Dinge hat?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ihre Frage war, ob ich den Eindruck hatte, dass man Aufräumarbeiten erwartete?

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das Gespräch, was Sie gerade geschildert haben, da drängt sich einem geradezu auf, dass da jemand vielleicht Dinge bereinigen wollte, wovon er wusste: Wenn da ein Bundesbeamter draufguckt - so aus einer ganz anderen Sicht -, könnte er - - So. Haben Sie das Gefühl häufiger gehabt, auch danach noch?

**Zeuge Thomas Sippel:** Eigentlich nicht. Ich meine, was Herr Nocken mir vorgeschlagen hat, war ja aus meiner Sicht plausibel. Ich habe ihm ja auch signalisiert, dass das eigentlich eine Entscheidung ist, die richtig ist, bat aber um Verständnis, dass ich diese Entscheidung nicht treffen kann, weil ich nicht in Amt und Funktion in Thüringen war. Dass Herr Nocken mir diesen Fall berichtet hat, lag vielleicht an der Aktualität; denn es war ja nach meiner Erinnerung genau der zeitliche Zusammenhang des Gesprächs auch mit der Verbotsmaßnahme des Bundesinnenministeriums und dem Widerspruch. Ich vermute mal, dass er unter dem ganz aktuellen Eindruck mich auf diesen Sachverhalt angesprochen hat, nicht um irgendwas zu bereinigen - jetzt kommt aus Köln ein Bundesbeamter und nimmt eine andere Sicht auf die Arbeit des Verfassungsschutzes -, sondern ich glaube, dass es die Aktualität war, die Herr Nocken veranlasst hat, mich auf diesen Fall anzusprechen.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Habe ich noch ein Minütchen? - Vielen Dank.

Genau, das wollte ich gerade fragen, ob er Sie anlässlich des bevorstehenden Amts-

antritts gefragt hat. Aber das haben Sie jetzt beantwortet.

**Zeuge Thomas Sippel:** Doch, das denke ich; das hat er gemacht wegen des - -

**Dr. Eva Högl** (SPD): Genau, das hat er, haben Sie jetzt beantwortet. - Herr Sippel, handelt es sich bei der Person, über die Sie jetzt sprechen, um den V-Mann „2100“?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Dann möchte ich noch mal kurz fragen, ob Sie auch etwas veranlasst haben. Es stand ja im Raum, dass der Thüringer Verfassungsschutz schützend die Hand über V-Leute hält und die auch warnt, beispielsweise vor polizeilichen Maßnahmen. War Ihnen das bekannt, und haben Sie etwas veranlasst, dass das nicht passiert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das war mir aus der Presse schon bekannt; denn gerade im Zusammenhang mit dem V-Mann „2100“ stand dieser Verdacht ja im Raum.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Genau.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe da natürlich auch mit Herrn Nocken drüber gesprochen und, ich glaube, auch mit Herrn Wießner oder mit dem zuständigen V-Mann-Führer. Das war in dem Fall nicht Herr Wießner, sondern das war ein anderer Mitarbeiter meines Amtes. Beide haben diesen Verdacht zurückgewiesen.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Haben Sie denn dann was veranlasst daraufhin? Also, den Verdacht zurückweisen, wenn die betroffene Person das macht, das ist ja erst mal das eine. Aber das andere ist ja: Was wird dann veranlasst?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe natürlich klargestellt, dass so was nicht statthaft ist. Das habe ich klargestellt. Ich glaube, dieser Verdacht stand ja auch im Raum, als es um die Führung von Tino Brandt ging. Ich habe das auch der Presse entnommen, dass dann die Festplatte ausgebaut gewesen sein soll, wenn die Polizei vor dessen Tür stand, um Durchsuchungsmaßnahmen durchzuführen. Das sind natürlich Maßnahmen und



Handlungen, die der Verfassungsschutz nach meinem Dafürhalten nicht unternehmen darf.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie haben keine besonderen Maßnahmen des Controlling oder Vier-Augen-Prinzips oder Ähnliches eingeführt, um so etwas auszuschließen für die Zukunft?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ein Controlling gab es ja bei mir - das habe ich ja eingeführt 2001 oder 2002 -, das allerdings mehr darauf abzielen sollte, mich zu unterrichten, wenn es besondere Vorkommnisse gab im Zusammenhang mit der Quellenführung. Für mich wäre es natürlich auch ein besonderes Vorkommnis, wenn ein V-Mann gewarnt werden sollte vor einer bevorstehenden Durchsuchungsaktion. Das ist ein besonderes Vorkommnis. Insofern habe ich schon im Rahmen der Dienstvorschrift „Beschaffung“ das Controlling auch mit wichtigen Dingen, die im Rahmen der Quellenführung anfallen - - eine Beteiligung vorgesehen; das schon. Und ich habe meine Auffassung gegenüber den für diese Dinge zuständigen Mitarbeitern - in dem Fall auch Herrn Nocken - klargestellt, dass ich so eine Handlung nicht dulde.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt hätte das Fragerecht die FDP. Freundlicherweise hat mir Herr Wolff noch zugestanden, eine Zwischenfrage zu stellen.

Wir haben relativ kurzfristig, Herr Sippel, am 21. Januar 2013, Unterlagen bekommen durch das Bundesministerium der Justiz, aber beruhend auf Vermerken des Bundeskriminalamtes. Ist Ihnen bekannt, dass es am 13. - - Entschuldigung. Ist Ihnen bekannt, dass es am 30.10.2007 eine Durchsuchung gegeben hat bei Thorsten Heise, bei der unter anderem Tonbänder gefunden worden sind?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, ich glaube, ich kann mich an eine Durchsuchung bei Heise erinnern, allerdings nicht an Einzelheiten dazu. Ich glaube, es gab eine Durchsuchung bei Heise. Ich glaube, daran kann ich mich erinnern, ja; aber, wie gesagt, nur ganz allgemein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Demnach befinden sich auf den Tonbändern Aufzeichnungen von Gesprächen, die Herr Heise mit Tino Brandt geführt hat. Das BKA geht davon aus, dass dieses Gespräch am 20.01.2007 stattgefunden hat. Ist Ihnen davon irgendetwas bekannt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das höre ich jetzt das erste Mal.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich darf aus der Unterlage Folgendes zitieren. Das ist MAT A GBA-12. Das sind die Seiten, aus denen ich jetzt zitiere: 24 ff. Nach der Auswertung der Tonbänder durch das Bundeskriminalamt hat - - Warum Herr Heise das aufgezeichnet hat: Das BKA geht davon aus, er hätte da ein Diktiergerät in der Jackentasche gehabt - Heise -, hat aber Tino Brandt als Gesprächspartner identifiziert, und Tino Brandt hat sich geäußert auf Frage von Heise zu seiner Tätigkeit als V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen. Nach dem Protokoll, das das BKA aufgrund der Tonbänder angeführt hat, hat Brandt unter anderem Folgendes gesagt - Blatt 24 -:

... wenn auf einmal vermehrt Hausdurchsuchungen kommen. Gut, ist dann natürlich schon sehr praktisch, wenn ich einen Tag vorher weiß, dass die kommen.

...

Ich sach mal so, das war bis auf zwei Hausdurchsuchungen, die der Freistaat Bayern gegen mich veranlasst hat ..., wo ichs nicht vorher wusste, war das sonst so in Coburg, dass äh, die ham ... Computerratrappen mitgenommen. Die ham ja jedes Mal ... Beschlagnahme für meinen Computer gehabt und ... ich hab dann ... Uraltcomputer da zusammengezimmert ... bei ner Hausdurchsuchung nen Computerexperten extra mitgeschleppt.

...

... Schwachsinn ... bin dann zum Bahnhof gelatscht und hab den

- echten -

Computer ins Schließfach getan ...

Dann sagt Brandt demnach weiter - das ist Blatt 25 -, und damit deutet er an, dass er vom Verfassungsschutz Thüringen darauf

hingewiesen worden ist, dass er von der Polizei abgehört wird; da sagt nun also Brandt:

... man hat das auch richtig gemerkt, weil es hieß auf einmal, riefen sie bei mir an auf Arbeit, bei Nation Europa ...

- das ist ein Verlag gewesen, wo er tätig war -

mer können erstmal nicht mehr bei Dir anrufen, weil Handy und Dings ist Papi.

Sprich:

... LKA hängt drinne oder der große Bruder hängt drinne, sprich Bundesverfassungsschutz.

Dann werden die Tipps Ihres Amtes offenkundig noch konkreter:

So, und also das hat man regelrecht äh, gemerkt, also die ham gesagt, also die und die Nummer geht nicht ... hol Dir, hol Dir ne Extra-Card oder irgendwas ... zum kommunizieren.

...

Ham gesagt, hier ..., äh hundert Mark ... äh hier hast hundert Mark, hol Dirs schnell. Soll Dein Bruder holen oder so damit es nicht auf Deinen Namen läuft. Und ich soll auch nicht ... damit sonst wann telefonieren wegen ... der Stimmenerkennung. Server-Stimmenerkennung ...

Das ist schon sehr gravierend.

Ich will Ihnen noch ein Zitat von Herrn Brandt vorhalten. Auf Blatt 58 dieser Tonbandauswertung, da sagt Heise zu Brandt:

Schön zu wissen, dass der Verfassungsschutz die nationale Bewegung in Thüringen aufgebaut hat. Das ist schon ... ja ... sehr cool.

Antwort Tino Brandt:

Ich hoff ..., n bisschen was, hab ... auch ich gemacht ...

Herr Sippel, wie bewerten Sie das?

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Vorsitzender, Sie sprechen offenbar Sachverhalte an, die vor meiner Amtszeit lagen, das heißt, die die Führung von Tino Brandt als Quelle anbelangen. Ich hatte ja geschildert, dass

Brandt im Januar 2001, kurz nach meinem Dienstantritt, abgeschaltet worden ist.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Halten Sie es für plausibel, dass Brandt in dieser Gesprächssituation, wo er mit einem anderen Neonazi sich unterhält und offenkundig nicht davon ausgeht, dass das Gespräch mitgeschnitten wird, dass Brandt da, wo er sagt, er sei vor Hausdurchsuchungen gewarnt worden durch den Verfassungsschutz, ihm sei sogar geraten worden, um Abhörmaßnahmen der Polizei zu entgehen, sich eine gesonderte Karte, ein gesondertes Handy über einen Dritten besorgen zu lassen, halten Sie das für plausibel, dass er da die Wahrheit gesagt hat?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich halte es für möglich, dass er die Wahrheit - - Ich halte es für möglich, dass er auch die Dinge so dargestellt hat, um gegenüber seinem Kameraden Heise oder seinem ehemaligen Kameraden Heise nicht als Verräter dazustehen. Auch das ist ein denkbare Motiv. Er hat versucht, zu erklären, dass er im Prinzip keinen Verrat begangen hat, sondern seine Verbindung mit dem Verfassungsschutz dazu genutzt hat, für die rechtsextremistische Szene auch Aufbau zu betreiben. Das halte ich für plausibel.

Aber ich kann auch nicht ausschließen, dass das, was Brandt Heise gegenüber gesagt hat, der Wahrheit entspricht. Ich kann in dem Zusammenhang keine Bewertungen abgeben. Jedenfalls hätte Brandt auch ein Motiv gehabt, Heise zu erklären: Ich bin gar kein Verräter. Das, was ich mit dem Verfassungsschutz zu tun hatte, hat letztlich auch der rechtsextremistischen Szene genutzt. - Das wäre für mich auch eine plausible Erklärung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was ist denn Ihre plausible Erklärung für die Höhe der Gelder, die nachweislich an Herrn Brandt geflossen sind?

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Vorsitzender, Sie sprechen Sachverhalte an, die vor meiner Amtszeit lagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie sich mit diesen Sachverhalten in Ihrer Amtszeit beschäftigt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, natürlich. Es ging ja darum dann auch, das aufzuarbeiten, was in der Amtszeit meines Vorgängers geschehen ist, und dazu gehörte natürlich auch die Führung von Brandt von Mitte der 90er-Jahre bis ins Jahr 2001 hinein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat das dazu geführt, dass Sie in Ihrer Amtszeit darauf hingewirkt haben, dass es einschlägige Richtlinien gibt, die so etwas künftig unmöglich machen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Selbstverständlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sind die eingeführt worden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Selbstverständlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann?

**Zeuge Thomas Sippel:** Unmittelbar nach meiner Amtszeit habe ich ja mit den Reformmaßnahmen begonnen. Ich habe eine Richtlinie erlassen, die die Verausgabung von Geldern an V-Leute im Einzelnen detailliert regelt. Letztlich ist es so, dass jede Zahlung von Prämien und Auslagen, die im Monat oder im Einzelfall 1 000 Euro überschreiten, mir zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Es waren in der Tat auch in der Praxis Ausnahmen, die mir vorgelegt worden sind. Diese Regelung ist gerade auch deswegen eingeführt worden, weil an Brandt auch diese exorbitant hohen Gelder in Höhe von, ich glaube, 200 000 D-Mark über die Jahre der Zusammenarbeit gezahlt worden sind. Das ist sehr viel Geld auch in meinen Augen. Gerade deswegen habe ich auch diese Regelung eingeführt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Eine letzte Frage von mir an dieser Stelle: Haben Sie auch sich mal informieren lassen, wie eigentlich die Praxis der Kooperation zwischen Ihrem Haus und der Polizei sich gestaltet hat, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Suche nach dem Trio?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nun gut, ich kannte die Verdachtsmomente. Insofern habe ich mich natürlich damit beschäftigt. Ich glaube, die Zusammenarbeit war - zumindest

aus Sicht von Teilen der Polizei - nicht optimal gewesen zwischen den beiden Behörden. Aber ich denke, dass es im Bereich des Staatsschutzes aber auch sehr positive Erfahrungen gab, was die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz anbelangt. So wurde mir berichtet, dass die Informationen, die Brandt geliefert hat zu den regelmäßigen Veranstaltungen im Rahmen der Heiß-Märsche, von der Polizei als wertig angesehen worden sind. Das wurde mir berichtet, und ich glaube, das ist auch von der Polizei seinerzeit so gesehen worden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Polizei hat uns erzählt, dass sie wesentliche Informationen nicht erhalten hat, die unter anderem auch Leib und Leben von Polizeibeamten gefährdet hätten.

**Zeuge Thomas Sippel:** Wie gesagt, es gab auch in der Polizei ganz unterschiedliche Bewertungen zu der Frage, wie die Zusammenarbeit sich zwischen Verfassungsschutz und Polizei gestaltet hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wer hat denn da eine positive Bewertung gezogen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich denke, dass das im Staatsschutzbereich gewesen ist. Wenn ich das richtig erinnere, ist das auch in dem Bericht von Dr. Schäfer dargestellt.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wolff hat das Fragerecht.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Sippel, Sie haben ja jetzt das LfV Thüringen circa zwölf Jahre lang geleitet. Da würde mich schon mal interessieren, was genau der Punkt bzw. auch der Anlass dafür war, an dem Ihr Ausscheiden aus dem Amt einvernehmlich beschlossen wurde.

**Zeuge Thomas Sippel:** Einvernehmlich beschlossen wurde. Der Sachverhalt war so, dass ich am 3. Juli in das Amt bestellt wurde. Ich habe einen Anruf bekommen gegen 16 Uhr, ich möge mich um 17 Uhr beim Innenminister einfinden, und in dem Gespräch wurde mir mitgeteilt, dass das Vertrauen zum Parlament nicht mehr bestehen würde.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das war der einzige Grund?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, das wurde mir so mitgeteilt. Andere Gründe wurden mir nicht mitgeteilt. Es gab keine Vorhalte: „Sie haben schlechte Arbeit gemacht“, oder: „Sie haben Fehler zu verantworten in Ihrer Amtszeit“, sondern es ging um das nach Auffassung des Ministers schwierige Vertrauensverhältnis zum Parlament. Ich habe das anders bewertet, weil ich sagen muss, dass es schon auch Probleme gab mit Teilen der PKK, dass wir auch hier zum Teil kontroverse Gespräche geführt haben, auch in der PKK. Nach meiner Einschätzung ist das auch der Grund gewesen, dass ich in den einsteiligen Ruhestand versetzt worden bin.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Bewertung bezog sich jetzt auf welchen Zeitraum, wo diese schwierigen Gespräche stattfanden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Jetzt auf den - - vor allen Dingen auf die letzten Monate.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn da ganz konkrete Vorhaltungen im Hinblick auch auf die letzten Monate dann?

**Zeuge Thomas Sippel:** Die PKK fühlte sich nicht ausreichend unterrichtet. Das waren die Einschätzungen der Abgeordneten, die dort vertreten sind. In dem Zusammenhang spielte die Operation „Rennsteig“ eine Rolle. Es gab da sehr heftige Diskussionen, auch inwieweit die PKK jetzt über diese Operation, die eigentlich nur am Rande was mit dem Sachvorgang NSU zu tun hat, hier unterrichtet worden ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Operation „Rennsteig“ - weil wir jetzt gerade dabei sind - wurde ja 97 begonnen und ging ja noch in Ihre Zeit hinein, bis 2003. Wann wurden Sie denn darüber informiert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich bin sehr früh mit der Operation „Rennsteig“ befasst gewesen, einmal durch die Mitteilungen des Militärischen Abschirmdienstes. Wir haben Befragungs- und Quellenberichte vom MAD erhalten, die im Betreff auf die Operation „Rennsteig“ hinwiesen. Ich habe mich dann erkundigt, um was es da genau geht.

Für mich stellte sich das so dar, als geht es dabei um gemeinsame Werbemaßnahmen vor allen Dingen zwischen MAD und Thüringer Verfassungsschutz im Bereich des Rechtsextremismus, im Kern darum, Wehrpflichtige oder Zeitsoldaten, die vor dem Ausscheiden ihres Dienstes, vor dem Ablauf der Dienstzeit bei der Bundeswehr stehen, abzuschöpfen oder für eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu gewinnen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Von wem ging denn die Initiative damals aus? Vom MAD?

**Zeuge Thomas Sippel:** Die Initiative - - Die Vereinbarung ist ja schon vor meiner Amtszeit getroffen worden. 1997, sagten Sie. Ich glaube, das war auch tatsächlich dann der Zeitpunkt, wo das vereinbart worden ist. Die Initiative ging, denke ich, vom MAD aus. Aber wir hatten natürlich von uns aus auch ein Interesse daran; denn wir haben ja eigentlich davon profitiert.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Was war denn das Ziel der Operation, und warum wurde sie dann auch im Prinzip 2003 eingestellt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe gelesen, dass sie 2003 eingestellt worden ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich habe auch mal Zweifel geäußert, wann das genaue Datum sein könnte. Aber - -

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe versucht, das auch rauszufinden, wieso die eigentlich 2003 eingestellt worden ist. Ich kann mir das nicht erklären, dass sie 2003 eingestellt worden ist. Nach meiner Einschätzung lief sie länger, nach meiner Erinnerung mit dem MAD zumindest. Mir ist zumindest kein formaler Akt in Erinnerung, dass man sagt: Jetzt beenden wir die Operation „Rennsteig“. Man legt das fest, dokumentiert das in einem Vermerk und sagt: Nun ist die ganze Maßnahme beendet.

Mir ist nicht in Erinnerung, dass es so einen formellen Akt, der diese Operation zum Abschluss gebracht hat, tatsächlich gegeben hat.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, das deckt meine Erfahrung aus der Betrachtung

tung der Akten in dem Zusammenhang, wobei da die letzte Akte das Datum 2004 trug. Jetzt vom Gefühl - 2003 und 2004 liegt ja nicht so weit auseinander; Sie sagten, es könnte aber noch länger gegangen sein -: Was war denn da, sage ich jetzt mal, Ihr Gefühl, dass es noch länger hätte gehen können?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich meine, das Interesse jetzt, dass der Verfassungsschutz Wehrpflichtige vor dem Ausscheiden aus der Bundeswehr gewinnt, ist ja nicht zu irgendeinem Zeitpunkt beendet, dass man sagt: „Jetzt haben wir im Prinzip alles abgearbeitet, was abzuarbeiten ist“, sondern diese Möglichkeiten, die wirken ja fort, auch über 2003/2004 hinaus. Das heißt, das Interesse des Verfassungsschutzes ging über diesen Zeitrahmen hinaus.

Ich kann Ihnen aber konkret nicht sagen, wann es den letzten Fall im Rahmen dieser Operation „Rennsteig“ gegeben hat. Aber nach meiner Erinnerung ging er über das Jahr 2003 und 2004 noch hinaus.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Da würde mich mal interessieren, zum einen: Es war ja auch eine ganze Reihe von Frauen meines Wissens angesprochen worden. Das kann ja jetzt im Zusammenhang mit dem MAD nicht so einfach gewesen sein, zumindest zur damaligen Zeit noch. Ist das richtig?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das weiß ich jetzt nicht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die zweite Frage ist: Sagt Ihnen die Operation „Zafir“ etwas?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, an die Operation kann ich mich dunkel erinnern. Ich glaube, „Zafira“ hieß sie, und - ich weiß es jetzt nicht mehr ganz genau im Zusammenhang - es könnte sich hier um eine gemeinsame Werbungsmaßnahme auch im Bereich des Rechtsextremismus gehandelt haben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Könnte es sein, dass das eine Folgemaßnahme gewesen sein könnte?

**Zeuge Thomas Sippel:** Es könnte eine Folgemaßnahme, es könnte auch eine parallele Maßnahme gewesen sein; das weiß

ich nicht. Das lässt sich sicherlich durch Aktenstudium aufklären.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber wenn jetzt auch beispielsweise Frauen dabei waren, wofür es durchaus Hinweise gibt - - Das Zweite ist, wenn es Folgemaßnahmen gab - - Irgendwie ausgelaufen, können Sie sich ja auch dran erinnern. Warum ist das ausgelaufen? Warum hat man das eingestellt, zu welchem Zeitpunkt auch immer? Warum ist man dort nicht drangeblieben?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich weiß nicht, ob das ausgelaufen ist. Ich hatte ja schon erwähnt: Es gibt keinen formalen Abschluss bei der Operation „Rennsteig“ - also mir zumindest bekannt -, dass man sagt: „Jetzt ist die Maßnahme beendet“, sondern es bestand ja ein dauerhaftes Interesse daran, die Zugangslage auch weiter zu verbessern. Insofern ist mir nicht erinnerlich, dass die Operation „Rennsteig“ tatsächlich formal abgeschlossen wurde.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, wir haben Aussagen aus dem Thüringer Untersuchungsausschuss, wo Mitarbeiter des LfV sich an den Begriff Operation „Rennsteig“ gar nicht erinnern haben. Können Sie sich das erklären?

**Zeuge Thomas Sippel:** Vielleicht, weil sie nicht mit befasst gewesen sind.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wenn ich mal kurz - - Also, der Herr Wießner hat erklärt, er hat einmal davon gehört, von der Operation „Rennsteig“, und dann nie wieder etwas. Sein Referatsleiter, Herr Schrader, hat gesagt, er hat damals überhaupt nichts gehört von der Operation „Rennsteig“, Referatsleiter rechts. Herr Nocken meinte sich zu erinnern, damals in München gewesen zu sein, aber - das müsse dann wohl Operation „Rennsteig“ gewesen sein - nichts mehr gehört. Und Herr Roewer gab zu Protokoll, er wisse nicht mehr, ob er damals was dazu gelesen hatte oder heute die aktuelle Berichterstattung.

Jetzt kann es ja sein, dass sie wirklich ein schlechtes Gedächtnis haben. Aber alle vier, die damit hauptsächlich befasst sind, haben keine Kenntnis von der Operation „Rennsteig“, oder zumindest scheint das eine so unwichtige Operation gewesen zu sein, so-

dass man dann eben Jahre später sich daran nicht mehr erinnert. Wie kommt das denn?

**Zeuge Thomas Sippel:** Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, Herr Abgeordneter, wieso die Betroffenen sich nicht daran erinnern.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Die waren sehr redefreudig sonst. Die haben uns wirklich viel erzählt in Thüringen. Aber an der Stelle wusste keiner, was es war.

**Zeuge Thomas Sippel:** Eigentlich waren die Betroffenen, zumindest der Herr Wießner, Herr Nocken und auch Herr Schrader, mit Werbungsmaßnahmen im Bereich des Rechtsextremismus befasst. Insofern ist mir nicht erklärlich, dass sie mit der Operation „Rennsteig“ nicht in Berührung gekommen sind. Vielleicht konnten sie sich tatsächlich nicht mehr daran erinnern.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wie war denn die Zusammenarbeit mit dem MAD und dem BfV an der Stelle? Wie würden Sie die einschätzen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Die Zusammenarbeit war gut. Wir hatten regelmäßig Kontakt, auch mit dem MAD. Es gibt ja in Leipzig eine Außenstelle des MAD. Es gab auch regelmäßig Besuche des MAD-Vertreters, auch aus Köln im Haus bei uns. Das Gleiche gilt auch für die Zusammenarbeit mit dem BfV. Sie war konstruktiv und kooperativ. Ich kann da nichts Negatives berichten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Vorsitzender, ich hätte noch eine Frage zu dem Komplex.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren, wie die Zusammenarbeit dann mit dem LfV Bayern war. Es gab wohl auch zwei Treffen mit dem LfV Bayern zur Operation „Rennsteig“, und, salopp gesagt, dort wurde ziemlich gemauert. Wissen Sie, welche Gründe das hatte und warum jetzt das Verhältnis auch zum LfV Bayern an der Stelle?

**Zeuge Thomas Sippel:** Sie sprechen mich jetzt, glaube ich, auf einen Sachverhalt an, der nicht in meiner Amtszeit liegt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gab es danach denn, also in Ihrer Amtszeit, in dem Zusammenhang etwas, was Sie erfahren haben oder was auch, sagen wir mal, grenzüberschreitende Zusammenarbeit bedeuten könnte?

**Zeuge Thomas Sippel:** Also, in meiner Amtszeit war die Zusammenarbeit mit den bayerischen Kollegen ausgezeichnet.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Auch in der Operation „Rennsteig“?

**Zeuge Thomas Sippel:** In der Operation „Rennsteig“ gab es meiner Erinnerung nach gar keine Zusammenarbeit mit dem LfV Bayern in meiner Amtszeit. Ich kann mich nicht erinnern, dass diese Operation im Zusammenhang mit Bayern eine Rolle gespielt hat. Ich bringe sie in erster Linie in Zusammenhang auch mit der Kooperation mit dem MAD, auch weniger mit dem BfV. Nach meiner Erinnerung war es vor allen Dingen eine Operation, die das Landesamt Thüringen mit dem MAD durchgeführt hat. Nach meiner Erinnerung hat das LfV Bayern da gar keine Rolle gespielt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und was war denn das, was die Kollegen in der PKK so aufgeregt hat, dass sie gesagt haben, gerade die Operation „Rennsteig“ war das, wo sie sich nicht ausreichend informiert gefühlt haben?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das kann ich Ihnen nicht erklären. Vielleicht hat man gedacht, dass diese Operation „Rennsteig“ im Zusammenhang mit dem NSU-Fall eine große Bedeutung gehabt hat. Aber ich weiß es nicht, warum dieser Fall diese Bedeutung überhaupt erlangt hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. Herr Kollege Petermann.

**Jens Petermann** (DIE LINKE): Herr Sippel, als Sie im Juli 2012 das Amt verlassen haben oder verlassen mussten, haben Sie eben erklärt, es gab einen Dissens mit Par-

lamentariern, und das sei im Prinzip die grundlegende Ursache gewesen. Mir ist das ein bisschen wenig. Also, deswegen schmeißt man doch nicht hin, nur weil es einen Dissens mit Parlamentariern gibt. In Berlin beispielsweise hat man davon noch nichts gehört, und ich könnte mir vorstellen: Da gab es öfter mal Probleme. Da hat noch kein Präsident eines Amtes, eines Nachrichtendienstes deswegen hingeschmissen.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe nicht hingeschmissen. Ich habe mein Einvernehmen in die Versetzung in den Ruhestand auch nicht erklärt, wie ich wiedergegeben worden bin. Ich habe zwar Verständnis dafür geäußert, dass man in einer schwierigen Situation in dem Amt, das ich bekleidet habe, wenn die Luft dünn wird, auch weichen muss. Allerdings habe ich mir auch eine andere Lösung gut vorstellen können; denn ich habe mich eigentlich aufgrund meiner Ausbildung und meiner bisherigen Tätigkeit für anderweitig verwendbar angesehen und das auch in dem Gespräch, das ich mit dem Minister geführt habe, zum Ausdruck gebracht. Also, es war keine einvernehmliche Versetzung in den einstweiligen Ruhestand. Ich habe auch nicht darum gebeten, sondern mir wurde mitgeteilt, dass ich in den einstweiligen Ruhestand versetzt werde.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Aber Sie haben ja diese Maßnahme dennoch akzeptiert. Man hätte ja dagegen juristisch vorgehen können. Es gibt ja einen Rechtsweg.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, ich habe Widerspruch eingelegt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Läuft das Verfahren noch?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Gibt es da schon eine Zwischeninformation, oder wie weit ist das momentan?

**Zeuge Thomas Sippel:** Spielt das jetzt eine Rolle in dem Verfahren hier?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sie müssen die Frage nicht beantworten. Ich frage Sie einfach.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es ist jetzt nicht, Herr Petermann, auch bei gutem Willen, abgedeckt vom Untersuchungsauftrag, den wir hier haben.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Na gut, das ist Ansichtssache.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es steht dem Zeugen frei, sich dazu zu äußern.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sie müssen die Frage nicht beantworten. Ist okay; ich akzeptiere das. Das ist auch kein Problem für mich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, wenn Sie möchten, können Sie das beantworten, Herr Sippel. Sie müssen aber nicht.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das Verfahren - - Ich habe Widerspruch eingelegt, und das ist der Stand des Verfahrens.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Gut. Das nehmen wir so zur Kenntnis. - Hat sich denn an Ihrer Informationspolitik, also an der Informationspolitik des Landesamtes nach dem 04.11., etwas geändert, also nachdem das Terrortrio aufgefliegen ist?

**Zeuge Thomas Sippel:** Was meinen Sie mit „Informationspolitik“?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Informationspolitik gegenüber den Behörden, befreundeten Behörden, Verfassungsschutzämtern, dem Bundesamt oder auch insbesondere den Strafermittlungsbehörden. Gab es da irgendwie eine neue Qualität, oder ist darüber nachgedacht worden: „Wir müssen jetzt hier mal was anders machen, wir müssen uns anders verhalten“? Ist da irgendwie eine Reflexion erfolgt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Na gut, wir haben die Ermittlungsarbeit der Strafverfolgungsbehörden natürlich unterstützt, von Anfang an. Ich würde nicht sagen, dass sich das geändert hat. In meiner Amtszeit waren wir immer bemüht, auch die Ermittlungen der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen. Wir haben das vor dem Hintergrund der Dimensionen des sich ja schon Anfang November abzeichnenden Falles

natürlich mit einer noch höheren Intensität betrieben.

Ich erinnere mich, dass das Ausmaß, die Dimensionen dieses Vorgangs mir bekannt geworden sind am Freitag; ich glaube, das war der 11. November. Am 7. November habe ich erfahren, dass die beiden männlichen Mitglieder des Trios an dem Banküberfall beteiligt waren. Am darauffolgenden Freitag wurde ich unterrichtet, dass sie auch im Kontext stehen zu den - wie es damals hieß - Ceska-Morden. Natürlich haben wir unmittelbar uns dann darangesetzt an dem Wochenende, Samstag/Sonntag, großer Mitarbeiterstab, haben die Akten zusammengestellt, die Akten gesichert, die Akten ausgewertet und auch dem Generalbundesanwalt bzw. dem Bundeskriminalamt die Informationen mitgeteilt, die wir den Akten entnommen haben.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Gab es denn Anfragen vom Bundesamt nach dem Auffliegen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Wir haben das Bundesamt für Verfassungsschutz, soweit ich das in Erinnerung habe, natürlich auch informiert über die Erkenntnisse, die wir jetzt aus den Unterlagen entnommen haben.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Konkrete Anfragen, können Sie sich jetzt nicht erinnern?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich glaube, es gab auch Anfragen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ich habe noch mal eine Frage zu § 14 Landesverfassungsschutzgesetz Thüringen. Dort wird ja geregelt - Sie kennen das sicherlich; aber noch mal für die Öffentlichkeit -, welche Informationen oder unter welchen Voraussetzungen Informationen an Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften zu übermitteln sind. Wir haben hier immer das Problem, dass eingeführt wurde, dass bestimmte Informationen eben gerade aus dem Grund Quellenschutz nicht übermittelt werden konnten oder sollten. Können Sie uns was zur Praxis während Ihrer Amtszeit sagen, zur Praxis des § 14 Thüringer Verfassungsschutzgesetz?

**Zeuge Thomas Sippel:** Also, wenn es um Informationen geht, die dazu geeignet sind, Gefahren abzuwehren, dringende Gefahren abzuwehren, oder die der Strafverfolgung dienen, vor allen Dingen von schweren Straftaten, findet man immer einen Weg, auch quellengeschützte Informationen den Gefahrenabwehr- bzw. Strafverfolgungsbehörden zugänglich zu machen. Also, meine Erfahrung ist, dass man dann eben in anderer Form, ohne auf die Quelle hinzuweisen, diese Informationen übermittelt.

Um ein Beispiel zu liefern: Wir hatten - ich hatte das im Eingangsstatement auch hier schon ausgeführt - Hinweise darauf, dass auch Wohlleben gewaltbereit ist. Wir haben diese Erkenntnisse auch durch den Einsatz von Quellen erlangt, und wir haben diese Information, auch wenn sie unter Quellenschutz stand, auch dem Landeskriminalamt mitgeteilt, damit das Landeskriminalamt tätig werden konnte.

Also, es gibt Möglichkeiten und Mittel, auch diese Informationen weiterzureichen, ohne dass die Quelle enttarnt wird.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Das ist richtig. Ich möchte Ihnen aber dennoch noch mal einen Sachverhalt hier schildern. Der MAD hat dem Landesamt Thüringen zwei Vorfälle mitgeteilt, die nur als - aus unserer Sicht - schwere Gewalttaten im Sinne der Strafprozessordnung gewertet werden können. Es geht da zum einen um die Misshandlung eines Punkers sowie eines Neonaziaussteigers, dem 1999/2000 als, wie man in der Szene sagte, kameradschaftliche Warnung ein Schraubenzieher durch den Oberschenkel gestoßen wurde, und zum anderen um die Misshandlung eines Deutsch-Albaners und eines Assis, den Neonazis des „Thüringer Heimatschutzes“ verprügelten, auf den sie dann anschließend urinierten und ihn 20 Kilometer in ihrem Auto verschleppten. Die Quellen des MAD haben dazu Namen der mutmaßlichen Täter aus den Kreisen des „Thüringer Heimatschutzes“ genannt.

Der Zeuge Huth vom MAD, der also auch wesentlich die Operation „Rennsteig“ mit Ihnen aufgebaut hat - Sie kennen ihn also gut, denke ich mal -, hat hier im Ausschuss auf die Frage, ob der MAD die Strafverfolger informiert habe, sinngemäß gesagt: Nein, denn man habe diese Informationen an das Bundesamt für Verfassungsschutz oder an



das Landesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet.

Können Sie mit diesem Vorgang was anfangen, bzw. hätten Sie jemals erwogen, in einer solchen Sache die Strafverfolgungsbehörden direkt zu informieren?

**Zeuge Thomas Sippel:** Können Sie mir sagen, von wann der Vorfall stammt?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Das war im Jahre 1999/2000, also zu Ihrer Amtszeit. Wir haben hier auch eine Quellenangabe - für das Protokoll -: MAT A BMVG-3/7, Blatt 79 sowie MAT A MAD-4, Tagebuchnummer 25/12, Blatt 1 211.

**Zeuge Thomas Sippel:** Diese Zitierung sagt mir jetzt nichts, Herr Abgeordneter Petermann.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ist klar. Das ist für das Protokoll.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich hatte schon bemerkt, dass ich ja am 15. November 2000 erst meinen Dienst in Thüringen angetreten habe. Insofern sagt mir der Sachverhalt jetzt nichts.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wenn dem so gewesen sein sollte - selbst wenn Sie den Sachverhalt nicht kennen -, würden Sie mir in der Auffassung folgen, dass man da die Strafverfolgungsbehörden informieren müsste?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kenne den Sachverhalt nicht umfassend genug, um das entscheiden zu können.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Können Sie also derzeit nicht beurteilen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Denken Sie an die Zeit, bitte, Herr Kollege.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sind wir durch?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Dann gebe ich weiter an Herrn Wieland.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Herr Edathy, dürfte ich kurz eine Nachfrage stellen?)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, wenn Herr Wieland einverstanden ist.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Betonung lag auf „kurz“, Herr Kurth - ja.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Ja. - Also, 04.11. hat der Wohnwagen gebrannt, Herr Sippel. Können Sie noch mal ganz kurz wiederholen - mit Datumsangabe -, wann Sie was gemacht haben danach, weil Sie gerade eben sagten - - Herr Sippel?

**Zeuge Thomas Sippel:** Am 04.11. hat der Wohnwagen gebrannt.

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Also das Wohnmobil, 2011.

**Zeuge Thomas Sippel:** Am 07.11. hatten wir eine Symposiumsveranstaltung in Erfurt, zu der der Minister eingeladen war und auch gesprochen hat. Und der Minister kam in den Veranstaltungsraum und gab mir einen Zettel, glaube ich, mit drei Namen oder benannte mir drei Personen. Ich glaube, er gab mir einen Zettel mit zwei Namen - Böhnhardt und Mundlos standen drauf - und bat um Mitteilung, was zu den Personen bekannt ist. Ich glaube, er hat noch bemerkt, dass die in Zusammenhang stehen mit dem Überfall in Eisenach. Ich bin dann nicht zurück in den Veranstaltungsraum, sondern habe mich dann vor den Veranstaltungsraum begeben, habe einen Mitarbeiter von mir angerufen, habe die Namen durchgegeben, die mir auch schon was sagten - aber ich war mir nicht sicher, ob es sich um zwei der Personen des abgetauchten Trios handelte -, und bat darum zu recherchieren, zunächst durch eine NADIS-Abfrage, um welche Personen es sich handelt, was wir für Erkenntnisse über die Personen vorliegen haben, und bekam dann im Verlauf der Veranstaltung diese Mitteilung und stellte sie dann auch im Lauf der Veranstaltung an den Minister durch.

Es gab dann, glaube ich, am Donnerstagabend, ein Gespräch, wie man jetzt mit dem Sachverhalt umgeht, wie man da drauf reagiert. Es wurde überlegt, eine Untersuchung anzuberaumen durch einen externen Ermittler, der den Fall aufklären soll. Das stand

zumindest im Raum. Diese Überlegung ist ja dann später auch gemacht worden mit Herrn Dr. Schäfer als Vorsitzendem.

Am darauffolgenden Freitag habe ich dann erfahren, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den Banküberfällen und den Ceska-Morden. Das war im Thüringer Landtag. Ich war eingeladen zur Teilnahme an der Innenausschusssitzung, und in einer Sitzungspause - wenn ich das richtig in Erinnerung habe - bekam ich dann die Information, dass die zwei mit den Ceska-Morden in Verbindung zu bringen seien. Ich war natürlich fassungslos in der Situation. Ich habe mit diesen Weiterungen nicht gerechnet. Ich war äußerst überrascht, eigentlich betroffen, muss ich sagen, eben vor allen Dingen aufgrund des Thüringer Zusammenhangs, aber auch, dass es uns nicht gelungen ist, diese drei Personen mit diesen Mordtaten in Verbindung zu bekommen.

Ich weiß, dass ich dann an dem gleichen Tag, am Freitag, auch Gespräche geführt habe, auch mit dem Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, und wir dann am Wochenende - das habe ich schon geschildert - angefangen haben und versucht haben, uns ein Bild zu machen von dem, was wir eigentlich für Informationen zu diesen dreien haben, und über den Samstag und den Sonntag und natürlich auch die darauffolgenden Tage dann die Akten zusammengestellt und das Bundeskriminalamt bedient - - Wir hatten auch insofern ein sehr positives Feedback vom Generalbundesanwalt bekommen für die zügige und gründliche Informationsübermittlung. Das hat den Mitarbeitern auch gutgetan. Aber es ist natürlich richtig, man hätte auch schon vorher vielleicht auch in die Akten gucken können und schauen können: Was haben wir denn eigentlich wirklich übermittelt an die Polizei? - Das muss ich einräumen an der Stelle. Aber als dann am 7. November uns klar war, dass die drei Abgetauchten hinter dieser Mordserie stehen, haben wir alles unternommen, um Licht in die Angelegenheit zu bringen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Sippel, der Herr Nocken hat uns hier am letzten Sitzungstag in einer sehr ausführlichen Einlassung unter anderem Folgendes gesagt:

Je höher ein V-Mann in der extremistischen Gruppe angesiedelt ist, desto wertvoller ist er für die Erfüllung des gesetzlichen Beobachtungsauftrages.

Das sagte er in Richtung Tino Brandt. Der war gerade richtig so hoch angesiedelt, sollte das heißen. Ist das auch Ihre fachliche Ansicht, und die Richtlinien, die Sie erlassen haben, sagen die dazu auch etwas, zur Frage Führungsfunktionen innerhalb der Organisation von V-Leuten?

**Zeuge Thomas Sippel:** Was den Sachgehalt der Aussage von Herrn Nocken anbelangt, dass, je höher eine Quelle angesiedelt ist in der Hierarchie, desto wertiger die Informationen sind, mag er ja richtig liegen in der Aussage. Je höher eine Person angesiedelt ist in der Hierarchie, desto mehr bekommt sie mit. Ein Kreisverbandsmitglied, ein Mitläufer wird weniger erfahren über die strategischen Planungen einer Partei als jemand, der oben im Vorstand sitzt und selbst die Strategie mitbestimmt.

Auf der anderen Seite muss man natürlich sehen, dass die Informationserlangung dann ihre Grenzen findet, wenn der Verfassungsschutz Gefahr läuft, selbst die Zielrichtung des Beobachtungsobjektes mit zu beeinflussen und zu bestimmen, das heißt, die Staatsfreiheit dieser Organisation - das ist ja vom Bundesverfassungsgericht auch im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens thematisiert worden - gefährdet ist. Und insofern bin ich der Auffassung, dass man mit Personen, die die Zielrichtung dieses Beobachtungsobjektes entscheidend mitbestimmen - das ist sehr weich formuliert, und das ist auch auslegbar; das ist interpretierbar; aber ich denke, man kann auch mit dieser Interpretierung zu klaren Entscheidungen kommen - - dass mit diesen Personen eine Zusammenarbeit nicht stattfinden kann.

Und das spiegelt sich auch, Herr Abgeordneter, in den Richtlinien wider. Wir haben eine Dienstvorschrift „Beschaffung“ ins Leben gerufen, in der ausdrücklich festgelegt ist, dass V-Leute, die diese Zielrichtung entscheidend mitbestimmen, dass Personen, die diese Zielrichtung entscheidend mitbestimmen, nicht als V-Leute geworben werden dürfen. Und weil ich mir im Klaren darüber war, dass diese Dienstvorschrift „Beschaffung“, die nun natürlich viel mehr regelt als diese eine Frage, bis zur Erarbeitung auch zeitlich einige Monate in Anspruch nehmen

wird, habe ich am 4. Dezember 2000, also knapp drei Wochen nach meinem Dienstantritt, diesen Punkt losgelöst von dieser Dienstvorschrift in einer klaren Hausverfügung schon auch so für unser Amt eingeführt.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre es dann nicht konsequent gewesen, Tino Brandt gleich abzuschalten, zusammen mit dieser Hausverfügung?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nun gut, ich habe mir ein Bild verschafft über die Zugangslage. Ich habe Gespräche geführt mit den Mitarbeitern, und die Abschaltung ist nach meinem Eindruck auch sehr zeitnah zu dieser Hausverfügung erfolgt. Die Weisung ist dann - wir haben den Jahreswechsel, wir haben die Weihnachtsfeiertage, wir haben Neujahr - vielleicht 15 Arbeitstage später angeordnet worden. Also, die zeitliche Nähe zwischen der Hausverfügung, die Allgemeines bestimmt, und der konkreten Regelung, dass Tino Brandt abzuschalten ist, die zeitliche Spanne, die dazwischen liegt, ist eigentlich sehr kurz.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War denn nicht der Grund die Enttarnung von Tino Brandt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein. Dann hätte ich diese Hausverfügung ja gar nicht erlassen müssen. Dann hätte ich ja im Einzelfall entschieden: Tino Brandt ist abzuschalten. Der Grund war, dass ich eine Regelung, die auch im Bundesamt für Verfassungsschutz in ähnlicher Weise so besteht, für vernünftig halte. Der Verfassungsschutz soll Informationen sammeln und soll extremistische Organisationen ja nicht in eine Zielrichtung bringen, sondern er soll Informationen sammeln. Und nach meinem Eindruck ist es nicht vereinbar mit der Beschränkung auf die Informationssammlung, wenn entscheidende Führungspositionen dann als V-Leute geführt werden.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, kann das denn sein, dass

Herr Nocken das gar nicht mitbekommen hat? Weil er uns hier geschildert hat folgende Reihenfolge - ich darf noch mal zitieren aus dem Protokoll -:

Leider wurde die wichtige Quelle, die wichtigste Quelle im Mai 2001 durch Geheimnisverrat, der aus den eigenen Reihen begangen worden sein muss, enttarnt, und die Zusammenarbeit mit ihr musste beendet werden.

Und später sagt er noch: Wäre das nicht geschehen, hätte man das Trio wahrscheinlich gefunden, und wer den Grund sucht für den Misserfolg, der soll hier beim Geheimnisverrat ansetzen. Als Empfehlung an uns hat er das mitgegeben.

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Nocken hat das natürlich mitbekommen. Die Verfügung vom 04.12. habe ich ja nicht in meinen Schubkasten gelegt, sondern die ist im Haus veröffentlicht worden, und die Weisung, Tino Brandt abzuschalten, die ist auch nicht mündlich nur erfolgt, sondern auch schriftlich. Ich habe mir das natürlich auch vom Herrn Nocken bestätigen lassen. Es gibt dazu auch - das habe ich der Akteneinsicht jetzt, die ich genommen habe, ja auch noch mal entnommen - eine Abzeichnung vom Herrn Nocken. Ich habe mir das auch bestätigen lassen, dass er diese Weisung auch zur Kenntnis genommen hat.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt noch mal eine ganz andere Frage, bevor der Kollege Ströbele übernimmt. Der Kollege Binniger hatte Ihnen schon vorgehalten dieses Schreiben, vorbereitend der Tagung im Bundesamt, wo es darum ging, Arbeitstagung am 9. Oktober 2003: Gibt es Rechtsterrorismus oder Tendenzen Rechtsterrorismus? Beckstein hatte die „braune RAF“ in diese Diskussion gebracht. - Und da schreibt Ihr Amt - wenn ich das mal zusammenfassen darf; es ist teils offen, teils qualifiziert; deswegen will ich es nicht sagen -, einmal: Ob es eine Gruppierung „Combat 18“ in Thüringen gibt oder überhaupt mal gab, können wir derzeit nicht beurteilen. - Dann schildern Sie aber fünf Sprengstoffzwischenfälle, darunter Patrick Wieschke, Eisenach, das Trio und noch drei andere, und sagen: Das könnte in diese Richtung gehen.

Meine Frage ist auch: Wenn Sie da noch das Trio im Auge hatten, warum ist dann nichts mehr geschehen? Warum gibt es keine Quellenmeldungen mehr? Uns wurde mal im Innenausschuss gesagt durch Herrn Fromm, dass sogar die NADIS-Notierung gelöscht worden wäre. Diese Frage habe ich auch. Einerseits melden Sie völlig richtig: „Wenn ihr uns fragt in Thüringen, was könnte in Richtung Rechtsterrorismus gehen: die drei“, und dann endet aber ganz offensichtlich jede Tätigkeit Ihres Amtes, bezogen auf die drei, wobei die letzte Quellenmeldung, die Sie hatten, gar keine beruhigende war, sondern die letzte Quellenmeldung eine war: Die brauchen kein Geld mehr; die finanzieren sich jetzt anders. - Verstehen Sie, dieses Verschwinden vom Bildschirm von einem Amt, das gar keinen Verjährungsfristen unterliegt, die - wie wir ab heute wissen - die Justiz sogar noch falsch berechnet hat - aber für Sie galten sie ja nie -, wie können wir uns das erklären?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich glaube, das erschließt sich daraus, dass wir nach Ende Mai keine Hinweise mehr bekommen haben zu dem Trio, die uns Möglichkeiten gegeben hätten, mit Ermittlungen anzusetzen, dass wir - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie hatten ja vorher - - Das war ja eine Aufforderung vom LKA oder ein Agreement mit dem LKA. Sie hatten ja parallel im Grunde vor Ihrer Amtszeit gefahndet und - das hatten wir nun alles hier erörtert - in eigener Verfassungsschutzzuständigkeit observiert, Quellen versucht ranzubringen, waren unterstützend oder aus eigener Initiative tätig. Nun sind die aber noch nicht aufgetaucht, ja? Da hätte man ja gedacht, nun wird das weitergeführt, weil das Unterstützerumfeld kannte man ja und wusste sogar: Ja, die hatten Kontakt, jedenfalls in der Vergangenheit; wir liegen da nicht ganz falsch mit den Kontaktpersonen. - Warum war Schluss?

**Zeuge Thomas Sippel:** Mit den Kontaktpersonen haben wir uns ja noch weiter beschäftigt. Es gab ja Observationsmaßnahmen. Es gab Quelleneinsatz. Es gab G-10-Maßnahmen und auch gegen Wohlleben und Kapke. Aber was uns gefehlt hat, das waren, wenn es um die Suchmaßnahmen direkt, konkret geht, unmittelbar um die Suchmaß-

nahmen geht, nach Mai 2001 keine Hinweise, keine Quellenhinweise, die ja vorher kamen, auch von Tino Brandt oder auch von der Quelle „2100“, an die man hätte mit Ermittlungen ansetzen können. Ich brauche ja einen Anknüpfungspunkt, zu sagen: Jetzt habe ich was. Jetzt setze ich da dran.

Es gab auch, wie gesagt, keine Hinweise, dass sie sich im Zuständigkeitsbereich meiner Behörde aufgehalten haben, dass man sagt: Wir haben hier Rechtsextremisten, gefährliche, und wir müssen jetzt vielleicht auch ins Blaue hinein noch aktiv werden und gucken, wie wir die ausfindig machen können. - Auch das gab es nicht.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist Tino Brandt nach seinem Abschalten eigentlich nachbetreut worden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, es gab die Nachbetreuungstreffen dann bis zur Enttarnung, und das Amt hatte danach auch noch mit ihm Kontakt, als es um die Frage geht, ob Tino Brandt gefährdet ist durch seine Enttarnung. Ich kann mich erinnern, dass er uns berichtet hat, dass ihm eine Patrone zugesandt worden ist in einem Umschlag, also eine unmissverständliche Drohung, die das darstellen sollte, und er hat sich an uns gewandt. Wir haben damals die Polizei auch eingeschaltet und mit der Polizei gesprochen, ob und welche Schutzmaßnahmen für Brandt erforderlich sind. Insofern gab es noch Kontakt mit ihm.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Fragen nach dem Trio wurden ihm zum Beispiel nicht mehr gestellt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein, ich denke, dass er alles erzählt hat, was er erzählen konnte bis dahin, und dass er durch die Enttarnung in dem rechtsextremistischen Spektrum natürlich auch geächtet war, dass er geschnitten wurde, dass er nun keinen Zugang mehr hatte.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, ich frage deswegen, weil in den Heise-Bändern, die der Herr Vorsitzende ja schon erwähnt hat, auch steht - und da hatte er ja eigentlich keinen Grund, selbst wenn er Heise was vorgeflunkert hat -, dass er da wiederum gesagt hat, die drei könnten Dinge gemacht haben, die neue Verjäh-

rungsfristen auslösen. Also, es gibt auch ja neue Verjährungen durch neue Straftaten, nicht nur durch Versehen der Staatsanwaltschaft. Also, das ist nicht sehr präzise. Aber man kann den Eindruck gewinnen: Er hat ein bisschen davon mitbekommen, dass die Straftaten begehen im Untergrund. Von daher wäre es ja nun wirklich interessant, so eine Top-Quelle, die viel Geld bekommen hat, die man nachbetreut - so eine Art nachwirkende Treuepflicht des früheren V-Mannes - - dass er so was mal sagt.

**Zeuge Thomas Sippel:** Also, für mich stand die Abschaltung im Vordergrund, zu sagen: Wir arbeiten nicht mit einem Rechtsextremisten zusammen, der ja nicht nur stellvertretender Landesvorsitzender der NPD war, sondern diese Partei ja faktisch geführt hat. - Es gab zwar noch einen Vorsitzenden, aber das war ein recht schwacher Mann. Und die Partei selbst ist von Brandt geführt worden. Also, für mich stand außer Frage, dass wir mit Tino Brandt nicht als V-Mann zusammenarbeiten können. Und nachdem mir berichtet worden ist, alles, was Brandt erzählt hat, alles, was er berichtet hat, weiß auch die Polizei - - ich davon ausgehen muss, nach der Enttarnung von Brandt ist er in der rechtsextremistischen Szene geächtet - ich sprach ja davon, er hat vermutlich aus seinem Kameradenkreis auch diese Patrone zugesandt bekommen -, war er natürlich auch - -

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Letzte, allerletzte Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, schon sechs Minuten überzogen bei sieben Minuten Fragezeit, Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na, dann müssen wir eine neue Berliner Runde machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Gucken wir mal, wie lang die dauern muss. - So. Hat die Union noch Fragen?

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Keine Fragen mehr, aber ich hätte eine Zwischenfrage gehabt. Die stelle ich jetzt, und dann haben wir keine mehr.

Dieses Thema „Gefährdung von enttarneten V-Leuten“, das beschäftigt uns hier in

anderem Zusammenhang. Täusche ich mich? Ich will das nicht kleinreden, aber aus allen Fällen, die wir kennen aus Akten, wo V-Leute enttarnt wurden - bis hin zu Brandt -, ist da nie etwas passiert in der Szene, vielleicht Kraftmeierei, und einmal hat einer eine Tracht Prügel gekriegt, aber nicht, weil er V-Mann war, sondern weil er vor Gericht ausgesagt hat. Und auch Brandt hat sich hinterher wieder aufgeführt - - und bei den Heise-Bändern wird es ja deutlich, dass das nahezu fast eine, ja, unangefochtene Figur im Ansehen war, mit ein paar halt voll Krach hatte. Können Sie sich daran erinnern, oder schätzen wir das falsch ein, weil immer so gesagt wird: „Bei der kleinsten Enttarnung größte Gefahr“? Wir, also ich persönlich habe jetzt in allen Akten - und wir haben einige V-Leute, die ja enttarnt wurden, die auch im Netz stehen seit vielen Jahren - - nie ein Fall bekannt geworden, wo es wirklich zu einer massiven realen Gefährdung gekommen wäre. Woher kommt dieser immer zwangsläufige Schluss „Wenn, dann“, ohne Differenzierung?

**Zeuge Thomas Sippel:** Also, ad hoc fällt mir jetzt kein Beispiel ein, wo jemand nach der Enttarnung im -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Entschuldigung. - Im Rechtsextremismusbereich. Für die anderen Bereiche kann ich jetzt nicht sprechen.

**Zeuge Thomas Sippel:** - Rechtsextremismus in Leib und Leben gefährdet - - oder Konsequenzen in Leib und Leben hat erfahren müssen. Mir fällt jetzt ad hoc kein Fall ein. Aber die Gefahr besteht natürlich latent im gewaltbereiten Rechtsextremismus immer. Also, man kann so was nicht ausschließen. Es liegt nahe, dass diese Personen sich einer Gefährdung aussetzen, die über eine Ächtung in ihrem rechtsextremistischen sozialen Umfeld hinausgeht.

Bei der Quelle „2100“, die ja im Oktober 2000 bereits abgeschaltet worden ist, ist mir erinnerlich, dass ich mich im Jahre 2001 und 2002 noch mal mit diesem Fall, der, wie gesagt, ja eigentlich abgeschlossen war, beschäftigen musste im Zusammenhang mit der Enttarnung dieser Quelle. Ich bekam 2001 damals einen Anruf auch eines *Spiegel*-Journalisten - der *Spiegel* ist offenbar sehr gut informiert über die Zugangslage des Verfassungsschutzes -, der mich mit der

Information konfrontiert hat, dass „2100“, also diese Person, die sich dahinter verbirgt, Quelle des Verfassungsschutzes war. Ich habe das nicht eingeräumt, aber ich habe ihm gesagt, wenn es so wäre, wäre es eigentlich zum Schutze dieser Person - wenn es so wäre - angezeigt, dass der Name nicht veröffentlicht wird, dass keine Hinweise auf die Identifizierung auch gegeben werden, wenn er denn wirklich berichten will, was ich eigentlich zu verhindern suchte. Das ist dann auch so geschehen bei der Veröffentlichung: Es gab einen Artikel, und der Name stand nicht drin.

Im darauffolgenden Jahr ist die Person dann allerdings in ihrem rechtsextremistischen Umfeld hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem LfV Thüringen bekannt geworden. Ich glaube, das ist erfolgt durch eine §-100-a-Maßnahme der Polizei in Sachsen-Anhalt, in der ein Gespräch zwischen der Quelle und einem V-Mann-Führer aufgezeichnet worden ist, und durch die Akteneinsicht des Anwalts - wenn ich das richtig in Erinnerung habe - ist das dann auch der Szene bekannt geworden. Wir hatten danach auch mit der Quelle besprochen, welche Schutzmaßnahmen zu veranlassen sind, und diese Quelle ist vermöbelt worden in der Szene. Das hat sie uns berichtet, und der V-Mann-Führer hat auch damals niedergelegt, dass sie Schrammen im Gesicht gehabt hat, ein blaues Auge und mächtig Prügel eingesteckt hat. Das heißt, es kann durchaus zu körperlicher Gewalt kommen. In dem Fall waren es Blessuren. Aber ich denke, dass man es im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus auch mit Personen zu tun hat, die wir gar nicht kalkulieren können, die in ihren Handlungen schwer einzuschätzen sind für uns, sodass es für mich durchaus denkbar ist, dass es auch im Rahmen einer Enttarnung zu weit mehr Konsequenzen führen kann, als dass man mit einer Tracht Prügel überzogen wird.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bevor ich das Fragerecht an die SPD-Fraktion weiterleite: Herr Sippel, ich habe bei der Lektüre der Abschriften der sogenannten Heise-Bänder, wo also Tino Brandt ohne sein Wissen 2007 abgehört worden ist, eher den Eindruck gewonnen, dass V-Leute des Verfassungsschutzes ganz genau wissen, wie sie ihre Position auch nutzen können. Ich will da nur zwei Sätze zitieren. Da sagt also Brandt:

So ..., also ..., dass Thüringer VS und Polizei ... aktiv selten zusammenarbeiten. Die werden nie ne Quelle ... der Polizei offenzulegen. Machen die prinzipiell nicht. ...

Das ... heißt, viele Sachen haben einfach auch nur deswegen funktioniert, weil man wusste ..., wie ... der Dienst funktioniert. Der Dienst hat eigentlich ein ganz wichtiges Motto, das heißt Quellenschutz.

Wissen Sie, ich habe manchmal den Eindruck, dass der Verfassungsschutz die Position vertritt, es wäre unverantwortlich, Quellen offenzulegen, weil sie gefährdet würden, nicht weil sie gefährdet würden, sondern weil man den Quellenschutz zu einer Art Heiligtum erklärt hat, mindestens in der Vergangenheit das dann so weit ging, dass man unter Hinweis auf Beachtung des Quellenschutzes sich geweigert hat, bei der Aufklärung von Kapitalverbrechen zu helfen.

Und da stelle ich mir als Mitglied dieses Ausschusses in der Tat die Frage, ob da noch die Verhältnismäßigkeiten und die Relationen gewahrt sind innerhalb eines rechtsstaatlichen Gefüges. Und wenn Sie jetzt selber als langjähriger Leiter einer Landesbehörde für Verfassungsschutz auf Nachfrage des Kollegen Binninger einräumen müssen, dass Ihnen kein Fall einer massiven lebensgefährlichen Folge einer Enttarnung einer Quelle bekannt ist aus dem Bereich Rechtsextremismus, fühle ich mich darin eher bestätigt, dass da möglicherweise die Praxis nicht sinnfällig gewesen ist. Müssen Sie jetzt nicht kommentieren.

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein, aber ich kann da gerne was zu sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe Ihnen ja schon hier beigespflichtet, dass es schon erforderlich ist, dass die Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden dann, wenn wichtige Rechtsgüter geschützt werden sollen, auch Wege finden müssen, um quellengeschützte Informationen weiterzugeben, und dass diese Wege ja auch gefunden werden können.

Dass jetzt mir kein Fall erinnerlich ist, wo eine enttarnte Quelle schwere Konsequenzen

---

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-12, Blatt 24.

zen an Leib und Leben hat über sich ergehen lassen müssen, heißt ja nicht, dass es solche Fälle künftig auch nicht geben könnte. Wir müssen ja mit solchen Methoden und Konsequenzen durchaus rechnen. Wir müssen sie in Betracht ziehen. - Das ist der eine Aspekt.

Der andere Aspekt, warum Quellenschutz erforderlich ist, ist, dass die Nutzung dieser von Gesetzes wegen eingeräumten Befugnis ja geradezu darauf angewiesen ist, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Nachrichtendienst und der Quelle geheim bleiben muss; denn wenn diese Geheimhaltung nicht garantiert ist, wenn die Quelle damit rechnen muss, dass ihre Zusammenarbeit mit der Sicherheitsbehörde bekannt wird, wird man kaum jemanden finden, der bereit ist, auch mit dem Verfassungsschutz als V-Mann zusammenzuarbeiten.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Sippel, es wird niemand bestreiten, dass es natürlich wichtig ist für die Gewinnung von internen Informationen, wenn man denn den Weg, sich über Quellen Informationen zu beschaffen, nutzt, dieser Quelle auch den Schutz vor der Offenbarung der Identität zuzusichern. Aber die Frage ist: Kann man den Quellenschutz verabsolutieren? Ich meine, in einem Rechtsstaat gibt es auch immer Abwägungsfragen. Und was mir nicht plausibel ist, ist: Wir haben heute Vormittag hier ein Mitglied der Zielfahndungsgruppe aus Thüringen gehört, das uns berichtet hat - und es wäre ja ohne Aufgabe des Quellenschutzes möglich gewesen, die Zielfahndung darüber zu informieren -, dass ihn nie die Information erreicht hat, dass der Verfassungsschutz Unterlagen hatte, aus denen hervorging: Die drei sind bewaffnet. - Der polizeiliche Mitarbeiter der Zielfahndung sagte: Das wäre für uns nicht nur wichtig gewesen, um Hinweisen nachzugehen, dass sie sich möglicherweise mit Banküberfällen finanzieren; das wäre auch für das Leben meiner Kollegen wichtig gewesen, zum Beispiel für Maßnahmen der Eigensicherung, weil wir nicht davon ausgegangen sind, dass die Leute, nach denen wir suchen und derer wir habhaft werden wollen, möglicherweise über Schusswaffen verfügen.

Herr Nocken hat hier behauptet, alle Informationen seien der Polizei zugänglich gemacht worden. Die Polizei hat hier heute Morgen behauptet, genau das Gegenteil sei

der Fall gewesen. Einer von den beiden Zeugen muss die Unwahrheit gesagt haben.

Nach der Aktenlage habe ich den Eindruck, dass wesentliche Informationen des Verfassungsschutzes Thüringen nicht an die Polizei gegeben worden sind, auch nicht während Ihrer Amtszeit als Vorsitzender des Landesamtes, Informationen, die man der Polizei hätte zukommen lassen können, ohne irgendeinen V-Mann auffliegen lassen zu müssen. Und ich stelle mir die Frage - und viele hier auch -: Warum eigentlich?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich bin davon ausgegangen, dass alle Informationen übermittelt worden sind. Es gibt hier ganz unterschiedliche Aussagen; Herr Nocken auf der einen Seite und der Zeuge aus der Zielfahndung des LKA auf der anderen Seite. Ich kann das nicht bewerten. Im Wesentlichen geht es auch um Informationen, die vor meiner Amtszeit gesammelt worden sind.

Aber ich hatte - das möchte ich noch mal unterstreichen - auch gesagt, dass ich mit Ihnen übereinstimme, dass der Quellenschutz nicht absolut zu sehen ist, dass der Quellenschutz auch nicht so weit gehen darf, dass quellengeschützte Informationen, wenn sie für die Aufklärung schwerer Straftaten erforderlich sind, wenn sie für die Abwehr von erheblichen Gefahren erforderlich sind, auch an die Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden müssen und dass sich dafür auch Wege finden, um auch dem Quellenschutz Rechnung zu tragen. Diese Wege lassen sich finden. Insofern gibt es da auch gar keinen Dissens mit der Auffassung, die Sie in dem Punkt vertreten haben, zwischen mir und Ihnen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die SPD noch Fragen an den Zeugen? - Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ich habe noch drei. - Noch mal zu dem, was jetzt angesprochen worden ist: Ich habe Sie ja vorhin auch schon gefragt, wie Sie das mit Herrn Nocken besprochen haben. Mich würde schon noch mal interessieren, ob Sie Herrn Nocken ganz klar gemacht haben, dass Sie erwarten, dass alle Informationen übermittelt werden, oder ob es darüber auch eine Diskussion mit Herrn Nocken gegeben hat hinsichtlich der Frage „Abwägung Quellenschutz und Weitergabe von Informationen“.

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Nocken hat mir gesagt, dass diese Informationen übermittelt worden sind. Ich musste ihn ja nicht dazu ermahnen, sondern er hat mir ja schon gesagt: Wir haben das getan. - Und ich habe ihm auch gesagt, dass das erforderlich ist, dass das richtig ist. Insofern gab es für mich eigentlich gar keinen Dissens in dieser Frage, keinen erkennbaren. Wir waren uns in dem Punkt einig: Informationen müssen ans Landeskriminalamt gehen; denn es geht jetzt hier um diese drei Bombenbastler, die untergetaucht waren.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Weil Sie hatten ja auch den Auftrag, Missstände zu beseitigen in Ihrem Amt. Und wenn gerade vonseiten der Polizei so etwas vorgetragen wird, hatten Sie ja eigentlich auch Anlass, dem noch mal konkret nachzugehen. Aber offensichtlich haben Sie das dann bewenden lassen, nachdem Sie mit Ihrem Vizepräsidenten gesprochen hatten.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich bin davon ausgegangen, dass die Information zutreffend ist.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann habe ich noch mal eine andere Frage, und zwar: Sie haben vorhin auf die Fragen des Kollegen Wolff zur Operation „Rennsteig“ sinngemäß geantwortet, das sei eine Operation gewesen, um ehemalige Bundeswehrsoldaten anzuwerben. Und wir haben die Operation „Rennsteig“ bisher immer anders verstanden, nämlich als eine gezielte Maßnahme in Richtung „Thüringer Heimatschutz“, die dann auch beendet war. Können Sie das vielleicht noch mal darlegen? Wie haben Sie die Operation „Rennsteig“ verstanden? Welches Ziel hatte die? Und was waren die wesentlichen Gesichtspunkte bei dieser Operation? Das fand ich nämlich durchaus sehr missverständlich. Es entspricht auch nicht dem Eindruck, den wir bisher von der Operation „Rennsteig“ hatten.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe die Operation „Rennsteig“ in meiner Amtszeit gesehen und verstanden als eine Maßnahme, die darauf abzielt, Bundeswehrangehörige, die vor ihrer Entlassung stehen, abzuschöpfen, Informationen zu gewinnen, wenn sie aus dem rechtsextremistischen Spektrum Thüringens kamen, sie zu befragen und gleichzeitig auch zu überlegen, ob

sie für eine Zusammenarbeit mit dem Thüringer Landesamt als Quelle in Betracht zu ziehen sind. Unter dem Gesichtspunkt habe ich die Operation „Rennsteig“ verstanden. Das schließt allerdings nicht aus, dass im Jahre 1997 die Zielrichtung eine ganz andere war, nämlich im Bereich des „Thüringer Heimatschutzes“ Quellen zu werben, die Zugangslage zu verbessern. In meiner Amtszeit hat das eine geringere Rolle gespielt. Der „Thüringer Heimatschutz“ war ja zu meiner Amtszeit dann schon fast in der Endphase.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das heißt, Sie haben die Operation „Rennsteig“ bis zum Ende Ihrer Amtszeit fortgeführt? War das eine permanente Operation während Ihrer gesamten Amtszeit?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ob das bis zum Ende meiner Amtszeit angedauert hat, weiß ich nicht. Das habe ich jetzt nicht in Erinnerung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie haben das so verstanden.

**Zeuge Thomas Sippel:** Aber ich habe es nicht so in Erinnerung, dass es eine Beendigung im Jahre 2003 gegeben hat, dass man sich an einen Tisch gesetzt hat und gesagt: So, jetzt haben wir alles getan, was zu tun ist, und jetzt schließen wir die Operation ab.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Haben Sie sich da fortlaufend darüber informieren lassen, ob das fortgeführt wird und ob das eine erfolgreiche Operation ist?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja. Ich hatte ja Gespräche auch geführt, auch mit dem MAD. Es gab ja Vertreter des MAD, die auch nach Erfurt gekommen sind. Und man hat sich auch darüber unterhalten, wie man gerade auch zur Verbesserung der operativen Lage die Werbung von Bundeswehrangehörigen vor ihrer Entlassung aus dem Dienst angehen kann; nicht im Detail - es ging da nicht um Namen -, sondern wir waren uns in den Gesprächen natürlich einig, dass man da versucht, auch Ansatzpunkte weiter zu finden.

Bis wann das jetzt gegangen ist, wann ich den letzten Fall tatsächlich gesehen habe, wann der das letzte Mal über meinen Tisch gegangen ist, kann ich Ihnen jetzt nicht be-



antworten. Aber ich meine, dass diese Maßnahmen auch noch deutlich über das Jahr 2003 hinausgingen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und war das eine erfolgreiche Operation?

**Zeuge Thomas Sippel:** Also man hat Informationen darüber gewinnen können. Ich kann Ihnen aber keine Fallzahlen nennen, ob es jetzt - - in wie vielen Fällen es zu diesen Gesprächen gekommen ist und in wie vielen Fällen diese Gespräche auch erfolgreich gewesen sind.

**Dr. Eva Högl (SPD):** War das für Sie eine zentrale Operation im Bereich des Rechtsextremismus in Thüringen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein. Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und dann interessiert mich noch mal die Zusammenarbeit mit dem MAD. Sie haben gesagt, Ziel der Operation „Rennsteig“, so wie Sie sie verstanden haben, war, Bundeswehrsoldaten kurz vor Ende ihrer Wehrdienstzeit anzusprechen und als V-Leute zu gewinnen für den Thüringer Verfassungsschutz. Wie lief das denn da ab? Dann haben Sie mit dem MAD kooperiert, und der MAD hat die Soldaten dann angesprochen. Und wie ging das dann weiter?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich war in diesen Operationen nicht persönlich befasst. Das machen dann Mitarbeiter. Das macht die Abteilung, die zuständige Abteilung; das Referat macht das. So, wie ich das in Erinnerung habe, gab es dann, meine ich, gemeinsame Gespräche von MAD und Verfassungsschutz mit den Bundeswehrsoldaten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber der MAD hat schon die Fragen gestellt, hat den ersten Zugriff gehabt ja auf die Soldaten - es waren ja noch Soldaten -, und die sollten dann quasi überführt werden als V-Personen in den Thüringer Verfassungsschutz. Oder wie war das angelegt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das kann ich Ihnen im Einzelnen nicht sagen. Wie diese Operationen dann im Einzelfall genau ausgestaltet worden sind, wer an den Gesprächen teilgenommen hat und wie die Gespräche im Einzelnen abgelaufen sind, das kann

ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht. Da bin ich nicht dran beteiligt. Das sind ja dann auch technische Fragen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Können Sie sich denn daran erinnern, dass dann - ich nenne sie mal so - interessante Rechtsextreme V-Personen wurden Ihres Landesamtes für Verfassungsschutz aus dieser Operation heraus?

**Zeuge Thomas Sippel:** Da sind mir einzelne Fälle nicht bekannt, nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dafür haben Sie sich auch gar nicht interessiert?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich weiß das nicht mehr. Ich habe mich natürlich für jede geworbene Person interessiert; denn wenn eine V-Person geworben wird, schon im Vorfeld, dann wird mir dazu eine Vorlage gemacht. Das heißt, über die Anwerbung eines V-Manns entscheide ich auch mit. Das heißt, es gibt einen Vorschlag der Fachabteilung, des Fachreferates Forschung, Werbung. Das ist auch in der Dienstvorschrift „Beschaffung“ so niedergelegt. Dieser Vorschlag wird dann dem Controlling vorgelegt. Das Controlling prüft anhand von Vorstrafen, anhand der Stellung, die die Zielperson in dem extremistischen Spektrum einnimmt - Stichwort: Führungsfigur -, ob diese Person sich für eine Anwerbung überhaupt eignet. Und dann bekomme ich diesen Werbungsvorschlag vorgelegt und musste meinen grünen Haken daran machen oder eben die Angelegenheit zurückgeben, wenn ich es abgelehnt habe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Warum waren denn gerade Bundeswehrsoldaten so interessant für Sie?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nicht gerade Bundeswehrsoldaten, sondern unter anderem auch Bundeswehrsoldaten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und warum waren die interessant?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nun, es waren ja nur wenige Bundeswehrsoldaten. Es ging darum, V-Leute zu finden, die in der rechtsextremistischen Szene Zugang hatten. Da kamen natürlich im Bereich der Bundeswehr

nur wenige in Betracht. Aber wenn es welche gab und für uns die Zugangslage dadurch vielversprechend verbessert werden konnte, dann haben wir diese Operationen gemeinsam mit dem MAD gemacht.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ich frage ja nur so gezielt jetzt noch mal an diesem Punkt nach, weil Sie gesagt haben, nach Ihrem Verständnis sei die Operation „Rennsteig“ eine gewesen, um gezielt Bundeswehrsoldaten als V-Personen zu gewinnen.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, genau.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Das ist eine andere Sichtweise, als wir bisher von der Operation „Rennsteig“ hatten.

**Zeuge Thomas Sippel:** Vielleicht war die Operation „Rennsteig“ ja auch anders angelegt zu Beginn. Vielleicht war sie ja auch insgesamt anders angelegt. Ich habe sie jedenfalls als Operation zwischen Thüringer Verfassungsschutz und MAD verstanden.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ich habe keine weiteren Fragen. Vielen Dank, Herr Sippel.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die FDP-Fraktion. Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Sippel, diese sogenannten Heise-Bänder sind ja bei einer Hausdurchsuchung des BKA 2007 entdeckt worden. Mich würde mal interessieren: Können Sie sich vorstellen, warum Herr Heise diese Bänder überhaupt angefertigt hat? Warum nimmt Herr Heise ein Gespräch mit Tino Brandt einfach so auf, heimlich?

**Zeuge Thomas Sippel:** Diese Frage kann ich Ihnen als Zeuge nicht beantworten, Herr Abgeordneter. Die Motivlage von Heise, warum hat er das getan - ich müsste jetzt spekulieren, genau wie jeder hier in der Runde spekulieren kann über die Motive, die Herr Heise gehabt hat. Vielleicht war es so, dass er Brandt misstraut hat, dass er gesagt hat: Bei dem bin ich vorsichtig; das Gespräch zeichne ich mal auf. - Vielleicht hat es auch andere Gründe gehabt. Ich kenne den Sachverhalt auch jetzt erst, seitdem ich vor diesen Untersuchungsausschuss getreten bin, seitdem ich diesen Vernehmungstermin habe.

Ich habe mir vorher gar keine Gedanken darüber machen müssen, weil ich den Sachverhalt nicht kannte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn gegenüber Tino Brandt, nachdem er dann endgültig abgeschaltet worden ist, noch irgendwelche Tätigkeiten, Aktivitäten des LfV oder eines anderen Dienstes?

**Zeuge Thomas Sippel:** Sie meinen, in Form einer weiteren Zusammenarbeit?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Entweder das oder dass er dann irgendwann noch mal dazu erwachsen ist, nach dem Motto, er könnte vielleicht auch noch mal trotzdem - vielleicht nicht als V-Mann, aber anders - interessant sein. Gab es dort weitere Aktivitäten Ihrerseits oder eines anderen Dienstes im Hinblick auf Tino Brandt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, Herr Abgeordneter, wir haben uns natürlich nach der Abschaltung im Rahmen der Betreuung mit ihm getroffen bis zur Enttarnung dann im Mai und - ich hatte es erwähnt - dann auch im Zusammenhang mit einer möglichen Gefährdung von Tino Brandt. Ich kann mich erinnern, dass im Rahmen eines gegen Brandt geführten Strafverfahrens wir ihm auch noch mal eine Aussagegenehmigung erteilt haben. Ich glaube, es ging damals um ein Verfahren hier in Berlin - vor dem Amtsgericht Tiergarten, glaube ich, wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, wo Brandt - ich weiß gar nicht, was ihm zur Last gelegt worden ist - wegen einer Straftat beschuldigt worden ist. Ansonsten gab es vor allen Dingen keine Zusammenarbeit mehr mit Brandt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das ist richtig. Mich interessiert, ob er Zielobjekt war. Also nur als Beispiel: In Baden-Württemberg kauft er 2004 ein Haus, verkauft es 2008 wieder. Das war ja ungefähr die Zeit, wo dann die Bänder aufgetaucht sind. Er hat an anderen Stellen durchaus noch einiges an Aktivitäten. Auch in dieser Szene, sage ich jetzt mal, war er durchaus unterwegs. War er noch mal in irgendeiner Form Zielobjekt eines Dienstes?

**Zeuge Thomas Sippel:** Er war Zielobjekt unmittelbar nach dem Abschalten. Wir hatten eine G-10-Maßnahme noch gegen Brandt

geführt. Danach ist unser Zielobjekt Brandt nicht mehr gewesen, was auch ja daran liegt, dass wir rechtsextremistische Zusammenhänge beobachten und Informationen über rechtsextremistische Zusammenhänge eben sammeln. Und Brandt war eben in der rechtsextremistischen Szene nicht mehr aktiv gewesen, zumindest für uns erkennbar, in einem besonderen Maße, das seine Beobachtung rechtfertigt hatte. Insofern unterlag er unserer Beobachtung danach nicht mehr.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aus räumlichen Gründen oder einfach aus sachlichen Gründen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Aus sachlichen Gründen. - Ich bin auch der Frage nachgegangen jetzt im Rahmen der Akteneinsicht, weil ich auch mit dieser Frage gerechnet hatte: Ist uns bekannt gewesen, dass Brandt eine Immobilie in Heilbronn hatte? Das ist uns nicht bekannt gewesen, weil Brandt für uns als Rechtsextremist nicht mehr erkennbar in Erscheinung getreten ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Seine Aussagen auf den Bändern waren jedenfalls eindeutig. Und das war ja offensichtlich nach dem Abschalten. Er hat ja auch keinen konkreten Bezug zu einem speziellen Dienst an der Stelle genommen. Aber okay.

Mich würde noch was anderes interessieren, und zwar hat Ihr Vorgänger, Herr Roewer, in einem Vortrag am 13. März 2000 einmal von einem getöteten Mann aus Jena-Lobeda gesprochen - im Zusammenhang mit dem flüchtenden Trio, wie es ausgedrückt wurde. Das ergibt sich aus einer Kleinen Anfrage gegenüber dem Thüringischen Landtag vom 26. Februar 2001. Das war ja im Prinzip, kurz bevor Sie das Amt dann übernommen haben. Haben Sie sich mit dieser Frage noch mal auseinandergesetzt? Denn das Trio war ja damals durchaus im Blick.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ein getöteter Mann in Jena?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): So antwortet die Landesregierung auf die Kleine Anfrage, 26. Februar 2001, auf die Frage, was denn mit diesem getöteten Mann in Jena-Lobeda gewesen sein soll. Mehr ergibt sich daraus nicht. Die Antworten der Landes-

regierung waren verhältnismäßig knapp. Aber Herr Roewer hat das wohl erwähnt.

**Zeuge Thomas Sippel:** Jetzt muss ich überlegen. Das ist ein Sachverhalt - Sie haben es erwähnt -, der vor meiner Amtszeit liegt. Aber ich glaube, dass ich informatorisch damit befasst war, dass ich davon gehört habe zumindest. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, könnte das ein Fall sein, wo sich ein junger Mann, der sich vorher in einer Runde mit Bekannten oder Freunden befunden hat, aus dem Kreis dieser Runde entfernt hat und dann getötet worden ist, liegengeblieben ist dort an dem Tatort selbst und, ich glaube, dort auch verstorben ist. Und ich glaube, dass seinerzeit dem Verdacht nachgegangen worden ist, ob es sich bei dieser Tat um eine rechtsextremistisch motivierte Straftat gehandelt hat, und dass man dann im Rahmen des Strafverfahrens zu dem Ergebnis kam, dass kein rechtsextremistischer Hintergrund vorlag. Aber ich muss jetzt hier sehr vorsichtig sein. Ich habe mich mit diesem Fall - wenn es sich um den Fall handelt, den Sie jetzt hier angesprochen haben, was ich nicht weiß - jetzt auch nicht näher befassen müssen, weil es vor meiner Amtszeit lag und ich jetzt auch nur diesen Fall ganz dunkel in Erinnerung habe.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie, mich würde mal interessieren - ich komme gleich noch mal darauf zurück -, was Sie unter „Untergrund“ verstehen. Das heißt: Wie würden Sie das Wort „Untergrund“ definieren? Ist das ein Fachbegriff aus der Alltagssprache? Heißt das, wenn man mal seinen Wohnsitz nicht mehr angemeldet hat, dass man dann von einem „Untergrund“ spricht? Oder was würden Sie unter „Untergrund“ verstehen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Also es ist kein Fachbegriff. Ich glaube, dass wir „Untergrund“ so verstehen, wie er im allgemeinen Sprachgebrauch aufgefasst wird. „Im Untergrund“, als Synonym würde ich vielleicht „im Verborgenen“, „im Geheimen“, „verdeckt“ bezeichnen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wenn ich mir so anschau, dass dieses Trio von der Polizei gesucht worden ist, jährlich mit Freunden in Urlaub gefahren ist, mehrfach sogar an denselben Ort unterwegs war, Urlaubsbekanntschaften gepflegt hat, Haustiere

gehalten hat, den Namen von Freunden verwendet hat an den verschiedenen Stellen, die sogar vom Verfassungsschutz und auch von der Polizei selber überwacht waren, also im Hinblick auf beispielsweise Bahnkarten oder andere Ausweise: Würden Sie da von Untergrund sprechen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nun, diese Personen sind in sozialen Beziehungen aufgetreten - das ist schon richtig -, aber eben unter falschen Identitäten und unter Verbergen ihrer Handlungen. Und insofern, denke ich - das ist ja auch eine Wertungsfrage, die man in dem Punkt treffen muss -, kann man schon zu der Auffassung gelangen, dass die Personen sich im Untergrund aufgehalten haben. Sie haben ihre wahre Identität verschleiert.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Aber relativ offen durch die Gegend reisen, überall und nirgends auftauchen: Es wäre ja eigentlich dumm, um es mal so auszudrücken, tatsächlich Identitäten zu nehmen, von denen man weiß, dass die sogar auch überwacht werden, wo die Polizei dabei ist. Irgendwie will mir das nicht ganz eingehen, wenn ich mir vorstelle, dass beispielsweise auch in dem dritten Bekennervideo wörtlich von einem „Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz Taten statt Worte“ gesprochen wird. Und ehrlich gesagt: Würden Sie heute tatsächlich zustimmen, dass es sich da an der Stelle allein um ein Trio gehandelt haben könnte, drei, denen irgendwie nur mitgeholfen wurde?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das ist jetzt auch spekulativ. Ich bin in die Ermittlungsarbeit nicht eingebunden. Das sind auch Fragen, die jetzt im Rahmen der strafrechtlichen Aufarbeitung - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie, ich sage es mal ganz offen. Wir reden häufiger von der Hunderter-Liste und hier auch 100 Personen, die möglicherweise Bescheid - - oder zumindest Kontakt gehabt haben könnten. Und im Moment gehen wir und auch die Generalbundesanwaltschaft von dreien bzw. noch wenigen im Verhältnis zur Hunderter-Liste der Umgebung aus. Würden Sie nach Ihrer Ansicht heute weiterhin die Aussage vertreten, dass Sie sagen: „Es handelt sich im Prinzip im Wesentlichen

um ein Trio mit vielleicht noch ein, zwei Unterstützern“?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kenne den Ermittlungsstand, Herr Abgeordneter, jetzt nicht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Es geht mir nicht um den Ermittlungsstand, sondern: nach Ihrer Kenntnis aus den Jahren 2000 bis 2012.

**Zeuge Thomas Sippel:** Es gab ein Unterstützernumfeld - das ist ja jetzt auch bestätigt worden - durch die Waffenbeschaffungsaktionen, durch die Beschaffung falscher Identitätspapiere. Das gab es, wobei ich nicht abschätzen kann und keine Erkenntnisse darüber habe, wie groß dieses Umfeld wirklich gewesen ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ist es aus Ihrer Sicht plausibel, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kollege.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): - dass es sich im Prinzip um so wenige handeln könnte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):  
Das ist kein Wissen!)

Wenn man die Größenordnung sieht, die damals auch im Hinblick auf die Größenordnung der Szene, THS und Ähnliches - - Ist das aus Ihrer Einschätzung, auch im Nachhinein jetzt, plausibel, dass es sich hier tatsächlich nur um drei, vier, fünf, sechs Personen gehandelt haben könnte?

**Zeuge Thomas Sippel:** Für mich ist es plausibel, dass ein Unterstützernumfeld existiert hat. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass tatsächlich 100 Leute - Sie sprachen von der Hunderter-Liste - über die Aktivitäten dieses Trios unterrichtet gewesen sind. Ich kann mir das nicht vorstellen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht würde, falls davon Gebrauch gemacht würde, an die Linksfraktion wechseln. - Es wird davon Gebrauch gemacht. Herr Petermann.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Herr Sippel, ich möchte Sie noch mal kurz zu den Heise-Bändern etwas löffern; aus dem Jahre 2007, hatten wir festgestellt. Und da gab es ein Gespräch zwischen Heise, Brandt und dem weiteren V-Mann Kai-Uwe Trinkaus. Ich will mal daraus zitieren. Das Zitat wird nach der Auswertung des BKA Herrn Brandt zugeordnet:

Das Land Thüringen ... hat sich dann wohl dazu geäußert auch ... Zeitungsanfragen ..., dass die Sachen verjährt wären.

...

Das heißt also kein Grund mehr da wäre für die Drei ...

...

weg zu sein. Ich glaube eben, die haben ... in der Zwischenzeit andere Sachen machen müssen ..., um sich über Wasser zu halten und ... dadurch ... gabs neue

...

... Verjährungsfristen in Anführungszeichen.

MAT A GBA-12, Blatt 30.

Herr Sippel, können Sie sich daran erinnern, dass Kai-Uwe Trinkaus als Quelle des Landesamtes für Verfassungsschutz eine Meldung gemacht hätte zu einem Gespräch oder zu diesem Gespräch zwischen Heise und Brandt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das ist mir nicht bekannt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Es liest sich so, als hätte Brandt Kenntnis von Aktivitäten des Trios nach dem Wortlaut, die, falls bekannt - Sie sagen, nicht bekannt; aber falls bekannt -, weitere Fahndungsgründe bedeutet hätten.

**Zeuge Thomas Sippel:** Wie gesagt: Die Meldung ist mir nicht bekannt. Ich habe von den Heise-Bändern - ich hatte es bereits erwähnt - auch jetzt erst gehört. Ihre Frage zielte aber darauf, ob Trinkaus diese Mitteilung an das LfV gemacht hat. Und ich habe davon keine Kenntnis.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Aber Sie würden es jetzt nicht ausschließen, dass es eine solche Meldung gibt an das LfV?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich denke, wenn diese Meldung tatsächlich erfolgt ist, dass mir die auch zur Kenntnis gebracht worden wäre, von der Bedeutung der Meldung her gesehen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sie haben also nie irgendwelche Quellenmeldungen von Brandt oder Trinkaus zu diesem Sachverhalt gesehen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Zu diesem Sachverhalt, den Sie jetzt schildern?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sind Sie nach dem 04.11. informiert worden von Mitarbeitern Ihres Amtes zu diesem Sachverhalt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Zu dem Trinkaus-Sachverhalt?

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein, auch nicht.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Noch mal eine Frage zu dem V-Mann „2100“: Können Sie uns sagen, ob es auch zu den Aufträgen des VM „2100“ gehört hat, über das Trio bzw. dessen Aufenthaltsorte zu berichten?

**Zeuge Thomas Sippel:** Herr Abgeordneter Petermann, das sind Sachverhalte, die vor meiner Amtszeit liegen. Die kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Es kann ja sein, dass Sie aus späterer Erkenntnis das beantworten können.

**Zeuge Thomas Sippel:** Es wäre nur Aktenwissen, und ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich weiß es nicht.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Sie wissen es positiv nicht?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann mich an keinen Aktenhinweis erinnern. Die Akten liegen aber auch dem Untersuchungsaus-

schuss vollständig war. Ich habe jetzt keine Dinge in dieser Richtung in Erinnerung.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Okay. - Dann noch mal eine Frage: Wir hatten in der letzten Sitzungswoche - vor zwei Wochen war das - Oberstaatsanwalt Schultz hier als Zeugen, der Ihnen ja auch bekannt ist. Er hat sehr bildhaft durchaus geschildert, dass Vertreter des LfV Thüringen die Staatsanwälte in Gera regelrecht abgeschöpft hätten und Einsicht in Ermittlungsakten usw. genommen haben. Können Sie sich daran erinnern? Oder wissen Sie, auf welcher Grundlage das passiert ist? Wie ist dieses Verfahren organisiert gewesen damals?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich denke, dass Sie hier auch einen Sachverhalt ansprechen, der vor meiner Amtszeit liegt. Herr Schultz - ich habe das der Presse entnommen - hat diese Aussage gemacht. Sie ist ja auch in den Medien zitiert worden. Ich denke, um das rechtlich zu bewerten, dass Informationen der Strafverfolgungsbehörden durchaus auch aufgrund von Übermittlungsbestimmungen im Thüringer Verfassungsschutzgesetz erteilt werden. Das heißt, es geht ja um die Frage: Ist das rechtmäßig, dass die Strafverfolgungsbehörden Informationen dem Thüringer Verfassungsschutz mitteilen? Und das würde ich dem Grundsatz nach auch bejahen. Es gibt ja sehr detaillierte datenschutzrechtliche Bestimmungen, die dieses Verfahren regeln, auch im Thüringer Verfassungsschutzgesetz. Und ich denke, dass diese Bestimmungen auch die Informationsübermittlung zulassen.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wie war denn, wenn Sie dazu was sagen können, die diesbezügliche Praxis während Ihrer Amtszeit, also die Praxis der Informationsübermittlung oder der Akteneinsichtnahme, besser gesagt, des Verfassungsschutzes bei den Staatsanwaltschaften? Gab es da ein förmliches Verfahren? Können Sie sich da an Fälle erinnern, wo das mal passiert ist oder wo das bis zu Ihnen vielleicht vorgedrunnen ist als Thema?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja. Ich glaube, es gab in meiner Amtszeit auch diese Fälle, wo Akteneinsicht genommen worden ist, was ich auch in Einzelfällen für sehr erforderlich halte, um die Erkenntnislage zu verbessern. Es kann sogar sein - das habe ich konkret

nicht in Erinnerung -, dass ich auch in dieser Frage persönlich tätig geworden bin, als es um die Frage ging, ob man die Einsichtnahme in Akten aktenkundig macht. Ich muss jetzt hier sehr vorsichtig sein. Es kann sein. Mir ist ganz dunkel in Erinnerung, dass diese Frage mal im Raum stand. Ich müsste mich aber da auch durch Akteneinsicht noch mal vergewissern. Aber diese Fragen haben auch in meiner Amtszeit durchaus eine Rolle gespielt.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Ja, das ist interessant, das wirklich zu erfahren. Gut; wir kommen möglicherweise nicht weiter. Aber wir hatten zumindest meines Wissens in der letzten Sitzung festgestellt, dass es einen entsprechenden Vermerk geben muss. Aber wir haben zumindest, was das damalige Verfahren betraf, keine Vermerke in den Akten gefunden. Es ist offensichtlich nicht aktenkundig gemacht worden. Deswegen wäre schon interessant, zu erfahren, wie das in Ihrer Amtszeit gewesen ist, ob Sie dieses Prozedere so fortgeführt haben oder möglicherweise, ich sage mal, legalisiert haben.

**Zeuge Thomas Sippel:** Es ist denkbar, dass - - Legalisiert heißt, dass es vorher illegal gewesen ist.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Es gab zumindest keine Dokumentation, so wie sie vom Gesetz vorgesehen gewesen wäre.

**Zeuge Thomas Sippel:** Es wäre jetzt im Einzelfall dann auch zu prüfen, ob es wirklich illegal war. Mir ist dunkel in Erinnerung - aber, wie gesagt, da muss ich sehr vorsichtig sein -, dass ich in meiner Amtszeit mit diesem Thema befasst war, als Amtsleiter selbst befasst war, und dass die Frage der Dokumentation dabei auch eine Rolle gespielt hat. Sehr vorsichtig muss ich sein; aber das ließe sich, denke ich, auch durch Aktenstudium im Thüringer Landesamt noch mal aufklären.

**Jens Petermann (DIE LINKE):** Wir nehmen es mal so mit, Herr Sippel. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen? - Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Vorsitzender, zwei

kleine Komplexe. Das eine ist die Frage nach Ihrem Vorgänger, Herrn Roewer. Sie sagen, der hat das Amt nicht ordnungsgemäß übergeben und hat Sie nicht informiert. Haben Sie jemals mit ihm gesprochen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Jemals mit ihm gesprochen, ist - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also gut, nachdem Sie da Ihr Amt angetreten haben.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich bin ihm einmal begegnet bei der Verabschiedung von Herrn Roewer im Kreise der Amtsleiter. Da haben wir nur ganz kurz gesprochen. Da ging es aber nicht um die Übergabe der Amtsgeschäfte, sondern das war ein Gespräch, das en passant geführt worden ist. Und ich erinnere mich, dass ich ihn einmal angerufen habe. Da ging es um die Klärung eines Sachverhalts. Ich glaube, im Raum stand die Beschuldigung, dass das Amt Kommunalpolitiker bespitzelt hat in der Amtszeit meines Vorgängers. Und ich meine, dass ich ihn im Zusammenhang mit Fragen, die bei der Prüfung dieses Sachverhalts aufgetreten sind, angerufen habe. Ansonsten, denke ich, hatte ich keinen Kontakt mit Herrn Dr. Roewer gehabt. Es gab den Versuch mit den Einladungen ins Innenministerium, denen allerdings Herr Roewer damals nicht gefolgt ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das interessiert mich jetzt weniger. Mich interessiert der V-Mann „Günther“. Haben Sie mal versucht - und vielleicht Teilerfolg gehabt -, von Herrn Roewer zu erfahren, erstens, ob es den überhaupt gab, zweitens, wer das sein könnte, und drittens, welchen Wert der hatte, also in welchem Bereich der tätig war und wie wertvoll der war?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, die Versuche gab es.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ihnen jetzt, nicht von irgendjemand anderem.

**Zeuge Thomas Sippel:** Von der Behörde gab es die Versuche. Von mir persönlich gab es die Versuche nicht. Aber von der Behörde

gab es die Versuche, auch auf meinen Anstoß hin, in dem Verfahren, das wir gegen Herrn Dr. Roewer ja führen; denn wir haben in dem Verfahren, das noch anhängig ist beim OVG in Thüringen, die Gelder auch zurückgefordert, die geflossen sind an „Günther“, auch mit dem Hinweis, dass wir gar keinen sachlichen Grund sehen für die Zahlung; der ist uns nicht plausibel. Und in dem Zusammenhang, wenn ich das richtig erinnere, stand auch mal im Raum, ob man einen Vergleich schließt und im Rahmen dieses Vergleichs Herr Roewer den Hintergrund für die Zahlung an „Günther“, insbesondere auch die Offenlegung von „Günther“, dann vornimmt. Da muss ich jetzt sehr vorsichtig sein. Das krame ich jetzt aus meinem Gedächtnis heraus. Das liegt jetzt auch einige Jahre zurück, drei Jahre, schätze ich, vier Jahre. Zu diesem Vergleich ist es allerdings nicht gekommen; der ist dann nicht abgeschlossen worden. Und das Verfahren selbst ist noch anhängig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, nach dem, was Sie jetzt gesagt haben, habe ich den Eindruck: Für alle offiziellen Sachen war er offenbar wenig zugänglich oder nicht zugänglich. Aber als Sie dann gefragt haben nach der Bespitzelung von Kommunalpolitikern oder so, hat er doch mindestens Ja oder Nein gesagt oder irgendwie eine Antwort gegeben. - So habe ich Sie verstanden. Oder ist das falsch?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein, er hat keine Antwort gegeben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will jetzt einfach unterscheiden: ein Gespräch im Rahmen eines Disziplinarverfahrens, - schlimmer - eines Strafverfahrens oder was da alles möglich sein könnte, oder einfach mal eine Informationsfrage. Sie als sein Nachfolger möchten doch jetzt gerne mal wissen: Kannst du mir das nicht erzählen, bzw. können Sie mir das nicht erzählen? War das jemand aus der Rechten, aus der Linken oder von wo?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das Gespräch, das ich mit ihm geführt habe damals wegen dieser Kommunalpolitikerangelegenheit, war für mich weder erfreulich noch ergiebig. Ich habe dann auch wieder einen offenen Brief gefunden, wo er über das Gespräch dann auch berichtet hat. Also, im Umgang war es

nicht sehr fruchtbar. Das Gespräch war im Ergebnis nicht sehr fruchtbar gewesen, so dass ich mir auch nicht habe vorstellen können, dass ich auf die Frage, wer sich hinter „Günther“ verbirgt, von ihm eine Antwort bekommen habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben bis heute - Sie jetzt als Person - keinen Schimmer, ob es den überhaupt gab und wer das gewesen ist? Also, es könnte auch jemand sein aus der rechten Szene oder aus dem rechten Bereich oder aus dem Trio?

**Zeuge Thomas Sippel:** Es ist spekulativ, wenn ich Ihnen jetzt sage, was für Vermutungen ich habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es gar nicht.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich kann mir vorstellen, dass es vielleicht gar keinen V-Mann „Günther“ gegeben hat, sondern dass es darum ging, Gelder umzuschichten im Landesamt. Der Vorwurf stand ja auch im Raum, war auch Gegenstand eines Strafverfahrens, dass sich dieser Sachverhalt dahinter verbirgt. Ich hatte aber auch mit Herrn Nocken darüber gesprochen, ob er sich vorstellen könnte, dass sich hinter „Günther“ jemand verbergen könnte, der mit dem Trio im Zusammenhang steht, vielleicht einer von diesen dreien, die abgetaucht sind. Herr Nocken sagte, das könnte er mit fast hundertprozentiger Sicherheit ausschließen; das glaubt er nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Nocken weiß auch nicht, ob es den gab oder wer es war?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein. Aber er war sich mit fast hundertprozentiger Sicherheit eigentlich sicher, dass sich hinter „Günther“ keiner verbirgt, der mit dem NSU-Komplex zu tun gehabt hat. Und ich muss sagen: Ich glaube auch nicht daran, dass dieser Fall „Günther“ mit dem NSU-Komplex in Zusammenhang steht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt zu der nächsten Frage - so was Ähnliches -: Mit dem Herrn Nocken haben Sie ja intensiv über Herrn

Brandt geredet, haben sich sogar gestritten oder diskutiert, ob der nun abgeschaltet werden soll und wie wertvoll der ist und so. Hat denn Herr Nocken Ihnen in diesem Zusammenhang irgendwas erklärt, wie sie mit dem nach seiner Auffassung ja eigentlich unverzichtbaren V-Mann umgegangen sind, also ob sie ihm nur Zahlungen geleistet haben oder ihn auch in anderer Weise unterstützt haben? Haben Sie solche Einzelheiten mit ihm besprochen, insbesondere auch das, was Ihnen der Vorsitzende jetzt vorgehalten hat - das war ja nicht so deutlich wie jetzt auf dem Tonband, aber als Meldung oder als Gerücht auch schon aus anderer Quelle bekannt -, dass der Herr Brandt gewarnt worden ist, vielleicht sogar selber Warnungen weitergegeben hat? Haben Sie mit Herrn Nocken mal darüber gesprochen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das ist möglich, dass ich mit ihm darüber gesprochen habe. Ich will das nicht ausschließen. Ich kann mich aber auch nicht daran erinnern. Ich hätte mich mit Sicherheit daran erinnern können, wenn Nocken mir gegenüber eingeräumt hätte: Ja, wir haben dem V-Mann immer Tipps gegeben, wenn die Polizei kommt und Durchsuchungsmaßnahmen durchführt. - So ein Sachverhalt wäre mir sicherlich noch präsent gewesen.

Ich habe mit ihm - das ist mir erinnerlich - im Zusammenhang mit dem V-Mann „2100“ über diese Punkte geredet, vermutlich auch im Zusammenhang mit Tino Brandt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch über „Tipps geben“, oder?

**Zeuge Thomas Sippel:** Auch über Tipps. Darauf habe ich ihn angesprochen; denn das stand ja unmittelbar nach der Abschaltung schon als Vorwurf im Raum. Dieser Verdacht wurde zurückgewiesen. Es hieß: Da ist überhaupt nichts dran; das haben wir nicht gemacht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, die Fragezeit ist - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch. - Herr Nocken war ja nicht V-Mann-Führer; Herr Nocken hatte, wenn ich das richtig weiß, mit V-Mann-Führung direkt nichts zu tun. Haben



Sie mal mit dem V-Mann-Führer oder mit den V-Mann-Führern von Herrn Brandt darüber geredet, ob so was stattgefunden hat?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich habe mit dem V-Mann-Führer, dem Oberamtsrat Wießner, damals auch über Tino Brandt geredet. Ob ich ihn darauf angesprochen habe? Das ist gut möglich; aber ich habe keine feste Erinnerung mehr daran. Die Sachverhalte liegen ja nun jetzt auch schon zwölf Jahre zurück.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe das gerade mal kurz abgefragt: Die Union hat keine weiteren Fragen, die SPD auch keine. Aber die FDP hat noch Fragebedarf. Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich habe noch eine Frage, Herr Sippel, und dann würde der Kollege Kurth noch Fragen stellen.

Ich will auf das zurückkommen, was Herr Ströbele gerade sagte, und zwar auf die Frage, ob Sie sich mit Herrn Roewer unterhalten haben. Da komme ich noch mal auf etwas zurück, wo ich mit Ihrer Antwort doch noch nicht so ganz richtig zufrieden war, und zwar: Herr Roewer hatte ja in einem Vortrag im LfV vor Mitarbeitern wohl des LfV von dem getöteten Mann in Jena-Lobeda gesprochen am 13. März 2000. Sie sagten vorhin auch, Sie hätten erhebliche Kapazitäten auf das Trio, also die Jenaer Bombenbauer, verwendet. Kurz nachdem Herr Roewer diesen Vortrag gehalten hat und darüber sprach, ist er aus dem Amt ausgeschieden, und dann ist nichts passiert. Das heißt, auch Mitarbeiter von Ihnen haben in Richtung dieses getöteten Mannes in Jena nicht weiter ermittelt oder sich nicht weiter in irgendeiner Form darum gekümmert.

**Zeuge Thomas Sippel:** Wenn der Fall mit dem getöteten Mann, den Sie ansprechen, der Fall ist, auf den ich auch reflektiert habe in meinen Ausführungen, dann kam es ja zur Ermittlung des Täters oder der Täter und auch zur strafrechtlichen Aburteilung.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Und warum hat dann Herr Roewer das in Verbindung gebracht?

**Zeuge Thomas Sippel:** Entweder weil es sich um einen anderen Fall handelt, der mir jetzt gar nicht präsent ist, oder weil es sich

um den gleichen Fall handelt und Herr Roewer nicht wusste, wie dieser Fall dann tatsächlich aufgeklärt worden ist, wobei Letzteres eher unwahrscheinlich ist; denn er ist ja sachnäher dran gewesen. Ich kann es mir nicht erklären.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Dann fragen wir ihn. - Kollege Kurth wird weitermachen.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Sippel, ein paar Fragen sind jetzt auch noch durch Ihre Äußerungen aufgekommen. Es geht mir jetzt noch mal um den 04.11. Also, am 04.11. brennt das Wohnmobil, und - habe ich Sie richtig verstanden? - am Mittwoch, den 09.11., haben Sie dann die Namen durch den Innenminister bei dem Symposium erhalten.

**Zeuge Thomas Sippel:** Montag, den 07.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Montag, den 07., hat das Symposium stattgefunden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und am Mittwoch, den 09.11. - das haben Sie vorhin erwähnt -, hat nichts weiter stattgefunden?

**Zeuge Thomas Sippel:** Bitte?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Am Mittwoch, den 09.11.

**Zeuge Thomas Sippel:** Was war da?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie hatten vorhin erwähnt, dass am Mittwoch, den 09.11., Sie die Namen erhalten hätten. Das war dann wahrscheinlich ein Zahlenversehen.

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein. Ich habe die Namen am 07.11. erfahren, am Montag, vor dem Symposium, und den Zusammenhang mit den Ceska-Morden dann, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, am Freitag der gleichen Woche.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Am Freitag dann, also am 11.11., ja?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wir haben heute erfahren, dass das LKA bereits am 04.11., spätestens am 05.11. informiert hat, wer die Getöteten mutmaßlich, höchstwahrscheinlich sind. Auch der zuständige Kriminaloberkommissar wurde bereits am 04.11. informiert, der sich in Sachsen mit den ganzen Banküberfällen beschäftigt hat. Das muss Sie ja nichts angehen; das ist richtig. Aber es bereitet mir dann schon Sorge, dass gerade der Verfassungsschutz relativ am Ende der Informationskette ist. Warum ist denn das so?

**Zeuge Thomas Sippel:** Am 07.11. - nun muss man sehen, dass das Wochenende dazwischen lag. Ich denke, dass es ja in den Fällen in erster Linie um polizeiliche Aufklärung geht, dass man vielleicht auch erst mal versucht, den Zusammenhang auch zum Rechtsextremismus herzustellen. Im ersten Zugriff geht es ja um die Frage „Aufklärung eines Banküberfalls“. Ich denke, dass die polizeilichen Ermittlungen sicherlich in dem Fall erst mal am dringlichsten sind. Und wenn man berücksichtigt - Montag, der 07.11. -, dass das Wochenende dazwischen lag, dann ist doch eigentlich die Unterrichtung des Verfassungsschutzes durch den Minister sehr zeitnah erfolgt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nein, das ist so nicht zu verstehen. Wenn der zuständige Zielfahnder, der an dem Fall eigentlich gar nicht mehr arbeitet, am 05.11. Bescheid bekommt: „Wir haben deine Leute, die du damals gesucht hast; das sind die Untergetauchten mutmaßlich, die Rechtsextremisten“, dann kann man ja erwarten, dass das Verfassungsschutzamt ebenso zeitnah informiert wird: Wir haben sie; diejenigen, die ihr damals gesucht habt, gemeinsam mit dem Zielfahnder, sind jetzt wahrscheinlich aufgetaucht; für euch zur Kenntnis. - Es ist doch schon erstaunlich, dass das Verfassungsschutzamt so spät davon erfahren hat.

Wann haben Sie denn konkret gewusst, dass die beiden Getöteten die mit den beiden Namen sind? Das war dann am 07.11. zum Symposium?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Das war Ihre Erstinformation?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt haben Sie auch gesagt - ganz anderer Fall -: Niemand kommt für uns als V-Mann infrage, der in der Führung der Partei die Partei selber beeinflusst. - Wie ist denn das mit einem Kreisvorsitzenden? Ist der in der Lage, die Partei zu beeinflussen, aus Ihrer Einschätzung? Ich spreche auf „Ares“ an, auf Kai-Uwe Trinkaus.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das kommt natürlich auf den Einzelfall an. Ein Kreisvorsitzender? Wir haben ja auf der anderen Seite Tino Brandt als stellvertretenden Landesvorsitzenden gehabt. Die Funktion ist das eine; die Frage, wie jemand die Funktion ausübt, das andere. Tino Brandt war jetzt als stellvertretender Landesvorsitzender sehr aktiv und kam quasi der Funktion eines Landesvorsitzenden gleich. Er hat die Zielrichtung alleine bestimmt.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber ein Kreisvorsitzender wäre darunter nicht zu verstehen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das würde ich nicht so sehen. Ein Kreisvorsitzender zählt für mich nicht zur Führungsszene der NPD; -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber der Kreisvorsitzende der Landeshauptstadt, das ist doch immerhin nicht irgendwas.

**Zeuge Thomas Sippel:** - denn Beobachtungsobjekt ist für uns der Landesverband der NPD. Man kann auch darüber nachsinnen, ob jemand, der im Landesvorstand ist, auch die Führungsfunktion bestimmt, oder ob es ein Vorsitzender sein muss oder ein Stellvertreter. Ich glaube, das sind Fragen, die man im Einzelfall klären muss.

Der Kreisvorsitzende Trinkaus, der ja sehr umstritten war auch innerhalb seiner Partei, der auch große Widersacher hatte innerhalb seiner Partei, war nicht in der Lage, die Zielrichtung des Landesverbandes zu bestimmen. Insofern zählt - -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Er hat 2008 den Putschversuch gegen Frank Schwerdt, den Landesvorsitzenden, gemacht - gemeinsam mit Heise übrigens.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das zeigt ja, dass er gerade nicht in der Lage war, die Zielrichtung zu bestimmen. Er hat es versucht; -

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Aber da war er bei Ihnen in Diensten.

**Zeuge Thomas Sippel:** - aber er hat den Rückhalt nicht gehabt. Er hat die Mehrheit der Partei nicht hinter sich gehabt. Er ist gescheitert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Aber immerhin gemeinsam mit Heise. - Aber ich will das gar nicht weiter diskutieren.

**Zeuge Thomas Sippel:** Er ist gescheitert.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Richtig. - Technische Frage: Wir haben in Thüringen entweder Nummern oder aber auch zum Teil V-Mann-Namen, also „2045“ bzw. „Otto“. Wie ist denn damit umzugehen? Was ist denn jetzt das Entscheidende? Also, Sie haben bei sich in den Akten „2045“ stehen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und wo kommt „Otto“ dann eigentlich her?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich glaube, das ist einfach eine Fallbezeichnung, die man noch drangehängt hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ach, der Fall ist das dann.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja, eine Bezeichnung für die Quelle. Ich denke, dass man beide Bezeichnungen synonym verwandt hat, „2140“ und „Otto“, man sozusagen zwei getarnte Bezeichnungen hatte für eine Person.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Und „2100“ hatte dann auch so einen Fallnamen?

**Zeuge Thomas Sippel:** Genau.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Den, den Herr Nocken in Thüringen schon mal öffentlich gesagt hatte? - Gut.

Und „Küche“ hatte also auch eine Nummer?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das kann ich vermuten. Aber „Küche“ fällt auch nicht in den zeitlichen Rahmen, in dem ich in Thüringen in der Funktion gewesen bin.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Nur damit man es verstehen kann.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich vermute mal, der hatte auch eine Nummer.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt sagten Sie vorhin, Ende 2000, kurz bevor Sie angefangen haben, wurden Sie darüber informiert, da gebe es die „2100“, ob man die abschalten sollte, und Sie haben eine Empfehlung gegeben. Was ist denn eigentlich, wenn man jetzt abschaltet, auch Nachsorgetreffen macht? Gibt es da immer noch V-Mann-Berichte, Abschöpfungen, neue Erkenntnisse des V-Manns? Werden die noch genutzt?

**Zeuge Thomas Sippel:** Das kommt auf den Einzelfall an. In aller Regel eben nicht, weil das V-Mann-Verhältnis mit der Abschaltung beendet ist. Wenn der Betroffene von sich aus Mitteilungen macht, ist es denkbar, dass Informationen noch übermittelt werden und die auch zur Kenntnis genommen werden; aber es dürfen keine Aufträge mehr erteilt werden an den abgeschalteten V-Mann.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich meine mich zu erinnern, dass „2100“ bis Ende 2000 berichtet hat, also wirklich bis zum Jahresende.

**Zeuge Thomas Sippel:** Das glaube ich nicht. Nein, das glaube ich nicht. Die Abschaltung ist im Oktober erfolgt, und ich glaube mich zu erinnern, dass auch die letzte Begegnung mit der Abschaltung oder vielleicht noch eine weitere stattgefunden hat. Worauf stützt sich Ihre Annahme?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Meine?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ja.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Lesen.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich glaube, es ist nicht zutreffend, dass er noch, wie Sie sagten, bis ganz zum Ende des Jahres 2000 Informationen geliefert hat. Ich glaube, dass keine Begegnungen mehr stattgefunden haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kurth.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Letzte Frage. Geht das, Herr Vorsitzender?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ich schließe an die erste Frage an. Es gab ja mal in Thüringen eine wunderbare Einheit namens ZEX, die gerade zwischen LKA und Landesverfassungsamt für schnelle Informationswege sorgen sollte. Ganz offensichtlich gibt es die oder gab es die am 04.11. nicht mehr, diese gemeinsame Einheit. Oder gibt es die noch?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nein. Die ZEX wurde ersetzt. Wir haben dafür eine Informations- und Auswertungszentrale im Thüringer Landesamt installiert, die in einer weitergeführten Form die Aufgaben der ZEX übernommen hat.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Wann hat man das gemacht?

**Zeuge Thomas Sippel:** 2007.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): 2007. - Haben Sie es eigentlich gut gefunden, als Sie angekommen sind und diese Polizeieinheit bei sich im Dienstgebäude gesehen haben?

**Zeuge Thomas Sippel:** Nun gut; ich bin ein großer Befürworter einer engen Zusammenarbeit mit der Polizei. Wie man das im Einzelnen ausgestaltet, da gibt es sicherlich verschiedene Wege. Dass die Polizei im Landesamt war, ist eine Möglichkeit. Ich glaube, dass die räumliche Unterbringung aber nicht in dem geschützten Dienstbereich des Landesamtes stattgefunden hat, sondern

dass die im Erdgeschoss - wir haben ja dann die Etagen 5 bis 8 dort bezogen - in gesonderten Räumlichkeiten dort untergebracht waren, sodass auch eine räumliche Trennung dann vorhanden war. So ähnlich ist das jetzt auch derzeit mit der TIAZ. Diese Einrichtung ist auch im Thüringer Landesamt untergebracht, auch im Erdgeschoss in einem eigens gesicherten Bereich, losgelöst von den anderen dienstlichen Räumen. Ich halte das für sehr zweckmäßig.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Hat das auch am 04.11. geklappt, dass die Beamten vom LKA Ihnen gesagt haben: „Da ist irgendwas“, oder spätestens am 05.11.?

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich hatte schon erwähnt: Ich habe es erfahren am 07.11. am Rande des Symposiums.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Also hat es nicht geklappt. Da, wo es mal hätte klappen können, hat es nicht geklappt. So ist mein Eindruck.

**Zeuge Thomas Sippel:** Ich weiß nicht, ob dort Gespräche dazu stattgefunden haben. Ich habe keine Kenntnisse darüber.

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es weitere Fragen aus den Fraktionen an den Zeugen? - Das ist nicht der Fall.

Dann, Herr Sippel, vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung gestanden haben. Sie sind damit als Zeuge vorläufig entlassen. Wie angekündigt, bekommen Sie den Entwurf des Protokolls übermittelt und können dann innerhalb von zwei Wochen Korrektur- und Ergänzungswünsche geltend machen. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute - und dass sich in den nächsten 30 Jahren beruflich noch was finden lässt. Das ist ja schade. Sie sind Anfang 50, oder?

**Zeuge Thomas Sippel:** 56.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 56. Na ja, da kann man ja noch ein bisschen was tun.

Dann sind wir am Ende der Zeugenbefragung und der Beweisaufnahmesitzung. Ich würde aber die Kolleginnen und Kollegen

bitten, noch kurz hierzubleiben, weil wir eine kurze Beratungssitzung brauchen, um zwei Beweisanträge zu verabschieden. Das geht aber ganz schnell. Es dauert drei Minuten. Aber ich bitte erst einmal die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 22.25 Uhr)